

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration

Verfassungsschutz- bericht 2007



Niedersachsen

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport
und Integration
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Telefon: 0511 120-6255
Fax: 0511 120-6555
E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
Internet: www.mi.niedersachsen.de

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: LGN, Hannover

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer wehrhaften Demokratie. Auch im Jahr 2007 war es Aufgabe der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde, politischen Extremismus sorgfältig zu beobachten, durch gezielte Informationsbeschaffung über ihn aufzuklären und damit einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu leisten.

Die Beobachtung sowohl des islamistischen Extremismus und Terrorismus als auch des Rechtsextremismus stellten im Berichtszeitraum erneut gewichtige Arbeitsschwerpunkte dar. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich des Linksextremismus.

Für viele Ausländer ist Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden. Am Stichtag 31.12.2007¹ waren im Bundesgebiet 6.744.879 Ausländer (8,1 % der Gesamtbevölkerung) statistisch erfasst, davon 457.099 in Niedersachsen. Der Verfassungsschutz hat im vergangenen Jahr in Niedersachsen 5.610 ausländische Extremisten festgestellt. Wir wissen, dass die sehr große Mehrheit der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger keine Berührung zu extremistischen Organisationen hat. Ein Generalverdacht verbietet sich. Notwendig ist aber, Extremisten schon im Vorfeld schwerer Straftaten zu bekämpfen und die Ausbreitung ihrer verfassungsfeindlichen und menschenverachtenden Ideologien zu verhindern.

Der islamistische Extremismus und Terrorismus bleibt weiterhin eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Insbesondere die propagandistischen Aktivitäten militanter Islamisten im Internet stellen eine wachsende Gefahr für die innere Sicherheit dar. Die Festnahme mehrerer Mitglieder einer Terrorzelle am 4. September 2007 im Sauerland hat uns eindringlich vor Augen geführt, dass Deutschland im Zielspektrum militanter Islamisten steht. Die besagte Gruppe steht im Verdacht, mehrere Sprengstoffanschläge in Deutschland geplant und mit deren unmittelbarer Ausführung begonnen zu haben.

Eine große sicherheitspolitische Herausforderung sind weiterhin die globale Vernetzung und der anonyme Informationsaustausch der Jihadisten über das Internet, das zunehmend die Funktion virtueller militärischer Ausbildungslager übernimmt. Ein prägnantes Beispiel für „Cyber-Jihadismus“ in Niedersachsen sind die Internet-Aktivitäten eines irakischen Staatsangehörigen aus Georgsmarienhütte. Am 19. Juni 2008 verurteilte ihn das OLG Celle zu drei Jahren Haft. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Mit der Verbreitung zahlreicher Video-Botschaften Usama BIN LADINS, in denen der Jihad glorifiziert und dem Westen der Untergang angekündigt wurde, hatte er zur Vernetzung terroristischer Propaganda beigetragen.



¹ Angaben aus dem Ausländerzentralregister

Im Bereich des Islamismus hat der niedersächsische Verfassungsschutz im zurückliegenden Jahr auf die zunehmende Bedeutung salafistischen Gedankenguts in Deutschland hingewiesen. So bestand eine Anbindung der im Sauerland festgenommenen Terrorverdächtigen an ein im Raum Braunschweig/Wolfsburg agierendes salafistisches Netzwerk. In engem Kontakt mit muslimischen Kernländern hat sich in Deutschland eine islamistische Lehr- und Bildungsinfrastruktur dieser Ausrichtung herausgebildet. Im Mittelpunkt salafistischer Ideen steht die „Reinigung“ der muslimischen Gemeinschaft auch in Deutschland von „unislamischen Elementen“. Entsprechendes Gedankengut wird in Seminaren und Vorträgen propagiert. Neben Schulungsmaßnahmen vor Ort besteht zudem ein deutlicher Trend zur Fortbildung über das Internet. Die Verbreitung salafistischer Lehren schadet unseren Integrationsbemühungen und fördert parallelgesellschaftliche Strukturen.

Die Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte war im vergangenen Jahr erfreulicherweise rückläufig. Die Gesamtzahl der mit rechtsextremistischem Hintergrund begangenen Straftaten ging im Jahr 2007 um fast 9 %, die Zahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte sogar um 25 % zurück. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung. Der Rechtsextremismus bleibt eine zentrale Aufgabe des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Die Verstetigung und Vernetzung neonazistischer Aktivitäten in Niedersachsen sowie das starke Engagement zahlreicher Neonazis im NPD-Landtagswahlkampf verdeutlichen, wie notwendig nachhaltige Präventionsmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus sind. Gerade die auf Jugendliche zielenden Werbemethoden der Rechtsextremisten, die die subtile Werbewirksamkeit der rechtsextremistischen Musik gezielt nutzen, machen ein konsequentes Handeln erforderlich. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat auch im Jahr 2007 seine umfangreichen Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen erfolgreich verstärkt. Mit der Ausstellung „Unsere Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“, mit landesweiten Multiplikatorenschulungen und mit einer speziellen Lehrerfortbildungsreihe klärt er in zahlreichen Schulveranstaltungen über die Gefahren des Rechtsextremismus auf. Zudem hat unter Federführung der Verfassungsschutzbehörde eine Reihe regionaler Konferenzen für kommunale Mandatsträger sowie Entscheidungsträger der Verwaltung stattgefunden, um gezielt über kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus zu informieren.

Bedrohlichste Erscheinungsform des Linksextremismus bleibt weiterhin das Spektrum der gewaltbereiten Autonomen, die in Niedersachsen erfreulicherweise keinen Anstieg zu verzeichnen haben. Wichtigstes Aktionsfeld für die linksautonome Szene stellte im Jahr 2007 der G8-Gipfel dar, den die Autonomen als Plattform für gewalttätige Aktionen gegen unsere Staats- und Rechtsordnung missbrauchten. Der Rückgang linksextremistischer Gewalttaten in Niedersachsen um etwa 30 % von 139 im Vorjahr auf aktuell 97 Taten darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass die Szene der gewaltbereiten Linksautonomen mit ihrer Forderung nach Systemüberwindung weiterhin eine ernste Herausforderung für Staat und Gesellschaft darstellt.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes danke ich für ihre erfolgreiche Arbeit im Dienste unseres Landes. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen.

Ich würde mich freuen, wenn diese Broschüre gerade auch junge Menschen für die Gefahren des politischen Extremismus sensibilisiert und sie zum Einsatz für unseren demokratischen Rechtsstaat ermutigt.

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Schünemann'. The script is cursive and fluid, with the first name 'Uwe' written in a slightly larger, more prominent hand than the last name 'Schünemann'.

Uwe Schünemann
Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration

Ausländerextremismus

Rechtsextremismus

Linksextremismus

Scientology

Spionageabwehr

Geheim- u. Wirtschaftsschutz

Verfassungsschutz in Niedersachsen

Anhang, Abkürzungs-, Stichwort- und Ortsverzeichnis

INHALTSÜBERSICHT

AUSLÄNDEREXTREMISMUS	11
Mitglieder-/Anhänger-Potenzial	11
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund	12
Einführung.....	16
Islamismus als politische Weltanschauung	17
Die terroristische Dimension des Islamismus.....	19
Mediale Verbreitung islamistischer Positionen.....	21
Weitere extremistische Ausländerorganisationen.....	23
Muslimbruderschaft (MB)	25
Ursprung und Entwicklung	26
Die Muslimbruderschaft in Deutschland	27
Tablighi Jama'at (TJ)	30
Ursprung und Entwicklung	30
Aktivitäten	31
Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)	33
Ursprung und Entwicklung	33
Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT)	34
Ursprung und Entwicklung	35
Die HuT in Deutschland	36
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	37
Ursprung und Entwicklung	38
Die IGMG in Deutschland	39
Aktivitäten	40
Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	41
Ursprung und Entwicklung	42
Verbot des Kalifsstaates	43
Schiitischer Islamismus	44
Hizb Allah (Partei Gottes)	45
Ursprung und Entwicklung	45
Die Hizb Allah in Deutschland	46
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) - ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)/Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	47
Hintergrund	48
„EU-Terrorliste“	48
Entwicklung und Organisation	49
Organisatorische Strukturen	50

Finanzierung	52
Angebliche Vergiftung ÖCALANS.....	52
Exekutivmaßnahmen gegen Führungsfunktionäre und Anhänger	55
Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem KONGRA GEL	55
Ausblick	56
Devrimci Sol (Dev Sol)/DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol	57
Ursprung und Entwicklung.....	57
Aktivitäten.....	58
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML).....	60
Ursprung und Entwicklung.....	60
Aktivitäten in Deutschland.....	61
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI).....	64
Ursprung und Entwicklung.....	64
Aktivitäten in Deutschland.....	65
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	67
Ursprung und Entwicklung.....	67
Aktivitäten in Deutschland.....	68
RECHTSEXTREMISMUS	70
Mitglieder-Potenzial	70
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund.....	71
Einführung.....	75
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus	77
Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund	81
Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus.....	83
Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus.....	86
Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	91
Strömungen der Skinhead-Szene.....	94
Szenenzeitschriften (Fanzines)	95
Rechtsextremistische Musikszene.....	95
Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen	99
Rechtsextremistische Konzerte in Niedersachsen	102
Rechtsextremistische Internetforen	102
Neonazistische Kameradschaften	103
Entstehungsgeschichte	103
Ideologie.....	106
Kameradschaften in Niedersachsen	108
Autonome Nationalisten	114

Verbote neonazistischer Vereinigungen	116
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	118
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	120
Organisations- und Mitgliederentwicklung	121
Ideologie und Strategie	122
Entwicklung in Niedersachsen.....	128
Junge Nationaldemokraten (JN)	133
Deutsche Volksunion (DVU)	134
Organisationsstruktur	135
Programmatik.....	135
Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen	138
LINKSEXTREMISMUS.....	139
Mitglieder-Potenzial	139
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund.....	140
Einführung.....	144
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	145
Ursprünge und Ziele	145
Gewalttätige Aktionen und Militanzdebatte	147
Regionale Vernetzungsbemühungen der autonomen Szene	149
Aktionsfeld Antifaschismus	152
Aktionsfeld Antirassismus.....	157
Aktionsfeld Antimilitarismus.....	158
Aktionsfeld Antirepression.....	160
Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus	162
Widerstand gegen Atomenergie und Castortransporte.....	165
DIE LINKE.	167
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	174
Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und der Assoziation Marxistischer StudentInnen.....	176
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	178
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale Arbeiterinnen Assoziation (FAU/IAA)	180
Rote Hilfe e. V. (RH)	183
„Antirevisionistische“ Publikationen	184
RotFuchs.....	184

SCIENTOLOGY - ORGANISATION (SO)	187
Geschichte der SO	187
Zielsetzung und verfassungsfeindliche Bestrebungen	188
Organisation.....	189
Scientology in Deutschland und Niedersachsen.....	191
Hinweistelefon	193
 SPIONAGEABWEHR	 194
Einführung.....	194
Geheimdienste der Russischen Föderation	195
Exekutivfall nach Ermittlungen des Verfassungsschutzes vor dem Hintergrund einer geheimdienstlichen Agententätigkeit.....	198
Chinesische Geheimdienste	199
Proliferation	203
Hilfe für Betroffene	204
 GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ	 204
Geheimschutz	204
Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz.....	205
Stand auf der Hannover Messe 2007	206
Unternehmer-Kontaktmesse: b2d (Business to Dialog)	206
Sechste Wirtschaftsschutztagung des Verfassungsschutzes	207
Sicherheitsvorfälle.....	207
 DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN	 210
Neuorganisation.....	210
Beschäftigte.....	210
Haushalt.....	210
Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes.....	211
Projektorganisation Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen (GIAZ – Niedersachsen).....	212
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	213
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	214
Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	215
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde	215
 ANHANG	 222
Definition der Arbeitsbegriffe	222
Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG)	226

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Ausländerorganisationen¹ Bundesrepublik Deutschland	2006	2007
Islamistisch-extremistische Gruppen ²	32.150	32.810
Extrem-nationalistische Gruppen	8.380	8.380
Linksextremistische Gruppen	16.870	16.870
Summe	57.400	58.060

Niedersachsen	2006	2007
Islamistisch-extremistische Gruppen	3.150	3.150
Extrem-nationalistische Gruppen	600	600
Linksextremistische Gruppen	1.860	1.860
Summe	5.610	5.610

¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Eine dem deutschen Vereinsrecht entsprechende Organisation ist in diesem Bereich in der Regel nicht gegeben. Daher ist eine exakte Schätzung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so dass die Angabe zum Mitgliederpotenzial eine Schätzung der aktiven Anhänger einschließt.

² Nicht alle Mitglieder islamistisch-extremistischer Organisationen verfolgen oder unterstützen extremistische Zielsetzungen.

Politisch motivierte Kriminalität³ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – Ausländer

Die Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität ist Aufgabe der Polizei. Seit dem Jahr 2001 wird die Politisch motivierte Kriminalität nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

Während im Jahr 2006 im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität 56 extremistische Straftaten begangen wurden, sind im Jahr 2007 45 Delikte mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Das Staftatenaufkommen nahm im Vergleich zum Vorjahr damit um fast 20 % ab.

Schwerpunktmäßig wurden Verstöße wegen Sachbeschädigung, Volksverhetzung sowie gegen das Vereinsgesetz begangen.

Die Zahl der Straftaten bewegt sich insgesamt auf einem niedrigen Niveau und hat im Jahr 2007 den geringsten Wert seit 2001 erreicht. Eine fundierte Bewertung von Kriminalitätsentwicklung und Ursachen wird durch das geringe Fallzahlenaufkommen erschwert.

Im Berichtszeitraum 2007 waren lediglich zwei Gewalttaten (Körperverletzungsdelikte) zu verzeichnen. In einem Fall handelte es sich um Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher religiöser Vorstellungen. Die andere Tat ereignete sich im Vorfeld einer geplanten Demonstration irakischer Yeziden mit der Zielrichtung, durch die Begehung einer Körperverletzung die Absage der Veranstaltung herbeizuführen.

Die insgesamt acht erfassten Sachbeschädigungen mit extremistischem Hintergrund basieren überwiegend auf Farbschmierereien von strafrechtlich relevanten Schriftzeichen/Symbolen im Zusammenhang mit dem Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Die im Jahr 2007 in Niedersachsen festgestellten Fallzahlen lassen allerdings keine fundierte Bewertung der tatsächlichen Gefährdungssituation in Bezug auf den islamistischen Extremismus und Terrorismus zu, da für die Beurteilung dieser Bedrohungslage nicht die Quantität von Straftaten entscheidend ist. Maßgeblich hierbei ist die Prognose hinsichtlich des Gefährdungspotenzials und des Ausmaßes des drohenden Schadens, welcher in den Fällen von terroristischen Anschlägen regelmäßig als besonders hoch einzuschätzen ist.

³ Der PMK werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, oder sich gegen eine Person, insbesondere aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder Herkunft richten und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ in Niedersachsen⁴

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	5	2
Brandstiftungen	0	0
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0
Landfriedensbrüche	0	0
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	1	0
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	1	0
Erpressung	1	0
Widerstandsdelikte	0	0
Insgesamt	8	2
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	4	8
Nötigungen/Bedrohungen	10	7
Andere Straftaten	34	28
Insgesamt	48	43
Straftaten insgesamt	56	45

⁴ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes (insbesondere dem Ländervergleich) kann abweichen, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Das heißt, dass Nacherfassungen/Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden und der Zahlenbestand insoweit Änderungen unterliegt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ in der Bundesrepublik Deutschland⁵

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	2
Körperverletzungen	45	54
Brandstiftungen	16	17
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	2
Landfriedensbrüche	8	23
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	6	1
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	1	3
Erpressung	11	5
Widerstandsdelikte	7	1
Sexualdelikte	0	0
insgesamt	95	108
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	38	107
Nötigungen/Bedrohungen	34	25
Andere Straftaten	310	507
insgesamt	382	639
Straftaten insgesamt	477	747

⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“⁶

Gewalttaten	2006	2007
Baden-Württemberg	7	14
Bayern	11	6
Berlin	25	25
Brandenburg	0	0
Bremen	6	1
Hamburg	2	4
Hessen	3	2
Mecklenburg-Vorpommern	0	0
Niedersachsen	8	2
Nordrhein-Westfalen	23	49
Rheinland-Pfalz	1	2
Saarland	0	0
Sachsen	4	0
Sachsen-Anhalt	3	0
Schleswig-Holstein	2	1
Thüringen	0	2
Gesamt	95	108

⁶ Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

Einführung

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten politisch bestimmte Aktivitäten von Ausländern nur dann, wenn diese insbesondere

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) wenden, z. B. eine islamistische Ordnung für Staat und Gesellschaft durchsetzen wollen,
- ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder vorbereiten und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Für viele Ausländer ist Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden. Mit dem Stichtag 31.12.2007⁷ waren im Bundesgebiet 6.744.879 (8,1 % der Gesamtbevölkerung) Ausländer statistisch erfasst, davon 457.099 in Niedersachsen, die damit 5,7 % seiner Gesamtbevölkerung ausmachten.

In Niedersachsen haben einer Erhebung aus dem Jahre 2005 zufolge 16 % der Bevölkerung (16,5 % der Männer und 15,5 % der Frauen) einen Migrationshintergrund. 11,2 % der Niedersachsen sind selbst Migranten, während von 4,2 % die Vorfahren eingewandert waren. In den jüngeren Altersgruppen sind Migranten stärker vertreten als in älteren Jahrgängen. So haben Personen unter 15 Jahren zu 25,5 % einen Migrationshintergrund, die über 65-Jährigen hingegen nur zu 6,1 Prozent. Mit 51,1 % ist der Anteil der Arbeiter und gewerblichen Auszubildenden unter den Migranten sehr hoch; in der übrigen Bevölkerung beträgt er nur 26,4 %.

Die letzte statistische Ermittlung der Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Muslime lieferte die Volkszählung vom 25.05.1987. Danach gab es 1.650.952 Muslime in den alten Bundesländern. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 2,7 %. Für Niedersachsen ergab diese Volkszählung 103.376 Muslime, davon 4.448 deutsche und 98.928 ausländische Muslime. Aufgrund fehlender statistischer Erhebungen kann die Zahl der aktuell in Deutschland lebenden Muslime nur grob veranschlagt werden; die Schät-

⁷ Angaben aus dem Ausländerzentralregister.

zungen liegen zwischen 3,2 und 3,5 Millionen Anhängern des Islam.⁸

Islamismus als politische Weltanschauung

Erstmals seit der Islamischen Revolution im Iran 1979 rückte mit den terroristischen Anschlägen vom 11.09.2001 in den westlichen Staaten mit dem Islamismus eine ideologische Strömung in den Fokus der Öffentlichkeit, die in der islamischen Welt bereits seit Jahrzehnten die Politik mitbestimmte. Diese Strömung des Islamismus, die die Religion des Islam in einer „neuen Dimension“ politisierte, nimmt für sich in Anspruch, den „wahren“ Islam zu repräsentieren, der u. a. von einem universellen Verständnis von Demokratie und der Gleichberechtigung der Frau befreit sein solle.

Mit der Abschaffung des Kalifats⁹ im Jahre 1924, das weithin zumindest ideell als eine alle Muslime zusammenhaltende Klammer verstanden wurde, durch den türkischen Staatsmann und Nationalisten Atatürk verstärkte sich in fundamentalistischen Kreisen die Befürchtung, der Islam sei durch den Westen und durch Muslime, die sich westlichen Ideen verschrieben hatten, bedroht.

Vor diesem Hintergrund gründete der ägyptische Grundschullehrer Hasan al-Banna 1928 die bis heute einflussreichste islamistische Organisation, die derzeit in über 70 Staaten präsente Muslimbruderschaft. Als eine weitere westliche Verschwörung mit dem Ziel, einen Keil in die islamische Welt zu treiben und diese auch geographisch zu teilen, wurde die Gründung des Staates Israel 1948 von weiten Teilen der arabischen und muslimischen Welt aufgefasst. Dieser Vorgang führte Anfang der fünfziger Jahre zur Gründung der islamistischen Islamischen Befreiungspartei, der Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT). Diese Organisation bekämpft den Nationalismus, dessen Eindringen in die islamische Welt sie als Versuch der Spaltung der Muslime ansieht und dem sie das Konzept eines alle Muslime umfassenden Reichs, des wiedererrichteten Kalifats, entgegensetzt.

Islamistischen Organisationen und Bewegungen ist bei aller Unterschiedlichkeit gemein, dass sie Gesellschaften

⁸ Nach einer in der Abteilung für Religionswissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen erstellten Prognose „Islam in Deutschland 2030“ (Seminarbericht, Tübingen 2006) könnte es im Jahr 2030 in Deutschland knapp sieben Millionen Muslime geben, die fast ein Zehntel der dann bereits schrumpfenden deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen.

⁹ Das Kalifat stellte bis zur Abschaffung durch Atatürk die islamische Herrschaftsform dar, bei der weltliche und religiöse Führerschaft in der Person des Kalifen (des Nachfolgers des Propheten Muhammad) vereint sind. Der Kalif war als legitimer Nachfolger Muhammads mit der politischen und religiösen Führung der Umma, der Gemeinschaft aller gläubigen Muslime betraut.

anstreben, die streng nach der Rechtsordnung der Scharia¹⁰ organisiert sein sollen. Eine Umsetzung dieses Vorhabens bedeutete beispielsweise, dass man der Frau im Vergleich zum Mann und dem Nichtmuslim im Verhältnis zum Muslim nur einen minderen Rechtsstatus zuerkennt. Derartige Bestrebungen richten sich gegen den Gleichheitsgrundsatz und sind somit mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar.

Der Sammelbegriff des Islamismus umfasst sehr unterschiedliche Gruppierungen, von den islamistischen Vereinigungen, die einen gewaltfreien Weg zu diesem Ziel verfolgen, bis zu Gruppierungen, die eine auf der Scharia basierende Gesellschaft durch Gewalt errichten wollen. Die Verfassungsschutzbehörden tragen diesem wesentlichen Unterschied begrifflich Rechnung und differenzieren zwischen dem islamistischen Extremismus und dem islamistischen Terrorismus, der auch als Jihadismus bezeichnet wird.

Der Islamismus in Deutschland ist, genau wie der hiesige Islam, nach wie vor überwiegend türkisch geprägt. So ist auch die mitgliederstärkste islamistische Organisation in der Bundesrepublik, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), eine Gruppierung, in der sich islamistisches Gedankengut mit türkisch-nationalistischen Ansätzen mischt. Insgesamt hat sich in den letzten Jahren jedoch das Bild des Islamismus in Deutschland diversifiziert – entsprechend der Einwanderung von Menschen aus verschiedenen islamischen Ländern. So versammeln sich etwa in Moscheen, die der ursprünglich indo-pakistanischen Missionsbewegung Tablighi Jama'at zugerechnet werden, nicht mehr nur Inder und Pakistaner, sondern auch Türken, Kurden, Afrikaner und deutsche Konvertiten. Alle diese bislang aufgeführten Organisationen gehören jenem Zweig des Islamismus an, der derzeit auf den Einsatz von Gewalt zur Erreichung seines Ziels, eine nach den Prinzipien der Scharia strukturierte Gesellschaft zu errichten, verzichtet.

¹⁰ Der Begriff Scharia wird für die islamische Rechts- und Lebensordnung verwendet. Diese umfasst einerseits die Beziehungen zwischen dem Gläubigen und Gott (Gottesdienst und Kultus), andererseits auch die Beziehungen zwischen den Gläubigen untereinander (Recht). So beinhaltet die Scharia nicht nur genaue Anweisungen für religiöse Rituale und Pflichten, sondern auch Regelungen für Familienrecht, Strafrecht, Erbrecht etc.

Die terroristische Dimension des Islamismus

Das herausragende Beispiel für die auch auf Deutschland übergreifende globale Dimension des islamistischen Terrorismus bildete im Jahr 2007 die Verhinderung von Anschlägen durch die Festnahme mehrerer Mitglieder einer terroristischen Vereinigung am 4. September in Nordrhein-Westfalen. Diese Exekutivmaßnahme erfolgte im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des BKA, der Bundespolizei, der Länderpolicen und des Verfassungsschutzes, da die Gruppe im Verdacht stand, mehrere zeitgleiche Sprengstoffanschläge in Deutschland geplant und mit deren unmittelbarer Ausführung begonnen zu haben. Eine endgültige Festlegung der Anschlagziele war offenbar noch nicht getroffen worden, die logistische Vorbereitung mit anscheinender Zielrichtung auf US-amerikanische und deutsche Einrichtungen befand sich jedoch bereits auf einem fortgeschrittenen Stand. So waren in der Nähe von Walsrode sukzessive 730 kg frei verkäufliches Wasserstoffperoxid als chemischer Grundstoff für die Sprengstoffherstellung beschafft worden. Bei einer Durchsuchung wurden weitere einschlägig einsetzbare Materialien (militärische Sprengzünder, elektronische Bauteile etc.) vorgefunden. Insgesamt erfolgten Durchsuchungen von 41 Objekten im Bundesgebiet, in Niedersachsen in einem Gebäude in Wolfsburg. Die mutmaßlichen Terroristen haben möglicherweise ihre Kenntnisse zum Bau von Sprengvorrichtungen in speziellen Schulungen in Ausbildungslagern der Islamischen Jihad Union (IJU) in Pakistan erhalten. Die genannte Organisation verfolgte ursprünglich regionale Aktivitäten in Usbekistan bzw. dem zentralasiatischen Raum, nähert sich zwischenzeitlich jedoch einer globaleren, der al-Qaida verbundenen Ausrichtung an.

Die Zerschlagung dieser mutmaßlichen Terrorzelle belegt auch die zunehmende Bedeutung salafistischen Gedankengutes in Deutschland. So bestand über persönliche Bekanntschaften eine Anbindung der aufgedeckten Terrorzelle an ein im Raum Braunschweig/Wolfsburg agierendes salafistisches Netzwerk.

Seit einigen Jahren bildet sich in Deutschland eine in engem Kontakt mit islamischen Kernländern stehende religiöse Lehr- und Bildungsinfrastruktur heraus, die unter salafistischen Vorzeichen steht. Der Salafismus ist eine politisierte Islamauffassung, die dem saudi-arabischen Wahhabismus nahe steht und die „frommen Altvorderen“ (as-salaf as-salih; der Prophet Muhammad und seine zeitgenössischen Anhänger) als verbindliches Vorbild für alle Zeiten postuliert. Das kann soweit gehen, dass, wie in einer



STUNDENPLAN

1. SEMESTER

ZEIT	MONTAG	DIENTAG	MITTWOCH	DONERSTAG
8.00 - 8.30	QURAN	TAFSIR	TAFSIR	QURAN
9.00 - 9.30	TAFSIR	HADIS	HADIS	TAFSIR
10.30 - 11.30	FIQH	ARABISCH	ARABISCH	FIQH
11.30 - 12.30	ARABISCH	ARABISCH	ARABISCH	ARABISCH
12.30 - 13.30	ARABISCH	ARABISCH	ARABISCH	ARABISCH

niedersächsischen Moschee geschehen, von einem salafistischen Prediger die Verheiratung neunjähriger Mädchen auch in Deutschland als prinzipiell zulässig erachtet wird. Salafistisches Gedankengut liegt auch einem Schulungsprogramm zugrunde, das von Braunschweig aus angeblich islamwissenschaftliche Bildung unter Muslimen verbreiten will. Zu den Kernpunkten des Salafismus gehört die Reinigung der Religion von „unislamischen“ Elementen (tasfiyya) und die Erziehung der Muslime zu einem islamgemäßen Leben (tarbiyya). Der Salafismus setzt zur Propagierung von tasfiyya und tarbiyya auf zwei wesentliche Säulen: Religiöse Vorträge und Seminare sowie das Internet.

Mindestens seit 2002 lassen sich verschiedene salafistische Seminaraktivitäten in Deutschland nachweisen. Eine besondere Rolle kommt dabei den überregionalen Grundlagenseminaren *Lerne-den-Islam* zu. Diese Veranstaltungen fördern das Bewusstsein eines realen und größeren Zusammenhangs und bewirken so die Stärkung salafistischer Identität. Dabei kann die Besucherzahl der überwiegend jungen Teilnehmer durchaus in den dreistelligen Bereich gehen.

Neben Schulungsmaßnahmen vor Ort besteht ein Trend der Virtualisierung der Fortbildung über das Internet. Dabei spielt die Telefonieplattform Paltalk eine zentrale Rolle, da hier prominente Angehörige des deutschsprachigen salafistischen Gelehrtennetzwerkes, wie der Leipziger Imam Hassan DABBAGH, als Online-Imame auftreten. Doch auch Liveübertragungen über das Internet, Videos, Exzerpte von Seminaren oder Fernuniversitäten ermöglichen die Schulung vor dem Bildschirm.

Nachdem der internationale jihadistische Terrorismus im Jahr 2006 mit dem Verlust einiger seiner medienwirksamsten Repräsentanten, so des Jordaniers Abu Mus'ab AZ-ZARQAWI wie auch des tschetschenischen Feldkommandanten Schamil BASSAJEW, in die Defensive gedrängt schien, steht das Jahr 2007 international für eine Neustrukturierung der islamistischen Terrorszene. So kulminierte die sich seit 2005 vollziehende Annäherung der algerischen Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) an al-Qaida in eine am 24. Januar bekannt gegebene Umbenennung der GSPC in Organisation al-Qaida im Islamischen Maghreb¹¹. 2007 zeichnete diese Gruppe für mehrere schwere Anschläge mit Dutzenden Toten verantwortlich. Möglicherweise inspiriert vom Beitritt der GSPC zu al-Qaida wurde im Juni in Kaschmir eine Videoaufzeichnung verbreitet, in der ein maskierter Sprecher

¹¹ Maghreb („Westen“) ist die arabische Bezeichnung vor allem für die drei nordafrikanischen Länder Tunesien, Algerien und Marokko westlich von Ägypten. Teilweise werden auch noch Libyen und Mauretanien dazugezählt.

vor einem Logo, welches dem der Organisation al-Qaida im Islamischen Maghreb stark ähnelt, die Gründung der Organisation al-Qaida in Indien bekannt gab. Die genauen Hintergründe dieses Ereignisses blieben allerdings im Dunkeln, da kein namhafter Vertreter al-Qaidas sich zu diesem Vorgang öffentlich äußerte. Dennoch wirft dieses Geschehen ein Licht auf die anhaltende Attraktivität des „Labels“ al-Qaida für den militanten Islamismus, zumal sich in den letzten Jahren bereits die Sektionen Organisation al-Qaida im Zweistromland, Organisation al-Qaida im Jemen wie auch die Organisation al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel gegründet hatten und auch seitens der „Mutterorganisation“ Anerkennung fanden.

Auch in einem anderen geografischen Bereich gelang es islamistischen Organisationen, sich nach einer Niederlage neu aufzustellen. Am 24.12.2006 erklärte Äthiopien der islamistischen Union Islamischer Gerichtshöfe, die einen erheblichen Teil des Nachbarlandes Somalia sowie dessen Hauptstadt Mogadischu unter Kontrolle gebracht hatte, den Krieg. Nach wenigen Tagen erfolgte die Besetzung des Landes und die Vertreibung der Islamisten von der Macht. Nachdem jedoch geistige Führer der Union Islamischer Gerichtshöfe zum Jihad gegen das christlich geprägte Äthiopien aufgerufen hatten, bildete sich mit den Shabab-Milizen eine islamistische Partisanengruppe, die über Kontakte zum internationalen jihadistischen Netzwerk verfügt. Die Kämpfe gegen diese islamistische Guerilla führten bis Ende des Jahres zu einer weitgehenden Entvölkerung der ehemaligen Millionenstadt Mogadischu.

Mediale Verbreitung islamistischer und fundamentalistischer Positionen

Zahlreiche Fernsehsender des nah- und mittelöstlichen Raumes, die über Internet und Satellitenfernsehen in ganz Europa zu empfangen sind, vermitteln ein Weltbild, das häufig im Widerspruch steht zu dem Prinzip eines friedlichen Zusammenlebens religiös verschieden geprägter Bevölkerungsgruppen. Stehen bei türkischen Sendern eher nationalistische Botschaften im Vordergrund, so propagieren arabischsprachige Programme mitunter religiös sehr konservative bis hin zu islamistischen Einstellungen. Breiten Raum finden in Predigtsendungen oder in den beliebten Gesprächsrunden über den islamischen Glauben Themen, die direkt das Leben des einzelnen Muslims berühren, so etwa die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter zueinander. Häufig werden dabei Empfehlungen ausgesprochen, die mit einem westlichen Ver-

ständnis beispielsweise von Menschenrechten unvereinbar sind. So erklärte der saudische Prediger al-Arifi im populären libanesischen Sender LBC TV, dass das Schlagen von Frauen durch ihre Männer prinzipiell gestattet ist, „aber nur sachte und nicht ins Gesicht“.

Einige Sender aus islamischen Staaten stellen regelmäßig in ihrer Berichterstattung den Westen als moralisch verkommen und minderwertig im Vergleich zu den muslimischen Gesellschaften dar.

Ein Mitglied des Obersten Iranischen Rates für die Kulturrevolution, Hasan Rahimpur Azghadi, erklärte beispielsweise am 3. September auf Jaam-e Jam 1TV, dass

„die Bewohner des Westens alle moralischen Schranken eingerissen haben. So begnügen sich Ehemann und Ehefrau nicht mehr miteinander, sondern beginnen Verhältnisse mit anderen Partnern. Nach einiger Zeit probieren sie dann homosexuelle Partnerschaften aus. Wenn sie dann von diesen gelangweilt sind, praktizieren sie Sex mit Tieren und schließlich mit kleinen Kindern.“

Immer wieder finden auch antisemitische Stereotype Eingang in die arabische Fernsehberichterstattung. Mit Bezug auf mehrere Koranstellen¹² predigte etwa Scheich Muhammad Tannoun – am 25. Mai live übertragen von Sudan TV –, dass Juden eher Affen und Schweinen glichen als Menschen:

„1948 wurde Palästina verloren, das gelobte Land, das Land der Muslime. Seine Einwohner wurden vertrieben und umgebracht. Von wem? Von den verabscheuungswürdigsten Kreaturen auf dem Angesicht der Erde, von den Abkömmlingen von Affen und Schweinen.“

In einer Reportage des libanesischen Senders NBN TV vom 22. Oktober über die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ erläuterte der Sprecher, dass

„die Juden Drogen einsetzten, um den Widerstand des deutschen Volkes zu zermürben. Dies führte letzten Endes zum Nazi-Extremismus, in dem im Übrigen die Juden auch eine Rolle spielten. Weiterhin betrieben die Juden im zaristischen Russland bereits seit dem 17. Jahrhundert Drogenhandel. Dies geschah in Übereinstimmung mit dem jüdischen Talmud, der die Juden dazu auffordert, andere Nationen daran zu hindern sich selbst zu regieren, so dass die Herrschaft allein den Juden selbst zufällt.“

¹² Mehrere Koranverse wie z. B. Sure 5, Vers 60 („Leute, die Gott verflucht hat und auf die er zornig ist und aus denen er Affen und Schweine und Götzendiener gemacht hat“) werden von orthodoxen Muslimen ausdrücklich auf Juden bezogen.

Im Dezember kam es in Bayern zur Durchsuchung der Wohnung eines mutmaßlichen Verantwortlichen des deutschsprachigen Zweiges der Globalen Islamischen Medienfront (GIMF). Diese virtuelle Organisation, die al-Qaida propagandistisch im Internet unterstützt, veröffentlicht ihre Webseiten mittlerweile in mehreren Sprachen. Die GIMF zeichnete auch im November für die Veröffentlichung eines Videos verantwortlich, auf dem erstmals deutsche Muslime von Islamisten mit dem Tode bedroht wurden. So wurde einem Vertreter des Zentralrates der Muslime vorgeworfen, er sei ein „Freund der Juden und Christen“. Überdies vertrete er „die Religion der Demokratie“. Aus diesen Gründen sei er kein Muslim mehr sondern ein Abtrünniger, was nach orthodox-islamistischer Lesart die Notwendigkeit seiner Hinrichtung impliziert.

Ein prägnantes Beispiel für „Cyber-Terrorismus“ in Niedersachsen bildeten die Aktivitäten eines irakischen Staatsangehörigen aus Georgsmarienhütte, gegen den mittlerweile ein Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht Celle anhängig ist. Er verbreitete zahlreiche Audio- und Videobotschaften Usama BIN LADIN¹³ sowie von dessen Stellvertreter Aiman AL-ZAWAHIRI und dem am 07.06.2006 bei einer amerikanischen Militäroperation getöteten Terroristenführer AZ-ZARQAWI. Über seine Links unterstützte und erleichterte er den Zugang zu Medien, in denen der Dschihad glorifiziert und dem Westen der Untergang angekündigt wird. Er betätigte sich zudem als Administrator in einem einschlägigen Chat-Room. Neben den genannten al-Qaida-Bezügen hatte er Kontakt zur Führungsebene des terroristischen Netzwerks Ansar al-Islam.

Weitere extremistische Ausländerorganisationen

Ist das Bild der Öffentlichkeit vom Ausländerextremismus gegenwärtig vorwiegend von Ereignissen mit islamistischem Hintergrund geprägt, so wirken sich die Aktivitäten einer Vielzahl von ausländischen Vereinigungen und Organisationen, die vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen versuchen, ebenfalls auf die Sicherheit Deutschlands aus. Auch bei diesen Gruppierungen spiegeln sich selbst Jahrzehnte nach der Einwanderung der so genannten Gastarbeiter weiterhin die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Konflikte wider, die in den jeweiligen Herkunftsländern ihren Ursprung und Bezugspunkt finden.

¹³ Oft auch Osama BIN LADEN geschrieben.

Diese Organisationen benutzen Deutschland als logistisches Hinterland im Hinblick auf Propaganda und Finanzierung. Während sie hier aus taktischen Gründen in der Regel nicht gewalttätig in Erscheinung treten, bedienen sie sich teilweise in ihren Heimatländern durchaus terroristischer Methoden. Hierzu zählen u. a. die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) aus Sri Lanka sowie die international als terroristisch eingeschätzte iranische Oppositionsgruppe Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)¹⁴.

Nicht zuletzt wegen der hohen Zahl in der Bundesrepublik lebender türkisch- und kurdischstämmiger Menschen stellt die politische Entwicklung in der Türkei und im kurdischen Siedlungsgebiet auch im Jahr 2007 einen wichtigen Bezugspunkt für diverse extremistische Gruppierungen aus diesen Gebieten dar. Themen wie eine sich herauskristallisierende kurdische Staatsentwicklung im Nordirak sowie die Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs prägten im Berichtsjahr das Geschehen der Anhänger des Volkskongresses Kurdistan (KONGRA GEL, ehemals Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) in Deutschland.

Auch Organisationen wie die Deutsche Türk-Föderation (ATF) vertreten mit ihrer türkisch-nationalistischen Ideologie Weltanschauungen, die mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Linksextremistischen türkischen Gruppierungen wie z. B. der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und der Devrimci Sol (Dev Sol), deren Aktivitäten in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, gelang es auch in diesem Jahr, zahlreiche Sympathisanten zum Besuch ihrer Veranstaltungen zu bewegen.

¹⁴ Das Urteil des Europäischen Gerichtes Erster Instanz vom 12.12.2006, Az.: T228/02 erklärte den EU-Ratsbeschluss, die Volksmodjahedin Iran-Organisation auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen, aus formalen Gründen für unwirksam. Unabhängig von dieser Entscheidung führen die USA die MEK weiterhin auf ihrer Liste der terroristischen Organisationen.

Muslimbruderschaft (MB)

Gegründet:	1928 in Ägypten	
Sitz in Deutschland:	München/Aachen	
Mitglieder/Anhänger ¹⁵	2006	2007
Bund:	1.900	1.900
Niedersachsen:	160	160
Publikationen:	Risalat ul-Ikhwan (Rundschreiben der Bruderschaft) Al-Islam mit Al-Islam aktuell (Der Islam) Al-Ra'id (Der Kundschafter)	

Die mitunter auch als „ideologische Mutterorganisation des politischen Islam“ bezeichnete Muslimbruderschaft (MB) versucht, mit ihrer Strategie der kulturellen Durchdringung der islamischen Staaten die gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Etablierung islamistischer Staatsmodelle zu schaffen. Der MB zugerechnete Gruppen haben sich in der Vergangenheit auch an gewaltsamen Erhebungen gegen die jeweiligen Machthaber in Syrien 1982 und in Algerien während der neunziger Jahre beteiligt. Den in das international verflochtene Netzwerk eingebundenen deutschen Zweigen der MB ist der gleiche Auftrag gestellt wie den nahöstlichen Zweigen der Bruderschaft: die Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Ideologie des Islamismus mit der Scharia als allein gültiger Ordnung. Mit diesen Bestrebungen richtet sich die MB gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁵ Potenzial der Mitglieder/Anhänger der verschiedenen Zweige der MB einschließlich der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), der HAMAS und der Islamischen Avantgardisten.

Ursprung und Entwicklung



Die sunnitische¹⁶ MB ging 1928 aus einer kleinen Gruppe von Männern um Hasan al-Banna hervor, die sich als „Brüder im Dienste des Islam“ verstanden. Als älteste und bis heute wichtigste islamistische Organisation ist sie nach eigenen Angaben in über 70 Ländern präsent. Trotz dieser internationalen Ausrichtung zeigt die Bruderschaft noch heute ein deutlich arabisches Gepräge. Ihre wichtigste Basis stellt weiterhin Ägypten dar, wo sie verboten ist.

Auf ihrer fünften Generalkonferenz 1939 in Kairo legte die MB ihre bis heute gültige Doktrin fest. Darin tritt ein entschieden islamistischer Wesenszug zu Tage. Indem sich die Muslimbrüder auf das Wirken und die Tradition des Propheten und seiner Gefährten berufen, grenzen sie sich von allen „Verunreinigungen“ des Islam ab, die die islamische Welt seit dem 7. Jahrhundert heimgesucht hätten. Das Beharren auf einem „Islamischen System“ ist auf die traumatische Vorstellung muslimischer Abhängigkeit vom dominierenden Westen zurückzuführen.

Die MB ist eine hierarchisch strukturierte Organisation. Als ihr Oberhaupt fungiert der Murschid Amm, der „Allgemeine Führer“, dem sich das einzelne Mitglied durch ein Gelöbnis zur Gefolgschaft verpflichtet. Für den Gründer al-Banna trug die Bruderschaft deutlich politische Züge. Darüber hinaus sei sie durch den als allumfassend angesehenen Charakter des Islam eine „der körperlichen Ertüchtigung dienende Gruppe“, ein „kultureller und wissenschaftlicher Verband“, eine „soziale Idee“ und sogar ein „Wirtschaftsunternehmen“. Der Wahlspruch der Bruderschaft verdeutlicht den universalen Anspruch:

„Gott ist unser Ziel, der Prophet unser Führer, der Koran unsere Verfassung und der Kampf unser Weg. Der Tod um Gottes willen ist unsere höchste Gnade. Gott ist groß.“

(nach Franz Kogelmann: „Die Islamisten Ägyptens in der Regierungszeit von Anwar as-Sadat [1970-1981]“; Berlin 1994, S. 29)

¹⁶ Schiiten sind diejenigen Muslime, die Ali, den Vetter und Schwiegersohn Muhammads als dessen ersten rechtmäßigen Nachfolger anerkennen und in diesem Sinne Schi'at Ali, Anhänger Alis heißen. Dieses Bekenntnis unterscheidet sie von den Sunniten, die in Abu Bakr (gest. 634), Umar (gest. 644), Osman (gest. 656) und dann erst Ali (gest. 661), die ersten rechtmäßigen Kalifen sehen. Die Sunniten bilden mit ca. 1,2 Mrd. die größte Glaubensrichtung im Islam. Sunniten stellen in vielen islamischen Ländern die Mehrheit der Muslime, so beispielsweise in Ägypten, Tunesien, Jordanien, Syrien oder der Türkei. Zweitgrößte Glaubensrichtung des Islam sind mit ca. 130 -160 Mio. die Schiiten. („Lexikon der Islamischen Welt“, Hrsg. Klaus Kreiser, Rotraud Wielandt, 1992).

Mit dieser universalen, auf alle Bereiche der Gesellschaft zielenden Ausrichtung war die MB Vorbild gebend für den sunnitischen Islamismus des 20. Jahrhunderts. Dass die MB auch heute noch eine ambivalente Haltung zur Frage der Gewaltanwendung einnimmt, zeigen Äußerungen Muhammad Mahdi AKIFs, des „Allgemeinen Führers“ der Bruderschaft. In Deutschland wurde AKIF als zeitweiliger Leiter des Islamischen Zentrums in München bekannt. In einer im April gehaltenen Predigt rief AKIF zum wiederholten Mal zu Angriffen auf israelische und amerikanische Ziele in Palästina, dem Irak und Afghanistan auf. Dass eine solche Ansicht innerhalb der MB keine Einzelmeinung darstellt, machte am 6. August der Vertreter des palästinensischen Zweiges der MB im Libanon, Usama HAMDAN, deutlich. Auf Al-Kawthar TV rechtfertigte HAMDAN terroristische Angriffe auf Busse, da

„diese auch zionistische Soldaten befördern. Diese verstecken sich innerhalb des zionistischen Gebildes [gemeint ist der Staat Israel] hinter so genannten Zivilisten.“

Für einen führenden Repräsentanten des sudanesischen Zweiges der Muslimbruderschaft stellen UN-Impfprogramme beispielsweise gegen Kinderlähmung einen Versuch jüdischer und freimaurischer Kreise dar, Muslime unfruchtbar zu machen. In einem Interview auf al-Jazeera¹⁷ am 28. Juli erklärte Scheich Sadiq Abdallah Ibn al-Majed, dass

„Tausende von Kindern aus den Klauen der Juden und der Freimaurer gerettet werden konnten. Wenn die Juden einen Weg fänden, die Nichtjuden zu vernichten, sie täten es.“

Die Muslimbruderschaft in Deutschland

In Deutschland verbreitet die panislamisch orientierte Muslimbruderschaft ihre islamistischen Vorstellungen über eine Reihe von Gruppierungen. Unter anderem übt die MB über ihre Unterorganisationen Einfluss auf den Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)¹⁸ aus. Vorrangiges Ziel ist es, die in Deutschland lebenden Muslime von der „wahren“, d. h. von ihrer Interpretation des Islam zu überzeugen. Verschiedene Islamische Zentren dienen diesem Ziel als organi-

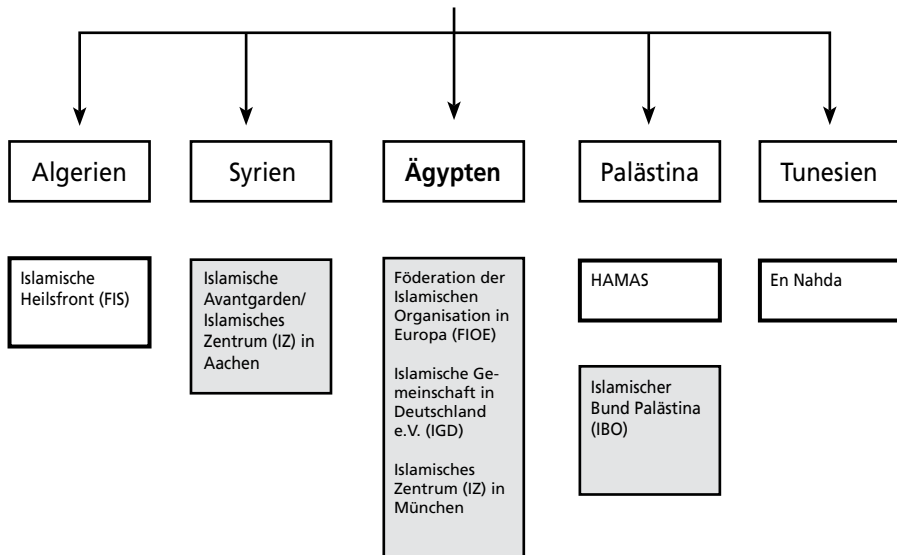
¹⁷ Oft auch al-Dschazira geschrieben.

¹⁸ Der ZMD ist ein Zusammenschluss von 19 Verbänden, dem etwa 12.000 Muslime zumeist arabischer Herkunft angehören. Etwa die Hälfte der Mitgliedsorganisationen des ZMD, u. a. die der Muslimbruderschaft zuzurechnende Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V., sind als islamistische Organisationen einzustufen.

satorische Stützpunkte. Gewaltaktivitäten der MB auf deutschem Boden wurden bisher nicht festgestellt.

Bereits 1960 gründete sich in der Bundesrepublik Deutschland die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), die heute zu den größeren MB-Gruppen in Deutschland gehört. Die IGD hat ihren Sitz in dem von Ibrahim EL-ZAYAT geleiteten Islamischen Zentrum München (IZM). Am 17. und 18. November fand die 29. Jahreskonferenz der IGD in Leverkusen und Berlin statt. Zu dieser Veranstaltung unter dem Motto „...und so haben wir euch zu einer Gemeinschaft der Mitte gemacht“ kamen ca. 1.000 Besucher aus allen Bundesländern zusammen.

Regionale Strömungen der Muslimbruderschaft¹⁹



Ausländische Organisationen mit Einzelmitgliedern in Deutschland

Organisationen mit Sitz in Deutschland/Europa

Dem syrischen Zweig der MB zuzurechnen sind die Anfang der achtziger Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Issam EL-ATTAR, gegründeten Islamischen Avantgarden. IGD und Islamische Avantgarden finanzieren sich in Deutschland im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge.

¹⁹ Abgewandelte Darstellung aus dem Verfassungsschutzbericht 2006, S. 41, Bayerisches Staatsministerium des Innern.

ge, Spendensammlungen in Moscheen und sonstige private Spenden. Untergruppierungen des syrischen Zweiges sind die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e. V. (UELAM).

Zu den Aktivitäten der unter Einfluss der MB stehenden Islamischen Zentren gehört – neben der Durchführung des Freitagsgebets sowie der Kinder- und Jugendarbeit – die Ausrichtung von Seminaren und Zusammenkünften. In den MB-nahen Publikationen, die sich früher vorwiegend mit den politischen Verhältnissen in Ländern des Nahen Ostens befassten, sind heute die Situation der Muslime in Deutschland sowie Dialog und Integration die Schwerpunkte. Inhaltlich werden oft ähnliche Standpunkte vertreten, wie sie auch bei der türkischen IGMG zu finden sind. Ebenso wie die IGMG versuchen die Anhänger der MB, sich in der Öffentlichkeit als eine gegenüber der deutschen Rechtsordnung loyale muslimische Interessenvertretung zu präsentieren.

Die MB hat nach wie vor Vorbehalte gegenüber den westlichen Demokratien und gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland. Zudem vertritt sie eine Vorstellung der ausschließlichen Regelungskompetenz der Religion für alle Lebensbereiche. Dies widerspricht den Grundsätzen eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates. Allerdings bringen die deutschsprachigen MB-nahen Schriften diese Positionen nur selten zum Ausdruck.

Die Islamische Widerstandsbewegung HAMAS, palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft, ist über eine Unterorganisation in Deutschland vertreten. Es handelt sich hierbei um den im Mai 1981 im IZM gegründeten Islamischen Bund Palästina (IBP). In Niedersachsen sind nur einzelne Mitglieder und Funktionäre dieser Vereinigung ansässig. Auch für den Bereich der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) finden sich hier nur einzelne Mitglieder. In Niedersachsen ist darüber hinaus ein Verein angemeldet, von dem einige Mitglieder der En-Nahda²⁰ zuzurechnen sind.

Ihrem Ansatz der kulturellen Durchdringung entsprechend finden auch in niedersächsischen Moscheen, die der MB zuzurechnen sind, Korankurse dieser ideologischen Ausrichtung statt. Hingegen sind öffentliche Aussagen von der Bruderschaft nahe stehenden Predigern mit antiwestlicher und/oder antijüdischer Tendenz vor dem Hintergrund verstärkter staatlicher Überwachungsmaßnahmen nicht mehr in früherer Schärfe wahrnehmbar.

²⁰ Neben dem hier gemeldeten Vereinskurs ist in Niedersachsen auch der Vorsitzende ansässig, während die übrigen Vereinsmitglieder über verschiedene Bundesländer verteilt sind. Bei der En-Nahda handelt es sich um den tunesischen Zweig der Muslimbruderschaft.

Anhänger der MB verfügen über niedersächsische Anlaufstellen in Braunschweig, Göttingen, Hannover und Osnabrück.

Tablighi Jama'at (TJ)

Gegründet:	1926 in Britisch-Indien	
Sitz:	Weltzentrum in Lahore/Pakistan, europäisches Zentrum in Dewsbury (Großbritannien), in Deutschland keine offizielle Niederlassung	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	600	700
Niedersachsen:	70	70

Die Tablighi Jama'at (TJ, „Gemeinschaft der Missionierung und Verkündung“) wurde als Missionsbewegung gegründet. Sie vertritt ein äußerst konservatives Islamverständnis. Ziel der Organisation ist die Islamisierung der Gesellschaft. Die Anhänger dieser internationalen islamischen Massenbewegung vertreten eine strenggläubige Auslegung des Korans und der Sunna, die Ausgrenzung der Frau und die Abgrenzung gegenüber Nichtmuslimen.

Ursprung und Entwicklung

Angesichts der Dominanz der europäischen Kolonialmächte propagierten so genannte islamische Reformbewegungen wie die TJ, die im indo-pakistanischen Bereich ihren Ursprung fanden, die Säuberung des Islams von vermeintlichen geistigen und kulturellen Verunreinigungen.²¹ So zogen seit Gründung der TJ Mitte der zwanziger Jahre Tausende von Laienpredigern durch Nordindien und brachten die Mehrheit der dortigen Muslime dazu, die vorgeschriebenen Rituale im Sinne der islamischen Orthodoxie zu befolgen.

Heute zählt die TJ nach Zahl und Verbreitung ihrer Anhänger zu den bedeutendsten islamischen Bewegungen.

²¹ Die Muslime Indiens sahen sich einer zweifachen Bedrohung ausgesetzt: Einerseits hatten sie die politische Macht an die christlichen Briten verloren, andererseits überwog in Indien zahlenmäßig das hinduistische Element. Während aufklärerische muslimische Kreise die Meinung vertraten, dass vor diesem Hintergrund nur mit westlichen Erkenntnissen, nicht gegen sie, der Aufbruch der Muslime Indiens in die Moderne gelingen könne, lehnten konservativ ausgerichtete sunnitische Rechtsgelehrte sowohl hinduistische als auch westliche Einflüsse ab und forderten deren Eliminierung.

Ihre Anhänger fühlen sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig, sondern sehen sich als Muslime mit missionarischem Auftrag. Kennzeichnend für die Anhänger der TJ ist das gruppenweise Herumreisen und Predigen, um einerseits den Glauben zu verbreiten und andererseits die Frömmigkeit des Predigers selbst zu stärken. Zielgruppe sind in erster Linie Muslime mit einer vermeintlich unzureichenden Beachtung der Glaubensriten, erst in zweiter Linie Nichtmuslime. Zu den Pflichten eines Mitglieds gehört die freiwillige und unbezahlte missionarische Tätigkeit, die 40 Tage im Jahr betragen soll.

Aktivitäten

Schwerpunkt der Aktivitäten der TJ bildet der indische Subkontinent. In den letzten Jahrzehnten hat diese islamische Massenbewegung ihre Aktivitäten zudem auf Nordafrika und auf die muslimische Diaspora in Europa, Nordamerika und Australien ausgeweitet. Die TJ führt jährliche Treffen auf dem indischen Subkontinent durch, an denen Hunderttausende in Indien, Pakistan und Bangladesch teilnehmen. Das Jahrestreffen in Lahore (Pakistan) im November 2007, zu dem auch Besucher aus Hannover anreisten, war für über eine Million Personen ausgelegt. Diese Treffen entwickeln sich zu Anziehungspunkten von Islamisten, die die strenggläubige islamische Massenbewegung als Rekrutierungsfeld betrachten. Denn die Anhänger der TJ sind durch eine radikalisierte Weltanschauung geprägt, die Gemeinsamkeiten mit islamistischen Gruppierungen aufweist. Obwohl die TJ selbst Gewalt ablehnt, besteht die Gefahr, dass Netzwerke des islamistischen Terrorismus die internationalen Strukturen der TJ nutzen. Wie das Verwaltungsgericht (VG) Bayreuth in einem Beschluss vom 24.11.2005 (Az.: B 1 S 05.763)²² feststellte, hatte der im Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag auf die Brooklyn-Bridge in New York festgenommene lyman FARIS Flugtickets für den Besuch des TJ-Zentrums in Pakistan erworben. FARIS gab an, der TJ anzugehören. Mitglied der TJ war ebenfalls Richard REID, der als so genannter Schuhbomber am 22.12.2001 beim Versuch scheiterte, ein Passagierflugzeug mit einer im Absatz seiner Schuhe versteckten Bombe zu sprengen. Auch das VG Hannover folgte in seinem Urteil vom 02.03.2006 (Az.: 10 A 5681/04) dem vorangegangenen Beschluss des

²² Das VG Bayreuth gelangte zu der Überzeugung, dass die TJ den internationalen Terrorismus unterstütze, da zweifelsfrei feststehe, dass eine Reihe von Personen zur TJ gehören, die terroristische Anschläge in verschiedenen Ländern begangen haben oder bei ihren terroristischen Anschlägen mit der TJ in Verbindung gestanden hätten. Zumindest werde diese Gruppierung zur Erleichterung ihrer Reisen oder als Anlaufstelle genutzt.

VG Bayreuth. Es stufte die TJ als eine Organisation ein, deren Zielsetzung sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richtet. Diese Auffassung teilt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Urteil vom 05.03.2008 (Az.: 5 B 05.1449). Danach verfolgt die TJ Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind, da die TJ die Islamisierung der Gesellschaft und damit einhergehend die Errichtung eines islamischen Gottesstaates zum Ziel habe.

Niedersächsische Anhänger der TJ sind seit einigen Jahren an das globale Netzwerk der TJ angeschlossen. Von Niedersachsen ausgehende Missionsreisen werden aus der Masjid El Ummah Moschee im Pakistanzentrum in Hannover nach entsprechender Vorgabe koordiniert. Die niedersächsischen TJ-Anhänger beteiligen sich insbesondere an regelmäßig stattfindenden bundes- und europaweiten Treffen, auf denen Gebete abgehalten und organisatorische Entscheidungen der Bewegung getroffen werden.

Ende 2005 wurde die damalige deutsche Führungsebene der TJ wegen der als unzureichend angesehenen Zahl von Missionierungen durch die in Pakistan ansässige internationale Leitung der TJ faktisch entmachtet. Die so genannten Deutschlandtreffen dienen seitdem auch dazu, einen „Emir“ festzulegen. Dieser „Emir“ nimmt für den Zeitraum bis zum nächsten Deutschlandtreffen (i.d.R. vier Monate) de facto die Funktion eines Vorsitzenden der TJ in Deutschland wahr. Grundlegende Entscheidungen werden jedoch von den Führungszentren der TJ in Pakistan und Indien getroffen und durch den „Emir“ lediglich organisatorisch umgesetzt.

Zuletzt wurde vom 26. bis 27. Oktober ein Deutschlandtreffen in der Masjid El Umma Moschee in Hannover durchgeführt. Unter den rund 100 Teilnehmern befanden sich neben regionalen Entscheidungsträgern aus dem Bundesgebiet auch Teilnehmer aus Österreich, Frankreich und dem europäischen Zentrum der TJ in Dewsbury/Großbritannien. Im Rahmen dieser Treffen wird regelmäßig durch die Führung dazu aufgerufen, die Missionstätigkeit zu intensivieren.

Es ist daher davon auszugehen, dass die TJ ihre missionarischen Aktivitäten weiter intensivieren und damit einhergehend die Anhängerzahl der TJ in Niedersachsen ansteigen wird.

Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)

Gegründet:	2001 im Irak als Nachfolgeorganisation der Jund al-Islam
Leitung:	Abu Abdullah AL-SHAFI

Bei der Ansar al-Islam (AAI) handelt es sich um ein terroristisches Netzwerk, das ausgehend vom kurdischen Norden des Iraks auch über Anhänger im arabisch besiedelten Teil dieses Landes, mittlerweile aber auch in Europa verfügt. Zahlreiche Attentate im Irak werden dieser Organisation zugeschrieben, darunter der Anschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad am 19.08.2003.

Ursprung und Entwicklung

Die Ursprünge der AAI reichen in die Zeit der Herrschaft der Taliban über Afghanistan zurück. Dort bildete eine Gruppe syrischer Islamisten, die Jund al-Scham²³ (Armee Syriens), Strukturen aus, welche bald auf weitere Kreise von Jihadisten anziehend wirkten. Auch der inzwischen getötete AZ-ZARQAWI konnte zeitweise diesem Umfeld zugerechnet werden. Führungsstreitigkeiten hinsichtlich der Jund al-Scham führten zur Abspaltung und Gründung einer neuen Organisation, der Jund al-Islam (Soldaten des Islam). Diese entfaltete ihre Aktivitäten im kurdischen Nordirak. Mit Übernahme der Führung dieser Gruppe durch Najm al-Deen FARAJ AHMED MAHMOUD, alias Mullah KREKAR, Ende 2001 erfolgte eine Umbenennung in Ansar al-Islam. Der heutige Führer Abu Abdullah AL-SHAFI wurde als Stellvertreter Mullah KREKARs eingesetzt. AZ-ZARQAWI hingegen erklärte sich zum Stellvertreter BIN LADINs im Irak und wurde Anführer der Gruppierung al-Qaida im Zweistromland.

Propagandistisch, vor allem im Internet, tritt die AAI in Verbindung mit Anschlägen im Irak gegen die Koalitionstruppen, humanitäre Hilfskräfte und gegen sonstige westliche Bestrebungen häufig auch unter dem Namen Jaish Ansar al-Sunna (Armee der Unterstützer der Sunniten) auf. Diese zeichnet nicht nur für Mord- und Sprengstoffanschläge im Norden des Landes, sondern im gesamten Irak verantwortlich. Dass sich die AAI als Teil der weltweiten Jihad-Bewegung sieht, belegt u. a. die Äußerung des mittlerweile

²³ Der arabische Begriff Bilad al-Scham bezeichnet Syrien als kulturellen Großraum, dessen Bewohner sich durch ähnliche Dialekte, Bräuche und Traditionen auszeichnen und der in etwa das heutige Syrien, den Libanon, Jordanien, Palästina und Teile des Iraks umfasst. Für den heutigen Staat Syrien steht das arabische Wort Suriya.

in Norwegen ansässigen Mullah KREKAR, wonach BIN LADIN „eine Krone auf den Köpfen der Muslime“ sei.

Das in Westeuropa betriebene Mitgliedernetzwerk der AAI dient dazu, das in den jeweiligen Ländern vorhandene Unterstützungspotenzial zu mobilisieren und für ihre terroristischen Zielsetzungen zu nutzen. Die Aktivitäten dieses Netzwerks umfassen die Rekrutierung zum terroristischen Kampf bereiter Islamisten und deren Schleusung in den Irak, die Beschaffung und den Transfer von Geld und technischen Geräten sowie die Einschleusung im Irak verwundeter Mitglieder zur ärztlichen Versorgung nach Westeuropa.

Hinweise auf die Existenz von Zellen der AAI in Niedersachsen liegen nicht vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch Unterstützer in Niedersachsen in die weiträumigen Netzwerke der Organisation im Einzelfall einbezogen werden. Im Rahmen bundeslandübergreifender Wanderungsbewegungen war ein Zuzug von AAI-Anhängern hierher festzustellen. Eine strukturierte, organisierte Form der Aktivitäten ist jedoch derzeit nicht zu erkennen.

Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT)

Gegründet:	1953 in Jordanien	
Leitung:	Ata Abu AL-RASCHTA	
Sitz:	in Deutschland keine offizielle Niederlassung	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	300	300
Niedersachsen:	10	10
Publikationen:	Al-Khilafa (englisch/arabisch) Explizit (deutsch/niederländisch) Al-Wai (arabisch) Köklü Degisim Dergisi (türkisch)	
Betätigungsverbot:	seit dem 15.01.2003	

Die Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT) agiert insbesondere gegen den Staat Israel auf eine Weise, die deutlich antisemitische und volksverhetzende Züge trägt. Offiziell bekundet sie, die Anwendung von Gewalt abzulehnen.

Ursprung und Entwicklung

Die in allen arabischen Staaten verbotene Islamische Befreiungspartei wurde 1953 im jordanischen Ost-Jerusalem von dem 1978 verstorbenen Rechtsgelehrten Scheich Taqi ad-Din an-Nabhani gegründet. Zentrales Anliegen an-Nabhanis und bis heute propagiertes Ziel der HuT ist die Errichtung eines das gesamte Siedlungsgebiet von Muslimen umfassenden Staates, an dessen Spitze ein auf Lebenszeit gewählter Kalif steht. Dieser soll die islamische Rechts- und Lebensordnung, die Scharia, umsetzen und so die angestrebte Herrschaft Gottes auf Erden verwirklichen. Dabei betrachtet die HuT die Machtergreifung durch einen Staatsstreich als Alternative zu der in ihren Augen gescheiterten Strategie der Muslimbrüder, sich primär über soziale Betreuungsangebote in der Gesellschaft eine Basis zu verschaffen.

An-Nabhanis „System des Islam“ nimmt formale Anleihen bei modernen staatsrechtlichen Ideen des Westens (Staatsbürgerschaft, Verfassung etc.), füllt diese aber mit einem islamistischen Inhalt, der zum Teil mittelalterliche Vorstellungen vom Kalifat aufgreift. So legte die Befreiungspartei einen Verfassungsentwurf vor, dem im Bereich der Außenpolitik die klassische islamische Einteilung der Welt in ein „Haus des Islam“ und ein „Haus des Unglaubens bzw. des Krieges“ zugrunde liegt. Beispielsweise heißt es in Artikel 178:

„Im Blick auf jene Staaten, die nach der Scharia faktische Feindstaaten darstellen, wie zum Beispiel Israel, muss der Kriegszustand die Grundlage für jegliches politisches Handeln bilden. Der Verkehr mit diesen Staaten erfolgt auf der Grundlage, dass sie mit uns aktuell im Krieg stehen, einerlei, ob mit ihnen ein Waffenstillstandsabkommen besteht. Allen Bürgern dieser Staaten ist die Einreise in das islamische Land verboten. Soweit sie Nicht-Muslime sind, gelten sie als vogelfrei.“

(zitiert nach: Andreas Meier, „Politische Strömungen im modernen Islam“, Wuppertal 2002, S. 86)

Dieser Entwurf soll nach Vorstellungen an-Nabhanis der Verfassung eines wiedererrichteten Kalifats als Grundlage dienen.

Die HuT vergleicht die Situation der Muslime im Westen mit der des Propheten Muhammad²⁴ in Mekka, der sich dort ebenfalls unter „Ungläubigen“ befand. Nach dessen Vorbild sollen die Mitglieder der HuT die Lehre der Partei verbreiten und im Verborgenen eine Machtbasis aufbauen.



²⁴ Andere Schreibweise: „Mohammed“. Der Bericht verwendet durchgängig die Schreibweise „Muhammad“.

Nach eigener Bekundung folgte die HuT zur Durchsetzung ihrer Ziele bislang dem Grundsatz, Gewalt nicht anzuwenden. So heißt es in § 3 des internen Organisationsgesetzes, das die HuT im Rahmen des Klageverfahrens gegen das durch das Bundesministerium des Innern ausgesprochene Betätigungsverbot dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) vorgelegt hat: „Der Vollzug von materiellen Handlungen (gewalttätige Handlungen) gehört nicht zur Methode der Partei“. Im Gegensatz zu dieser Aussage wird die HuT jedoch bereits seit den sechziger Jahren mit verschiedenen gescheiterten Militärputschen in der arabischen Welt in Verbindung gebracht. Darüber hinaus bedient sie sich einer Gewalt verherrlichenden Rhetorik, die sich insbesondere gegen Juden und gegen Israel richtet. Der ausgeprägte Antisemitismus spiegelt sich in vielen Publikationen der HuT wider. Damit wendet sich die Gruppierung gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gibt zu erkennen, dass sie Gewalt als politisches Mittel akzeptiert.

Eine unmittelbare Beteiligung der HuT an terroristischen Aktivitäten konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Allerdings bestehen in Zentralasien, wo die Organisation besonders in Usbekistan und Kirgisien verankert ist und als Folge der dortigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich an Zulauf gewinnt, Verbindungen zu regionalen militanten Gruppierungen wie der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU).

Die Partei ist heute weltweit aktiv und international vernetzt; ihr an der Basis konspirativ organisierter, zellenartiger Aufbau ist hierarchisch und zentralistisch. Ihre Struktur gestaltet sich ausgehend von lokalen Basiseinheiten über regionale und nationale Organisationsebenen bis hin zu einer internationalen Führung. Für den deutschsprachigen Raum spielt Wien eine wichtige Rolle für die HuT. Von hier aus gelangten die ersten deutschsprachigen Publikationen in die Bundesrepublik.

Die HuT in Deutschland

Bundesweit fiel die HuT zum ersten Mal im Zusammenhang mit einer Veranstaltung am 27.10.2002 an der Technischen Universität Berlin auf, bei der Vertreter der Organisation dem Staat Israel das Existenzrecht absprachen. Aufsehen erregte die Veranstaltung auch durch die Teilnahme des NPD-Vorsitzenden Udo VOIGT und des rechtsextremistischen Anwalts Horst MAHLER, die ihre Zustimmung zu den antisemitischen Thesen des HuT-Funktionärs Shaker ASSEM zum Irakkonflikt bekundeten.

Im Juni wurde in Hamburg durch eine mehrköpfige Gruppe, deren Mitglieder den Sicherheitsbehörden durch Bezüge zur HuT bekannt sind, vor einigen Moscheen und den angrenzenden Nebenstraßen ein Flugblatt mit dem Titel „Die Islam-Konferenz ist eine politische Falle!“ verteilt. In dem zweiseitigen Schreiben warnen die Verfasser vor einer Verfälschung der Botschaft des Propheten Muhammad durch die „kapitalistisch-säkularen Errungenschaften“ der deutschen Gesellschaft sowie deren „Schlechtigkeiten“.

Auf einer der HuT zuzurechnenden Internetseite ist überdies eine Stellungnahme zur Islamkonferenz vom 2. Mai erschienen, in der der Funktionär Shaker ASSEM die Bestrebung der HuT bekräftigt, ein Kalifat herbeiführen zu wollen. Er beschuldigt deutsche Politikerinnen und Politiker in Bezug auf den Islam und die Muslime bewusst falsche Aussagen zu tätigen und führt diese als Beispiele für die „Verlogenheit des westlichen Wertesystems und für die Doppelmoral, die ihre avancierten Vertreter kennzeichnet“ an.

Das Bundesministerium des Innern hat am 15.01.2003 die Betätigung der HuT in der Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer aggressiven antisemitischen Propaganda verboten. Vom Verbot umfasst sind auch Produktion und Verbreitung der der HuT zuzurechnenden deutschsprachigen Zeitschrift Explizit, einschließlich der entsprechenden Internetseite. Das BVerwG bestätigte das Verbot mit seinem Urteil vom 25. Januar, Az.: 6 A 6.05.

In Niedersachsen konnten keine offenen Aktivitäten der hier lebenden Anhänger festgestellt werden; aktuelle Erkenntnisse belegen jedoch, dass die Anhänger der HuT auch weiterhin um Einflussnahme auf muslimische Kreise hier bemüht sind.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Gegründet:	1985 in Köln (als Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V. – AMGT)	
Vorsitzender:	Yavuz Celik KARAHAN	
Sitz:	Kerpen (NRW)	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	26.500	27.000
Niedersachsen:	2.600	2.600
Publikation:	Milli Görüs & Perspektive (Neue Welt- sicht und Perspektive)	

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG) ist im Wesentlichen bestrebt, türkischstämmigen Muslimen eine eigenständige Identität auf der Basis islamistischer wie auch türkisch-nationalistischer Anschauungen zu vermitteln. Diese Identität definiert sich in Abgrenzung zur freiheitlichen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und propagiert die islamische Rechts- und Lebensordnung, die Scharia, als Grundlage ihres Gesellschaftsmodells. Mit dieser Integrationsfeindlichkeit fördert die IGMG die Bildung von Parallelgesellschaften in Deutschland.

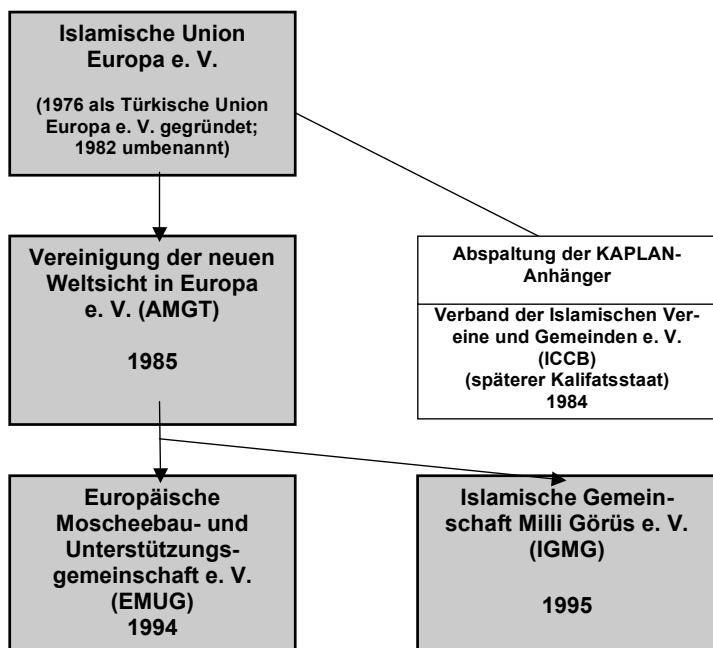
Ursprung und Entwicklung



Die Geschichte und die Ideologie der sunnitisch geprägten IGMG sind untrennbar mit dem türkischen Islamistenführer Necmettin ERBAKAN verbunden, der in den 70er Jahren seine Vorstellungen zur Lösung der politischen und gesellschaftlichen Probleme in der Türkei in der Schrift „Milli Görüs“ („nationale Sicht“) darlegte. ERBAKAN beschreibt die westliche Welt als „nichtige Ordnung“ („Batıl Düzen“), die durch eine islamische „gerechte Ordnung“ („Adil Düzen“), d. h. die Scharia als Grundlage für Staat und Gesellschaft, zu ersetzen sei. Als Teil der von ERBAKAN bis heute angeführten Bewegung ist auch die IGMG von dieser Weltanschauung geprägt.

Die IGMG fungiert als Sammelbecken der Anhänger der Milli Görüs-Bewegung. Ihre Vorläuferorganisation, die Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMGT), konstituierte sich 1985 in Köln. 1995 wurde die AMGT in die IGMG, deren Aufgaben sich auf die Bereiche Religion, Sozialwesen und Kultur konzentrieren, und in die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG), die für die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der Organisation zuständig ist, aufgespalten.

Heute gilt die IGMG als der größte nicht vom türkischen Staat direkt beeinflusste türkisch-islamische Verband in Europa – auch in Deutschland ist die IGMG mit ihren 27.000 Anhängern die größte islamistische Organisation. Strukturen sind darüber hinaus in Nordamerika, Australien und Zentralasien nachweisbar. In dieser internationalen Präsenz manifestiert sich der Anspruch der IGMG, einen Großteil der außerhalb der Türkei lebenden Menschen türkischer Abstammung zu repräsentieren.

Übersicht zur Entstehung der heutigen IGMG²⁵

Die IGMG in Deutschland

Die streng hierarchisch von der Bundes- bis auf die Ortsebene gegliederte Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. ist der in Deutschland vertretene Teil der Milli Görüs-Bewegung. Sie hat ihren Sitz in Kerpen und wird von Yavuz Celik KARAHAN geleitet. Die IGMG ist mit verschiedenen islamischen Organisationen und Dachverbänden in Deutschland personell verflochten. So führt der ehemalige Generalsekretär der IGMG, Ali KIZILKAYA, den Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland²⁶, dem viele Jahre der frühere IGMG-Funktionär Hassan ÖZDOĞAN vorstand. Über den Vorsitzenden der im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vertretenen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), Ibrahim EL-ZAYAT, bestehen Verbindungen zum ZMD²⁷. EL-ZAYAT, Schwager des ehemaligen IGMG-Vorsitzenden Mehmet Sabri ERBAKAN, ist außerdem Bundesvorsitzender der im ZMD vertretenen Muslim-Studentenvereinigung in Deutschland.

²⁵ Darstellung in Anlehnung an: Lemmen, Islamische Vereine und Verbände in Deutschland, 2002.

²⁶ Im Islamrat sind eigenen Angaben zufolge über 30 Organisationen zusammengeschlossen, die derzeit über mehr als 130.000 Mitglieder verfügen sollen. Der Islamrat wird von der IGMG dominiert.

²⁷ Vgl. Ausführungen zur IGD und zum ZMD auf den Seiten 7 und 28.

Als ihr stellvertretender Vorsitzender fungiert der ehemalige Islamratsvorsitzende Hassan ÖZDOĞAN. EL-ZAYAT kontrolliert als Vorsitzender der EMUG auch den umfangreichen Immobilienbesitz der Milli Görüş-Bewegung, insbesondere ihre Moscheeimmobilien. Auch im Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM), der am 10. April seine Gründung bekannt gab, ist die IGMG über den Islamrat vertreten.

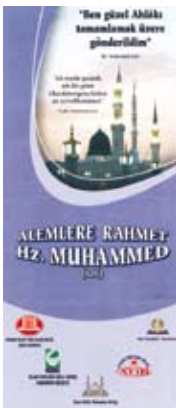
Die IGMG bestreitet, eine Form des Islam zu propagieren, die gegen die politisch-gesellschaftliche Integration der in der Bundesrepublik lebenden Menschen türkischer Abstammung gerichtet sei. Tatsächlich versucht die IGMG jedoch, über Koranurse, Hausaufgabenbetreuung, Ferienlager, Sportaktivitäten u. ä. Muslime durch ein möglichst alle Lebensbereiche umfassendes Angebot an sich zu binden und intensiv mit der politischen Ideologie der „Adil Düzen“ zu indoktrinieren. Diese darüber hinaus auch aus finanziellen Gründen verfolgte Vorgehensweise ist auch von anderen islamistischen Gruppierungen wie der Muslimbruderschaft oder der Hizb Allah bekannt. Zu der von der IGMG organisierten „Betreuung“ gehören auch eine Wallfahrtsorganisation, ein Vertrieb für religiöse Literatur, ein muslimisches Sozialwerk, ein Bestattungsfonds sowie Handelsgesellschaften für den Im- und Export von Lebensmitteln.

Auch in Niedersachsen besteht ein Landesverband, zu dem mindestens 35 Ortsvereine gehören. Eine besonders aktive Einrichtung ist das Braunschweiger Kultur- und Bildungszentrum, das neben Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung auch Koranunterricht speziell für Kinder anbietet.

Aktivitäten

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wurden im Berichtsjahr keine zentralen Mitgliederversammlungen der IGMG durchgeführt. Stattdessen versuchte man mit anderen, teilweise vom türkischen Staat dominierten Organisationen, gemeinsame Veranstaltungen abzuhalten. Eine derartige Versammlung anlässlich des Geburtstages des Propheten Muhammad fand am 9. April in der Osnabrücker Stadthalle unter Beteiligung von etwa 2.200 Personen statt. Der IGMG-Ortsverein Braunschweig beging am 21. Oktober mit weiteren türkischen Organisationen den 800. Geburtstag des Gründers des Mewlewî-Ordens, Mevlana Celaleddin Rumi.

Einen zentralen Punkt der IGMG-Aktivitäten stellte auch 2007 das Bemühen dar, die türkischstämmige Jugend in Deutschland im Sinne eines orthodox verstandenen sunniten Islams wie auch im Geiste des türkischen Nationalismus zu erziehen. Diesem Ziel dienen u. a. die alljährlich in Deutschland während der Sommerferien stattfindenden dreiwöchigen Internatskurse.



Veranstaltung zur "Geburt des Propheten Muhammad"

In einem unter der Überschrift „Die Sommerschulen der IGMG“ stehenden Artikel der Zeitung Milli Gazete (Nationalzeitung) vom 21. August äußert sich Mehmet GEDIK, Vorsitzender der Abteilung für Bildung und Erziehung und stellvertretender Generalvorsitzender der IGMG, zu den verfolgten Intentionen:

MİLLÎ GAZETE Halkın Gelişimi ve Zenginliği İçin

„Es wurde Religionsunterricht mit pädagogischen und didaktischen Methoden erteilt, um die Glaubens- und Identitätsstruktur der Kinder ausreifen zu lassen.“

Zum wahren Zweck der Herausbildung dieser „Glaubens- und Identitätsstruktur“ der Kinder äußerte sich der Jugendvorsitzende der Fatih-Moschee (IGMG München-Mitte), Yakup AKBAY, in der Sendung „Vuslat“ des Fernsehsenders TV5 am 6. Juni:

„Wenn Europa schrittweise zum Islam kommt, dann ist das der Erfolg der hier lebenden Jugendlichen bzw. der Muslime ... Wenn Europa, wie wir es hoffen, islamisiert wird, so wird dies das Verdienst der hiesigen Muslime bzw. der türkischen Gemeinschaft sein. Dafür leisten wir Grundlagenarbeit ... Zunächst müssen wir unsere eigene Identität bewahren. Wir müssen sie noch weiter ausbauen und an die Nichtmuslime, also an die hiesige Bevölkerung weitergeben. Dies wird in drei Stufen geschehen. Die erste Stufe kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.“

Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Gegründet:	1984 in Köln	
Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	750	750
Niedersachsen:	130	130
Verbot:	seit dem 12.12.2001	

Die Organisation Kalifatsstaat betrieb unter der Leitung des selbst ernannten Kalifen Metin KAPLAN von der Bundesrepublik aus den Sturz der laizistischen Staatsordnung in der

Türkei und gefährdete damit außenpolitische Interessen Deutschlands. Die selbst im islamistischen Kontext als äußerst radikal einzustufende Ideologie dieser Vereinigung war in besonderem Maße geeignet, mit ihrer antiwestlichen Propaganda den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker zu gefährden.

Ursprung und Entwicklung

Der Kalifatsstaat ging 1994 aus dem Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln (ICCB) hervor. Diesen hatte der als „Khomeini von Köln“ bekannt gewordene Cemaleddin Kaplan, der Vater von Metin KAPLAN, 1984 gegründet. Nachdem sich KAPLAN 1994 zum Kalifen der Muslime erklärt hatte, nannte sich der ICCB fortan Kalifatsstaat (Hilafet Devleti).

Das Ziel des 1995 verstorbenen Vaters, einen revolutionär-islamistischen Umsturz in der Türkei herbeizuführen, behielt auch sein Nachfolger Metin KAPLAN bei. Unter dessen Führung nahm die Organisation zunehmend sektiererische Züge an. Während die Anhängerzahl auch aufgrund mangelnden Charismas des neuen Kalifen abnahm, eskalierten die internen Auseinandersetzungen. 1997 wurde Yusuf Ibrahim Sofu, ein Konkurrent Metin KAPLANS, von unbekannten Tätern in Berlin erschossen. Wegen öffentlicher Aufforderung u. a. zu dieser Straftat u. a. in der Hayreddin-Moschee in Braunschweig wurde Metin KAPLAN daraufhin zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, die mit seiner Haftentlassung im März 2003 endete. Nach intensiven juristischen Auseinandersetzungen um seinen Verbleib in Deutschland wurde KAPLAN im Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben. Dort wurde er am 20.06.2005 wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass KAPLAN seinen Anhängern 1998 den Auftrag zu einem Attentat auf die türkische Regierung erteilt hatte. Ende November 2005 hob das Berufungsgericht in Ankara dieses Urteil gegen KAPLAN wegen Verfahrensfehlern jedoch auf. Das Urteil muss in einem weiteren Verfahren, das am 28.04.2006 aufgenommen wurde, gefällt werden. Der Prozess wurde am 24.03.2008 fortgesetzt.

Verbot des Kalifatsstaates

Nach Streichung des Religionsprivilegs²⁸ wurde der Kalifatsstaat als erste islamistische Organisation am 12.12.2001 vom Bundesminister des Innern verboten. Laut Verbotsverfügung richtete sich der Verein, der die Beseitigung des laizistischen türkischen Staates anstrebte, gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Der Kalifatsstaat lehnte die parlamentarische Demokratie und den Parteienpluralismus als „unislamisch“ ab und verbreitete in seinen Publikationen aggressive antijüdische und antizionistische Propaganda.

Das Verbot führte zu einer erheblichen Schwächung der Organisation. Allein der Verlust der Vereinsräumlichkeiten stellte ein erhebliches logistisches Problem dar. Inzwischen treffen sich ehemalige Mitglieder des Kalifatsstaats – überwiegend zum Freitagsgebet – in Privatwohnungen bzw. neu angemieteten Liegenschaften. Die Abschiebung KAPLANs im Oktober 2004 wirkte sich hingegen kaum auf die weitere Entwicklung der Organisation aus, da er bereits seit seiner Inhaftierung im Jahr 2000 mehr Symbolfigur als tatsächlicher Führer des Kalifatsstaats war.

Insgesamt lässt sich eine Zurückhaltung der Anhänger des Kalifatsstaats feststellen. Dies ist insbesondere auf verdachtsunabhängige Kontrollen der Polizei in Niedersachsen vor bekannten Versammlungsorten und die Angst, möglicherweise selbst abgeschoben zu werden, zurückzuführen. Im ehemaligen so genannten Bezirksemirat Niedersachsen sind weiterhin keine organisierten Tätigkeiten der verbotenen Ortsvereine feststellbar. Die verbliebenen Anhänger treffen sich allerdings auch weiterhin, insbesondere zum gemeinsamen Beten, in den Bereichen Braunschweig, Göttingen, Hannover und Osnabrück.

²⁸ Der Begriff Religionsprivileg bezieht sich auf die besondere Stellung von Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Vereinigungen in Deutschland. Diese waren von den Vorschriften des Vereinsgesetzes ausgenommen. Am 09.11.2001 hob der Bundestag nahezu einstimmig das Religionsprivileg des Vereinsgesetzes auf. Angesichts der terroristischen Bedrohungen, wie sie durch die Anschläge des 11.09.2001 zum Ausdruck gekommen waren, wurde die Möglichkeit geschaffen, extremistische Religionsgemeinschaften gegebenenfalls auch zu verbieten. Betroffen sind Vereinigungen, die unter dem Deckmantel der Religionsausübung ihre Aktivität gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder die Strafgesetze richten.

Schiitischer Islamismus

Maßgeblichen Einfluss auf die extremistischen Aktivitäten schiitischer²⁹ Muslime hat die religiöse und politische Führung der Islamischen Republik Iran, dem Land mit der größten Zahl von schiitischen Gläubigen. Seit der „Islamischen Revolution“ von 1979 ist der islamische Oberste Rechtsgelehrte, der „Revolutionsführer“, die höchste Autorität im Iran. Nach der iranischen Verfassung ist alle staatliche Gewalt der religiösen Führung untergeordnet. Der schiitische Islam ist die Staatsreligion des Iran. Die religiöse Führung bestimmt die innen- und außenpolitischen Leitlinien. Die Politik der Staatsführung ist antiwestlich und antizionistisch ausgerichtet. Im Oktober 2005 verdeutlichte der iranische Präsident Ahmadinedschad die Radikalität der gegenwärtigen iranischen Staatsführung, als er auf einer Konferenz mit dem Titel „Die Welt ohne Zionismus“ die „Tilgung Israels von der Landkarte“ forderte. Eine Abschwächung dieser Doktrin ist bis zum heutigen Tage nicht erkennbar.

Die weltweite Verbreitung der iranisch-schiitischen Vorstellungen von einer „Islamischen Revolution“ ist maßgebliches Ziel der Politik des Iran. Zur Umsetzung dieses Ziels dient in Deutschland insbesondere das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) als zentraler Anlaufpunkt der schiitischen Muslime. Seit Anfang 2004 leitet der iranische Ayatollah Seyyed Abbas Hosseini GHAEMMAGHAMI das IZH. Auch in Niedersachsen richten sich verschiedene islamistische Vereinigungen auf das IZH aus, teilweise werden Satzungsfragen und andere wesentliche Entscheidungen von der Zustimmung des IZH abhängig gemacht.

²⁹ Die Schia ist die zweitgrößte Konfession des Islam. Ihr hauptsächliches Verbreitungsgebiet liegt zwischen dem Libanon und Indien. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist im Iran, im Irak, in Aserbaidschan und Bahrain mit weit über 50 % am höchsten.

Hizb Allah³⁰ (Partei Gottes)

Gegründet:	1982 im Libanon	
Sitz:	Beirut	
Generalsekretär:	Hassan NASRALLAH	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	900	900
Niedersachsen:	140	140
Publikation:	Al-Ahd (Die Verpflichtung)	

Die libanesisch-schiitische Organisation Hizb Allah (Partei Gottes) bekämpft mit terroristischen Mitteln insbesondere den Staat Israel, richtet ihre Propaganda aber auch gegen westliche Institutionen.

Ursprung und Entwicklung

Die „Partei“ Hizb Allah wurde 1982 unter maßgeblicher Steuerung durch die Islamische Republik Iran als Vertretung des radikalsten Teils der libanesischen Schiitengemeinde gegründet. Vorbild für die Hizb Allah ist der revolutionäre Iran; die Lehren des iranischen Revolutionsführers Khomeini gelten als richtungweisend. Nach dem Tode Khomeinis lockerten sich allerdings zunehmend die früher engen Beziehungen. Ihren politischen Einfluss stützt die schiitische Organisation wie andere islamistische Organisationen auch auf die soziale und karitative Betreuung ihrer Anhängerschaft. Dieses umfassende Betreuungssystem hatte die Hizb Allah mit finanzieller Unterstützung Irans aufbauen können.

Im Emblem der Hizb Allah kommt die politische Ausrichtung zum Ausdruck. Es zeigt in arabischer Schrift den Namen der Organisation Hizb Allah. Eine aus diesem Schriftzug erwachsende Faust hält eine Kalaschnikow, über der das Koranzitat „Die auf Gottes Seite stehen, werden Sieger sein“ steht. Dies kann aber auch politisch als „Die Hizb Allah wird Sieger sein“ gelesen werden. Die Unterzeile unter diesem Signet weist auf die politische Zielrichtung: „Islamische Revolution im Libanon!“.



³⁰ Oft auch Hisbollah, Hizbollah, Hizbullah oder Hezbollah geschrieben.

Die Hizb Allah in Deutschland

Ungeachtet einer verbreiteten Sympathie unter den in Deutschland lebenden Libanesen für die politischen und ideologischen Ziele der Hizb Allah tritt diese Organisation hier in der Öffentlichkeit kaum mit Aktivitäten in Erscheinung. Bundesweite Veranstaltungen haben in der Regel nur geringen Zulauf.

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren klandestin arbeitenden Ortsgruppen bzw. Stützpunkten organisiert, u. a. in Hannover, Osnabrück, Uelzen und Südniedersachsen. Diese Ortsgruppen finanzieren sich hauptsächlich durch Spendensammlungen. Über Funktione, die aus dem Libanon stammen, erfolgt eine Anbindung an die Mutterorganisation. Zu herausragenden Anlässen, wie dem Jahrestag des Abzugs der israelischen Armee aus dem Südlibanon im Jahr 2000, den die Hizb Allah als größten Erfolg in der Geschichte ihrer Organisation feiert, besuchen immer wieder auch libanesisische Parlamentsabgeordnete der Hizb Allah die Ortsgruppen in Niedersachsen.

Im Rahmen der UNIFIL-Mission³¹ befinden sich seit 2006 Einheiten der deutschen Bundesmarine im Einsatz vor der Küste des Libanons. Im Falle militärischer Zwischenfälle, die als einseitige Parteinahme für den Staat Israel ausgelegt werden könnten, besteht ungeachtet der bisherigen politischen Zurückhaltung der Hizb Allah-Anhänger in Deutschland ein nicht zu unterschätzendes Radikalisierungspotenzial.

³¹ Resolution 1701 (2006), verabschiedet auf der 5511. Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL) - ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK)/Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

Gegründet:	1978 in der Türkei	
Leitung:	Zübeyir AYDAR (in Abhängigkeit von dem inhaftierten Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN)	
Sitz:	Damaskus (bis 10/98, seitdem ohne festen Sitz)	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	11.500	11.500
Niedersachsen:	1.510	1.510
Publikationen:	Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik), täglich Serxwebun (Unabhängigkeit), monatlich Ciwanan Azad (Freie Jugend), monatlich	
Medien:	u. a. ROJ TV, kurdischer Satellitensender mit Sendezentrale in Brüssel	
Betätigungsverbot:	seit dem 26.11.1993 für die PKK ³²	

Der Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL) ist nach zweifacher Umbenennung aus der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) hervorgegangen. Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, änderte sich die Ideologie der Partei im Laufe der Jahre in eine kurdisch-nationale Richtung. Die PKK brachte diese nationalistische Ideologie sowohl in der Türkei als auch in der Bundesrepublik Deutschland auf militante Weise zum Ausdruck. Auch heute ist der KONGRA GEL grundsätzlich bereit, Gewalt zur Verwirklichung seiner politischen Ziele einzusetzen.



³² Gleiches gilt für die Organisationen Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) und Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL), bei denen es sich nach der Auffassung des Bundesministeriums des Innern um reine Umbenennungen handelt, für die das Verbot fortbesteht.

Hintergrund

Die PKK wurde 1978 von Abdullah ÖCALAN in der Türkei gegründet. Sie verfolgte das Ziel, einen politisch autonomen Kurdenstaat auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet zu gründen. ÖCALAN erkämpfte sich in den Folgejahren gewaltsam den Aufstieg zur maßgeblichen Führungsfigur der Organisation. Nach seiner Verhaftung am 15.02.1999 in Nairobi wurde ÖCALAN in der Türkei zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Hochverrats verurteilt, die er in einem eigens für ihn unterhaltenen Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel Imrali im Marmara-Meer verbüßt. Von hier aus beeinflusst ÖCALAN über seine Anwälte den KONGRA GEL immer noch maßgeblich.

Seit 1984 kämpft die PKK bzw. KADEK/KONGRA GEL in der Türkei mit einem militärischen Arm für einen unabhängigen Kurdenstaat. Der bewaffnete Kampf der PKK-Guerilla richtete sich zunächst gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten. In den Folgejahren zielte er auch auf Teile der kurdischen Bevölkerung, wenn diese sich der Programmatik der PKK und ihrem Alleinvertretungsanspruch widersetzte. In Europa begann die Führung der PKK, die Situation in der Türkei durch politische Veranstaltungen und Kundgebungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und ihren bewaffneten Kampf als Freiheitskampf darzustellen. Auch in Deutschland versuchte die PKK mit gewalttätigen Aktionen, den Kampf in der Türkei zu unterstützen. Daher untersagte das Bundesministerium des Innern der PKK im Jahr 1993, sich im Bundesgebiet zu betätigen. Das Betätigungsverbot umfasst auch den KADEK und den KONGRA GEL.

„EU-Terrorliste“

Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 2.05.2002 wurde die PKK in die Liste nach Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 („EU-Terrorliste“) aufgenommen. Mit Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 2.04.2004 wurde die PKK auch unter der Fortbezeichnung KADEK und KONGRA GEL in der Liste der terroristischen Organisationen weitergeführt.

Am 3.04.2008 erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Aufnahme der PKK und des KONGRA GEL in die EU-Liste terroristischer Organisationen für nichtig. Die Richter sahen die Listungen in 2002 und 2004 als unzureichend begründet an. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 war jedoch bereits das gesamte Listungsverfahren der EU nach den Vorgaben eines Parallelurteils des EuGH im Jahre 2007 reformiert worden. Die Sanktionsliste wird seitdem

halbjährlich überprüft und aktualisiert. Die im Urteil gerügten Verfahrensmängel – insbesondere Benachrichtigung, Einräumung rechtlichen Gehörs sowie eine ausreichende Begründung – sind dabei auch hinsichtlich der PKK behoben worden. Durch diese halbjährliche Aktualisierung in Form neuer Beschlüsse des Rates der Europäischen Union ist die beklagte und durch das Gericht aufgehobene erstmalige Listung der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen ohne tatsächliche Auswirkung. PKK und KONGRA GEL bleiben in der „EU-Terrorliste“ aufgeführt.

Entwicklung der Organisation

Angesichts des erfolglosen Einsatzes terroristischer Mittel sowie der Festnahme des PKK-Führers Abdullah ÖCALAN änderte die Organisation im Jahr 1999 ihre Strategie und versuchte auf politischem Feld Terrain zurückzugewinnen. Diese neue Phase war gekennzeichnet durch verschiedene Friedensinitiativen wie z. B. Gewaltverzichtserklärungen gegenüber der Türkei, angebliche innerorganisatorische Demokratisierungsanstrengungen sowie politische Agitation in der Türkei und in Europa. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war die „Auflösung“ der PKK im Jahr 2002 und die gleichzeitige „Gründung“ einer „neuen“ Organisation mit dem Namen Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK). Ende 2003 löste sich der KADEK auf; an seine Stelle trat der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL). Dieser sollte nach Aussagen des Parteivorsitzenden Zübeyir AYDAR die militärischen Auseinandersetzungen beenden und stattdessen einen politischen Kampf führen. Diese Absichtserklärung wurde bereits Mitte 2004 konterkariert, indem die Volksverteidigungseinheiten (HPG), der militärische Arm des KONGRA GEL, den seit 1998 anhaltenden einseitigen Waffenstillstand mit der Türkei aufhoben.

Im Frühjahr 2005 verkündeten einige ÖCALAN-treue Kader die Gründung der „neuen PKK“. Dabei handelte es sich nicht um eine erneute Umbenennung des KONGRA GEL, sondern um eine neue Teilorganisation innerhalb des Gesamtgefüges der Organisation. Die „neue PKK“ sollte das politisch-ideologische Führungszentrum für den KONGRA GEL in Kurdistan bilden.

Im Jahr 2005 wurde im Nordirak erstmals ohne Einflussnahme des KONGRA GEL für einen Teil des kurdischen Siedlungsgebietes eine eigenständige Verwaltung verwirklicht.

Unter diesem Eindruck ließ Abdullah ÖCALAN von seiner bisherigen Forderung nach einem eigenständigen Kurdistan ab und verkündete im Frühjahr 2005 mit der Gründung der Konföderation der kurdischen Gemeinschaften („Koma Ko-

malen Kurdistan“, KKK) ein neues Konzept zur Lösung der Kurdenfrage im Nahen Osten. Ziel dieses Konzeptes ist die Entwicklung einer so genannten Föderation des Demokratischen Nahen Ostens, d.h. eines föderalen Verbundes der kurdischen Siedlungsgebiete (Türkei, Syrien, Iran, Irak) unter Achtung der bestehenden staatlichen Grenzen.

Im Rahmen der 5. Vollversammlung des KONGRA GEL im Juni wurde beschlossen, den Organisationsnamen von Konföderation der kurdischen Gemeinschaften (KKK) in Zusammenschluss der Kommunen Kurdistans („Koma Civaken Kurdistan“, KCK) zu ändern. Begründet wurde die Namensänderung damit, dass die neue Bezeichnung „das Gesellschafts-, Demokratie- und demokratische Nationalverständnis noch besser zum Ausdruck“ bringe.

Das Ziel des Konzeptes muss jedoch als wenig Erfolg versprechend beurteilt werden, u. a. angesichts der mangelnden Bereitschaft der irakischen Kurden, sich ÖCALAN unterzuordnen. Zur Erfüllung dieses Ziels sollen die Volksverteidigungseinheiten nur der „legitimen Selbstverteidigung“ dienen. Dies macht deutlich, dass der KONGRA GEL immer noch nicht zu einem generellen Gewaltverzicht bereit ist.

Organisatorische Strukturen

CDK

Der politische Arm des KONGRA GEL in Europa, die „Civata Demokratik Kurdistan“³³ (CDK), unterliegt auch dem für den KONGRA GEL geltenden vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Trotzdem unterhält sie ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europaleitung der Organisation für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

YEK-KOM

Deutschlandweit gibt es ca. 53 kurdische Ortsvereine, die der KONGRA GEL nahe stehenden „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) angehören. Die YEK-KOM ist eingebettet in die europäische Dachorganisation „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD).

Die Ortsvereine sind nicht vom bestehenden KONGRA GEL-Betätigungsverbot betroffen. Sie agieren aber häufig als An-

³³ Deutschsprachige Übersetzung etwa: „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“

melder von Veranstaltungen mit Bezug zur politisch-ideologischen Zielsetzung des KONGRA GEL.

In Niedersachsen existieren YEK-KOM Vereine in Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Peine und Salzgitter. Die YEK-KOM organisierte mit Hilfe der Ortsvereine auch in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen. So fand am 17. März aus Anlass des Newroz-Festes³⁴ eine Großdemonstration mit Abschlusskundgebung in Berlin statt, an der sich ca. 16.000 Personen beteiligten. Anlässlich des 58. Geburtstages Abdullah ÖCALANs am 4. April wurden durch Ortsvereine zahlreiche Veranstaltungen organisiert, z.B. fand in Hannover am 6. April eine Feier zu Ehren ÖCALANs mit über 1.000 Gästen statt.



15. Internationales Kurdisches Festival am 01.09.07 in Gelsenkirchen

Massenorganisationen

Des Weiteren organisieren sich die Anhänger des KONGRA GEL in so genannten Massenorganisationen, welche bestimmte Bevölkerungs- und Interessengruppen repräsentieren.

Die KOMALEN CIWAN, die Jugendorganisation des KONGRA GEL, tritt besonders häufig in Erscheinung. Sie führt z.B. jährlich die Propagandaveranstaltung „Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“³⁵ durch, die am 14. Juli in Köln stattfand. Die KOMALEN CIWAN sind von Bedeutung für Rekrutierungsprozesse innerhalb Deutschlands, so werden Jugendliche mit Hilfe des Internets aufgerufen, sich den Guerilla anzuschließen.

Das jährlich durch die „Union der freien Frauen“ (YJA) organisierte „ZILAN-Frauenfestival“, eine Propagandaveranstaltung des KONGRA GEL, ist 2007 entfallen.

Weitere Interessengruppen, die sich zu KONGRA GEL-nahen Massenorganisationen zusammengeschlossen haben, sind beispielsweise die kurdischen Lehrer („Union der kurdischen Lehrer“/YMK), die Journalisten („Union der Journalisten Kurdistans“/YRK), die Juristen („Union der Juristen Kurdistans“/YHK) und als religiöse Organisation die Yeziden („Union der Yeziden aus Kurdistan“/YEK).

³⁴ Das Newroz-Fest geht auf einen rund 2.600 Jahre alten Mythos zurück. Seinerzeit hatte sich das Volk mit einem Fackelmarsch gegen die Tyrannei eines Despoten erhoben. Seitdem wird das Fest von den Kurden als Symbol für Freiheit und Unabhängigkeit gefeiert. Die PKK instrumentalisiert diesen Festtag zu Propagandazwecken.

³⁵ Das Festival soll an den gleichnamigen Funktionär der PKK erinnern, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm und seitdem als Märtyrer verehrt wird.

Finanzierung

Die Beschaffung von Geld stellt nach wie vor eine der größten Herausforderungen des KONGRA GEL dar. Der Propagandaapparat, wie der Fernsehsender ROJ TV oder die Publikationen, die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und der bewaffnete Arm des KONGRA GEL müssen finanziert werden. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt.

In den vergangenen Jahren war das Ergebnis der Spendenkampagnen rückläufig. Auch bei der Spendenkampagne 2007/2008 ist kein gegenläufiger Trend abzusehen, jedoch ist weiterhin mit einem Spendenergebnis in Millionenhöhe zu rechnen.

Angebliche Vergiftung Abdullah ÖCALANs

Am 1. März wurde auf einer Pressekonferenz der Anwälte ÖCALANs in Rom propagiert, ÖCALAN wäre während seiner Haftzeit in der Türkei durch den türkischen Staat vergiftet worden. Diese Meldungen haben in der Organisation für Unruhe gesorgt.

In einer im Internet veröffentlichten Erklärung des PKK-Rates hieß es:

„Aus diesem Grund muss die kurdische Jugend in allen vier Teilen Kurdistans und im Ausland entschieden, organisiert und mit aufopferndem Geist diejenigen, die diesen niederträchtigen Angriff auf unsere Führung entwickelt haben, ihre Taten bereuen lassen, und die Vorreiterschaft für einen Serhildan (= Widerstand) übernehmen, der die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit des Führers Apo³⁶ gewährleisten wird.“

(Internetseite der Jugendorganisation KOMALEN CIWAN vom 01.03.2007)

Daraufhin wurden bundesweit zahlreiche Aktionen durchgeführt, u. a. Protestkundgebungen in 20 deutschen Städten. Bei der Kundgebung am 3. März in Hannover wurde die angebliche Vergiftung ÖCALANs u. a. unter dem Thema „Vorgehen gegen Vereinshäuser der YEK-KOM in Europa“ aufgegriffen. Entgegen der erwarteten Teilnehmerzahl von

³⁶ „Apo“, zu deutsch „Onkel“, ist in KONGRA GEL-Kreisen ein Synonym für Abdullah ÖCALAN.

bis zu 150 Personen konnten unter Bezugnahme auf die „Vergiftung ÖCALANs“ mehr als 250 Teilnehmer mobilisiert werden.

Diese Aktivitäten zeigen, dass Abdullah ÖCALAN unter den KONGRA GEL-Anhängern immer noch einen sehr hohen Stellenwert genießt. Aktionen und Kampagnen, die den Führer Apo, seine Gesundheit oder seine Haftbedingungen thematisieren, mobilisieren eine weitaus größere Anhängerschaft, als es durch andere Themen möglich wäre.

Am 1. März riefen die KOMALEN CIWAN über eine auf ihrer Internetseite verbreitete Erklärung zum „Widerstand in allen Gebieten auf höchstem Niveau“ auf. Durch diese Interneterklärung wurden die kurdischen Jugendlichen dazu aufgerufen, das Newroz-Fest vom „Geruch des traditionellen Festes“ zu befreien und „angemessen als Tag des Widerstandes“ zu begehen.

In der Folge wurden im März bundesweit etliche Brandanschläge gegen türkische Einrichtungen verübt. Die vermehrten Anschläge innerhalb eines kurzen Zeitraumes deuten auf zentral gesteuerte Aktionen hin.

So kam es auch in der Nacht zum 21. März, dem Tag des Newroz-Festes, u. a. zu so genannten Hit-and-Run-Aktionen, bei denen Brandsätze gegen türkische Einrichtungen geworfen wurden.

In einigen Fällen konnten die Täter festgestellt und inzwischen auch verurteilt werden. So verurteilte das Landgericht Ulm am 12. September die vier Täter, die am 21. März einen Brandanschlag auf ein türkisches Kulturzentrum in Göppingen (Baden-Württemberg) verübt hatten. Die Angeklagten wurden des versuchten siebenfachen Mordes sowie der versuchten schweren Brandstiftung für schuldig befunden. Das Gericht stellte zudem fest, dass die Tat aus politischen Motiven erfolgt sei und verhängte in einem Fall sieben Jahre Freiheitsstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu mehrjährigen Jugendstrafen verurteilt.

In der 19. Kalenderwoche mündete der Protest gegen die angebliche Vergiftung Abdullah ÖCALANs in europaweiten Besetzungsaktionen von Anhängern des KONGRA GEL. So wurden u. a. Büros von Amnesty International in London und Rom sowie verschiedene Fernsehsender kurzzeitig besetzt. Ebenso gelang es Anhängern des KONGRA GEL, am 9. Mai im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf Transparente zu entrollen, Handzettel zu verteilen und Parolen wie „Es lebe ÖCALAN – Frieden für Kurdistan“ zu skandieren.

Vier Monate nach der Untersuchung ÖCALANs durch eine Kommission des „Europäischen Komitees zur Verhinderung der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behand-

lung oder Strafe“ (CPT) forderte der KONGRA GEL die Ergebnisse der Untersuchung bekannt zu geben³⁷.

In diesem Zusammenhang hat der KONGRA GEL Anfang Oktober eine neue Kampagne unter dem Motto „Edi bese!“³⁸ initiiert.

Im Rahmen dieser Kampagne, mit der u. a. der Druck auf das CPT erhöht werden sollte, die Untersuchungsergebnisse zu veröffentlichen, fanden am 29. September in Brüssel und am 10. Oktober in Straßburg Demonstrationen unter dem Motto „Deine Gesundheit ist auch unsere Gesundheit“ statt. Dem Aufruf zur Teilnahme an den Demonstrationen folgten tausende Kurden aus Deutschland (u. a. aus Niedersachsen), Frankreich und den Niederlanden.

Am 27. Oktober fand eine durch das Kurdistan Volkshaus e. V. organisierte Demonstration in Hannover statt. Neben der angeblichen Vergiftung ÖCALANs wurde auch der zu diesem Zeitpunkt aufflammende Konflikt zwischen dem türkischen Militär und den kurdischen Rebellen im Grenzgebiet des Nordiraks thematisiert.

Im Rahmen des Aufzuges wurden Fahnen mit ÖCALAN-Bildern, Fahnen in den kurdischen Nationalfarben und Transparente gezeigt sowie Parolen wie „Freiheit für ÖCALAN, Frieden in Kurdistan“ skandiert. An der friedlich verlaufenen Demonstration nahmen etwa 1.800 Personen aus Norddeutschland teil.

Der KONGRA GEL versucht immer wieder den Gesundheitszustand sowie die Haftbedingungen ÖCALANs für seine Zwecke zu instrumentalisieren.

Hierdurch soll die Anhängerschaft stärker mobilisiert werden und ein Vorwand geschaffen werden, gegebenenfalls auch militante Aktionen durch den KONGRA GEL und seine Anhänger zu legitimieren.

Mit dieser Thematik lassen sich besonders bei jugendlichen Anhängern emotionale Reaktionen auslösen. Denn gerade bei ihnen genießt ÖCALAN eine enorme Popularität. Als Medium zur Verbreitung und Aufrechterhaltung genau dieser Popularität fungiert der kurdische Fernsehsender ROJ TV. Durch die Berichterstattung dieses einzigen kurdischen Senders mit einem dauerhaften Programm sind die Person ÖCALAN, seine Ideologie und seine Haftbedingungen in fast jedem kurdischen Haushalt gegenwärtig.



Aufruf der YEK-KOM zur Demonstration in Düsseldorf

³⁷ Laut den Regularien der CPT verfolgt diese zwei Leitlinien: Zusammenarbeit und Vertraulichkeit. Die vom CPT verfassten Berichte sind streng vertraulich. Der Entschluss, Berichte zu veröffentlichen, obliegt in der Regel dem jeweils betroffenen Staat.

³⁸ Bedeutet übersetzt etwa: Jetzt reicht es!

Exekutivmaßnahmen gegen Führungsfunktionäre und Anhänger

Im ersten Halbjahr 2007 fanden europaweit zahlreiche Durchsuchungen von Privat-, Geschäfts- und Vereinsräumen statt. Bei diesen Durchsuchungen wurden Spendenquittungen und Propagandamaterial sichergestellt.

Als Reaktion auf die durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen gab es zahlreiche Demonstrationen, wie auch am 3. März in Hannover (s. S. 52) und Hungerstreiks.

Laut Yeni Özgür Politika verurteilte die YEK-KOM die Hausdurchsuchungen und bezeichnete sie als einen Teil des schmutzigen Krieges³⁹. Sie forderte vom deutschen Staat einen sensibleren Umgang mit den Kurden und die Beendigung dieser Operationen. Auch die KON-KURD bewertete die Maßnahmen als eine Verlagerung des eigentlich in der Türkei stattfindenden schmutzigen Krieges nach Deutschland. Jeder Kurdischstämmige sei nun in der Pflicht, sein Recht einzufordern und sich mit seinen Einrichtungen zu solidarisieren.

Die KOMALEN CIWAN forderten in einem in der Yeni Özgür Politika veröffentlichten Aufruf den „radikalen, legalen und demokratischen Widerstand“. In der Folge kam es am 14. Juni zu einem Molotow-Cocktail-Anschlag auf einen Türkischen Verein in Sindelfingen, zu dem sich auf der Internetseite der KOMALEN CIWAN die „APO-istische Jugendinitiative“ bekannte. Sie drohte in dieser Erklärung, zum Angriff auf das türkische Volk in Europa überzugehen, sollten die Aktionen gegen das kurdische Volk fortgesetzt werden.

Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem KONGRA GEL

Nachdem bei wiederholten Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und der HPG im Grenzgebiet zum Irak zunehmend türkische Soldaten ums Leben kamen, eskalierte der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem KONGRA GEL.

Am 7. Oktober stieß eine Kommandoeinheit der türkischen Armee nahe der irakischen Grenze auf eine ferngesteuerte Bombe. Im Anschluss daran kam es zu einem Gefecht zwischen bewaffneten HPG-Kräften und türkischen Soldaten, bei dem 13 türkische Soldaten verstarben. Kurz darauf wurden bei einem weiteren Zusammenstoß in derselben Region ein PKK-Kämpfer getötet und drei Soldaten verletzt. Ebenfalls am 7. Oktober kam es in Istanbul sowie zuvor in Izmir zu Bombenanschlägen mit mehreren Toten und Verletzten. Diese Anschläge werden auch der PKK zugerechnet.

³⁹ Gemeint ist der Kampf der türkischen Regierung gegen den KONGRA GEL.

Daraufhin erteilte das türkische Parlament am 17. Oktober der Regierung in Ankara die Erlaubnis für grenzüberschreitende Militärschläge gegen die vom KONGRA GEL unterhaltene HPG, die sich zum Teil im Nord-Irak aufhalten soll. Die Abgeordneten stimmten dem zunächst auf ein Jahr befristeten Vorhaben mit großer Mehrheit zu.

Der Vorsitzende des Volksverteidigungskomitees, Duran KALKAN, äußerte sich in einem durch die prokurdische Nachrichtenagentur „Firat News Agency“ (ANF) veröffentlichten Interview wie folgt zu der Entscheidung des türkischen Parlamentes:

„Eine grenzüberschreitende Operation [der Türkei] bedeutet aus Sicht der Kurden den Eintritt in eine entscheidende politische Phase. ... Immer mehr Jugendliche werden sich der Guerilla anschließen. In dieser Situation könnte die Truppenstärke der PKK auf 50.000, auf 100.000 anwachsen. Denn das kurdische Volk ist an einem Punkt angelangt, an dem es verstanden hat, dass es notwendig ist, sich selbst zu verteidigen.“

Der Vorsitzende des KONGRA GEL, Zübeyir AYDAR, bezeichnete ANF zufolge das Mandat der türkischen Armee für grenzüberschreitende Operationen als „Todesurteil“. Hierauf müssten in allen „Metropolen und überall“ Reaktionen erfolgen⁴⁰.

Reaktionen auf die Geschehnisse in der Türkei erfolgten europaweit in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, die größtenteils friedlich verliefen, u. a. am 27. Oktober in Hannover (s.S. 54). Durch die emotionalisierte Lage kam es beim Zusammentreffen von national eingestellten Türken und Kurden in einigen Fällen auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Gleichwohl hält der KONGRA GEL an seiner in Europa vorherrschenden friedlichen Linie fest und ruft seine Anhänger zur Besonnenheit auf.

Ausblick

Weder in der Türkei, noch in Europa konnte sich der KONGRA GEL im Jahr 2007 als politischer Ansprechpartner für Belange der Kurden durchsetzen. Gerade vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen türkischem Militär und HPG im Nordirak erscheint der „Friedenskurs“ des KONGRA GEL nicht glaubwürdig. Die Sicherheitslage in Deutschland hängt zurzeit von der Entwicklung des Konfliktes im Nordirak ab. Weitere gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen national eingestellten Türken auf der einen

⁴⁰ Internetseite der ANF vom 18.10.2007.

und Kurden auf der anderen Seite sind jedenfalls auch in Deutschland nicht gänzlich auszuschließen.

Devrimci Sol (Dev Sol)/DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol

Gegründet:	1978 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:		
• Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) „KARATAS-Flügel“		
sowie		
• Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol) „YAGAN-Flügel“		
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	650	650
Niedersachsen:	50	50
Publikationen:	Yürüyüş (Marsch)	
Verbote:	Devrimci Sol (Dev Sol) seit 27.01.1983	
	DHKP-C seit dem 13.08.1998	
	THKP-C seit dem 13.08.1998 Betätigungsverbot	

Ursprung und Entwicklung

Die Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) hat ihren Ursprung in der THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front), die seit Ende der sechziger Jahre zusammen mit anderen Linksextremisten den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat führte. Nach ihrer Zerschlagung 1972 und einer sich anschließenden Phase der Neuorganisation wurde 1978 die Devrimci Sol gegründet. Sie ist bestrebt, den aus ihrer Sicht „faschistisch-oligarchischen“ türkischen Staat auf revolutionärem Wege durch ein marxistisches Gesellschaftssystem zu ersetzen.

Im September 1980 wurde die Organisation wegen zahlreicher von ihr zu verantwortender Terroranschläge in der Türkei verboten. Am 27.01.1983 erging in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Devrimci Sol als erster Ausländerorganisation ein Verbot nach dem Vereinsgesetz. Die Devrimci Sol setzte ihre Aktivitäten klandestin fort. Interne Richtungskämpfe führten 1993 dazu, dass sich Devrimci Sol



Logo der Dev Sol

in zwei Flügel aufspaltete: in den KARATAS-Flügel⁴¹, aus dem die 1994 in Syrien gegründete Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) hervorging, und in den in Deutschland weniger bedeutsamen YAGAN-Flügel, der sich nach der historischen Vorgängerorganisation Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol) benannte. In der Türkei agiert die DHKP-C mit einem politischen Arm, der Revolutionären Volksbefreiungspartei (DHKP), und mit einem militärischen Zweig, der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKC).

Das Bundesministerium des Innern erließ am 13.08.1998 gegen die DHKP-C als Ersatzorganisation der verbotenen Devrimci Sol ein Vereinsverbot und gegen die THKP-C ein Betätigungsverbot. Diese Verbotsmaßnahmen führten dazu, dass die Organisationen ihre Aktivitäten wie Vollversammlungen und Gedenkfeiern ins europäische Ausland verlagerten. Im Mai 2002 nahm die Europäische Union die DHKP-C in ihre Liste terroristischer Organisationen auf.

Aktivitäten

Im Januar haben die letzten drei in der Türkei noch im so genannten Todesfasten befindlichen Personen ihren Hungerstreik vorläufig beendet. Dieses war die Reaktion auf ein Rundschreiben des türkischen Justizministeriums, in dem konkrete Schritte zur Aufhebung der „Isolationsbedingungen“ angekündigt wurden.

Seit Oktober 2000 hatten in der Türkei inhaftierte Angehörige linksextremistischer Organisationen den Bau neuer Gefängnisse mit Einzelzellen zum Anlass genommen, ein „Todesfasten“ zu beginnen. Die DHKP-C war seit 2002 die einzige türkisch linksextremistische Organisation, die weiterhin an der Kampagne festhielt. Die Hungerstreiks gegen die „Isolationshaftbedingungen“ waren in den vergangenen Jahren beherrschendes Thema der DHKP-C, bei denen 122 Menschen verstarben, darunter etwa 40 nach gewalttätigen Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften und einige weitere politische Gefangene infolge von Selbstverbrennungen.

DHKP-C-Anhänger in Deutschland unterstützten die Hungerstreiks in der Türkei in vielfältiger Weise. So führte das „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei“ (TAYAD-Komitee) in den vergangenen Jahren immer wieder Aktionen durch. Anlässlich der Beendigung des Hungerstreiks in der Türkei führten Anhänger des TAYAD-Komitees am 24. Februar in Köln einen

⁴¹ Die Flügel sind nach den jeweiligen Führungsfunktionären benannt.

Aufzug unter dem Motto „Sieg der Hungerfastenden in der Türkei“ durch.

In einer im Internet veröffentlichten Erklärung der DHKPC vom 27. März anlässlich des Jahrestages der Parteigründung, dem 30.03.1994, bekennt sich die DHKP-C weiterhin zum bewaffneten Kampf in der Türkei. In der Erklärung heißt es wörtlich:

„Wir werden eine unabhängige, demokratische und sozialistische Türkei gründen! ... Hierfür haben wir die Partei und die Front gegründet. Hierfür haben wir den bewaffneten Kampf aufgenommen! ... Es gibt nur einen Weg, nur eine Art der Befreiung: die Revolution ist der einzige Weg, der Sozialismus die einzige Alternative!“

Das TAYAD-Komitee führte am 31. März eine Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Mustafa ATALAY“ vor der Justizvollzugsanstalt Hannover durch. ATALAY wurde am 15.11.2006 in Bad Bevensen verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, für die DHKP-C aktiv zu sein. Insbesondere die Umstände der Inhaftierung und die Haftbedingungen des gesundheitlich angeschlagenen ATALAY wurden immer wieder thematisiert. Zwischenzeitlich wurde ATALAY in das Gefängnis Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Lingen verlegt. Anhänger der DHKP-C in Niedersachsen sind insbesondere in den Bereichen Hannover und Nordniedersachsen aktiv.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Gegründet:	1972 in der Türkei	
Die Organisation ist gespalten in:	• Maoistische Kommunistische Partei (MKP), ehemals Ostanatolisches Gebietskomitee, sowie • Partizan-Flügel (TKP/ML)	
Weitere Abspaltung:	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	
Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	1.300	1.300
Niedersachsen:	70	70
Publikationen:	Halk İcin Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie für das Volk) – MKP Halk Savası (Der Volkskampf) – MKP İsci Köylü Kurtuluşu (Arbeiter- und Bauernbefreiung) – TKP/ML Bületin (Das Bulletin) – TKP/ML Komünist (Der Kommunist) – TKP/ML	

Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) verfolgt das Ziel, die bestehende Staatsordnung der Türkei abzuschaffen und durch ein kommunistisches System maoistischer Prägung zu ersetzen. Die Gruppierung befürwortet dabei ausdrücklich den Einsatz von Gewalt. Im Jahr 2005 hat die TKP/ML erstmals die Forderung nach einem revolutionären Umsturz in der Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen, wie er auch von deutschen Linksextremisten propagiert wird.

Ursprung und Entwicklung

Die in der Türkei verbotene TKP/ML wurde 1972 von Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. Die Organisation vertritt die Lehren des Marxismus-Leninismus, ergänzt durch einen maoistischen Ansatz, nach dem der Volkskrieg vom Land in die Städte zu tragen sei. Ziel der TKP/ML ist es, mittels einer bewaffneten Revolution eine klassenlose kommunistische Gesellschaft in der Türkei zu errichten. Dazu gründete die



TKP/ML einen militärischen Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO). Seit Anfang der 90er Jahre führten interne, nur zum Teil ideologisch bedingte Auseinandersetzungen zu mehreren Fraktionsbildungen, Abspaltungen und veränderten Organisationsbezeichnungen. So spaltete sich die TKP/ML 1994 in den so genannten Partizan-Flügel, der weiterhin das Kürzel TKP/ML nutzt, sowie das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK), das sich seit Dezember 2002 Maoistische Kommunistische Partei (MKP) nennt. Beide Gruppierungen unterhalten in der Türkei bewaffnete Gruppen: Der Partizan-Flügel nennt seinen militärischen Arm weiterhin TIKKO, während die MKP ihre Einheiten als Volksbefreiungsarmee bezeichnet. Als weitere Abspaltung ist die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) zu nennen, der in Deutschland ca. 600 Anhänger zugerechnet werden. Sowohl TKP/ML als auch MKP treten in Deutschland bzw. Europa öffentlich nur durch ihre so genannten Basisorganisationen in Erscheinung. Sie bemühen sich um politische Kontakte und Einfluss, wobei sie die Zugehörigkeit zur jeweiligen Mutterorganisation zu verschleiern versuchen. Die Anhänger der TKP/ML sind auf europäischer Ebene in dem Dachverband Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) organisiert. Diesem Verband gehört in Deutschland die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) an. Die MKP gründete 1997 ebenfalls zwei Basisorganisationen, um sich von dem Partizan-Flügel abzugrenzen – die Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) und die Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V. (ADHF). Die Finanzierung der Organisationen erfolgt vor allem über Spendensammlungen und den Verkauf von Publikationen. Wie bei den meisten anderen türkischen linksextremistischen Organisationen auch stellt die finanzielle Situation die TKP/ML vor große Herausforderungen, da die Einnahmen kaum zur Deckung ihres Finanzbedarfs ausreichen.

Aktivitäten in Deutschland

Die Aktionen der TKP/ML sowie der MKP in Deutschland beschränken sich vornehmlich auf Mitgliederversammlungen und Spendensammlungen. Die öffentliche Propagandaaarbeit erfolgt über die Basisorganisationen ATIF und ATIK bzw. ADHF und ADHK.

Wie auch in den Vorjahren, rief die ATIK zum 1. Mai die „proletarischen Massen“ auf, auf die Straßen zu gehen, um für den Klassenkampf und die wirkliche soziale Gerechtigkeit sowie gegen die „brutale Ausbeutung ... des monopolistischen Großkapitals“ die Stimme zu erheben. In Hannover

haben sich Anhänger der ATIK an der vom Deutschen Gewerkschaftsbund initiierten Demonstration zum 1. Mai beteiligt. Auf einem Plakat wurde der Slogan „US-Imperialismus, nimm deine blutigen Hände vom Nahen Osten weg“ propagiert.

Die jährlich zum Gedenken an den verstorbenen Parteigründer organisierte Veranstaltung führte die TKP/ML am 19. Mai unter dem Motto „Lasst uns den Jahrestag der Gründung der Partei der Proletarier und Ibrahim KAYPAKKAYA feiern!“ in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) durch. Die Partei der Proletarier – wie sie sich auf einem Einladungsflugblatt zu dieser Gedenkveranstaltung selbst bezeichnete – verfolge auch im 35. Jahr ihres Bestehens die Linie des Parteigründers und gedenke damit auch seines 34. Todestages⁴². Die Veranstaltung wurde von rund 3.000 Personen besucht. An einer aus dem selben Anlass durchgeführten Veranstaltung der MKP am 26. Mai in Leverkusen nahmen 1.300 Personen teil.

Wie weitere linksextremistische türkische Organisationen gehörte auch die ATIK zum Kreis der „ErstunterzeichnerInnen bzw. UnterstützerInnen“ der Internationalen Großdemonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni in Rostock. Beteiligungen an den Protesten gegen den G8-Gipfel waren jedoch nicht in signifikantem Ausmaß festzustellen. Allerdings thematisierte die ATIK auf ihrer Homepage in einer deutschsprachigen Presseerklärung die Kundgebung vom 4. Juni in Rostock-Lichtenhagen und die Demonstration in der Rostocker Innenstadt am selben Tag. Nach Darstellung der Autoren sei bei beiden Veranstaltungen eine massive Polizeipräsenz festzustellen gewesen, die in der Presseerklärung als „Angriff ... auf eine wachsende und kämpferischer werdende Protestbewegung“ kritisiert wurde:

„Der Staat und die bürgerliche Presse diffamieren und hetzen gegen uns, versuchen uns zu spalten, gerade weil wir die imperialistische Kriegspolitik der Regierung Merkel und der G8, die Angriffe auf die ArbeiterInnen, die MigrantInnen bekämpfen und unsere demokratischen Rechte verteidigen.“

Der Widerstand der Demonstranten – die Autoren bezeichneten sich selbst als Angehörige des „internationalistischen und revolutionären Blocks“ – sei nicht nur berechtigt und legitim, sondern auch notwendig. Sie forderten dazu auf, gemeinsam gegen „die G8, ihre Kriege und ihren Imperialismus“ zu kämpfen. Gleichzeitig forderten sie die Freilassung aller anlässlich der Protestkundgebungen gegen den G8-Gipfel verhafteten Demonstranten.

⁴² Todestag war der 18.05.1973.

Binali YILDIRIM, ein in Hamburg-Harburg lebender Anhänger der TKP/ML, wurde am 29. Mai aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Spanien festgenommen. Der Festgenommene hatte nach Angaben der TKP/ML und nach eigener Darstellung im Asylverfahren bereits in der Türkei eine jahrelange Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der Guerillatruppe der TKP/ML, der TIKKO, verbüßt. Nach längerem Hungerstreik wurde er im Jahre 2002 vorläufig aus der Haft entlassen. Im Jahr 2003 erhielt er nach seiner Flucht in Deutschland im Asylverfahren Abschiebeschutz für die Türkei.

Rund 30 Anhänger der TKP/ML protestierten am 21. Juni in Deutschland gegen die Festnahme und Auslieferungshaft des YILDIRIM vor dem spanischen Generalkonsulat in Hamburg und weitere rund zehn Personen vor der spanischen Botschaft in Berlin. Die Kundgebungen verliefen störungsfrei. Unter dem Motto „Free BINALI und Freiheit für alle politischen Gefangenen“ wurde zu einer „antirassistischen Demonstration“ am 8. September in Hamburg aufgerufen. An dem Aufzug vom Hamburger Hauptbahnhof zum spanischen Generalkonsulat nahmen etwa 350 Personen, darunter Anhänger der TKP/ML und der ADHK und deutsche Autonome, teil. Auch diese Demonstration verlief friedlich.

In Niedersachsen sind Anhänger der TKP/ML vornehmlich in Göttingen, Hannover und Nordniedersachsen aktiv.

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)
 Gegründet: 1965 im Iran
 Vorsitzender: Massoud RADJAVI

militärischer Arm der MEK:

National Liberation Army (NLA)
 Oberbefehlshaber: Massoud RADJAVI

politischer Arm der MEK:

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)
 Gegründet: 1981 in Paris
 Leitung: Deutschlandsprecherin
 Dr. Masoumeh BOLOURCHI

Sitz in Deutschland: Berlin

Mitglieder/Anhänger	2006	2007
Bund:	900	900
Niedersachsen:	80	80

Publikation: Modjahed (Glaubenskämpfer)

Die international als terroristisch bewertete Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) gilt als die aktivste und militanteste Oppositionsgruppe gegen die Islamische Republik Iran. Ziel der hierarchisch organisierten Kaderorganisation ist es, die iranische Regierung zu stürzen und selbst die Macht zu ergreifen. Dabei schreckt die MEK vor Gewaltanwendung nicht zurück. Die MEK ist seit Mai 2002 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) verzeichnet.

Ursprung und Entwicklung



Logo des NWRI

Bereits zu Zeiten der iranischen Monarchie versuchten die Volksmodjahedin, ihre aus islamisch-schiitischen und marxistischen Elementen zusammengesetzte Weltanschauung als „eigenständigen Weg zur Befreiung der islamischen Massen“ zu propagieren. Vor diesem ideologischen Hintergrund nahmen die Volksmodjahedin 1971 den militärischen Kampf gegen das Schah-Regime auf und trugen maßgeblich zu dessen Sturz bei. Trotz erheb-

licher ideologischer Differenzen akzeptierten sie Ayatollah Khomeini zunächst als charismatischen Führer der Revolution. Die ideologischen Unterschiede zwischen den Volksmodjahedin, die einen „sozialistischen Islam“ forderten, und den Vertretern der traditionellen schiitischen Geistlichkeit um Khomeini ließen sich jedoch nicht überbrücken. Die neue iranische Führung um Khomeini versuchte nach ihrer Machtübernahme, jegliche innenpolitische Opposition auszuschalten. Die MEK als mit Abstand stärkster Gegner antwortete mit einer Terrorkampagne, der zahlreiche Regierungsanhänger, aber auch Zivilisten zum Opfer fielen. Höhepunkte der Repression waren der 20. („Tag des Widerstandes“) und der 21.06.1981 („Tag der Märtyrer“), als eine Großdemonstration der Volksmodjahedin in Teheran blutig aufgelöst wurde.

Nachdem der Vorsitzende der MEK, Massoud RADJAVI, 1981 hatte fliehen müssen, gründeten die Volksmodjahedin im französischen Exil den Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI) als Vereinigung linker Organisationen und Einzelpersonen. Die Organisation sollte den politischen Kampf der linken Opposition gegen das „Mullahregime“ mobilisieren, blieb jedoch unter der Kontrolle der MEK. 1993 bezeichnete sich der NWRI als „iranisches Exilparlament“ und wählte Maryam RADJAVI, die Ehefrau Massoud RADJAVIs, zur „künftigen Präsidentin Irans“.

Die Organisationsführung verlangt von den Anhängern unbedingten Gehorsam und eine ständige weltweite Verfügbarkeit. Das vom NWRI nach außen hin propagierte Demokratieprinzip findet intern keine Anwendung. Die Aktivisten werden zur völligen Aufgabe ihrer eigenen Persönlichkeit gedrängt.

Nach seiner Ausweisung aus Frankreich gründete Massoud RADJAVI 1986 im Irak die Nationale Befreiungsarmee (National Liberation Army, NLA) als bewaffneten Arm der Organisation, um von dort aus terroristische Anschläge gegen die Islamische Republik Iran zu verüben. Mit dem Einmarsch der US-geführten Koalitionstruppen in den Irak im Jahr 2003 wurden die NLA-Einheiten entwaffnet und in ihrem Lager Ashraf festgesetzt. Somit verlor die NLA ihre Handlungsfähigkeit und die MEK ihre militärische Stütze.

Aktivitäten in Deutschland

Nachdem die MEK aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtes Erster Instanz vom 12.12. 2006 aus formalen Gründen von der „EU-Terrorliste“ gestrichen wurde, hat der EU-Ministerrat die Organisation zwischenzeitlich nach Heilung

der gerügten Formfehler am 28. Juni⁴³ wieder auf die „EU-Terrorliste“ gesetzt. Zur Begründung der Wiederaufnahme wurden die bis zum Jahre 2001 von den Volksmodjahedin durchgeführten terroristischen Aktionen angeführt.

Die MEK ist wie in den Vorjahren weiterhin bemüht, sich mit der Durchführung friedlicher Veranstaltungen ihres politischen Arms NWRI als demokratische Exilbewegung und einzige Alternative zum iranischen Regime zu präsentieren. Dabei wird die seit Amtsantritt des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zunehmend kritische Haltung der westlichen Nationen gegenüber dem Iran genutzt, um die MEK bzw. den NWRI insbesondere bei Parlamentariern als Verbündete der westlichen Welt darzustellen. Vorrangiges Ziel dieser Aktionen ist die erneute Streichung als Terrororganisation von den entsprechenden Listen der USA und der EU.

Zur Unterstützung dieser Forderung konnte der NWRI auch im Jahr 2007 europaweit zahlreiche Iraner zu zentralen Großveranstaltungen mobilisieren.

So führte der NWRI am 8. März eine Demonstration anlässlich des EU-Gipfels in Brüssel durch, auf der nach Pressemeldungen ca. 3.500 europaweite Anhänger die Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“ der terroristischen Organisationen verlangten. Weitere europaweite Demonstrationen der Anhänger und Sympathisanten der MEK folgten im Sommer. Anlässlich des vierten Jahrestages polizeilicher Maßnahmen gegen die MEK und den NWRI am 17.06.2003 in Frankreich⁴⁴ führte der NWRI am 30. Juni in Paris eine Großveranstaltung durch, an der sich auch zahlreiche Anhänger aus Deutschland beteiligten. Auch hier wurde seitens der Organisation die Forderung nach Streichung von der „EU-Terrorliste“ gestellt.

Zur Finanzierung der Aktivitäten der Organisation bestehen in Deutschland im Umfeld des NWRI zahlreiche Vereine, die ideologisch an den NWRI angebunden sind und durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten und Spendensammlungen auftreten. Hierzu zählen u. a. das Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e. V. (HMI) mit Sitz in Dortmund, der Menschenrechtsverein für ExiliranerInnen e. V. mit Sitz in Düsseldorf und der Menschenrechtsverein für Migranten e. V. mit Sitz in Aachen. Diese Organisationen haben im Jahr 2007 verstärkt Spendensammlungen in Niedersachsen, insbesondere in den Städten Braunschweig, Celle, Göttingen, Hameln, Hannover, Lüneburg und Oldenburg durchgeführt.

⁴³ ABL. L169 der Europäischen Union vom 29.06.2007, S.58

⁴⁴ Der NWRI bezeichnet die damalige Polizeiaktion als das Ergebnis eines geheimen Abkommens zwischen der iranischen und der französischen Regierung zugunsten der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder. Am 16. Juni hob ein Pariser Gericht nahezu alle der damals in diesem Zusammenhang verhängten Restriktionen für Maryam RADJAVI und weitere Mitglieder des NWRI auf.

Durch die Spendengeldsammler wurden vereinzelt Passanten massiv bedrängt, größere Geldbeträge zu spenden.

Die Aktivitäten der vorwiegend in den Bereichen Göttingen, Hannover und Oldenburg lebenden niedersächsischen NWRI-Anhänger beschränkten sich wie bereits in den Vorjahren auch im Jahr 2007 auf die Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Gegründet:	1972 in Sri Lanka	
Leitung:	Velupillai PRABHAKARAN	
Vorsitzender in Deutschland:	VAKISAN (vollständiger Name unbekannt)	
Mitglieder/Anhänger:	2006	2007
Bund:	800	800
Niedersachsen:	150	150
Publikationen:	Tamil – Land An der Front Das Land ist der Nabel Vulkan	

Unterschiedliche ethnische Werte und machtpolitische Zielsetzungen zwischen der tamilischen Minderheit und der dominierenden singhalesisch-buddhistischen Mehrheitsbevölkerung auf Sri Lanka haben zur Spaltung des Landes geführt. Insbesondere nach der Umbenennung Sri Lankas in Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka im Jahre 1972 formierte sich der Separatismus unter Federführung der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Die marxistisch-leninistisch orientierten Befreiungstiger von Tamil Eelam lehnen die demokratische Verfassung Sri Lankas ab und fordern ein von ihnen kontrolliertes Staatsgebilde (Tamil Eelam) im Nordosten Sri Lankas. Zur Durchsetzung dieses Zieles gehen die Befreiungstiger gewaltsam gegen sri-lankische Ziele vor.

Ursprung und Entwicklung

Die militärischen Auseinandersetzungen gehen auf den Beginn der britischen Kolonialzeit in Ceylon im Jahre 1815

zurück. Damals begünstigten die Engländer aus machtpolitischen Gründen die hinduistische Minderheit der Tamilen (18 % der Gesamtbevölkerung) und nahmen billigend in Kauf, dass sich die singhalesisch-buddhistische Mehrheitsbevölkerung (72 %) und die Tamilen seitdem feindlich gegenüber stehen.

Nach der Unabhängigkeit Ceylons im Jahre 1948 und der parlamentarischen Mehrheit im Jahre 1956 übernahm die singhalesisch-buddhistische Mehrheitsbevölkerung die Kontrolle über Staat und Gesellschaft. Der 1976 aus einer revolutionär-marxistischen Organisation hervorgegangenen LTTE gelang es, tamilische Konkurrenzorganisationen in blutigen Auseinandersetzungen auszuschalten und sich gleichzeitig als Verteidiger der Tamilen gegen Übergriffe der singhalesischen Mehrheit zu profilieren. Die sich verschärfenden ethnischen Spannungen zwischen Singhalesen und Tamilen gipfelten 1983 in schwere Ausschreitungen, die über 2.000 vornehmlich tamilische Todesopfer forderten. In dem anschließenden Bürgerkrieg zwischen Zentralregierung und LTTE kamen bis heute über 60.000 Menschen ums Leben. Anfang 2002 konnte die von beiden Seiten akzeptierte norwegische Verhandlungsdelegation einen auf fünf Jahre angelegten Waffenstillstand vermitteln und damit den Weg für erneute Friedensverhandlungen ebnen. Ständige militärische Verletzungen dieses Vertrages nahm der Europarat zum Anlass, die LTTE im Mai 2006 auf die „EU-Terrorliste“ zu setzen. Parallel zu dieser Entscheidung drohten die Geberländer für Sri Lanka den Konfliktparteien jegliche Einstellungen ihrer finanziellen Unterstützung an. Der Europarat verband diese Entscheidung erstmals mit einer politischen Erklärung, in der die Aufnahme in die „EU-Terrorliste“ als nicht endgültig und zurücknehmbar bezeichnet wurde. Dessen ungeachtet haben die Konfliktparteien ihre militärischen Auseinandersetzungen bis heute fortgesetzt.

Aktivitäten in Deutschland

Veranstaltungen der LTTE orientieren sich häufig an der Zielsetzung, finanzielle Unterstützung für den politischen und militärischen Kampf in Sri Lanka zu erzielen. So fordert die LTTE die in Deutschland lebenden ca. 61.000 Tamilen, davon 5.000 in Niedersachsen, immer wieder zu Spenden auf. Um Strafverfolgungsmaßnahmen zu vermeiden, wird bei diesen Aktionen auf Gewaltanwendung verzichtet. Bei der Ausführung ihrer Spendensammlungen, die von den örtlichen Repräsentanten geleitet werden, bedient sich die LTTE der folgenden, ihr nahe stehenden Organisationen:



- Tamil Youth Organization,
- Tamil Rehabilitation Organization,
- Tamil Student Organization,
- Tamilischer Bildungsverband.

Im Bundesgebiet wird die LTTE durch das Tamil Coordination Committee (TCC) mit Sitz in Oberhausen vertreten.

Wie in den Vorjahren führte die LTTE auch im Jahre 2007 bundesweit zahlreiche Veranstaltungen gegen von ihr behauptete Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka und das Selbstbestimmungsrecht zur Gründung eines eigenständigen Tamilen-Staates durch. Bei einer europaweiten Demonstration am 11. Juni in Genf machten ca. 10.000 Teilnehmer – darunter auch Personen aus Niedersachsen – auf Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka aufmerksam. In Hannover forderten Tamilen am 25. Juli im Rahmen einer Mahnwache die Einhaltung der Menschenrechte ein. Darüber hinaus fanden in Niedersachsen zahlreiche Kulturveranstaltungen auf örtlicher Basis statt.

Ungefähr 3.500 Personen – darunter auch ca. 100 Teilnehmer aus Niedersachsen – nahmen am jährlichen Helldengedenktag am 27. November in Dortmund teil. In einer dargebotenen Videobotschaft verurteilte der LTTE-Leiter PRABHAKARAN die Menschenrechtsverletzungen der sri-lankischen Regierung und rief seine Landsleute zu erhöhter Kampfbereitschaft auf. Insbesondere den Geberländern warf er Zögerlichkeit im Friedensprozess vor. Die erwartete Unabhängigkeitserklärung des Tamilen-Staates wurde von PRABHAKARAN nicht verkündet.

In Niedersachsen hat die LTTE auch weiterhin ihre Schwerpunkte in den Städten Göttingen, Hannover und Salzgitter.

RECHTSEXTREMISMUS

Mitglieder-Potenzial

Rechtsextremismus-Potenzial⁴⁵ Bundesrepublik Deutschland	2006	2007
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten ⁴⁶	10.400	10.000
Neonazis ⁴⁷	4.200	4.400
Parteien:	21.500	14.200
<i>NPD</i>	7.000	7.200
<i>DVU</i>	8.500	7.000
<i>REP</i> ⁴⁸	6.000	... ⁴⁹
Sonstige Organisationen	3.800	5.450
Summe	39.900	34.050
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften⁵⁰	38.600	32.650

Niedersachsen⁵¹	2006	2007
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	925	900
Neonazis	350	350
Parteien:	1.520	1.280
<i>NPD</i>	630	650
<i>DVU</i>	670	630
<i>REP</i>	220	... ⁵²
Sonstige Organisationen ⁵³	100	325
Summe	2.895	2.855
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	2.805	2.760

⁴⁵ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁴⁶ Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

⁴⁷ Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene. Bei der Anzahl der Gruppen werden nur diejenigen neonazistischen Gruppierungen und diejenigen der rund 160 Kameradschaften erfasst, die ein gewisses Maß an Organisation aufweisen.

⁴⁸ Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP verfassungsfeindliche Ziele verfolgen oder unterstützen.

⁴⁹ Für das Jahr 2007 nicht mehr gesondert ausgewiesen; teilweise Zählung erfolgt bei Sonstigen Organisationen.

⁵⁰ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

⁵¹ Die für den Bund eingefügten Fußnoten 45 bis 48 und 50 gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

⁵² Für das Jahr 2007 nicht mehr gesondert ausgewiesen; Zählung erfolgt bei Sonstigen Organisationen.

⁵³ Das Personenpotenzial der Deutschen Partei (50) ist, wie bei den Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland, bei den Sonstigen Organisationen erfasst.

Politisch motivierte Kriminalität⁵⁴ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – rechts

Die Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität ist Aufgabe der Polizei. Seit dem Jahr 2001 wird die Politisch motivierte Kriminalität nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

Die Gesamtzahl der mit rechtsextremistischem Hintergrund begangenen Straftaten betrug im Jahre 2007 in Niedersachsen 1.724 Delikte. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 1.892 Straftaten verübt wurden, bedeutet dies einen Rückgang um 8,9 %. Der Anteil der Propagandadelikte an der Gesamtzahl der Straftaten beträgt etwa 68 % (1169 Delikte).

Im Vergleich zum Jahr 2006 mit 146 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten war im Jahr 2007 ein deutlicher Rückgang (ca. 25 %) auf 110 Taten zu verzeichnen. Der Anteil der Körperverletzungsdelikte beträgt dabei ca. 86 %. Nahezu jeder zweite der 196 registrierten Täter (ca. 47 %) war bei Tatausführung alkoholisiert. Es ist zu vermuten, dass der Alkohol durch seine enthemmende Wirkung die Gewaltbereitschaft und letztendlich auch die Begehung von Gewaltdelikten fördert. Dieses Phänomen ist u. a. auch bei den Körperverletzungsdelikten im Bereich der Allgemeinkriminalität häufig zu beobachten. Den meisten Gewalttaten lag eine fremdenfeindliche Motivation zugrunde. Zu Übergriffen auf Angehörige des jüdischen Glaubens kam es nicht.

Regionale Schwerpunkte und besondere Entwicklungen in Bezug auf rechtsextremistisch motivierte Straftaten konnten im Jahr 2007 nicht festgestellt werden.

Im Bereich der sonstigen extremistischen Straftaten ist eine Abnahme von ca. 8 % im Vergleichszeitraum zum Jahr 2006 insbesondere auf den Rückgang von Straftaten wie Volksverhetzung (2006: 431; 2007: 352) und Propagandadelikten (2006: 1201; 2007: 1169) zurückzuführen. Volksverhetzungen wurden vorrangig in Form von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Äußerungen verübt.

Die hohen Fallzahlen des Jahres 2006 standen in erster Linie im Zusammenhang mit der FIFA-Weltmeisterschaft 2006.

Darüber hinaus ist zu vermuten, dass vor dem Hintergrund des Landtagswahlkampfes der NPD eine zurückhaltende Einstellung der Angehörigen der rechten Szene in Bezug auf die Begehung von Straftaten zu einem Rückgang dieser Delikte führte.

⁵⁴ S. Fußnote 3

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ in Niedersachsen⁵⁵

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	122	95
Brandstiftungen	5	3
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0
Landfriedensbrüche	5	2
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	2	1
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	0	2
Erpressung	3	1
Widerstandsdelikte	9	6
insgesamt	146	110
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	87	68
Nötigungen/Bedrohungen	23	20
Propagandadelikte	1.201	1.169
Störung der Totenruhe	4	5
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	431	352
insgesamt	1.746	1.614
Straftaten insgesamt	1.892	1.724

⁵⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes kann abweichen, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Das heißt, dass Nacherfassungen/Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden und der Zahlenbestand insoweit Änderungen unterliegt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ in der Bundesrepublik Deutschland⁵⁶

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	1
Körperverletzungen	919	845
Brandstiftungen	18	24
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	1
Landfriedensbrüche	33	37
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	6	7
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	13	11
Erpressung	7	4
Widerstandsdelikte	50	50
insgesamt	1.047	980
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	391	821
Nötigungen/Bedrohungen	150	146
Propagandadelikte	12.627	11.935
Störung der Totenruhe	14	18
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	3.368	3.276
insgesamt	16.550	16.196
Straftaten insgesamt	17.597	17.176

⁵⁶ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“⁵⁷

Gewalttaten	2006	2007
Baden-Württemberg	99	78
Bayern	47	82
Berlin	102	47
Brandenburg	90	93
Bremen	2	16
Hamburg	29	22
Hessen	28	29
Mecklenburg-Vorpommern	27	33
Niedersachsen	138	110
Nordrhein-Westfalen	145	122
Rheinland-Pfalz	24	39
Saarland	8	12
Sachsen	77	90
Sachsen-Anhalt	111	87
Schleswig-Holstein	65	59
Thüringen	55	61
Gesamt	1.047	980

⁵⁷ Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Darstellung der Zahl für Niedersachsen im Jahr 2006 weicht von Angaben in der niedersächsischen Übersicht ab, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Das heißt, dass Nacherfassungen/Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden und der Zahlenbestand insoweit Änderungen unterliegt.

Einführung

Der von den Verfassungsschutzbehörden verwendete Extremismusbegriff orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das in seinen Verbotsurteilen gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 die Wesensmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bestimmte:

- Grund- und Menschenrechte,
- Volkssouveränität,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit der Regierung,
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- Unabhängigkeit der Gerichte sowie das
- Mehrparteienprinzip mit dem Recht auf Bildung und Ausübung der Opposition.

Ein Personenzusammenschluss wird als extremistisch bezeichnet, wenn sich seine politisch bestimmten Bestrebungen gegen diese Wesensmerkmale der verfassungsmäßigen Ordnung richten.

Rechts- und Linksextremismus unterscheiden sich ideengeschichtlich durch ein unterschiedliches Verhältnis zu den Werten der Aufklärung und der Französischen Revolution. Während es Linksextremisten aufgrund der ökonomischen Kräfteverhältnisse ausschließen, dass die Gleichheit der Menschen in einer parlamentarischen Demokratie realisiert werden kann, negieren Rechtsextremisten das in Artikel 3 des Grundgesetzes postulierte Gleichheitsprinzip grundsätzlich. Linksextremisten hingegen verabsolutieren das Gleichheitspostulat und schränken damit die universelle Gültigkeit der Freiheits- und Individualrechte ein. Beiden Spielarten des Extremismus gemein ist ihr antipluralistischer Charakter, der aus einem abweichende Meinungen negierenden absoluten Wahrheitsanspruch resultiert.

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,

- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),
- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionismus (Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Sozialmerkmale variieren: Ausländer, insbesondere Muslime, und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden, wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die Selektion und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen wertvollen und minderwertigen menschlichen „Rassen“.

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust⁵⁸) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf. Antisemitische Positi-

⁵⁸ Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

onen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG). Innerhalb der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet; zum einen handelt es sich um einen Kampfbegriff aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit dem die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt wurde, zum anderen verbindet sich mit diesem Begriff die Vorstellung vom italienischen Faschismus Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Niedersachsen stand im Berichtsjahr im Zeichen der am 27.01.2008 durchgeführten Landtagswahl. Der NPD-Bundesvorstand sprach dieser Wahl eine besondere Bedeutung zu. Er sah eine realistische Chance, die NPD über ihre ostdeutschen Hochburgen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hinaus durch das Votum der Wähler auch in einem westlichen Bundesland zu verankern. Mit dem ehemaligen Waldorfschullehrer Andreas MOLAU präsentierte der niedersächsische Landesverband einen Spitzenkandidaten, der die Partei von ihrem Negativeimage befreien und ihr Wählerstimmen jenseits des rechtsextremistischen Wählerpotenzials erschließen sollte.

Angesichts des geringfügigen Mitgliederzuwachses (von 630 auf 650) der niedersächsischen NPD im Berichtsjahr war die Einbindung der aktionistischen neonazistischen Kameradschaftsszene eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Wahlkampfführung. MOLAU gelang es, die von den

führenden Funktionären Ulrich EIGENFELD und Adolf DAMMANN personifizierten Differenzen innerhalb des Landesvorstandes über eine Zusammenarbeit mit den neonazistischen Kameradschaften zu überwinden. Die Freien Nationalisten, bei denen MOLAU eine weit größere Anerkennung erfährt als der NPD-Landesvorsitzende EIGENFELD, akzeptierten das Kooperationsangebot nicht zuletzt deshalb, weil ihnen finanzielle Zuwendungen für den Wahlkampfeinsatz in Aussicht gestellt wurden. Darüber hinaus sicherte sich die NPD die Unterstützung der neonazistischen Kameradschaften durch die Wahl von zehn Freien Nationalisten zu Wahlkreiskandidaten.

Inhaltlich rückte die NPD von tradierten vergangenheitsbezogenen Themenfeldern ab. Stattdessen konzentrierte sie den Wahlkampf auf soziale Probleme. Entsprechend widmeten sich die meisten der von ihr verbreiteten Flugblätter diesem Themenfeld. Das Wahlkampfmotto „Sozial geht nur national“ allerdings enthält einen unzweideutigen Hinweis darauf, dass die von der NPD angebotenen Lösungswege der sozialen Frage einen fremdenfeindlichen Charakter aufweisen. Angestrebt wird unverändert die ethnisch homogene Volksgemeinschaft.

Die Wahlkampfführung selbst zeigte Ansätze einer Professionalisierung. Das Hauptwerbemittel war eine Wahlkampfzeitung, von der zwei Ausgaben mit einer Auflage von je 1,5 Millionen Exemplaren in Umlauf gebracht wurden. Ein Novum – auch für die Bundes-NPD – war die Erstellung und Verbreitung einer Wahlkampf-DVD, die neben einem Gespräch mit dem Spitzenkandidaten MOLAU den Werbespot der NPD, Wahlkampfmaterialien und musikalische Beiträge sowie Stellungnahmen diverser rechtsextremistischer Liedermacher umfasst. Die DVD kam jedoch nur in geringer Stückzahl in der Endphase des Wahlkampfes zum Einsatz, so dass sie keine nachhaltige Wirkung entfalten konnte. Überhaupt blieben die Aktivitäten in der „heißen“ Phase des Wahlkampfes weit hinter den Ankündigungen zurück. Anstelle der geplanten flächendeckenden Präsenz führte die NPD nur wenige Kundgebungen und nicht annähernd die Anzahl der angekündigten Infostände durch. Ohne den Einsatz der Freien Nationalisten hätte es auch diese wenigen öffentlichkeitswirksamen Auftritte nicht gegeben. Umso enttäuschter waren die Freien Kräfte über das Wahlergebnis, das mit 1,5 % der Stimmen die hochgesteckten Erwartungen der NPD nicht annähernd erfüllte. Die Angehörigen der neonazistischen Kameradschaften können für sich reklamieren, dass die NPD überall dort, wo sie sich im Wahlkampf in besonderer Weise engagiert haben, überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hat wie in Stade, Osterode oder Soltau-Fallingb. Hieraus

dürften die Freien Nationalisten in der kommenden Zeit ein Mitspracherecht über Ausrichtung und Strategie der NPD ableiten. Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und traditionalistischen NPD-Mitgliedern scheinen vorprogrammiert.

Die geringen Wahlkampfaktivitäten spiegeln die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der NPD auf Bundesebene wider, auch wenn der Bundesvorstand seine Unterstützung auf den niedersächsischen und nicht auf den parallel verlaufenen hessischen Wahlkampf konzentrierte. Die NPD befindet sich in einer Finanzkrise, weil sie wegen Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Parteienfinanzierung Rückzahlungen in erheblichem Umfang leisten muss. Der nur noch geringe Mitgliederzuwachs des Bundesverbandes der NPD von 7.000 auf 7.200 Parteimitglieder deutet darauf hin, dass die NPD hierdurch und durch parteiinterne Machtkämpfe an Attraktivität verloren hat.

Das neonazistische Personenpotenzial ist auf Bundesebene ein weiteres Mal angestiegen. Mittlerweile werden dieser Kategorie 4.400 (Vorjahr: 4.200) Rechtsextremisten zugerechnet. Niedersachsen verzeichnet einen gegenläufigen Trend. Hier reduzierte sich das neonazistische Personenpotenzial im gleichen Zeitraum von 350 auf 330 Neonazis. Die Bedeutung dieses zahlenmäßigen Rückgangs muss allerdings relativiert werden, denn in Niedersachsen ist eine Verstetigung und eine Vernetzung neonazistischer Aktivitäten zu registrieren, was auf einen zunehmenden Politisierungsgrad schließen lässt. Der NPD treten die Angehörigen der neonazistischen Kameradschaften selbstbewusst gegenüber. Sie sprechen von einem Verhältnis auf Augenhöhe. Das starke Engagement zahlreicher Neonazis im NPD-Wahlkampf ist als ein Zeichen dafür zu werten, dass sich die Grenzen zwischen NPD und Freien Nationalisten immer mehr verwischen.

Als besonders aktive Kameradschaften können die Snevern Jungs aus dem Raum Schneverdingen, die Kameradschaft 73 Celle, die Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven (AG Wiking) und die Bürgerinitiative Zivilcourage Hildesheim angeführt werden.

Niedersachsen ist nach wie vor kein Schwerpunktland rechtsextremistischer Musik, sowohl was die Produktion von CDs als auch die Veranstaltung von Konzerten anbelangt. Es ist ein Erfolg der niedersächsischen Sicherheitsbehörden, die Durchführung von rechtsextremistischen Konzerten soweit erschwert zu haben, dass sie nicht mehr die befürchtete Werbewirksamkeit entfalten können. Lediglich ein Konzert mit mehreren hundert Besuchern fand im vergangenen Jahr in Niedersachsen statt. Dessen ungeachtet ist die Attraktivität der rechtsextremistischen Subkultur ungebrochen. Die hohe Anzahl von 80 Vertrieben mit einem einschlägigen Angebot

an CDs, Kleidung und Devotionalien zeugt hiervon. Dieses Angebot spricht Jugendliche weit über das von den Verfassungsschutzbehörden registrierte Personenpotenzial hinaus an.

Um das Phänomen der rechtsextremistischen Subkultur in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen und zugleich die Chancen von Repressionsmaßnahmen in diesem Bereich des Rechtsextremismus realistisch einzuschätzen, ist es erforderlich, die Perspektive zu wechseln und den Blick über die nationalen Grenzen hinauszurichten. Die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung ist ungeachtet ihrer Affinität zum Nationalsozialismus kein nationales, sondern ein internationales Phänomen; ihre Wurzeln liegen in Großbritannien, nicht in Deutschland. Auf Repression zielende Präventionsmaßnahmen auf nationaler Ebene greifen deshalb häufig ins Leere. Nüchtern muss festgestellt werden: Die jugendspezifische rechtsextremistische Propaganda ist von den deutschen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im nationalen Alleingang nicht einzudämmen. In Deutschland strafbewehrte rechtsextremistische Musik-CDs beispielsweise können über ausländische Versandhändler, die deutsche Titel im Angebot führen, bezogen werden. Auch der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda über Internet-Foren oder Internet-Videoplattformen wie Youtube ist durch die Sicherheitsbehörden schwer entgegen zu wirken.

Eine zentrale Bedeutung haben deshalb Präventionsmaßnahmen, die sich um Aufklärung über die Phänomene des Rechtsextremismus bemühen und hieraus abgeleitete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat für diese Zwecke die Wanderausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“ konzipiert, die seit mehr als zwei Jahren überall im Land hohen Zuspruch erfährt. Darüber hinaus beteiligt sich der niedersächsische Verfassungsschutz an der Lehrerfortbildung, mit Vortragsveranstaltungen an Schulen und mit der Aufbereitung und Zusammenstellung von Informationsmaterialien an der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Als neues Projekt ist die Unterrichtung der Kommunen über den Umgang mit Rechtsextremisten hinzugetreten. Der Niedersächsische Innenminister eröffnete im November in Hannover eine Reihe von vier Auftaktveranstaltungen, die sich unter Einbeziehung der Polizei und des Landespräventionsrates der Förderung kommunaler Handlungsmöglichkeiten gegen den Rechtsextremismus widmeten.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss immer wieder verdeutlicht werden, dass es sich um kein einheitliches Phänomen handelt. Zwar versucht die NPD, die rechtsextremistische Subkultur und die neonazistischen Kameradschaften in die von ihr propagierte Volksfront von

rechts einzubinden, doch handelt es sich um eigenständige Bereiche des Rechtsextremismus mit einer jeweils eigendynamischen Entwicklung.

Der Hinweis auf die Heterogenität des Rechtsextremismus ist wichtig, weil das Instrumentarium der Präventionsmaßnahmen auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen abgestimmt werden muss. Ein heterogenes Phänomen erfordert einen differenzierten Präventionsansatz.

Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund

Die Medien berichteten im Jahr 2007 umfangreich über die Immobiliengeschäfte des rechtsextremistischen Aktivisten, Rechtsanwalts und NPD-Bundesvorstandsmitglieds Jürgen RIEGER aus Hamburg. Dieser hatte im Jahr 2004 die Immobilie „Heisenhof“ in Dörverden als Geschäftsführer (director) und Gesellschafter der Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited (WTSF Ltd.)⁵⁹ erworben und war im Jahr 2006 mit dem geplanten Erwerb des „Hotel am Stadtpark“ in Delmenhorst an einem breiten Bündnis von Bürgern und Politikern gescheitert. Nachdem die WTSF Ltd. im Jahr 2006 wegen nicht fristgerecht vorgelegter Geschäftsberichte aus dem englischen Handelsregister gelöscht worden war, begann im Jahr 2007 die Abwicklung des in Deutschland belegenen Vermögens der gelöschten Limited – neben dem Heisenhof v. a. das „Schützenhaus“ in Pößneck/Thüringen. Im März 2007 wurde ein Rechtsanwalt aus Pößneck als Nachtragsliquidator eingesetzt. Im Rahmen des sich daran anschließenden Rechtsstreits bestätigte das Thüringer Oberlandesgericht im August 2007 den Weg der Nachtragsliquidation als richtig und sah RIEGER wegen seiner nachlässigen Rechnungslegung und gesellschaftsrechtlichen Verstößen als ungeeignet für den Posten des Nachtragsliquidators an. Nach Zurückverweisung des Rechtsstreits zum Amtsgericht Jena bestellte dieses im November 2007 wegen einer möglichen Interessenkollision des ursprünglichen Nachtragsliquidators – er war zeitgleich Abgeordneter im Rat der Stadt Pößneck – einen anderen Rechtsanwalt zum Nachtragsliquidator. Konkrete Nutzungen des Heisenhofs durch rechtsextremistische Aktivisten waren im Jahr 2007 aufgrund bauordnungsrechtlicher Verfügungen und eines allgemeinen Betretungsverbots des Nachtragsliquidators durchgängig ausgeschlossen. Anfang

⁵⁹ Bei der Gesellschaft handelt es sich nicht um eine Stiftung im Rechtsinn, sondern um eine Kapitalgesellschaft nach britischem Gesellschaftsrecht. Der Name der Gesellschaft geht zurück auf den im Jahr 2002 verstorbenen ehemaligen SS-Angehörigen Wilhelm Tietjen aus Bremen, der nach 1945 mit Börsengeschäften ein Vermögen erwarb.

Mai 2008 wurde die Löschung der WTSF Ltd. durch die englischen Behörden aufgehoben und die WTSF Ltd. wieder ins englische Handelsregister eingetragen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung war das Nachtragsliquidationsverfahren durch das Registergericht in Jena noch nicht abgeschlossen und eine Nutzung der Immobilien „Heisenhof“ und „Schützenhaus“ durch RIEGER aufgrund des andauernden Besitzrechts des Liquidators weiterhin ausgeschlossen.

Im September 2007 wurde bekannt, dass RIEGER einen notariellen Kaufvertrag über das ehemalige Empfangsgebäude des Bahnhofs von Melle geschlossen hatte, wobei der Kaufpreis deutlich über dem Verkehrswert des Grundstücks lag. Zuvor hatte der Verkäufer das Grundstück der Stadt Melle zu einem ebenfalls stark überhöhten Preis angeboten und dabei ausdrücklich auf einen bevorstehenden Erwerb durch den Rechtsextremisten RIEGER hingewiesen. Die Stadt bezweifelte wegen der fortbestehenden eisenbahnrechtlichen Widmung des Grundstücks und der Höhe des Kaufpreises die Ernsthaftigkeit der Kaufabsichten und wies das Angebot daher zurück. Nachdem im Oktober 2007 die Bauleitplanung hinsichtlich der Umgebung des Bahnhofs fortgesetzt und in einem Aufstellungsbeschluss festgeschrieben wurde, so dass die von RIEGER behauptete Planung einer Nutzung als Schulungszentrum für NPD-Mitglieder und die „nationale Jugend“ unmöglich wurde, nahm RIEGER im November 2007 öffentlich Abstand von einem Erwerb des Grundstücks.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Immobilien-geschäften von Rechtsextremisten wurde vom niedersächsischen Verfassungsschutz im Rahmen des Konzepts zur „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“ im Dezember 2007 eine Broschüre erstellt, die betroffenen Kommunen als Leitfaden und Ratgeber dienen kann, insbesondere auch zur Problematik der Abgrenzung so genannter Scheingeschäfte von ernsthaften Kaufabsichten. Unter Scheingeschäften werden artikulierten Kaufabsichten von Rechtsextremisten verstanden, die allein dazu dienen sollen, den Kaufpreis einer Immobilie in die Höhe zu treiben, um einerseits die Presseberichterstattung zur Profilierung auszunutzen und andererseits möglicherweise an dem Mehrerlös finanziell beteiligt zu werden. Bereits im Jahr 2004 wurde im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ein Beauftragter bestellt, der betroffene Kommunen bei Immobiliengeschäften von Rechtsextremisten berät und die Arbeit der beteiligten staatlichen Stellen koordinierend unterstützt.

Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus

Seit Beginn der achtziger Jahre bemüht sich ein kleiner Kreis rechtsextremistischer Intellektueller, über die Prägung gesellschaftlicher Diskurse politischen Einfluss zu gewinnen – innerhalb der rechtsextremistischen Szene, aber auch auf die Gesellschaft insgesamt. Langfristig wird ein Systemwechsel angestrebt, dem die Erlangung der kulturellen Vorherrschaft vorausgehen soll. Diese Variante des Rechtsextremismus, die abseits der Agitation der meisten Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus in verschiedenen rechtsextremistischen Zirkeln, Publikationen und Verlagen stattfindet, wird oft mit dem Begriff „Neue Rechte“⁶⁰ umschrieben.

Hinter dem von der „Neuen Rechten“ verfochtenen Konzept des Ethnopluralismus verbirgt sich eine fremdenfeindliche Grundtendenz. Der Ethnopluralismus stellt die kulturellen Unterschiede der Menschen in den Vordergrund und propagiert die kulturelle, möglichst aber auch räumliche Trennung ethnischer Gruppen. Ausgehend von der homogenen Ethnie lehnen Vertreter der „Neuen Rechten“ Einwanderung als „volksgemeinschaftsschädlich“ ab.

Zu den Zirkeln der „Neuen Rechten“ gehört das 1980 gegründete Thule-Seminar, das von Pierre KREBS geleitet wird. Es versteht sich als

„geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes“.

(Leitfaden des Thule-Seminars, Wissen eint – Wille siegt)

Die in Kassel ansässige „Thule-Bibliothek“ veröffentlichte im Jahr 2006 unter dem Titel „Wofür wir kämpfen“ die deutsche Übersetzung eines „Manifestes des europäischen Widerstandes“. Der Autor Guillaume Faye war einer der wichtigsten Vertreter der französischen Nouvelle Droite, bis er sich mit dem führenden Theoretiker dieser rechtsextremistischen Denkrichtung Alain de BENOIST überwarf. Das Manifest propagiert eine kulturelle Rückeroberung des angeblich von Amerikanismus und Islamismus bedrohten europäischen Kontinents.

⁶⁰ Die mit dem Begriff der „Neuen Rechten“ bezeichnete ideologische Strömung knüpft an eine akademisch-intellektuelle Ausprägung antidemokratischen Denkens an, die sich auf die „Konservative Revolution“ – eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik – beruft. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

Einem Vorwort des Vorsitzenden der rechtsextremistischen Kulturorganisation Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) und NPD-Spitzenkandidaten für die Niedersächsische Landtagswahl 2008, Andreas MOLAU, ist zu entnehmen, dass mit dem Manifest politische Deutungshoheit im Sinne des Kampfes um die kulturelle Hegemonie angestrebt wird. MOLAU verknüpft den

„Kampf um die Begriffe mit dem Kampf um die Identität Europas ... denn: Wer die Begriffe bestimmt, bestimmt das Denken“.

(Guillaume Faye, „Wofür wir kämpfen“, S. 10)

KREBS präzisiert die Zielsetzung des Manifests in einem weiteren Vorwort:

„Dieses Buch ... ist alles in allem: Handbuch; Werkzeug der kritischen Betrachtung; strategische Waffe; Kompass für den Geist; Führer für den Kampf- und deswegen prädestiniert, das Nachschlagewerk aller europäischen identitären Kämpfe des XXI. Jahrhunderts zu werden.“

(a.a.O., S. 15)



Als wichtigstes meinungsbildendes Strategie- und Theorieorgan im deutschen Rechtsextremismus gilt die mit einer Auflage von etwa 18.000 Exemplaren erscheinende Publikation Nation & Europa – Deutsche Monatshefte (N & E). Eine Nähe zur NPD ist unübersehbar. So ist der Herausgeber der N & E, Peter DEHOUST, Vorsitzender des im April 2005 von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion gegründeten Bildungswerks für Heimat und nationale Identität e. V., und Karl RICHTER, Redakteur bei N & E, arbeitet als wissenschaftlicher Berater für die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Sein Beitrag „Eine Symbiose, die es niemals gab: ‚Christlich-jüdisches‘ Erbe“ (N & E 11-12/2007, S. 74-79) bedient sich antisemitischer Stereotype. RICHTER stellt die in Deutschland lebenden Juden mit den Worten „ungeliebt, geduldet, fremd, in Gestalt von Zinsleihern und Händlern“ als Fremdkörper dar und schlussfolgert:

„Der Kreis schließt sich: Die ‚christlich-jüdische‘ Symbiose, die uns weisgemacht werden soll, hat es nie gegeben. Dagegen gibt es die Symbiose, will sagen: die Infiltration des globalen ‚Weltgewissens‘ mit dem Holocaust-Dogma, die auf die weltweite Inthronisierung einer jüdischen Sonder-Identität zu Lasten jeder anderen nationalen Integrität hinausläuft.“

Über MOLAU ist die NPD personell nicht nur mit dem Thule-Seminar verflochten, sondern auch mit der GFP, die als die wichtigste rechtsextremistische Kulturvereinigung gelten kann. MOLAU ist seit April 2005 Vorsitzender der 1960 als Publikationskartell rechtsextremistischer Autoren gegründeten, ca. 500 Mitglieder umfassenden Organisation. Auf dem jährlich stattfindenden, vom 11. bis 13. Mai durchgeführten Deutschen Kongress der GFP wurde er für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Mit der Übernahme des GFP-Vorsitzes durch MOLAU verbindet sich die Zielsetzung, die GFP zu verjüngen und zu modernisieren. MOLAU ist als Mitglied des NPD-Bundesvorstandes zuständig für den Bereich Bildung; bei der anvisierten Intelktualisierung der NPD zählt er zu den treibenden Kräften. Im August wurde bekannt, dass der ehemalige Waldorfschullehrer plant, ein „Bildungswerk für völkisch orientierte Familien“ einzurichten. Neben der engen Verbindung zur NPD pflegt die GFP Kontakte zur Deutschen Studiengemeinschaft, zur Deutschen Liga für Volk und Heimat und zum Deutschen Rechtsbüro sowie zum Schutzbund für das Deutsche Volk.

Ein weiterer der „Neuen Rechten“ zuzuordnender Theoriezirkel ist das 1994 in Berlin gegründete und derzeit von Reinhold OBERLERCHER und Uwe MEENEN betriebene Deutsche Kolleg (DK). Das DK, das sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“ versteht, propagiert die Reichsidee⁶¹ und verbreitet in Veröffentlichungen und Schulungsveranstaltungen offen antisemitische, rassistische und den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten diffamierende Inhalte. Das DK hat nur eine geringe Bedeutung für den Rechtsextremismus. Die Aktivitäten beschränkten sich auf die Durchführung der Jahreshauptversammlung im Juni in Mosbach/Thüringen und auf die Veröffentlichung von drei Erklärungen im Internet.

Eine ähnliche Ausrichtung wie das DK vertritt die 2000 gegründete Deutsche Akademie (DA), die als organisationsübergreifender Verbund in Schulungen, Seminaren sowie Sommer- und Winterakademien rechtsextremistische „staats-theoretische Bildungsarbeit“ anbietet. Die DA wird maßgeblich von dem früheren NPD-Theoretiker Jürgen SCHWAB beeinflusst. Sie bemüht sich um eine gemeinsame Zielsetzung aller nationalen Kräfte und um die Vernetzung der unterschiedlichen Gruppen. Personelle Überschneidungen zur NPD

⁶¹ Verfechter der Reichsidee stellen einen Herrschaftsbereich in eine bestimmte Tradition und leiten hieraus von einer idealistischen überhöhten universalen Botschaft getragene hegemoniale Ansprüche ab. Historische Bezugspunkte der Verfechter der Reichsidee sind: das Heilige Römische Reich deutscher Nation, das von Bismarck begründete Deutsche Reich („2.Reich“) und das nationalsozialistische „Dritte Reich“.

werden eingeräumt. Der Einfluss der Organisation auf den rechtsextremistischen Diskurs ist jedoch nur gering.

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus

Der Begriff rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar und fungieren als ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus. Sie bilden die historische Komponente des rechtsextremistischen Selbstverständnisses und zielen mit ihrem den Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitierenden Geschichtsverständnis auf die Delegitimierung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Revisionisten im engeren Sinne sind bestrebt, die Erkenntnisse der seriösen Geschichtswissenschaft von einem vermeintlich wissenschaftlichen Standpunkt aus zu widerlegen. Dieser um eine wissenschaftliche Diktion bemühte Geschichtsrevisionismus, der rechtsextremistischen Organisationen die „Argumentationsbasis“ liefert, ist eine internationale Erscheinung, obwohl er die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland zum Gegenstand hat. Viele Revisionisten sind Ausländer oder agieren vom Ausland aus. Die ideologische Klammer ihrer Zusammenarbeit bildet eine eng mit revisionistischen Positionen verbundene antisemitische Grundeinstellung.⁶²

Das Internet ist heute im wesentlichen die Agitationsplattform der Revisionisten. Hier pflegen sie ihre weltweiten Kontakte und steuern ihre Aktivitäten. In der Regel nutzen sie ausländische Internetprovider, um einer möglichen Strafverfolgung in Deutschland zu entgehen. Daneben werden revisionistische Schriften in Druckform durch hierauf spezialisierte Verlage verbreitet.

Die auf Initiative des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad am 11. und 12.12.2006 in Teheran durchgeführte internationale Holocaust-Konferenz wurde in der rechtsextremistischen Szene auch 2007 thematisiert.



⁶² Ausführliche Informationen über die Vorgehensweise der Revisionisten und Porträts der wichtigsten Revisionisten finden sich auf der für den Schulunterricht empfehlenswerten Internetseite www.h-ref.de. Das besondere Anliegen der Initiatoren dieser Internetseite ist es, die revisionistischen Thesen durch eine detaillierte Darlegung der historischen Fakten zu widerlegen.

Ahmadinedschad hatte den Holocaust im Dezember 2005 als Mythos bezeichnet und damit eine internationale Kontroverse provoziert. Im Anschluss an die Konferenz wurde am 13.12.2006 eine Internationale Stiftung zur Untersuchung des Holocaust gegründet, der der ehemalige VRBHV-Vorsitzende (Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten) Bernhard SCHAUB als Mitglied angehört. In der Publikation „Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen LSI“ Nr. 1, Januar/Februar 2007 des Collegium Humanum (CH) zieht SCHAUB ein Resümee der Tagung:

„ Es ist ein Kampf zwischen Wahrheit und Lüge ... Wir haben denselben Feind! Es ist der Menschenverderber, der mit Hilfe des amerikanischen Kampfelefanten die ganze Welt dem jüdischen Kapital unterwerfen und alle eigenständigen Völker, Kulturen und Religionen vernichten will...“.

Zu den bekanntesten revisionistischen Dokumenten zählen der „Leuchter-Report“ und das „Rudolf-Gutachten“. Beide pseudowissenschaftlichen Studien wurden zur Verteidigung angeklagter Revisionisten erstellt. Der deutschstämmige US-Amerikaner Fred A. LEUCHTER behauptet in seiner 1988 veröffentlichten Schrift, dass die massenhafte Vernichtung von Juden in Auschwitz technisch nicht möglich gewesen sei. Zum gleichen Ergebnis kommt der deutsche Chemiker Germar RUDOLF, der in seinem seit 1991 verbreiteten und 1995 wegen Volksverhetzung beschlagnahmten „Gutachten“ die Existenz von Gaskammern in Auschwitz bestreitet.

Das Landgericht Mannheim verurteilte RUDOLF am 15. März zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Sein Buch „Vorlesungen über den Holocaust“ wird zudem eingezogen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass RUDOLF im Internet und durch die Verbreitung von Schriften den im Nationalsozialismus begangenen Völkermord an den Juden systematisch geleugnet bzw. verharmlost sowie zum Hass gegen die jüdische Bevölkerung aufgestachelt hat. RUDOLF hat bis zu seiner Verhaftung den in Großbritannien ansässigen Verlag Castle Hill Publishers (CHP) geleitet, in dem auch die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) erschienen sind.

Neben der Verurteilung RUDOLFS schwächten weitere Strafverfahren gegen führende Revisionisten die internationale revisionistische Szene. Diese Entwicklung ist als das Ergebnis eines verstärkten internationalen Kontroll- und Fahndungsdrucks staatlicher Behörden zu bewerten.

Der bereits einschlägig vorbestrafte Österreicher Gerd HONSIK wurde in Spanien festgenommen und am 4. Oktober

nach Österreich ausgeliefert. Neben der unregelmäßigen Herausgabe der Zeitschrift HALT betrieb HONSIK von Spanien aus eine eigene Homepage im Internet. Im August nahmen die österreichischen Strafverfolgungsbehörden mit Wolfgang FRÖHLICH einen Teilnehmer an der Teheraner Holocaust-Konferenz in Untersuchungshaft. Mit Urteil vom 14.01.2008 wurde FRÖHLICH vom Landesgericht Wien wegen Holocaustleugnung zu vier Jahren Haft verurteilt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

In Deutschland stand der Prozess gegen den von den kanadischen Behörden ausgelieferten Ernst ZÜNDEL im Blickpunkt des Interesses. Das Landgericht Mannheim verurteilte ihn am 15. Februar wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren. Das Urteil ist rechtskräftig. Die zweijährige Untersuchungshaft wird angerechnet.

Der Prozess gegen ZÜNDEL löste unter Rechtsextremisten keine große Resonanz aus. Anstatt die Frage der Historizität des Holocausts zu thematisieren, nahmen sie das Gerichtsurteil gegen den Revisionisten zum Anlass, um die Abschaffung des §130 StGB zu fordern. Exemplarisch hierfür sind die Ausführungen des NPD-Funktionärs MOLAU:

„Im Deutschland des Jahres 2007 werden die Menschen eingesperrt, nicht weil sie gestohlen, betrogen oder gemordet haben, sondern allein, weil sie eine ‚falsche‘ Meinung hatten. Dagegen muss sich auch politischer Widerstand regen.“
(NPD-Homepage, 16.02.2007)

Als Verteidigerin ZÜNDELS hatte die Rechtsanwältin Sylvia STOLZ wiederholt öffentlich den Massenmord an den Juden bestritten, zum Hass gegen die jüdische Bevölkerung aufgerufen und einen im Internet veröffentlichten anwaltlichen Schriftsatz mit „Heil Hitler“ gezeichnet. STOLZ war daraufhin im April 2006 vom Verfahren gegen ZÜNDEL ausgeschlossen worden. Wegen Ihrer Äußerungen und Handlungen wurde sie am 14.01.2008 vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, versuchter Stravereitelung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt und mit einem fünfjährigen Berufsverbot belegt. Gegen das Urteil hat STOLZ Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Der Neonazi Manfred ROEDER wurde am 30. Oktober durch das Amtsgericht Schwalmstadt (Hessen) wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. ROEDER hatte sich im Rundbrief der revisionistischen Deutschen Bürgerinitiative holocaustleug-

nend geäußert. Das Gericht widerrief gleichzeitig die Aussetzung einer Freiheitsstrafe ROEDERs von acht Monaten zur Bewährung aus einem Urteil des Landgerichts Marburg (Hessen) vom 24.03.2006 wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Verunglimpfung des Staates.

Der britische Revisionist David IRVING hatte sich bereits im Jahr 2005 in Österreich vor Gericht zu verantworten. Er wurde im November 2005 zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Oberlandesgericht Wien bestätigte am 20.12.2006 das Strafmaß, setzte jedoch zwei Drittel der Strafe zur Bewährung aus. IRVING bestreitet in Büchern und Vorträgen die Durchführung von Massenvernichtungsaktionen während der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode. Seine zahlreichen, in wissenschaftlicher Diktion abgefassten, seriös anmutenden Schriften werden in umfangreicher Form über ausländische Provider über das Internet verbreitet (damit sind die Beiträge dem Zugriff deutscher Sicherheits- und Strafbehörde entzogen). Es besteht die Gefahr, dass Internetnutzer ohne historisches Hintergrundwissen – z. B. Schüler, die für Referate recherchieren – durch diese Darstellungen zu revisionistischen Sichtweisen verleitet werden.

Ausschließlich revisionistische Zielsetzungen verfolgt der am 09.11.2003 gegründete, in Berlin ansässige VRBHV. Vereinsziel ist die Unterstützung von Holocaust-Leugnern in Prozessen sowie die Wiederaufnahme von Strafverfahren. Den Vorsitz führte bis Herbst 2007 der Schweizer Revisionist SCHAUB; sein Nachfolger ist Udo WALENDY. Zu den Gründungsmitgliedern zählen neben ZÜNDEL und RUDOLF weitere wichtige revisionistische Autoren wie der Franzose Robert FAURISSON, der Schweizer Jürgen GRAF, der Österreicher HONSIK und der in Australien lebende Frederick THOBEN.

Die stellvertretende VRBHV-Vorsitzende Ursula HAVERBECK-WETZEL leitet zugleich das CH. Alle zwei Monate erscheint unter der Schriftleitung von Ernst-Otto COHRS aus Niedersachsen die CH-Publikation „Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen LSI“. Regelmäßig veranstaltet das CH selbst Seminare mit revisionistischen Themenbezügen in Vlotho und in Mosbach (Thüringen).

Eine enge Verbindung besteht zwischen HAVERBECK-WETZEL und Horst MAHLER, auf dessen Initiative die Gründung des VRBHV und der Reichsbürgerbewegung/Reichsbewegung zurückgeht, in der Vertreter verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen vereint sind.

Der mit einem Berufsverbot belegte Rechtsanwalt MAHLER verbüßte in der Zeit vom 15.11.2006 bis 14.08.2007 eine neunmonatige Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung. Er hatte als NPD-Vertreter im Verbotsverfahren 2005 den Hass auf Juden als untrügliches Zeichen eines intakten spiri-

tuellen Immunsystems bezeichnet. Wegen weiterer öffentlicher Aussagen fällt der Rechtsextremist auch nach seiner Haftentlassung auf. Seit dem 1. November wird ein Interview des Publizisten Michel Friedman mit MAHLER vom 4. Oktober in München im Internetauftritt der Zeitschrift VANITY FAIR und dem Störtebecker Netz veröffentlicht. Provozierend begrüßt MAHLER seinen Gesprächspartner mit den Worten: „Heil Hitler, Herr Friedman“ und erklärt im späteren Verlauf verherrlichend:

„Hitler war der Erlöser des deutschen Volkes. Nicht nur des deutschen Volkes. Und er ist als Erlöser von Satan dämonisiert worden, damit jeder Gedanke an den Erlöser ausgetilgt ist im Bewusstsein der Deutschen und der Welt überhaupt.“

In der rechtsextremistischen Szene ist MAHLER weitgehend isoliert, nicht zuletzt wegen seiner egozentrischen, pseudo-wissenschaftlichen und zum Teil auch vom rechtsextremistischen Konsens abweichenden Aussagen.

Das Amtsgericht Cottbus verurteilte ihn am 23. November zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung, weil er sich im November 2006 bei Haftantritt in Cottbus mit dem „Hitlergruß“ und den Worten: „Heil Hitler“ von seinen Anhängern verabschiedet hatte. MAHLER hat Berufung gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Cottbus eingelegt.

Kontakte bestehen zwischen MAHLER und dem deutschstämmigen THOBEN, dessen 1996 gegründetes Adelaide Institute über das Monatsmagazin Adelaide Institute Online weltweit revisionistisches Gedankengut verbreitet. Als aggressiver Holocaust-Leugner ist THOBEN in Australien in Erscheinung getreten.

Von den USA aus agiert der Rechtsextremist Gary Rex LAUCK, der den Nationalsozialismus offen verherrlicht und als bekennender Hitler-Anhänger neonazistisches und revisionistisches Gedankengut verbreitet. LAUCK ist Leiter der in Lincoln/Nebraska ansässigen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO). In seiner vierteljährlich erscheinenden Publikation NS-Kampftruf, in der er insbesondere rassistische und antisemitische Positionen verbreitet, erscheinen immer wieder auch revisionistische Beiträge. Den Schwerpunkt der Aktivitäten LAUCKs bildet das Internet.

Der Verbreitung revisionistischer Themen widmet sich auch die rechtsextremistische Deutsche Freiheitsbewegung e. V. – Der Bismarck-Deutsche mit ihrer Publikation Recht und Wahrheit. Die halbjährlichen Lesertreffen, die „Tage Deutscher Gemeinschaft“, werden traditionell als Frühjahrs- und Herbsttreffen in Ilfeld/Thüringen durchgeführt. Seit einiger

Zeit ist zu beobachten, dass die Treffen, an denen bis zu 80 Personen teilnehmen, vermehrt Zuspruch bei jüngeren Rechtsextremisten finden. Beim Herbsttreffen im Oktober betrug ihr Anteil bereits 60 %.

Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Das von den Verfassungsschutzbehörden mit dem Terminus Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten erfasste Personenpotenzial gibt Aufschluss über die Militanz des Rechtsextremismus. In diese Kategorie fallen rechtsextremistische Skinheads mit latenter oder offener Gewaltbereitschaft sowie Straftäter, die rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte zu verantworten haben. Die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung bildet die dominierende Gruppe innerhalb des gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrums. Auf Bundesebene lag das Personenpotenzial im Jahr 2007 bei 10.000 Personen. In Niedersachsen ist die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten seit Jahren leicht rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich 2007 von 925 auf 900 Personen reduziert. Das Phänomen rechtsextremistisch motivierter Gewaltbereitschaft ist in Niedersachsen landesweit zu beobachten. Regionale Schwerpunkte bilden die Räume Braunschweig/Salzgitter, das Bremer Umland, die Region Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Northeim, Soltau/Schneverdingen, Tostedt sowie Uelzen.

Die Skinhead-Bewegung hat ihren Ursprung in Großbritannien. Aus der Arbeiterschicht stammende Jugendliche formierten sich dort Ende der sechziger Jahre zu einer Protestbewegung, die sich gegen soziale Ausgrenzung zur Wehr setzte. Im Laufe der Zeit entwickelte sich hieraus eine im Arbeitermilieu verankerte Subkultur. Das äußere Erscheinungsbild (schwere Stiefel, Jeans und T-Shirt) symbolisierte die soziale Herkunft, zu der sich Skinheads auch heute noch mit elitärem Stolz bekennen, wie ein Interview mit einem Skinhead im Fanzine⁶³ Violence (Nr. 19/2006, S. 28) verdeutlicht:

„In unseren Augen geht es beim Skinhead sein um Patriotismus, stolz auf sich zu sein, auf Deine Stadt, Dein Land und stolz zu sein, dass wir die Arbeiterklasse sind ...“

(Fehler aus dem Original übernommen)

⁶³ Der Begriff Fanzine ist der englischen Sprache entlehnt und setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen.

Ihre Wesensmerkmale – ein gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gerichteter Antiintellektualismus, ein offen zur Schau gestellter Männlichkeitskult, eine aggressive Gewaltbereitschaft und eine latent fremdenfeindliche Grundeinstellung – machten die ursprünglich unpolitische Skinhead-Bewegung anfällig für die Einflussnahme und die



Instrumentalisierung durch rechtsextremistische Organisationen. Zunächst gelang es der 1967 gegründeten neonazistischen National Front, die Skinheads in ihre politischen Aktivitäten

einzubinden. Anschließend bemühten sich die noch radikaleren Gruppierungen British Movement und Blood & Honour erfolgreich um deren Rekrutierung.

Ende der siebziger Jahre, als die neonazistische Beeinflussung in Großbritannien bereits vollzogen war, trat die Skinhead-Bewegung erstmals in Deutschland in Erscheinung. Sie gelangte über Angehörige der hier stationierten britischen Streitkräfte in das Bundesgebiet und wurde zunächst von deutschen Punks adaptiert, die sich für die Berichterstattung von Fanzines der britischen Skinhead-Bewegung interessierten. Anders als in Großbritannien war die deutsche Skinhead-Szene nicht allein im Arbeitermilieu verankert, sondern rekrutierte sich aus verschiedenen sozialen Randgruppen.

Ungeachtet der für Skinheads typischen Aversion gegen politische Arbeit geriet auch in Deutschland ein Teil der Skinhead-Bewegung unter rechtsextremistischen Einfluss. Rechtsextremistische Organisationen wie die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) des 1991 verstorbenen Neonazis Michael KÜHNEN und die verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), deren damaliger niedersächsischer Landesvorsitzender Thorsten HEISE selbst Skinhead war, hatten das neu entstandene Rekrutierungspotenzial erkannt. Heute bildet die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung ein wichtiges Rekrutierungsfeld für die NPD und die neonazistischen Kameradschaften.

Die Denkweise rechtsextremistischer Skinheads ist geprägt von rassistischer Fremdenfeindlichkeit, hemmungsloser Gewaltbereitschaft sowie einer unreflektierten Verherrlichung des Nationalsozialismus. Konflikte mit Angehörigen von ihnen verachteter sozialer Gruppen wie Ausländer, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und als „Zecken“ titulierte linksorientierte politische Gegner werden bevorzugt mittels körperlicher Gewalt auf der Straße ausgetragen. In einem Interview mit dem Fanzine Ratatösk (Ausgabe 4/2004, S. 38) verleiht ein Skinhead der Gewaltaffinität

mit folgenden Worten Ausdruck: „Gewalt ist keine Lösung, aber ein verdammt gutes Argument!“.

In Niedersachsen ereigneten sich im Berichtsjahr mehrere gewalttätige Übergriffe von Skinheads. So attackierten zwei zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene zählende Personen am 18. Juni in Hannover einen deutschen Staatsbürger kongolischer Abstammung. Sie beleidigten das Opfer mit den Worten: „Nigger, fucking Nigger!“. Anschließend schlugen und traten sie auf ihr Opfer ein. Am 24. August ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in Braunschweig. Zwei Angehörige der rechtsextremistischen Szene schlugen und traten auf einen Ghanaer ein, weil sie dieser zuvor angeblich als „Nazischwein“ betitelt hatte.

Das Erscheinungsbild der meisten Skinheads wird wesentlich durch die szenetypische Kleidung und den kahl rasierten Kopf bzw. extrem kurz geschorene Haare geprägt. Allerdings verzichten inzwischen nicht wenige Skinheads wegen der Anfeindungen, die sie dadurch in der Öffentlichkeit auf sich ziehen, darauf, sich ihren Kopf rasieren zu lassen. Des Weiteren bringen rechtsextremistische Skinheads die Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus durch entsprechende Tätowierungen zum Ausdruck. Sie verwenden häufig Zahlencodes wie 18, 28 oder 88⁶⁴ und Abkürzungen wie „14 words“ oder ZOG⁶⁵, um ihre neonazistische Weltanschauung zu verklausulieren. Szenehändler haben die Verdienstmöglichkeiten längst erkannt und vertreiben Artikel mit entsprechenden Aufdrucken in speziellen Läden bzw. über das Internet.

Innerhalb der Skinhead-Bewegung wird ein übersteigerter Männlichkeitskult gepflegt, der v. a. in exzessivem Alkoholkonsum und einer offen zur Schau gestellten Frauenfeindlichkeit seinen Ausdruck findet. Das Durchschnittsalter der Skinheads beträgt etwa 15 bis 20 Jahre, das Einstiegsalter liegt teilweise noch darunter. Der Anteil von Männern beträgt nahezu 90 %.

⁶⁴ Die Ziffern bezeichnen die Stelle eines Buchstabens im Alphabet. Mit 18 werden die Initialen von Adolf Hitler wiedergegeben, mit 88 verbinden Eingeweihte die verbotene nationalsozialistische Grußformel „Heil Hitler“, und 28 steht für die in Deutschland verbotene Organisation Blood Honour.

⁶⁵ Die „14 words“, häufig nur mit der Zahl 14 wiedergegeben, sind der Code für eine 14 Wörter umfassende Losung des amerikanischen Rechtsextremisten David Lane von der Gruppe The Order. In deutscher Übersetzung lautet der Satz: „Wir müssen die Existenz unseres Volkes sichern und eine Zukunft für unsere weißen Kinder“. ZOG ist eine antisemitische Formel und bedeutet Zionist Occupied Government (zionistisch beherrschte Regierung).

Strömungen der Skinhead-Szene

Von nationalsozialistischem Gedankengut und dem Glauben an die Überlegenheit der weißen Rasse ist die Blood & Honour-Bewegung (B&H) geprägt. Der 1993 verstorbene Frontmann der englischen Skinhead-Band Skrewdriver Ian Stuart DONALDSON gründete die Organisation unter dem Eindruck eines Films über die Hitler-Jugend mit der Zielsetzung, dem rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene eine Organisation zu geben. Die international ausgerichtete Bewegung verfügt über Untergliederungen auf Länderebene. Solche Divisionen existieren mittlerweile auf allen Kontinenten. Die 1994 gegründete B&H-Division Deutschland wurde am 14.08.2000 durch den Bundesinnenminister verboten. Das Verbot erfasste drei niedersächsische Sektionen: „Niedersachsen“, „Nordmark“ und „Weser-Ems“. In Niedersachsen bestehen keine B&H-Strukturen mehr. An den im benachbarten Ausland und in Großbritannien durchgeführten B&H-Konzerten nehmen jedoch einzelne niedersächsische Rechtsextremisten teil.

Zur rechtsextremistischen Skinhead-Bewegung zählen außerdem die nationalsozialistisch und rassistisch ausgerichteten Hammerskins. Ziel der 1986 in den USA entstandenen Organisation ist es, alle weißen rechtsextremistischen Skinheads in einer so genannten Hammerskin-Nation (HSN) zu vereinigen. Ein Szeneangehöriger beschrieb die Hammerskin-Bewegung in einem Interview mit dem Fanzine Nordwind (Ausgabe 4/2006, S. 23) wie folgt: „HSN ist wofür wir stehen. Eine wahre weiße Bruderschaft, fester Zusammenhalt und Kameradschaft.“ Ihr Symbol, zwei gekreuzte Hämmer, steht für „Kraft und Stärke der weißen Arbeiterbewegung“. Seit 1991 sind die Hammerskins auch in Deutschland aktiv. Bundesweit zählt die Hammerskin-Bewegung etwas mehr als 70 Mitglieder, in Niedersachsen spielt sie jedoch kaum eine Rolle.

Neben den rechtsextremistischen Skinheads gibt es nicht-extremistische Strömungen mit entgegengesetzter politischer Ausrichtung wie die in Niedersachsen kaum präsenten Redskins und die SHARP-Skins⁶⁶ sowie die vorrangig „spaßorientierte“, in erster Linie subkulturell ausgerichtete große Gruppe der Oi!-Skins⁶⁷. Die Oi!-Skin-Bewegung und die rechtsextremistische Skinhead-Szene sind nicht trennscharf zu unterscheiden. Oi!-Skin-Konzerte werden auch von rechts-extremistischen Skinheads besucht. Unter den Beobachtungs-



Plakat zur Ankündigung eines B&H-Skinkonzertes



⁶⁶ Die antirassistischen SHARP-Skins (Skinheads Against Racial Prejudice) und die linksorientierten Redskins entstanden 1987 bzw. 1993 in den USA. In Deutschland gehören den beiden Strömungen nur wenige Personen an.

⁶⁷ Der Name leitet sich von einem Slang-Ausdruck aus dem Londoner East End her. Mit „Oi, Oi, Oi“ anstelle des traditionellen „one, two, three“ zählte die Skinhead-Band Cockney Rejects ihre Songs an.

auftrag des Verfassungsschutzes fallen ausschließlich rechtsextremistische Skinheads.

Szenezeitschriften (Fanzines)

Der Begriff Fanzine ist der englischen Sprache entlehnt und setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen. Er bezeichnet Info-Hefte, wie sie in vielen Subkulturen typisch sind. Zu den Inhalten dieser Fanzines gehören Informationen über Musikgruppen und neue Tonträger, Berichte von Konzerten und Partys und nicht zuletzt Interviews mit Szeneangehörigen. In der Regel überschreitet die Auflagenhöhe einige hundert Exemplare nicht. Die Erscheinungsform reicht von einem wenige Seiten umfassenden, kopierten Heft bis hin zur hundertseitigen Hochglanzbroschüre.

Die Bedeutung der Fanzines für die Szene hat abgenommen, seitdem immer mehr Informationen über das Internet verbreitet werden. Bundesweit wurden 2007 etwa 20 Fanzines registriert. In Niedersachsen erscheint das Fanzine Violence (Braunschweig) in einer Auflage von zuletzt 600 Stück.

Rechtsextremistische Musikszene

Die rechtsextremistische Musik ist das wirksamste Ausdrucksmittel der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Mit ihr verbindet sich ein nach innen gerichteter, das Gemeinschaftsgefühl und den Zusammenhalt fördernder Zweck und das auf Außenwirkung zielende Bestreben, politische Botschaften zu verbreiten. Die Musiktexte bringen in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen zum Ausdruck. In Kombination mit eingängigen oder aufputschenden Melodien entfalten sie eine suggestive Wirkung.

Den Stellenwert der Musik für die Szene verdeutlicht ein Textauszug aus dem 2007 erschienenen Lied „Soundtrack zur Revolution“ der nordrhein-westfälischen Band Weiße Wölfe:

„Lieder die in Köpfen brennen mit Worten scharf wie Klängen, es macht uns einfach Spaß, das Pack zur Weißglut zu bringen.

Die Musik als Waffe gegen Staat und System, Lieder für die Freiheit, für die, die die Wahrheit sehen.“

Bandnamen wie Blitzkrieg, Jungsturm, Bataillon 500, Kommando Ost oder Reichswehr zeigen einen deutlichen Bezug zum nationalsozialistischen Deutschen Reich und lassen einen Rückschluss auf die weltanschauliche Ausrichtung der

Bandmitglieder zu. Andere Bands haben sich nach Begriffen der germanisch-heidnischen Mythologie benannt. Bezeichnungen wie Einherjer, Sleipnir, Projekt Aaskereia, Sigil, Valhalla Patriots oder Legion of Thor sind nur einige Beispiele. Sie signalisieren die Ablehnung der Werte der Aufklärung und des Christentums.

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen ist in den letzten Jahren permanent gestiegen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit, oder es handelt sich um Projekte von Mitgliedern mehrerer Bands, die sich – mitunter nach nur einer gemeinsamen Produktion – wieder auflösen.

Der sich dynamisch entwickelnde Bereich der rechtsextremistischen Musik bildet seit einigen Jahren einen Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit, weil der Wirkungsradius der rechtsextremistischen Musik über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial weit hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt sehen und nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit der rechtsextremistischen Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Der Besuch von Konzerten rechtsextremistischer Bands, die die Möglichkeit bieten, Kontakte zu knüpfen, spielt eine wichtige Rolle bei diesem Prozess einer allmählichen Einbindung in die Szene.

Wichtig für das Zusammengehörigkeitsgefühl sind darüber hinaus die Angebote rechtsextremistischer Musikvertriebe. Die Angebotspalette umfasst neben CDs, T-Shirts und anderen Kleidungsstücken auch Aufkleber und Devotionalien. Über das Internet und bei Konzerten ist die gesamte Bandbreite des einschlägigen Musikangebots zugänglich. Um Geschäftsverluste durch Indizierungen, die einen Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren untersagen, oder Beschlagnahme- und Einziehungsbeschlüsse, die ein generelles Veräußerungsverbot nach sich ziehen, zu vermeiden, lassen die Produzenten Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen. Strafrechtlich relevante CDs – ihr Anteil beträgt keine 10 % – werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert. Neben offen systemablehnenden Positionen sind zunehmend verklausulierte rechtsextremistische Texte festzustellen. Das Ziel präventiver Verfassungsschutzarbeit muss es sein, den wahren Sinngehalt der solchermaßen transportierten ideologischen Botschaften durch eine intensivierte Form der Auseinandersetzung zu dekodieren.

Die Problematik lässt sich am Beispiel des Liedes „Unsere Sonne“ der Band Skalinger aus Mecklenburg-Vorpommern verdeutlichen. Darin heißt es:

*„So viele dunkle Jahre musstest du bestehen.
In tausenden Träumen habe ich dich wehen sehn.
Du stehst dort im Verborgenen, hast deinen Glanz nicht verloren.*

Ich spüre die Stunde kommen - da wirst du neu geboren.

*Refr.: Unsere Sonne wird wieder scheinen
Unsere Sonne wird wieder wehen.*

...

*Und dann säumst du Straßenzüge wie in alten Tagen.
Eine freie deutsche Jugend wird dich wieder durch Deutschland tragen*

Führe unser Volk zum letzten Mal aus seiner Not.

Heil unserem Banner! Heil SCHWARZ WEISS ROT!“

Die Botschaft des Liedes erschließt sich, wenn man weiß, dass das Hakenkreuz in verschiedenen Kulturkreisen als Sonnenrad bezeichnet wird. Der Hinweis auf die auch im Nationalsozialismus verwendeten Farben Schwarz, Weiß und Rot lässt den Schluss zu, dass es sich bei der im Refrain besungenen Sonne um die Hakenkreuzfahne handelt. Die Verklammerung schützt vor einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung.

Eine Ausnahme bildete die CD „Niemals“ der Gruppe Stimme der Vergeltung, gegen die ein Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Cuxhaven wegen des Verdachts der Volksverhetzung vorliegt. Das Lied „Lalala“ ist ein Dokument des offenen Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit:



„Die Welt ist schlecht und ungerecht, doch ich kann schlimmer sein.

Ich bin ein Hetzer durch und durch, ein hundsgemeines Schwein.

Am liebsten hetz ich gegen den Staat und seine Heuchlergarde.

Ich hasse dieses Lumpenpack und hetze ohne Gnade.

Mach ich morgens die Augen auf, kotzt mich schon alles an.

Und deshalb tu ich das, was ich am Besten kann

Refr.:

*Verdammt ich dreh durch,
ich seh nur noch rot.
Ja dieses Lied stinkt nach Verbot,
ich wünsch mir meine Feinde tot.*

*Neulich komm ich aus der Kneipe, es war schon ziemlich spät.
da dachte ich so still bei mir: was da wohl vor mir geht?
Nanu, zwei Augen, weiße Zähne, aber kein Gesicht,
doch ein paar Meter weiter, da sah ich ihn im Licht.
Ein Bimbo schwarz wie Steinkohle, bestimmt zwei Meter lang.
Kein Baum in Sicht, kein Strick zur Hand, ich fing zu meckern
an.“*



Insbesondere amerikanische und skandinavische Vertriebe führen Tonträger einschlägiger Bands mit eindeutig rassistischen, antisemitischen und volksverhetzenden Inhalten im Angebot. Das in deutscher und englischer Sprache offerierte Angebot des finnischen Internet-Versandhandels Werwolf Records z. B. enthält zahlreiche in Deutschland strafrechtlich relevante oder indizierte Titel. Den Einträgen deutscher Kunden in das Online-Gästebuch des Versandes kann entnommen werden, dass die Bestellungen problemlos abgewickelt werden.

Ein weiteres Beispiel eines strafrechtlich relevanten Tonträgers, der beim amerikanischen Vertrieb Arisches Reich Productions veröffentlicht wurde, ist der Tonträger „Adolf Hitler“, der rechtsextremistischen Band Leibstandarte. Das Lied „Erschlagt den Jud“ ist Ausdruck einer eliminatorischen antisemitischen Einstellung:

*„Du siehst sie überall, die widerliche Brut
Sie erobert die Welt, alle ziehen ihren Hut
Ich kann es nicht verstehen, warum lässt man sie gewähren
Mich packt der blanke Zorn, wie kann man Juden bloß verehren
Erschlagt den Jud, lasse ihn krepieren
Erschlagt den Jud, er darf uns nicht regieren
Erschlagt den Jud, lasse ihn am Boden knien
Erschlagt den Jud, er kann jetzt nicht mehr vor dir fliehen“*

Strafrechtlich relevante CDs besitzen einen hohen Stellenwert in der rechtsextremistischen Szene. Diskussionen in rechtsextremistischen Internetforen über solche Tonträger, gegen die bereits vor Jahren ein Beschlagnahmebeschluss verfügt wurde, offenbaren den besonderen Rang dieser

Produktionen. Die für solche menschenverachtenden Produktionen verantwortlichen Bands fühlen sich deshalb durch Indizierungsmaßnahmen oder Einziehungsbeschlüsse in der Szene aufgewertet.

Als wichtige ausländische Vertriebe mit einer auch auf den deutschen rechtsextremistischen Musikmarkt zielenden Angebotspalette können neben Werwolf Records die amerikanischen Versandhändler Free Your Mind, ISD Records, Micetrap Distribution, NS 88 und NSM 88, angeführt werden. Der australische Vertrieb Scythian Services hat sein Angebot stark ausgeweitet und verbreitet eine Vielzahl volksverhetzender, in Deutschland strafrechtlich relevanter Produktionen. Darunter finden sich beispielsweise die Tonträger der Bands Landser (Berlin) und Race War (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden.

Die Anzahl deutscher rechtsextremistischer Musikvertriebe, die nur in Ausnahmefällen strafrechtlich relevante CDs im Angebot führen, ist im Verlauf des Jahres auf 80 gestiegen. Diese Entwicklung dokumentiert die herausragende Bedeutung der Musik als organisationsübergreifendes identitätsstiftendes Medium des Rechtsextremismus. Wichtige deutsche Vertriebe sind Front Records, PC Records (beide Sachsen), der WB Versand (Thüringen) und der Wikingar Versand (Bayern).

Die neun in Niedersachsen ansässigen Vertriebe Adler-Versand (Diekholzen), Der Versand (Bovenden), Max H8te (Braunschweig), Multiplex Musica (Hannover), Nordic Flame (Seevetal), Offensiv-Records (Ostrhauderfehn), Ragnarök (Seesen), Streetwear Tostedt (Tostedt) und Unsere Musik.de (Hollenstedt) spielen in der Szene einer eher untergeordnete Rolle.

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Die Anzahl rechtsextremistischer niedersächsischer Skinhead-Bands ist gegenüber dem Vorjahr mit sieben Musikgruppen konstant geblieben. Auf Bundesebene werden mittlerweile über 150 rechtsextremistische Musikgruppen registriert. Hinzu kommen rechtsextremistische Liedermacher und so genannte Projekte – temporäre Zusammenschlüsse rechtsextremistischer Musiker unter einem Arbeitsnamen, um Tonträger zu produzieren oder gemeinsame Konzertauftritte zu absolvieren.

Die niedersächsischen Bands Nordfront (Hannover), Cherusker (Osnabrück) und Stahlgewitter (Meppen) finden über Niedersachsen hinaus in ganz Deutschland große Beachtung in der rechtsextremistischen Musikszene.

Stahlgewitter sorgte mit einem Auftritt am 7. April beim „Oster-Festival“ der Veneto Fronte Skinheads für viele der ca. 1.800 Konzertteilnehmer für den Höhepunkt der Veranstaltung. Die Veröffentlichung von Videos des Konzertes im Internet sorgte anschließend für Diskussionsstoff in den rechtsextremistischen Foren, weil ein Konzertbesucher beim Zeigen des in Deutschland strafbaren Hitler-Grußes gefilmt wurde.

Im November brachte Daniel GIESE, der Leadsänger der Band Stahlgewitter, mit seinem Projekt In Tyrannos die CD „Die Maske fällt“ auf den rechtsextremistischen Musikmarkt. Vom Label wird die CD mit dem Text beworben:

„Daß der gute Stahlgewitter-Gigi der Metal-Musik nicht abgeneigt ist, dürfte ja fast überall bekannt sein. Was er nun hier aber fabriziert hat, sprengt jede Vorahnung. Ein wahres Thrash/Death-Metal-Gewitter fällt auf uns hernieder, das man nur schwer beschreiben kann. Dazu kommt seine unnachahmlich Stimme, die jeden müden Knochen zum zittern bringt.“

(Fehler aus dem Original übernommen.)

Der Bremer Heimdall-Versand brachte zum 10-jährigen Jubiläum der Band Nordfront aus Hannover die Doppel-CD Nordfront – X (=10) auf den Markt. Während die erste CD aus einem „brandneuen“ Album besteht, handelt es sich bei der zweiten CD um eine Zusammenstellung mit u. a. bisher unveröffentlichten und neu eingespielten Titeln.

Ihre Weltanschauung bringen die Bandmitglieder im Refrain des Liedes „Kein Ende in Sicht“ zum Ausdruck:



*„ ... Wir spielen weiter
und kein Ende ist in Sicht
Wir spielen weiter
Bis dieses System zerbricht
Wir spielen weiter
Wenn auch nie fürs grosse Geld
Wir singen Deutschland über alles
Über alles in der Welt ...“*

Die Band Cherusker aus dem Raum Osnabrück spielte zusammen mit Sturmwehr (Gelsenkirchen) im Frühjahr eine Split-CD ein, auf der jede Band mit fünf Titeln vertreten ist. Das Lied „Dein Leben“ von Cherusker ist einem inhaftierten Mitglied der Band gewidmet, der im Booklet mit den Worten: „Ein geschlossenes ‚Lass Dich nicht unterkriegen‘ geht an den Kriegs-

gefangenen Oli B.!" Zuspruch erfährt. Cherusker ist über Niedersachsen hinaus bei mehreren Konzerten aufgetreten. Inzwischen hat die Band einen großen Bekanntheitsgrad in der Szene erlangt.

Im WB Versand (Witwe Bolte Versand, Fretterode, Inhaber Thorsten HEISE) erschien im November eine neue CD der Gruppe Kommando Freisler (Göttingen) mit dem Titel „Kaufen Hören Hassen“. Die Meinungen über die CD sind in der rechtsextremistischen Szene geteilt. Einigen Szeneangehörigen, die die Neuproduktionen an der Erstveröffentlichung „Geheime Reichssache“⁶⁸ messen, erscheint die strafrechtlich nicht relevante CD zu harmlos.

Ebenfalls im WB Versand erschien im November unter dem Projektnamen Faktor Deutschland eine neue CD des Ehepaares Annett und Michael MÜLLER mit dem Titel „Wie Brüder“. Auf ihrer Internetseite schreiben sie:

„Dies ist unsere aktuelle Scheibe, die es wirklich krachen läßt. (...) Natürlich geht es wieder sehr politisch zur Sache, doch auch die militärische Geschichte und Philosophie bleiben nicht auf der Strecke.“

(Fehler aus dem Original übernommen.)

Annett und Michael MÜLLER, die bei der niedersächsischen Landtagswahl auf den Plätzen 20 bzw. sechs der NPD-Landesliste platziert waren, traten bei verschiedenen Konzerten auf und beteiligten sich an NPD-Veranstaltungen. So bestritt Annett MÜLLER am 15. September vor ca. 800 Teilnehmern das musikalische Rahmenprogramm bei der Wahlkampfauftaktveranstaltung der NPD Niedersachsen im hannoverschen Congress Centrum.



Annett MÜLLER

⁶⁸ Die Gruppe nennt sich nach dem Richter Roland Freisler, der zur Zeit des nationalsozialistischen Regimes Präsident des Volksgerichtshofs war und damit verantwortlich für tausende Todesurteile in von ihm geführten Verhandlungen. Bereits 2003 wurde die CD Geheime Reichssache von Kommando Freisler in Deutschland bekannt. Die Texte der CD sind volksverhetzend und antisemitisch. In einigen Liedern wird dazu aufgefordert, Juden auf unterschiedliche Art und Weise zu töten. Neben der jugendgefährdenden Wirkung hält die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die Liedtexte teilweise auch für strafrechtlich relevant, das Gremium sieht den Tatbestand des § 130 bs. 2 Nr. 1 StGB als verwirklicht an (BANz.Nr. 163 v. 31.08.04; Liste B).

Rechtsextremistische Konzerte in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden nach wie vor vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter der Angabe, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind in Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solchen umfangreichen Vorplanungen möchte der Veranstalter sein Geschäftsrisiko reduzieren.

In Niedersachsen sind im Berichtszeitraum drei Konzerte durchgeführt worden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um acht Konzerte. Dem Druck der Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass viele Konzerte nur in kleinem Rahmen stattfinden und somit die befürchtete Werbewirkung nicht entfalten konnten. Hervorzuheben ist eine Veranstaltung mit einer größeren Besucherzahl: Am 10. Februar fand ein als Geburtstagsfeier getarntes Skinhead-Konzert in Salzgitter-Bad statt. Vor ca. 350 Besuchern aus dem ganzen Bundesgebiet spielten sieben Bands, darunter Oidoxie aus Dortmund.

Weitere rechtsextremistische Skinhead-Konzerte fanden statt am 14. April in Nordhorn (50-60 Teilnehmer) und am 25. August in Groß Berßen, Landkreis Emsland (ca. 150). Die Zahl der Lieder- und Balladen-abende stieg gegenüber dem Vorjahr von fünf auf acht Veranstaltungen an. Davon wurden sechs musikalische Darbietungen im Zusammenhang mit Treffen von Jugend-Organisationen, der Durchführung von Stammtischen sowie Wahl- und Saalveranstaltungen der NPD als Rahmenprogramm dargeboten.

Rechtsextremistische Internetforen

Das Internet hat als Kommunikationsmittel für Rechtsextremisten weiter an Bedeutung gewonnen. Die Anzahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages betrug Ende 2007 ca. 1.000 Seiten⁶⁹. Im Internet werden exzessiv fremdenfeindliche und antisemitische Positionen verbreitet. Chat-Rooms und Diskussionsforen wie das Thiazi Forum⁷⁰ und das Wikinger-Forum⁷¹ haben für den Zusammenhalt

⁶⁹ Gesamtzahl rechtsextremistischer Seiten im Internet; Bands, Parteien, Kameradschaften und sonstige rechtsextremistische Organisationen zusammengerechnet (Quelle BfV, Dezember 2007).

⁷⁰ 52.276 Themen, 524.981 Beiträge, 12.122 aktive Benutzer (Stand: 01.02.2008).

⁷¹ 2.321 Themen, 72.419 Beiträge, 1.941 Mitglieder (Stand: 01.02.2008).

der Szene einen immer größeren Stellenwert erlangt. Die verschiedenen Foren fördern den Zusammenhalt durch den Austausch von Informationen und dienen der sceneinternen Kommunikation. Das Internet bietet die Möglichkeit, in abgeschotteten, durch Passwort geschützten Bereichen miteinander zu kommunizieren. Rechtsextremisten versuchen auf diese Weise, Organisationsverbote zu unterlaufen und internationale Kontakte zu knüpfen. Auf Jugendliche üben diese interaktiven Dienste eine besondere Faszination aus. Der Einstieg in rechtsextremistische Zusammenhänge ist leicht möglich, Gleichgesinnte sind schnell gefunden.

Der rechtsextremistischen Szene wird durch diese Kommunikation ein neues Wir-Gefühl vermittelt.

Für die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts werden inzwischen in verstärktem Maße auch Videoplattformen wie Youtube oder MyVideo genutzt. Die Kontrolle solcher Angebotswege stellt sowohl Internetanbieter wie auch die Sicherheitsbehörden vor erhebliche Probleme. Auch in diesem Fall ist Prävention durch Aufklärung über die transportierten Inhalte eine vordringliche Aufgabe.



Neonazistische Kameradschaften

Das neonazistische Personenpotenzial ist bundesweit erneut leicht angestiegen und beläuft sich nunmehr auf 4.400 Personen (2006: 4.200). Da Neonazis im Vergleich zu subkulturell orientierten Rechtsextremisten über eine ausgeprägtere Weltanschauung verfügen, signalisiert diese Entwicklung eine sich weiter verstärkende Ideologisierung junger Rechtsextremisten. Im Gegensatz zur Zunahme auf Bundesebene ging das neonazistische Personenpotenzial in Niedersachsen von 350 im Jahr 2006 auf 330 Rechtsextremisten im Jahr 2007 zurück. Bei der Interpretation dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass sich jüngere Rechtsextremisten in Niedersachsen der NPD häufig direkt ohne Umweg über die neonazistischen Kameradschaften angeschlossen haben.

Entstehungsgeschichte

Um die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verfügten Verbote verschiedener neonazistischer Organisationen

(s. Übersicht) zu unterlaufen, entwickelten hiervon betroffene Neonazianführer wie Thomas WULFF⁷², Christian WORCH⁷³ und Thorsten HEISE⁷⁴ mit den neonazistischen Kameradschaften⁷⁵ eine Organisationsform ohne greifbare verbotsfähige formale Strukturen und Mitgliedschaften. Die Kameradschaften sind neben einzeln oder in Cliquen agierenden Neonazis Bestandteil der so genannten freien nationalen Strukturen, weshalb sich Kameradschaftsanhänger häufig auch als Freie Nationalisten bezeichnen.

Ursprünglich waren die zwischen fünf und 25 Mitglieder umfassenden Kameradschaften als Kristallisationspunkt neonazistischer Agitation und Aktion auf örtlicher Ebene konzipiert. Während sich diese Strukturen innerhalb der größtenteils ideologisch gefestigten Kameradschaftsszene in den östlichen Bundesländern etablieren konnten, erscheint die Kameradschaftsszene in Niedersachsen heterogener. Ihre Aktivitäten sind sehr viel häufiger gruppenzentriert und weniger außenorientiert. Der Anteil so genannter, ideologisch nur wenig gefestigter Mischkameradschaften, in denen sich Neonazis und Skinheads vereinen, ist in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hoch. Von der Zusammensetzung der jeweiligen Kameradschaften hängt es ab, wie lange und wie intensiv sie sich politisch engagieren. Die ideologisch weniger gefestigten Mischkameradschaften lösen sich schneller wieder auf als Kameradschaften mit einer ausgeprägten neonazistischen Ausrichtung. Dies erklärt die hohe Fluktuation im Bereich der niedersächsischen Kameradschaften.

Die Angehörigen der Kameradschaften entstammen in der Regel den örtlichen unstrukturierten rechtsextremistischen Szenen. Erste Berührungspunkte mit den Kameradschaften ergeben sich zumeist über persönliche Bekanntschaften oder bei szenerelevanten Veranstaltungen. Hierzu zählen zumindest in Niedersachsen, anders als in vielen anderen Bundesländern, nicht die Skinhead-Konzerte, da diese weitestgehend verhindert wurden.



⁷² WULFF war Vorsitzender der verbotenen neonazistischen Gruppierung Nationale Liste (NL).

⁷³ WORCH war stellvertretender Vorsitzender der verbotenen neonazistischen Gruppierung NL.

⁷⁴ HEISE war niedersächsischer Landesvorsitzender der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

⁷⁵ Der Begriff Kameradschaft wird von Polizei und Verfassungsschutz unterschiedlich definiert. Während die Kameradschaften in der polizeilichen Arbeit im Hinblick auf die von ihnen bzw. ihren Angehörigen ausgehenden Gefährdungspotenziale bewertet werden, stehen bei der Bewertung durch den Verfassungsschutz Anhaltspunkte für politische Bestrebungen im Vordergrund. Insofern bilden die in den Statistiken der Polizei genannten Kameradschaften den militanten Anteil und damit eine Teilmenge der vom Verfassungsschutz unter ideologischen Aspekten registrierten Kameradschaften.

Das Einstiegsalter in die Kameradschaftsszene liegt bei etwa 16 Jahren; der Großteil der Kameradschaftsangehörigen gehört zur Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen. Der Anteil der in den Kameradschaften organisierten Frauen beträgt in Niedersachsen etwa 10 %, wobei diese in den seltensten Fällen Führungsrollen bekleiden. Die auf männliche Eigenschaften fixierte und mit martialischen Attributen versehene neonazistische Szene sieht die Rolle der Frau eher in der Familie.

Sowohl Aufbau als auch Dauerhaftigkeit einer Kameradschaft hängen maßgeblich von ihrem Anführer ab. Dieser muss nicht über ein gefestigtes ideologisches Weltbild verfügen, in der Regel aber Kontakte zur überregionalen rechtsextremistischen Szene unterhalten und als örtlicher bzw. regionaler Multiplikator für szenerelevante Informationen wie z. B. Demonstrations- oder Konzerttermine fungieren können. Von dem Einfluss des gewählten oder aufgrund seiner exponierten Stellung informellen Kameradschaftsführers hängen auch Umfang und Art der von der Gruppierung ausgehenden politischen Aktivitäten ab. Dabei spielen dessen grundsätzliche politische Überzeugung, Sympathie, Mitgliedschaft oder Ablehnung einer Partei (in der Regel NPD) sowie Intensität und Umfang der Kontakte eine Rolle.

Die örtlichen Führungsfiguren sind aufgrund ihrer überregionalen Kontakte bei der Vernetzung der Kameradschaften von zentraler Bedeutung. Diese Funktion ist noch wichtiger geworden, seitdem die Aktionsbüros, die zur Koordination der autonom agierenden Kameradschaften eingerichtet wurden, im Zuge der fortgeschrittenen Verbreitung moderner Kommunikationsmittel an Bedeutung verloren haben. Das von Hamburg aus operierende und für den norddeutschen Raum zuständige Aktionsbüro Norddeutschland beschränkt sich inzwischen weitestgehend auf seine Internetpräsenz. Diese beinhaltet neben Aufrufen und Berichten über rechtsextremistische Aktivitäten auch die Darstellung von als beispielhaft angesehenen Projekten verschiedener regionaler Kameradschaften.

Während bis Ende der 1990er Jahre revisionistische Themen die Programmatik der neonazistischen Szene beherrschte, stehen inzwischen gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Themen wie „staatliche Repression“, „Anti-Globalisierung“, „Anti-Kapitalismus“, „Arbeits- und Gesundheitsreform“ oder die Forderung zur Schaffung „Nationaler Jugendzentren“, „Tier- und Umweltschutz“ sowie die „Alkohol- und Drogenproblematik“ im Vordergrund.

Ideologie

In ideologischer Hinsicht eint die Kameradschaftsanhänger das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Übereinstimmende Feindbilder und Ideologieelemente bilden die Basis für eine politische Zusammenarbeit von Freien Nationalisten und NPD. Die Freien Nationalisten eint die Willensbekundung, das bestehende System der Bundesrepublik Deutschland „grundlegend“ zu verändern:

„Ihnen ist der Wille gemeinsam, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse der deutschen Nachkriegsrepublik grundlegend zu wandeln, die ökonomischen Verhältnisse im Staat tiefgreifend zu verändern und die Lebensumstände der Deutschen nachhaltig zu verbessern.“

(Fehler aus dem Original übernommen)

(Internet-Broschüre: Wie organisieren wir den Widerstand? – Neue Wege jenseits der Parteienstrategie, S. 2)

Die Freien Nationalisten streben die Errichtung einer Volksgemeinschaft an. Der politische Kampf

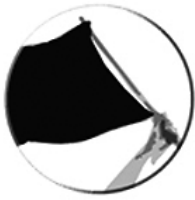
„sollte sich weltanschaulich an den sozialistischen und nationalistischen Grundgedanken eines auf der Volksgemeinschaft fußenden Gesellschaftsmodells orientieren.“

(Internet-Broschüre: Freier Widerstand! – parteifrei politisch arbeiten, Hrsg.: Initiative für parteifreies politisches Arbeiten, S.4)

Auch die NPD propagiert diese auf dem historischen Nationalsozialismus fußende Vorstellung von einer totalitären Herrschaftsform, die Individualrechte negiert und Klassen- und Parteiengegensätze aufheben soll. Allerdings bestehen hinsichtlich der Erreichung dieses Ziels erhebliche Differenzen zwischen NPD und Freien Nationalisten. Aus Sicht einiger maßgeblicher Freier Nationalisten akzeptiert die NPD durch die Beteiligung an Wahlen die Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie und begeht damit Verrat an der Zielsetzung, die bestehende Gesellschaftsordnung auf revolutionärem Wege durch eine Volksgemeinschaft zu ersetzen:

„Die Machtfrage an dieses System wird sich nicht über die Parlamente stellen lassen. Vielmehr lässt sich die Machtfrage im Wesentlichen über den politischen Kampf auf der Straße stellen!“

(Internet-Broschüre: Freier Widerstand!, a. a. O., S. 14)



WIE ORGANISIEREN WIR DEN WIDERSTAND?

Neue Wege jenseits
der Parteienstrategie

Trotz dieser Differenzen kooperieren NPD und weite Teile der neonazistischen Szene im Rahmen einer „Volksfront von rechts“. Im Zusammenhang mit dem auch von der NPD propagierten „Kampf um die Straße“ stellen Freie Nationalisten bei Demonstrationen regelmäßig den Großteil der Teilnehmer und leiten u. a. daraus ihren Anspruch auf Gleichberechtigung ab. Aus diesem Grunde reagiert die neonazistische Szene sehr sensibel auf Entscheidungen, die sich unmittel- oder mittelbar auf das Demonstrationsgeschehen auswirken. Im Berichtsjahr sorgten Auseinandersetzungen zwischen NPD-Ordnern und den Beteiligten eines rechtsextremistischen „Schwarzen Block“ am Rande einer am 7. Juli in Frankfurt am Main gemeinsam von NPD und Freien Nationalisten organisierten Demonstration für erhebliche Diskussionen. Eine infolge dessen durch das NPD-Parteipräsidium in Bezug auf Demonstrationen veröffentlichte Abgrenzungserklärung gegenüber dem „Schwarzen Block“ und den „Autonomen Nationalisten“ veranlasste wiederum das Aktionsbüro Norddeutschland zu folgender Aussage:

„Die Erklärung des NPD-Parteipräsidiums ist eine offene Ausgrenzungspolitik. Das hat leider Tradition in reaktionären Führungszirkeln der NPD. Früher waren es mal die Skinheads, dann sog. Neonazis, dann freie Nationalisten, nun autonome Nationalisten. Wer wird wohl als nächstes ausgegrenzt. ... Sollte dieser 'Erklärung' von den Kreis- und Landesverbänden nicht widersprochen werden, dann ist jedes dem 'schwarzen Block' solidarisch gesonnene Parteimitglied aufgerufen, nicht nur aus der NPD auszutreten, sondern vielmehr die Arbeit der Partei nicht mehr zu unterstützen.“

(Internet: Erklärung des Aktionsbüro Norddeutschland vom 19.08.2007)

Diese offen ausgesprochene Drohung richtet sich nicht generell gegen die Fortsetzung der „Volksfront von rechts“. Im Mittelpunkt der Kritik steht das NPD-Parteipräsidium:

„Gewisse Lebemänner in den Führungsetagen der NPD lassen kaum Zweifel daran aufkommen, dass sie künftig gerne noch besser von und mit ihrer Partei leben möchten. Dazu brauchen sie Mandate. Die gibt es nur, wenn die NPD endlich auch im bürgerlichen Spektrum ganz seriös nach neuen Wählern fischen kann.“

(Internet-Beitrag: „Eloquente Äpfel in Armani-Anzügen oder: Wie man sich ein angepasstes Potential selektiert“)

In diesen Vorwürfen spiegelt sich das gewachsene Selbstbewusstsein der Freien Nationalisten wider. Sie interpretieren

die „Volksfront von rechts“ nicht als Unterwerfung unter den Willen der NPD-Führung, sondern als ein Verhältnis auf Augenhöhe. Der Status der Freien Nationalisten ist durch den Eintritt zahlreicher Neonazis in die NPD gestiegen. Immerhin waren zehn von 42 Direktkandidaten der NPD bei der niedersächsischen Landtagswahl Aktivisten örtlicher neonazistischer Strukturen.

Kameradschaften in Niedersachsen

Ungefähr 20 der 160 auf Bundesebene registrierten neonazistischen Kameradschaften sind in Niedersachsen ansässig. Werden den Angehörigen dieser Kameradschaften die als Einzelpersonen agierenden Neonazis hinzugerechnet, so umfasst das neonazistische Personenpotenzial in Niedersachsen insgesamt 330 (Vorjahr 350) Rechtsextremisten. Dem quantitativen Rückgang steht jedoch bei einem Teil der niedersächsischen Kameradschaften ein ansteigendes Aktionsniveau sowie ein damit einhergehender Ausbau der Strukturen gegenüber, was auf die fortgeschrittene Politisierung der Mitglieder zurückzuführen ist. Entsprechend ging der Großteil neonazistischer Aktivitäten in Niedersachsen von solchen Kameradschaften aus, die bereits in der Vergangenheit aktiv waren: Snevern Jungs aus dem Raum Schneverdingen, Kameradschaft 73 Celle, Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven (AG Wiking), Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim.

Die Tatsache, dass sich die führenden Aktivisten dieser Gruppierungen auf den Wahllisten für die Landtagswahl 2008 als Direktkandidaten der NPD in den Wahlbezirken Bergen, Celle, Friesland, Hildesheim, Lüneburg, Soltau, Walsrode, Wilhelmshaven und Wittmund wieder finden, ist das Ergebnis einer intensivierte Zusammenarbeit niedersächsischer Neonazis mit der NPD. Ein Schlüsselereignis hierfür war der NPD-Landesparteitag am 15. April in Scharzfeld bei Herzberg am Harz. Der zum Spitzenkandidaten gewählte MOLAU leitete dort das Ende eines innerhalb des NPD-Landesverbandes seit längerer Zeit bestehenden Konfliktes um die Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten ein, in dem er letztere ausdrücklich in die zukünftige Arbeit mit einbezog:

„Wir werden Freien Kräften und den Kritikern in der eigenen Partei die Hand reichen und unsere politische Arbeit optimieren. Denn bei aller Kritik sollte niemand im volkstreuen Lager vergessen, wo der politische Gegner steht.“

Von diesem Zeitpunkt an prägten Gemeinschaftsveranstaltungen mit der NPD das Aktionsfeld niedersächsischer Kameradschaften. Zum Jahresende lag der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in der in Form von Infotischen, Flugblattverteilungen, etc. erfolgten Unterstützung der NPD im Wahlkampf für die Landtagswahl am 27.01.2008.

Die folgende Auswahl von Ereignissen beschreibt beispielhaft das Zusammenwirken beider Lager und verschafft einen kurzen Überblick über die Themenfelder und Aktionsformen der neonazistischen Szene in Niedersachsen:

Am 27. Januar nahmen mehr als 80 Angehörige von Skinhead- und Kameradschaftsszene an einer Geburtstagsparty in Neuenkirchen, OT Grauen (Landkreis Soltau-Fallingb., teil.

Ein zeitgleich von der örtlichen Szene in einem Anglerheim in Rotenburg geplanter Balladenabend wurde von der Polizei aufgelöst, nachdem der über den tatsächlichen Charakter der Veranstaltung aufgeklärte Vereinsvorsitzende vom Mietvertrag zurückgetreten war.

Als Reaktion hierauf versammelten sich am 3. und 10. Februar 25 bzw. 87 Angehörige von NPD und Freien Nationalisten in Rotenburg, um im Rahmen der von den JN Verden/Rotenburg angemeldeten Veranstaltungen „Für Meinungsfreiheit – gegen Systemwillkür“ zu demonstrieren.

Ein durch die Polizei verhinderter Vortragsabend im Landkreis Hildesheim am 02.12.2006 war der Anlass für eine unter Federführung von WORCH am 24. Februar in Hildesheim unter dem Motto „Gegen Repression und Polizeiwillkür“ durchgeführte Demonstration mit ca. 200 Teilnehmern. Als Redner traten neben WORCH die in der Region ansässigen Eheleute Ricarda RIEFLING von der Gemeinschaft deutscher Frauen (GdF) und Dieter RIEFLING, Freier Nationalist mit Verbindungen zur Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim, auf.

Am 2. März fand in einem Vereinsheim in der Nähe von Hannover eine von 100 Personen besuchte Vortragsveranstaltung mit dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten HEISE statt. Im Anschluss traten zwei rechtsextremistische Liedermacher auf. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Stammtisch Nationaler Kräfte. Unter dieser Bezeichnung führen Freie Nationalisten und NPD-Mitglieder aus dem Großraum Hannover regelmäßig Treffen durch.

Der ursprünglich für den 11. März terminierte Landesparteitag der NPD-Niedersachsen konnte nicht durchgeführt werden, weil die Anmietung einer Gaststätte in Burhade bei Wittmund unter falschen Angaben erfolgt war. Ein Teil der ca. 100 bereits angereisten Teilnehmer führte daraufhin in Oldenburg eine spontane Kundgebung durch. Da die NPD-

Anhänger teilweise massiven Widerstand gegen die verfügte Auflösung leisteten, nahm die Polizei insgesamt 34 Rechtsextremisten zur Identitätsfeststellung in Gewahrsam. In einem im Internet veröffentlichten Kommentar bewertete ein Angehöriger der Freien Nationalisten die Aktionen dennoch als strategischen Erfolg:

„Meiner persönlichen Einschätzung nach hatte dieser Tag auch was Gutes. Zum einen wurde dadurch der kameradschaftliche Zusammenhalt zwischen den Freien Kräften auf der einen und den parteigebundenen Kräften auf der anderen Seite gefestigt. Zum anderen rückten wir mehr in den öffentlichen Blickpunkt, als dies auf dem regulären Landesteiltag passiert wäre.“

Zahlreiche niedersächsische Neonazis beteiligten sich an einem am 31. März in Lübeck durchgeführten Gedenkmarsch aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Stadt. Die demonstrative Betonung des von Deutschen erlittenen Leides sowie die Verwendung des Begriffs „Bombenholocaust“ dienen in geschichtsrevisionistischer Agitation der Relativierung der Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Unter den 1.200 Teilnehmern einer von Freien Nationalisten und der NPD Nordrhein-Westfalen gemeinsam organisierten Demonstration am 1. Mai in Dortmund befanden sich auch zahlreiche niedersächsische Neonazis. Diese Großveranstaltung stand unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai!“. Unter den Rednern befand sich auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT. Das Rahmenprogramm bildeten Live-Musikeinlagen der rechtsextremistischen Bands Carpe Diem, Sense of Pride und Civil Disorder. Eine am selben Tag in Vechta durchgeführte Demonstration hingegen blieb ohne große Resonanz.

Im Juni konzentrierte die neonazistische Szene ihre Aktivitäten auf das Themenfeld Anti-Globalisierung. Die ursprünglich am 2. Juni in Schwerin geplante Demonstration gegen den G8-Gipfel wurde kurzfristig verboten. Die Teilnehmer der geplanten Versammlungen in Schwerin und Ludwigslust befanden sich auf der Anreise und führten in Lüneburg eine unzulässige Versammlung mit 280 Teilnehmern durch. Am 9. Juni traten im Rahmen der von Freien Nationalisten organisierten Demonstration „Nationale und soziale Volkswirtschaft statt Globalisierungswahn“ mit Dieter RIEFLING, Dennis BÜHRIG (Kameradschaft 73 Celle) und MOLAU führende Vertreter beider Lager als Redner auf. An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 80 Rechtsextremisten.

Am 23. Juni fand auf dem Gelände des NPD-Mitglieds Joachim NAHTZ in Eschede eine von der Kameradschaft 73 Celle, der Nationalen Offensive Schaumburg (NOS) und der GdF veranstaltete Sonnenwendfeier statt, an der 196 Personen, darunter 30 Kinder, teilnahmen. In einem anschließend auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes Niedersachsen veröffentlichten Interview, machte BÜHRIG den Zweck der Veranstaltung deutlich:

„Mit der Durchführung alter Bräuche steuern wir dem Zeitgeist entgegen und versuchen ... unseren Kindern und jüngeren Kameraden vor Augen zu führen, wie wichtig es ist, unsere Bräuche zu pflegen und sich auf alte Werte zu besinnen ... Durch das gemeinschaftliche Singen, den sportlichen Wettstreit oder einfach nur das gemeinsame Verweilen an der Glut des Sonnenwendfeuers wird das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter gestärkt und das Erlebnis gibt neue Kraft für jene Taten, die unser Volk wieder zu dem erwachsen lassen, das es einstmals war.“

Ähnliche Veranstaltungen fanden auf dem Gehöft des Landwirts NAHTZ am 30. September und am 22. Dezember statt. Es handelte sich um ein „völkisches Erntefest“ mit ca. 80 Teilnehmern (davon 12 Kinder) und eine Wintersonnenwendfeier mit 160 Teilnehmern, darunter zehn Kinder. An der Organisation waren wiederum die KS 73 Celle und die GdF beteiligt.

Als Reaktion auf die in Lüneburg erfolgten Ingewahrsamnahmen am 2. Juni, demonstrierten Freie Nationalisten und NPD-Angehörige am 14. Juli erneut gemeinsam in Lüneburg. Thematisch ist die auf „Keine Demonstrationsverbote – Meinungsfreiheit erkämpfen“ lautende Demonstration dem am häufigsten bei rechtsextremistischen Demonstrationen verwendeten Themenkomplex „Repression“ zuzuordnen.

„Gefangen, gefoltert, gemordet – damals wie heute: Besatzer raus!“ lautete wie bereits im Vorjahr das Motto eines Trauermarsches am 28. Juli in Bad Nenndorf. An der vom „Ehrenkomitee 8. Mai“ organisierten Veranstaltung nahmen ca. 170 Rechtsextremisten teil. Nach Recherchen des englischen Journalisten Ian Cobain war es nach Kriegsende im von der britischen Armee als Internierungslager genutzten Wincklerbad zu systematischer Folter und Misshandlungen gekommen. Unter Berufung auf die Darstellung Cobains betreiben Neonazis Täter-Opfer-Umkehr, um die deutsche Kriegsschuld und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.

Am 10. August fand in Reppenstedt bei Lüneburg ein Koordinierungstreffen von Vertretern verschiedener nord-deutscher Kameradschaften und NPD-Funktionären statt. An

dem Treffen aus Anlass der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes nahmen u. a. Matthias BEHRENS (Snevern Jungs), Klaus HELLMUND und BÜHRIG (KS 73 Celle), Dieter RIEFLING (Hildesheim) sowie für die NPD u. a. MOLAU teil. Länderübergreifende Vernetzungsbestrebungen haben innerhalb der neonazistischen Szene bereits Tradition. Überregionale Treffen dienen hauptsächlich als Informationsbörse, in deren Rahmen eine gegenseitige Mobilisierung für – sowohl von örtlichen/regionalen neonazistischen Strukturen, ggf. unter Einbeziehung des „Berufsanmelders“ WORCH, als auch von der NPD organisierte – Demonstrationen in den jeweiligen Bundesländern erfolgt. Gleiches gilt für den Bereich sonstiger szenerelevanter Veranstaltungen wie Partys, Konzerte oder sportliche Wettkämpfe.

Auf Initiative der Snevern Jungs besuchten insgesamt ca. 30 Angehörige der rechtsextremistischen Szene, darunter Mitglieder der NPD/JN Verden/Rotenburg, das jährlich stattfindende Heideblütenfest in Schneverdingen. An dem in diesem Rahmen am 25. August veranstalteten Heidelauf beteiligten sich aus dieser Gruppe acht Läuferinnen und Läufer. Das hierdurch ausgelöste Medienecho kommentierte die Kameradschaft in einem auch auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes veröffentlichten Beitrag wie folgt:

„Dank ... der Antifaschistischen Aktion und diverser Presse- und Medienvertreter, wurde unsere Anwesenheit in die Öffentlichkeit gebracht und unser Bekanntheitsgrad, ohne eigene Mühen, gesteigert.“

Im Rahmen der am 15. September in Hannover abgehaltenen Wahlkampfauftakt-Veranstaltung der NPD präsentierten sich die Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg, die Snevern Jungs und die GdF mit eigenen Infostände. Andere Kameradschaften hielten ebenfalls Informations- und Propagandamaterial bereit. U. a. verteilten Aktivisten der Aktionsgruppe Wiking – Wilhelmshaven/Friesland/Ostfriesland ein in Zusammenarbeit mit dem NPD-Unterbezirk Wilhelmshaven erstelltes Flugblatt mit dem Titel „Wie viele noch? Pädophile missbrauchen unsere Kinder! Das System schaut zu!“, in dem die Todesstrafe für Kinderschänder gefordert wird.

Die bereits im Vorjahr zu beobachtende enge Zusammenarbeit zwischen der Aktionsgruppe Wiking und dem NPD-Unterbezirk Wilhelmshaven hat sich seit der im Februar erfolgten Wahl des Neonazis Nicolas AHLRICHS zum NPD-Unterbezirksvorsitzenden verfestigt. Wie in den Vorjahren nahmen auch in diesem Jahr Vertreter von Kameradschaft und NPD sowie örtliche DVU-Mitglieder am 27. September

an der öffentlichen Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Bombardierung von Esens teil und legten gemeinsam einen Kranz nieder.

Nachdem eine Gruppe Freier Nationalisten am 26. September bei der Verteilung von NPD-Flugblättern in einem vorwiegend von Bürgern ausländischer Herkunft bewohnten Hildesheimer Stadtteil tätlich angegriffen und ein Neonazi dabei verletzt wurde, demonstrierten am 13. Oktober 183 Rechtsextremisten in Hildesheim „Gegen Multikulti und Ausländergewalt“. Anmelder der Demonstration war WORCH. Redebeiträge lieferten u. a. Dieter RIEFLING und MOLAU.

An zwei am 17. November im Rahmen des NPD-Wahlkampfes kurz nacheinander in Georgsmarienhütte und Vechta durchgeführten Kundgebungen nahmen ca. 80 bzw. 100 Angehörige von Partei und neonazistischer Szene teil. Neben dem für die Koordination Freier Kräfte zuständigen NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas WULFF hielten u. a. WORCH und BÜHRIG kurze Ansprachen.

Neben der inzwischen verbotenen zentralen Gedenkveranstaltung für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im bayrischen Wunsiedel war das alljährlich zum Volkstrauertag im brandenburgischen Halbe bzw. im letzten Jahr in Seelow durchgeführte zentrale Heldengedenken das zweite identitätsstiftende Großereignis für die neonazistische Szene. Weil auch diese Veranstaltung nicht mehr stattfinden darf, weichen Rechtsextremisten vermehrt auf dezentrale Veranstaltungen aus, um ihr historisches Selbstverständnis zu demonstrieren. Beispielsweise versammelten sich am 18. November nach Abschluss der offiziellen Gedenkfeier 24 Angehörige der Kameradschaftsszene am Soldatenfriedhof in Essel (LK Soltau-Fallingb. Bistum). Die ganz in schwarz gekleideten, mit Fackeln ausgerüsteten und in Formation angetretenen Teilnehmer legten einen Kranz nieder und verlasen vorbereitete Texte.

Neben den bereits genannten Kameradschaften sind in Niedersachsen weitere neonazistische Personenzusammenschlüsse aktiv. Zur Täuschung der Presse und der Öffentlichkeit tragen Kameradschaften bei, deren Existenz sich auf das Internet beschränkt. Hinter derartigen „Internetkameradschaften“ verbergen sich häufig einzelne Jugendliche ohne gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild, die sich über die Internetdarstellung selbst bestätigen oder gegenüber anderen profilieren wollen. Daneben verwendet die neonazistische Szene selbst aus taktischen Gründen im Internet verschiedene Kameradschaftsbezeichnungen, um Strukturen und Stärke vorzutäuschen.

Autonome Nationalisten

Bei den „Autonomen Nationalisten“ (AN) handelt es sich um eine seit ca. 2003 zu beobachtende gesonderte Erscheinungsform innerhalb der neonazistischen Szene. Im Unterschied zu „traditionellen“ Neonazis orientieren sich AN ideologisch nicht am historischen Nationalsozialismus in seiner zwischen 1933 und 1945 herrschenden Ausprägung, sondern am sozialrevolutionären Flügel der NSDAP, den die Gebrüder Strasser repräsentierten:

„Wir selbst verstehen uns als nationale Sozialisten. Nationalsozialisten wäre eine der Wortzusammensetzung entsprechende und in Anbetracht sozialrevolutionärer Aktivisten in der nationalsozialistischen Ursprungsbewegung treffende Bezeichnung. ... Wir jedoch bezeichnen aus ähnlichen weltanschaulichen Gründen, wie sie Otto Strasser schon 1930 formulierte, Hitler und sein drei Jahre später existentes System als Verrat an der Idee des Nationalsozialismus.“

(Internet: Autonome Nationalisten Nord-West „Unser Selbstverständnis“, Ausdruck vom 10.07.2007)

Deutlicher noch als in ideologischer Hinsicht unterscheiden sich die zumeist jüngeren Anhänger der AN durch ihr Aussehen und ihre Aktionsformen von anderen neonazistischen Zusammenschlüssen. Von anderen Jugendsubkulturen und der linken autonome Szene beeinflusst, zeichnet sich das Erscheinungsbild der AN durch unter Jugendlichen übliche Outfits, eine in abgewandelter Form der linksextremistischen Szene entlehnte Symbolik und Rhetorik sowie die innerhalb

der rechtsextremistischen Szene eher untypische Verwendung von Anglizismen aus. Das



provokative Auftreten, das Propagieren einer offensiveren, unter Umständen gewalttätigen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sowie die Bildung eines „Schwarzen Blocks“ im Rahmen rechtsextremistischer Demonstrationen führten früh zu kontroversen Diskussionen innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Anfangs wegen ihrer aggressiven, zuweilen militanten Haltung und der Verwendung linksextremistischer Attribute organisationsübergreifend abgelehnt, werden die AN und ihre Aktionsformen, u. a. die des „Schwarzen Blocks“, bei Teilen der Freien Nationalisten inzwischen zumindest geduldet bzw. als politische Strömung

innerhalb der neonazistischen Szene akzeptiert. Die um Akzeptanz in bürgerlichen Kreisen bemühte NPD steht dem Phänomen der AN weiterhin äußerst kritisch bis ablehnend gegenüber.

Seit Anfang des Jahres treten auch in Niedersachsen vermehrt Einzelpersonen und Personenzusammenschlüsse in Erscheinung, die sich als „Autonome Nationalisten“ bezeichnen. Zu nennen sind die „Autonomen Nationalisten Soltau“ (ANS), die neben zahlreichen Schmierereien und der regelmäßigen Teilnahme an Demonstrationen auch bereits mehrfach durch Spontanaufzüge auf sich aufmerksam machten. Die ANS stehen in Verbindung mit den „Autonomen Nationalisten Nord-West“, deren Bezeichnung einen überregionalen Charakter suggeriert. Ähnliche Verbindungen dürften die „Autonomen Nationalisten Ostfriesland“ sowie die Ende des Jahres erstmals in Erscheinung getretenen „Autonomen Nationalisten Hannover“ aufweisen. Angehörige dieser Bereiche beteiligten sich beispielsweise gemeinsam an der am 1. Dezember mit insgesamt 600 Teilnehmern in Berlin durchgeführten Demonstration zum Thema „Jugend braucht Perspektiven“.

Als charakteristisch für die Vorgehensweise der AN sind auch die folgenden Vorfälle anzusehen: am 24.01.2008 versuchten AN aus Soltau und ortsansässige Rechtsextremisten eine Podiumsdiskussion zum Thema „Prävention gegen rechts“ durch Störungen im eigenen Sinne umzufunktionieren. Zwei Tage später führten sie in Osterholz-Scharmbeck gemeinsam mit AN aus Ostfriesland und den örtlich agierenden Freien Kräften Osterholz eine Störaktion gegen eine angemeldete Antifa-Demonstration zum Thema „Nazis raus aus den Parlamenten“ durch.

Verbote neonazistischer Vereinigungen

Verbotsverfüg.	Vereinigung	Verbotsbehörde
26.11.1992	Nationalistische Front (NF)	Bundesministerium des Innern
08.12.1992	Deutsche Alternative (DA)	Bundesministerium des Innern
18.12.1992	Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	Niedersächsisches Innenministerium
21.12.1992	Nationale Offensive (NO)	Bundesministerium des Innern
07.06.1993	Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern
08.07.1993	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
25.08.1993	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
10.11.1994	Wiking Jugend e.V. (WJ)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24.02.1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24.02.1995	Nationale Liste (NL)	Behörde für Inneres Hamburg
05.05.1995	Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenministerium des Landes Brandenburg
22.07.1996	Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern
14.08.1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium des Landes Brandenburg
09.02.1998	Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V.	Niedersächsisches Innenministerium
10.08.2000	Hamburger Sturm	Behörde für Inneres Hamburg
12.09.2000	Blood & Honour -Division Deutschland mit Jugendorganisation White Youth	Bundesministerium des Innern

02.04.2001	Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) mit Skinheads Sächsische Schweiz – Aufbauorganisationen und Nationaler Widerstand Pirna	Sächsisches Staatsministerium des Innern
07.03.2003	Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
19.12.2003	Fränkische Aktionsfront	Bayerisches Staatsministerium des Innern
07.03.2005	Kameradschaft Tor „Mädelgruppe“ der Kameradschaft Tor	Innensenator des Landes Berlin
07.03.2005	Berliner Alternative Süd-Ost (BASO)	Innensenator des Landes Berlin
06.04.2005	Kameradschaft Hauptvolk mit Untergruppierung „Sturm 27“	Innenministerium des Landes Brandenburg
04.07.2005	Alternative Nationale Strausberger DArt Piercing und Tattoo Offensive (ANSDAPO)	Innenministerium des Landes Brandenburg
26.06.2006	Schutzbund Deutschland	Innenministerium des Landes Brandenburg
23.04.2007	Kameradschaft Sturm 34	Sächsisches Staatsministerium des Innern

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a. M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	2006	2007
Bund:	600	600
Niedersachsen:	61	61
Publikation:	Nachrichten der HNG (monatlich, Auflage 600)	

Die 1979 gegründete, ca. 600 Mitglieder umfassende HNG ist die mitgliederstärkste und zugleich einzige neonazistische Vereinigung mit bundesweiter Bedeutung. Sie wird seit 1991 von Ursula MÜLLER geführt. Die organisationsübergreifende Ausrichtung basiert auf der Zielsetzung, verurteilte Rechtsextremisten während der Inhaftierung zu betreuen, um eine Abkehr von der Szene zu verhindern. Insofern laufen die Aktivitäten der Organisation den Bemühungen staatlicher Aussteigerhilfen zuwider, die rechtsextremistischen Straftäter zum Ausstieg aus der Szene verhelfen möchte.

Die HNG verfügt über keine regionalen Untergliederungen. Bis auf die jährliche Hauptversammlung, an der am 21. April in Gremsdorf (Bayern) ca. 130 Mitglieder teilnehmen, führt die Organisation keine Veranstaltungen durch. Sie konzentriert ihre Aktivitäten auf die Herausgabe der monatlich erscheinenden Nachrichten der HNG. Eine feste Rubrik des Vereinsorgans bildet die Veröffentlichung von Namen inhaftierter Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland zum Zwecke der Kontaktvermittlung. Regelmäßig abgedruckt werden ferner Briefe von Gefangenen, Kommentare zu Gesetzen und Gerichtsurteilen sowie Berichte über staatliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. Letzteres verbinden die Herausgeber mit der Drohung,

„die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren ..., um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können.“

Neben vereinsinternen Informationen enthalten die Nachrichten der HNG redaktionelle Beiträge, die den Lesern ideologische Orientierung geben sollen. Das Themenspektrum ist breit gefächert. Es umfasst sowohl die Kommentierung

tagespolitischer Themen wie Sozialabbau, Irak-Konflikt, steigender Öl-Preis oder Auslandseinsätze der Bundeswehr als auch Beiträge über den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Das ideologische Selbstverständnis der HNG kommt bereits durch die Wahl der Überschriften zum Ausdruck. Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens beispielsweise heißt es regelmäßig „Bombenholocaust Dresden“ oder zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges „8. Mai: Nicht Befreiung – sondern Trauer um unsere Kriegstoten“. Mythische Verehrung genießt der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Als Leitfigur der HNG findet er in jeder Ausgabe des Vereinsorgans als „Märtyrer des Friedens“ und „Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und überall in der Welt“ huldigende Erwähnung.

Im Zusammenhang mit den als „Nürnberger Rachetribunal“ bezeichneten Prozessen gegen führende Politiker und Funktionäre des NS-Regimes wurde in der November-Ausgabe (S. 15) ein Beitrag von Florentine Rost von Tonningen veröffentlicht, der beispielhaft für die revisionistische Berichterstattung der HNG-Nachrichten steht:

„ ...nur weil sie in Treue ihr Leben einer großen Idee geweiht hatten, die einmal ganz Europa durchdringen sollte und Einhalt geboten hätte an einer Welt, die uns alle jetzt überflutet und nahezu in den Abgrund stürzt. Es geht heute um den Erhalt unserer in vielen Jahrhunderten gewachsenen europäischen Kultur, und letztlich um den Fortbestand unserer Völker, um unsere weiße Rasse, deren Rettung der gemeinsame Kampf deutscher und gleichgesinnter Menschen aus anderen europäischen Ländern im letzten Kriege galt.“

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder	2006	2007
Bund:	7.000	7.200
Niedersachsen:	630	650
Ergebnis Landtagswahl		
am 27.01.2008:	52.986 Zweitstimmen (= 1,5%)	
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (monatlich, Auflage 35.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (seit dem ersten Quartal 2006 nicht mehr erschienen)	

Die NPD wurde am 28.11.1964 in Hannover als „Sammlung des nationalen Lagers“ gegründet. Es handelte sich um eine Fusion der Deutschen Reichspartei (DRP) mit kleineren rechtsextremistischen Organisationen. Die DRP als zum damaligen Zeitpunkt größte rechtsextremistische Partei stand in der Tradition der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP). In den Jahren 1966 bis 1972 war die NPD in sieben von zehn Landesparlamenten vertreten, darunter auch im Niedersächsischen Landtag. Der mit 4,3 % der Stimmen verpasste Einzug in den Bundestag bei den Wahlen von 1969 leitete eine Phase des Niedergangs ein. Im Jahr 1995, das den Tiefpunkt dieser Entwicklung markierte, gehörten der in sich zerstrittenen Partei bundesweit nur noch 2.800 Mitglieder an, ein Zehntel des Mitgliederstands von 1969.

Der Negativtrend kehrte sich 1996 mit der Wahl des bayrischen Landesvorsitzenden VOIGT zum Bundesvorsitzenden der NPD um. VOIGT reagierte auf den Strukturwandel des Rechtsextremismus und öffnete die überalterte, programmatisch auf revisionistische Themen verengte NPD mit der 1996 formulierten „Drei-Säulen-Strategie“ – „Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße, Kampf um die Parlamente“ –

für die neonazistischen Freien Nationalisten und für rechtsextremistische Skinheads. Die Mitgliederzahlen steigen seither – außer im Jahr 2003, bedingt durch das vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengte Verbotsverfahren gegen die NPD – kontinuierlich an. Nach der Einstellung des Verfahrens durch das Bundesverfassungsgericht begann eine neue Phase der Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten, die in der Proklamation einer „Volksfront von rechts“ und der Aufnahme führender Neonazis in den Bundesvorstand der NPD ihren Niederschlag fand. In ihrem Bemühen, das gesamte rechtsextremistische Spektrum hinter sich zu sammeln, propagierte die NPD auf dem Parteitag von 2004 den „Kampf um den organisierten Willen“, dem im Januar 2005 eine mit der DVU vereinbarte Zusammenarbeit bei Wahlen, der so genannte Deutschland-Pakt, folgte.

Die Strategie der NPD, sich zunächst in den neuen Bundesländern zu verankern, erwies sich 2004 bei der sächsischen Landtagswahl als erfolgreich. Der Partei gelang es, mit 9,2 % der Stimmen in den Landtag einzuziehen. Bei der Landtagswahl des Jahres 2006 in Mecklenburg-Vorpommern schaffte die NPD mit 7,3 % der Stimmen ein weiteres Mal den Einzug in ein Landesparlament. Ein ähnlicher Wahlerfolg in einem westlichen Bundesland hingegen blieb ihr bislang versagt.

Organisations- und Mitgliederentwicklung

Der Trend der Vorjahre setzte sich fort. Die in 16 Landesverbände untergliederte NPD konnte ihre Mitgliederzahl ein weiteres Mal, wenn auch nur geringfügig, steigern. Am Jahresende gehörten der Partei rund 7.200 Mitglieder an. Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen stellen nach wie vor die mitgliederstärksten Verbände. Eine deutliche Erhöhung der Mitgliederzahlen verzeichneten die Landesverbände Thüringen und Brandenburg. In Sachsen-Anhalt traten mehrere führende REP-Funktionäre zur NPD über. Der im Jahr 2006 gegründete „Ring nationaler Frauen“ blieb in Niedersachsen auch im Jahr 2007 bedeutungslos.

Der Radikalisierungskurs des Hamburger Landesverbandes setzte sich durch die Wahl des Neonazis Jürgen RIEGER zum Vorsitzenden fort. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ feierte die Wahl RIEGERS „als Pleite für die bürgerlichen und reaktionären Kräfte in der NPD“. Die bisherige Landesvorsitzende Anja ZYSK, die erste Frau in dieser Position in der Geschichte der NPD, ging als Verliererin aus den Machtkämpfen mit Vertretern der Freien Nationalisten im Hamburger Landesvorstand hervor.



Jürgen RIEGER

2007 geriet die NPD in eine prekäre Finanzsituation, als Rückforderungen aus der Parteienfinanzierung wegen falscher Angaben in Rechenschaftsberichten drohten. Der Parteivorstand entließ daraufhin Mitarbeiter der Geschäftsstelle und versuchte die Finanzlücke durch Spendensammelaktionen unter ihren Mitgliedern zu schließen.

Ideologie und Strategie

Als politisches Ziel strebt die NPD die Schaffung einer Volksgemeinschaft im „natürlichen ethnischen Sinne“ an. Das Geschichtsverständnis und die programmatischen Äußerungen führender Parteivertreter lassen den Schluss zu, dass der Begriff Volksgemeinschaft im Sinne des historischen Nationalsozialismus interpretiert wird. Die Nationalsozialisten verstanden unter der Volksgemeinschaft eine gesellschaftliche Ordnung, in der Klassengegensätze sowie Partei- und Individualinteressen auf der Basis einer rassistischen Weltanschauung aufgehoben waren. Der Einzelne hatte sich unter Verlust seiner Individualrechte dem völkischen Kollektivwillen zu unterwerfen. Voraussetzung war die Gleichschaltung bzw. die Homogenisierung der Gesellschaft. Minderheiten, die nicht in die rassistisch definierte Volksgemeinschaft passten, verloren ihre Rechte, wurden ausgegrenzt und verfolgt. Ein Positionspapier des NPD-Parteivorstands enthält folgende Definition des Begriffs Volksgemeinschaft:

„Dieser Gemeinschaftsbegriff leitet sich von der archaischen Familien- und Sippengemeinschaft ab und schafft mit Hilfe der besonderen Leistungsfähigkeit des menschlichen Großhirns die komplexeren Urbilder des sozialen Urmodells, die da heißen: Stämme, Stammesverbände, Völker, Nationen, Staaten. Es handelt sich bei der Volksgemeinschaft um soziale Projektionen der Sippengemeinschaft, die auf kulturellen Erkennungsmerkmalen wie Sprache, Glauben, Riten und Traditionen, Ästhetik, Wertesystem und Vererbungsmerkmalen basieren.“

(Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 12, S. 21)

Geleitet von diesem rassistischen Weltbild, das die Partei in ihren Schriften als „lebensrichtiges Menschenbild“ verklärt, propagiert die Partei einen ethnopluralistischen Ansatz, mit dem sie die Forderung nach einer „Rückführung der in Deutschland lebenden Ausländer“ verbindet. Eine im Juni 2006 erschienene „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ dokumentiert die Konsequenzen dieses Ansatzes:

„Sollte die NPD an die Macht kommen, würden alle nicht-europäischen Ausländer abgeschoben. Die Mischlinge würden Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt. Sie werden sich dann Heimatländer suchen, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist.“

Ganz in diesem Sinne forderte der NPD-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Holger APFEL, am 9. Mai in der Landtagsdebatte über das „Sächsische Gesetz zur Ausführung des Zuwanderungsgesetzes“ eine „Ausländerrückführungspflicht“. In seiner rassistisch geprägten Rede führte er aus:

„Wer nur noch, völlig unterschiedslos, ‚Menschen‘ - aber keine Deutschen mehr kennt, den kann es auch nicht empören, wenn er in westdeutschen Großstädten verarmte Rentner in Mülleimern nach Pfandflaschen angeln sieht, während hinter ihnen staatsalimentierte orientalische Großfamilien oder arrogante Wohlstands-Neger daherstolzieren! Für wen das alles nur unterschiedslos ‚Menschen‘ sind, der vermag das schreiende Unrecht dieser Alltagsszene aus der ‚Bunten Republik Deutschland‘ nicht mehr zu erkennen.“

Führende NPD-Funktionäre glorifizieren immer wieder Repräsentanten des Deutschen Reiches. Für den Bundesvorsitzenden VOIGT war Hitler ein „großer Staatsmann, der Phantastisches geschafft hat“⁷⁶. Den Hitler-Stellvertreter Heß wollte er, wie er am 18. August in einer Rede in Jena zum Ausdruck brachte, für den Friedensnobelpreis vorschlagen. In der Deutschen Stimme Nr. 8, August 2007 wird über Heß berichtet, es sei „nicht leicht auf der persönlichen und politischen Weste von Rudolf Heß schwarze Flecken zu entdecken“. Schließlich habe er sich „so gut wie nichts zu schulden kommen lassen“. Die Heß-Verehrung zeigt sich auch darin, dass NPD-Vertreter regelmäßig an Gedenkveranstaltungen anlässlich seines Todestages teilnehmen.

VOIGT war Teilnehmer an einem Treffen in Budapest am 10. Februar zur Ehrung gefallener SS-Angehöriger, bei dem es während einer Musikveranstaltung zu antisemitischen und rassistischen Ausfällen kam, wobei der jetzige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Norman BORDIN durch „Heil-Hitler-Rufe“ auffiel. Der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern bewarb auf seiner Internetseite am 14. September das Buch „Mythos Waffen-SS – Militärische Leistung und weltanschauliches Fun-

⁷⁶ VOIGT im Interview mit der Tageszeitung Die Welt im Dezember 2005

dament einer europäischen Elitetruppe“. Im parteieigenen Verlag Deutsche Stimme erscheinen neben der gleichnamigen Zeitung auch einschlägige Materialien, die die Zeit des Dritten Reiches verherrlichen. Abgeordnete der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern mussten mehrfach mit parlamentarischen Ordnungsrufen belegt werden, da sie in ihren Reden den nationalsozialistischen Terminus des „Volksgenossen“ gebrauchten.

Die verfassungsfeindliche, nazistische und antidemokratische Ideologie der Partei geht einher mit der Ablehnung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland, der parlamentarischen Demokratie und der westlichen Wertegemeinschaft. Der Vorsitzende der NPD Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern Udo PASTÖRS⁷⁷ z.B. rief am 3. März in Halbe in einer Rede, deren demagogischer Stil an Hitler und Goebbels erinnerte, dazu auf, „diese ganze verfaulte Republik zu unterwühlen“. In aggressiv-kämpferischer Art und Weise bezeichnete er es als moralische Pflicht der heute lebenden Deutschen gegenüber den Gefallenen des 2. Weltkrieges, die Bundesrepublik Deutschland zu vernichten:

„Lasst uns Widerstand organisieren, nicht als Reflex, sondern als geplante, systematische und aus tiefstem Herzen gewollte Bewegung ... Nur das deutsche Reich kann in Zukunft wieder eine lebendige deutsche Nation bedeuten. Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel.“

Den anwesenden Kameradschaftsangehörigen rief er zu:

„Und wenn man auch schon erkennt, ... dass das so ist, dann legitimiert sich daraus auch das Recht, ja sogar die Pflicht, das kaputt zu machen, was euch und uns kaputtmachen will. Und es ist heute schon ungleich viel einfacher. Und wir haben ja auch schon den einen oder anderen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen. Dieser Kampf gegen das BRD-System als Fortsetzung unseres Volkes, diese Pflicht, dem entgegen zu treten, beziehen wir auch aus der Tatsache, dass die gefallenen Soldaten, die Gefallenen des 2. Weltkrieges, mit dem System, was man uns unter Demokratie verkauft hat, nicht einverstanden gewesen wäre.“

⁷⁷ PASTÖRS zog Ende der 1990er Jahre von Bad Zwischenahn nach Mecklenburg-Vorpommern und ist seit 2000 NPD Mitglied und seit 2005 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Mecklenburg-Vorpommern

Zum Schluss seiner Ansprache erklärte er:

„Ich habe hier ganz bewusst eine politische Rede gehalten und auch ganz bewusst auch so formuliert, dass jeder es ganz klar verstehen kann, dass wir nur Zukunft haben und unsere Schuld abtragen können bei den Toten des 2. Weltkriegs, wenn wir selbst mutig sind und wenn wir selbst bereit sind, alles einzusetzen, um das zu beenden, was uns vernichten will, und wenn wir selbst dabei Nachteile in Kauf nehmen müssen.“

Am 16. Juni drohte PASTÖRS seinen politischen Gegnern in Rathenow:

„Und wenn wir zur Macht gelangen, dann besteht darin auch die Verpflichtung jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen und heute noch uns frech ins Gesicht grinsen. Also liebe herrschende Klasse, seht euch vor, denn wer Wind sät, wird Sturm ernten. Lasst uns Sturm sein.“

Nachdem sie die Führungsrolle im Rechtsextremismus erreicht hat, richtet die NPD ihre langfristige Strategie auf die Errichtung einer Volksbewegung, um das politische System der Bundesrepublik Deutschland auf revolutionärem Wege zu beseitigen. In der JN-Zeitschrift „Hier & Jetzt“⁷⁸ erklärte der Vorsitzende VOIGT wie dieses Ziel erreicht werden soll:

„Revolutionäre Überzeugungsarbeit schafft man allein dadurch, dass man in die Köpfe der breiten Masse des Volkes eindringt, dort die Ketten der Umerziehung sprengt und so den befreiten und wiederbelebten Geist für die nationale und soziale Revolution mobilisiert, die unserem Volk seine Freiheit zurückgibt und seinen Fortbestand sichert“.

(Fehler aus dem Original übernommen)

Dabei setzt die Partei auf die 1996 von ihrem Bundesvorsitzenden entwickelte Drei-Säulen-Strategie. Auf dem Bundesparteitag 2004 wurde dieses Drei-Säulen-Modell noch um dem „Kampf um den organisierten Willen“ ergänzt.

NPD-Säule 1: „Kampf um die Parlamente“

Die Teilnahme an Wahlen spielte im Rahmen der Drei-Säulen-Strategie zunächst eine untergeordnete Rolle. Seit dem Wahlerfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004 jedoch hat sich die Gewichtung der Parteistrategie grundlegend geändert. Die NPD ist seither

⁷⁸ Hier & Jetzt, Ausgabe 7, Seite 17.

bestrebt, ihren Einfluss in den Entscheidungsgremien, wie Parlamente im Parteijargon auch genannt werden, systematisch auszubauen. Um Konkurrenzsituationen zu vermeiden hatte die NPD im Januar 2005 mit der DVU einen so genannten „Deutschland-Pakt“ geschlossen, der den Wahlantritt der Parteien regelt. Vereinbarungsgemäß beteiligte sich die NPD an der niedersächsischen Landtagswahl, während die DVU in Hamburg zur Bürgerschaftswahl antrat.

Bei den Kommunalwahlen am 22. April in Sachsen-Anhalt konnte die NPD, die mit 115 Kandidaten angetreten war, 40.505 Stimmen (= 2,5 %) erringen. Insgesamt fielen ihr 13 Sitze zu (Kommunalwahlen 2004: 3 Sitze).

NPD-Säule 2: „Kampf um die Köpfe“

Der Terminus „Kampf um die Köpfe“ umschreibt die Strategie, Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen und politische Begriffe mit rechtsextremistischen Inhalten zu besetzen. Durch die Beteiligung an Kinderfeiern, lokalen Bürgerinitiativen und jugendspezifische Werbekampagnen versucht sich die NPD im vorpolitischen Raum zu verankern. Die Erfolgsaussichten gestalten sich in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Während mit Blick auf die östlichen Bundesländer ansatzweise von einem Vordringen der NPD in bürgerliche Kreise gesprochen werden kann, erweist sich die NPD in Niedersachsen als gesellschaftlich nicht anschlussfähig.

Seit dem Einzug in den sächsischen Landtag im Jahr 2004 bemühen sich führenden Theoretiker systematisch um die Integration antikapitalistischer Positionen in die Parteiprogrammatik der NPD. Die Partei agitiert gegen die Sozialstaatsreformen im Bemühen, sich „als einzige authentische Anti-Globalisierungspartei“ zu profilieren. Der völkischen Ideologie der NPD zufolge

„wollen die Globalisten den identitätskastrierten, wurzellosen und gemeinschaftsunfähigen Konsumbürger, wie er gerade in multi-ethnischen Großstädten gedeiht. Dörfer und Kleinstädte könnten zum Kristallisationspunkt eines fast erd- und bluthaften Widerstandes werden.“

(Jürgen GANSEL, Deutsche Stimme, Juni 2007, Seite 20, Der Globalisierungs-Angriff auf den ländlichen Raum)

In der Dezemberausgabe der Deutschen Stimme greift GANSEL diesen Gedankengang in modifizierter Form wieder auf:

„ Im Land gibt es eine bisher richtungslose antikapitalistische Sehnsucht, die in nationale Protestbahnen gelenkt werden

muß – das heißt konsequent gegen Zuwanderung, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung zu richten ist.“
(Fehler aus dem Original übernommen)

Geleitet vom nationalistischen Selbstverständnis der Partei entwickelten führende Funktionäre das „Konzept der volksraumorientierten Volkswirtschaft“. Mit diesem Schlagwort verbindet sich kein in sich geschlossenes und von ökonomischem Fachwissen getragenes Wirtschaftsprogramm. Vielmehr handelt es sich um einen von einer völkisch-kollektivistischen Position aus formulierten Propagandabegriff, wie die Erläuterungen des Konzepts in der Publikationsreihe Profil ausweisen:

„[W]ir Nationaldemokraten [setzen] den Globalisierungsfanatikern eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene Volkswirtschaft entgegen. Der einzelne Mensch muß in seiner Heimat Arbeit finden und diese Arbeit als etwas Wichtiges, als etwas Höheres begreifen, das den Fortbestand, die Weiterentwicklung seiner Familie, seines Volkes und seiner Nation durch seinen persönlichen Einsatz garantiert.“

(Fehler aus dem Original übernommen)

(Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 12, S. 23)

NPD-Säule 3: „Kampf um die Straße“

Der Begriff „Kampf um die Straße“ kennzeichnet das Bemühen der NPD ihre Anhänger mit Großveranstaltungen und Demonstrationen zu mobilisieren. Zur Strategie der Partei gehört es, jährlich nur eine Großveranstaltung zu organisieren.

Die zentrale Veranstaltung des Jahres 2007 sollte in Zusammenarbeit mit Aktivisten der parteiungebundenen Szene eine gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gerichtete Demonstration am 2. Juni unter dem Motto „Es gibt keine gerechte Globalisierung“ darstellen. Weil die Veranstaltung nicht durchgeführt werden durfte, organisierten die rechtsextremistischen Aktivisten Spontandemonstrationen u. a. in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt.

Am 1. Mai führte die Partei aus Anlass des Tages der Arbeit dezentrale Kundgebungen gegen die Globalisierung in Raunheim und Rüsselsheim (Hessen), Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern), Erfurt (Thüringen), Nürnberg (Bayern) und Vechta durch.



Präsenz auf der Straße zeigte die NPD auch an den von ihr ausgerufenen drei bundesweiten Aktionstagen gegen die Globalisierung am 14. April, 19. Mai und 9. Juni. Der Bundesorganisationsleiter Jens PÜHSE erklärte hierzu in einem Interview in der Deutschen Stimme⁷⁹, dass dem Parteivorstand daran gelegen sei,

„mit solchen Aktionen die einzelnen Parteigliederungen auf die antikapitalistische Sozial- und Wirtschaftspolitik hin zu orientieren, die Medienpräsenz zu erhöhen und die Kampagnenfähigkeit der Partei zu erproben.“

Auch die Kundgebung der NPD am 27. Oktober in Hamburg anlässlich des SPD-Bundesparteitages zählte zu den Versuchen, den Bekanntheitsgrad der Partei zu erhöhen.

Aufgrund der desolaten Finanzlage der Partei entfiel das obligatorische Pressefest des Deutsche Stimme Verlages, das in der Vergangenheit die werbewirksamste Veranstaltung der Partei war.

Entwicklung in Niedersachsen

Der Wahlkampfphase ging die Klärung des Verhältnisses zu den Freien Nationalisten voraus. Jahrelang hatten Differenzen innerhalb des Landesvorstandes in Hinsicht auf eine Zusammenarbeit mit den freien Kräften bestanden. Die Auseinandersetzungen kulminierten, als im Dezember 2006 Parteimitglieder die Abwahl des Landesvorsitzenden EIGENFELD forderten. In einem Schreiben warfen die Unterzeichner dem Landesvorsitzenden EIGENFELD vor, sich im Hinblick auf die Landtagswahlen zu wenig zu engagieren. Insbesondere kritisierten sie die ablehnende Haltung des Landesvorstandes gegenüber den Freien Kameradschaften.

Angesichts der parteiinternen Kontroversen sah sich der Landesvorstand gezwungen, den ursprünglich für Mai 2007 terminierten Parteitag vorzuziehen. Der Versuch, den Landesparteitag am 11. März im Landkreis Wittmund durchzuführen, scheiterte, weil die NPD die Räumlichkeiten unter falschen Namen angemietet hatte und der Besitzer der Gaststätte nach Erkennen des Täuschungsversuches von seinem Vertrag zurückgetreten war. Während ein Großteil der NPD-Mitglieder den Heimweg antrat, versuchten einige Parteimitglieder unter der Führung EIGENFELDS und VOIGTs eine Veranstaltung gegen Rechtsextremismus der Stadt Oldenburg zu stören und durch die so genannte Wortergreifungsstrategie im eigenen Sinne umzufunktionieren. Nachdem die

⁷⁹ Ausgabe Juli 2007, Seite 12, Kampagnenfähigkeit der Partei stärken.

Polizei gegen die Störer Platzverweise ausgesprochen hatte, versammelten sich die NPD-Aktivisten zu einer Kundgebung in der Oldenburger Innenstadt, die die Polizei wegen der fehlenden Anmeldung auflöste. Gegen diese Maßnahme leisteten die Parteimitglieder massiven Widerstand.

Bei dem dann am 15. April durchgeführten Landesparteitag in Scharzfeld (Landkreis Osterode) hatten die Delegierten neben der Neuwahl des Landesvorstandes auch über die Aufstellung der Landesliste zu den niedersächsischen Landtagswahlen 2008 zu befinden. Nach einer sehr lebhaften und teilweise in scharfem Ton geführten Aussprache über die bisherige Arbeitsweise des Landesvorstandes konnte sich der traditionelle Flügel um den Landesvorsitzenden EIGENFELD gegenüber dem aktionsorientierten Flügel um den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden DAMMANN durchsetzen. Aus Unmut über diese Entscheidung verließen zahlreiche Dammann-Anhänger die Veranstaltung. DAMMANN selbst stellte sich angesichts seiner Niederlage für kein weiteres Amt zur Verfügung.

Ausschlaggebend für die Wiederwahl EIGENFELDS war, dass das Bundesvorstandsmitglied MOLAU⁸⁰ seine im Vorfeld angekündigte Kandidatur zu Gunsten EIGENFELDS zurückgezogen und der Bundesvorsitzende VOIGT sich in seiner Rede für EIGENFELD ausgesprochen hatte. MOLAU wurde sodann neben Manfred BÖRM (Unterbezirk Lüneburg) und Friedrich PREUß (UB Braunschweig), die in ihren Ämtern bestätigt wurden, zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Die Wahl MOLAU zum stellvertretenden Landesvorsitzenden und zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl wirkte sich richtungsweisend auf die Zusammenarbeit mit den parteiungebundenen Kräften aus. Auf dem Landesparteitag bekräftigte MOLAU den Willen zur Zusammenarbeit mit den parteiungebundenen Rechtsextremisten:

„Wir werden Freien Kräften und Kritikern in der eigenen Partei die Hand reichen und unsere politische Arbeit optimieren. Denn bei aller Kritik sollte niemand im volkstreuen Lager vergessen, wo der politische Gegner steht“.

Dennoch prägten die Spannungen zwischen den beiden Lagern des Rechtsextremismus das Auftreten bei den Kundgebungen zum 1. Mai. Während die NPD bei der in Vechta unter dem Motto „Gegen ein unsoziales System“ durchgeführten Demonstration, an der sich 100 Personen beteiligten, weitgehend unter sich blieb, beteiligte sich die niedersäch-

⁸⁰ MOLAU ist zeitgleich Mitglied im Bundesvorstand der Partei und Vorsitzender der GFP. U. a. war er journalistisch tätig für die „Junge Freiheit“ und das Parteiorgan „Deutsche Stimme“.

sische Kameradschaftsszene aus Verärgerung über den ausgebliebenen Führungswechsel an der rechtsextremistischen Mai-Demonstration in Dortmund.

In vielen Werbungsgesprächen und mit der Unterstützung des Hamburger Neonazis WORCH, der in der Vergangenheit im Zusammenspiel mit DAMMANN die „Volksfront von rechts“ in Niedersachsen voranzutreiben versucht hatte, gelang es MOLAU schließlich die niedersächsischen Kameradschaftsstrukturen für die Unterstützung der NPD im Landtagswahlkampf zu gewinnen. Der Landesverband und führende Vertreter der parteiunabhängigen Kräfte schlossen eine Vereinbarung zur finanziellen Entlohnung der Kameradschaften für deren zu erbringende Wahlkampfaktivitäten. Laut WORCH handelt es sich dabei um „ein Zweckbündnis“, von dem beide Vertragsparteien profitieren sollten.

Der NPD-Landesverband beteiligte sich am 19. Mai an dem von der Bundespartei ausgerufenen bundesweiten Aktionstag gegen die Globalisierung. Die Unterbezirke versuchten mit Verteilaktionen in Wolfsburg, Wilhelmshaven, Helmstedt, Braunschweig, Salzgitter, Vechta und Wolfenbüttel sowie in Stade, Hannover und Goslar mit Infoständen auf sich aufmerksam zu machen. Am dritten Aktionstag, am 9. Juni, waren die NPD-Unterbezirke Lüneburg und Wilhelmshaven mit Infotischen präsent. Andere NPD-Aktivist*innen beteiligten sich an einer von den freien Kräften ausgerichteten Demonstration in Nienburg unter dem Motto „Nationale und soziale Volkswirtschaft statt Globalisierungswahn“.

Am 2. Juni kam es in Lüneburg zu einer unzulässigen Versammlung von rund 280 Rechtsextremisten. Die Teilnehmer befanden sich auf der Anreise zur NPD-Großdemonstration gegen den G8-Gipfel in Schwerin. Als feststand, dass die Kundgebung nicht durchgeführt werden konnte, beschlossen die Aktivist*innen spontan, in der nahe gelegenen Stadt Lüneburg aufzumarschieren.

Untergliederung NPD-Landesverband Niedersachsen

Unterbezirk Braunschweig	Unterbezirk Göttingen
Unterbezirk Oldenburg	Unterbezirk Wilhelmshaven
Unterbezirk Osnabrück	Unterbezirk Stade
Unterbezirk Gifhorn/Wolfsburg	Unterbezirk Lüneburg
Unterbezirk Emsland/Grafenschaft Bentheim	Unterbezirk Hannover
Kreisverband Osterode	

Die enge Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten führte noch einmal zu einem geringfügigen Anstieg der Mitgliederzahlen, so dass der Partei zum Jahresende rund 650 Personen angehörten.

Der ehemals dem UB Göttingen unterstellte Kreisbereich Osterode wurde aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahlen im Februar zum Kreisverband Osterode ernannt und gehört damit keinem Unterbezirk mehr an.

Nach parteiinternen Querelen wechselte zum Jahreschluss der ehemalige NPD-Unterbezirksvorsitzende Wilhelmshaven Peter MÜLLER mit seinem Ratsmandat zur Deutschen Partei über.

Der Landesverband startete mit einer Auftaktveranstaltung im hannoverschen Congress Centrum am 15. September seine Wahlkampfaktivitäten. Dass einem möglichen Erfolg bei der niedersächsischen Landtagswahl seitens der Bundespartei eine herausragende Bedeutung beigemessen wurde, verdeutlichte die Presserklärung der Partei:

„In Niedersachsen wurde die NPD gegründet und von Niedersachsen aus werden wir ein neues Signal senden, dass die Nationaldemokraten nicht nur in Mitteldeutschland ein Faktor sind.“

Der hohe Stellenwert der Veranstaltung wurde auch durch die Anwesenheit führender Repräsentanten der Partei dokumentiert. Neben dem Bundesvorsitzenden VOIGT waren auch die Fraktionsvorsitzenden der Partei aus Sachsen, APFEL, und Mecklenburg-Vorpommern, PASTÖRS, erschienen. Auf der Veranstaltung stellte PASTÖRS in seiner Rede vor rund 650 Personen die Wichtigkeit eines Wahlerfolges in Niedersachsen heraus:

„Wenn es uns nicht gelingt in diesem Landeswahlkampf ganz klar einen nationalen Impuls zu setzen, dann wird es äußerst schwierig, den Brückenschlag der NPD vom mitteldeutschen Raum Sachsen, Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern in die westlichen Parlamente hinein in Zukunft beständig erreichen zu können.“

Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 27.01.2008 erzielte die NPD nach dem amtlichen Endergebnis 52.986 Zweitstimmen (1,5 %). Überdurchschnittliche Ergebnisse konnte die Partei in den Unterbezirken Braunschweig, Lüneburg, Stade, Wolfsburg und im Kreisverband Osterode erzielen, in denen sie mit verstärkten Wahlkampfaktivitäten auf sich aufmerksam gemacht hatte.



Das beste Zweitstimmenergebnis der 42 Direktkandidaten erzielte der Helmstedter NPD-Kommunalpolitiker Friedrich PREuß mit 3,6 % der Stimmen in seinem Wahlkreis Helmstedt. Der Spitzenkandidat der Partei MOLAU bekam in seinem Wahlbezirk Wolfenbüttel-Süd 2,4 % der Zweitstimmen. In Bad Lauterberg konnte der im Stadtrat vertretende Michael HAHN 5,24 % der Erststimmen und 5,09 % der Zweitstimmen erzielen. Im gesamten Wahlkreis Osterode entfielen

auf die NPD 2,6 % der Stimmen. Die wahlkampfschwachen Unterbezirke Osnabrück, Oldenburg, Göttingen und Emsland-Benthaim blieben unter der 1 %-Grenze.

In ihrer Außendarstellung verzichteten die NPD-Funktionäre bewusst auf neonazistische Akzentuierungen. Stattdessen führten sie einen auf ihren Spitzenkandidaten MOLAU zugeschnittenen Wahlkampf, um sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben. Thematisch setzte der Landesverband mit dem Motto „Sozial geht nur national“ auf die Themen Sicherheit und Familie und auf eine Initiative zur getrennten Unterrichtung von deutschen und ausländischen Schülern. Nach NPD-Angaben verteilten Wahlkampfhelfer rund 1,5 Millionen Exemplare der Wahlkampfzeitung „Gemeinsam für Niedersachsen“. Außerdem führten sie gezielte Flugblattaktionen, teilweise mit lokalem Themenbezug, durch.

Trotz der Einbindung der parteiungebundenen Szene, die zehn Direktkandidaten stellte, und der Unterstützung aus den angrenzenden Bundesländern, veranstaltete die NPD in der „heißen“ Wahlkampfphase nur wenige Infotische. Anstatt der avisierten 70 Kurzkundgebungen konnte der Landesverband lediglich mit Versammlungen am 19.01.2008 in Goslar und Salzgitter und am 20.01.2008 in Seevetal (Landkreis Harburg) auf sich aufmerksam machen. Zwei weitere Kundgebungen fanden bereits am 17. November in Georgsmarienhütte und in Vechta statt, an denen sich jeweils rund 80 Rechtsextremisten beteiligten.

Der Partei gelang es nicht, eine zweite große Wahlkampfveranstaltung wie am 15. September in Hannover durchzuführen. Der Wahlkongress am 06.01.2008, bei der die Parteifunktionäre eine Wahlkampf-DVD mit dem Namen „offensiv“ vorstellten, fand im wenig repräsentativen NPD-Heim in Georgsmarienhütte statt. Es beteiligten sich lediglich 70 NPD-Aktivisten. Journalisten ignorierten die Veranstaltung. Die professionell gestaltete Wahlkampf-DVD, die in dieser

Form ein für die gesamte NPD neuartiges Werbemittel darstellt, gelangte erst spät zur Verteilung und entfaltete keine besondere Werbekraft mehr.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Als der 1996 gewählte Parteivorsitzende VOIGT damit begann, die überalterte NPD strategisch neu auszurichten, hatten die 1969 gegründeten JN die Funktion eines Bindeglieds zwischen NPD, rechtsextremistischen Kameradschaften und anderen Neonazis. Diese Rolle ging im Zuge des gegen die NPD angestregten Verbotsverfahrens verloren, weil die aus Gründen der Prozessführung taktierende NPD, und damit auch die JN, für jüngere Neonazis an Attraktivität verlor. In der Folgezeit übernahm die NPD selbst die Aufgabe, den subkulturellen Raum für die Partei zu erschließen. Jüngere Rechtsextremisten treten der NPD seither zumeist direkt ohne Umweg über die JN bei. Dieser strategische Bedeutungsverlust der JN führte zu einem starken Rückgang der Mitgliederzahlen.

Der Bundesverband untergliederte sich in zehn Landesverbände und wies eine Mitgliederstärke von rund 400 Anhängern aus. Die aktivsten Untergliederungen sind die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die mit Jugendpublikationen wie z.B. „perplex“ und „Stachel“ versuchen, gezielt Jugendliche anzuwerben.

Auf dem 37. Bundeskongress am 6. Oktober in Sachsen-Anhalt erklärte der bis dahin amtierende JN-Bundesvorsitzende Stefan ROCHOW, dass junge Aktivisten der JN keine „Jubelperser“ und Flugblattverteiler für die NPD sein dürfen. In seiner Rede machte er weiterhin deutlich, dass es in der Mutterpartei Leute gebe, die an einem Erstarken der JN keinerlei Interesse haben.

Die anwesenden 130 Aktivisten wählten Michael SCHÄFER aus Sachsen-Anhalt zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden sowie Norman BORDIN, Landesvorsitzender der JN Bayern, und den JN-Landesvorsitzenden aus Sachsen-Anhalt, Philipp VALENTA, zu seinen Stellvertretern, wodurch die neonazistische Grundausrichtung der JN gestärkt wird.

In einem Interview erklärte SCHÄFER seine Pläne:

„Wir haben chauvinistische und altrechte Anfälle hinter uns gelassen und leben einen Befreiungsnationalismus, der sozialistisch ist im Wirtschaftlichen, national ist im Staatlichen, völkisch im Kulturellen und freiheitlich im Denken.“

(Deutsche Stimme, Dezember 2007, Seite 3)

Der neue Bundesvorstand will nach eigenen Angaben unter dem Motto „Hin zu altem Geist und neuer Stärke“ die geschwächte Gesamtorganisation neubeleben. Einen Schwerpunkt soll die interne Aktivisten-Schulung des neu geschaffenen Nationalen Bildungskreises sowie das neue Amt Material/Propaganda bilden.

In Niedersachsen ist es dem Landesverband der JN, dem lediglich ca. 20 Mitglieder angehören, bislang weder gelungen, flächendeckende Strukturen aufzubauen noch kontinuierliche Arbeit zu leisten. Neben vereinzelt Plakatierungsaktionen, so z.B. am 26. Februar anlässlich des Todestages von Horst Wessel, konnte der Landesverband nur durch zwei Kundgebungen im Februar in Rotenburg auf sich aufmerksam machen, mit denen die JN-Angehörigen gegen eine vermeintliche politische Verfolgung im Raum Verden/Rotenburg demonstrieren wollten.

Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Burgdorf	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München)	
Niedersachsen:	Dieter WIEGRÄFE (Burgdorf)	
Mitglieder	2006	2007
Bund:	8.500	7.000
Niedersachsen:	670	630
Publikationen	National-Zeitung/Deutsche-Wochen-Zeitung (wöchentlich, Auflage ca. 38.000 Exemplare)	

Die rechtsextremistische Partei DVU entstand 1987. Sie ging aus dem 1971 gegründeten und bis heute bestehenden Verein gleichen Namens hervor. Gründer beider Organisationen ist der Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY, der die DVU in einem die Grundsätze innerparteilicher Demokratie ignorierenden autokratischen Stil beherrscht und sie auch in finanzieller Hinsicht in völlige Abhängigkeit von sich gebracht hat.⁸¹

⁸¹ Seit der Teilnahme der DVU an den Europawahlen 1989 ist die Partei bei FREY verschuldet. Die hohen Kosten für den Wahlkampf führten nicht zum erklärten Ziel des Einzugs in das Europaparlament. Durch die erhaltenen 1,6 % der Stimmen wurde der Partei nur ein geringer Anteil der Wahlkampfkosten erstattet, wodurch sie gezwungen war, das Defizit durch einen bis heute bestehenden Kredit bei FREY auszugleichen.

Soweit sich die Parteimitglieder politisch überhaupt artikulieren, befolgen sie strikt die von der Münchener Parteizentrale ausgegebenen Instruktionen des Vorsitzenden. Ihre Wahlerfolge verdankt die DVU auch nicht dem Engagement der in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung tretenden Mitglieder, sondern den von FREY finanzierten kostenintensiven Wahlkampagnen, die er, um die Erfolgchancen zu erhöhen, auf Bundesländer mit einer relativ geringen Bevölkerungszahl konzentriert. FREYs Interesse an den Parteimitgliedern liegt vorrangig in ihrem Nutzen als Kunden seiner Medienunternehmen DSZ – Druckschriften und Zeitungsverlag (DSZ-Verlag) sowie FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag (FZ-Verlag), dem der Deutsche Buchdienst angeschlossen ist. Die DVU ist derzeit einzig im brandenburgischen Landtag mit sechs Sitzen vertreten.

Am 13. Mai fand mit der Wahl zur Bremer Bürgerschaft die einzige Landtagswahl des Jahres statt. Dabei erlangte der damalige stellvertretende Bremer DVU-Landesvorsitzende Siegfried TITTMANN erneut einen Sitz in der Bürgerschaft.⁸² Das im Vergleich zur letzten Wahl schlechtere Wahlergebnis wurde vorrangig TITTMANN angelastet. Diese Kritik und die Ankündigung des Bundesvorstandes, eine personelle Veränderung in der Bremer DVU im Laufe der Legislaturperiode vornehmen zu wollen, veranlassten ihn zum Parteiaustritt. Seinen Sitz nimmt TITTMANN seither parteilos wahr.



DVU-Plakat zur Wahl in Bremen

Organisationsstruktur

Der Bundesverband der DVU untergliedert sich in 16 Landesverbände. Auf regionaler Ebene bestehen als Unterbau Kreisverbände und so genannte politische Stammtische, aus denen sich Kreisverbände bilden sollen. Es handelt sich um formale Organisationsstrukturen, die durch kein aktives Parteileben ausgefüllt werden. Analog zur Entwicklung auf Bundesebene geht die Mitgliederzahl des 1988 gegründeten niedersächsischen Landesverbandes seit Jahren auf nunmehr 630 Mitglieder zurück. Öffentlich tritt die DVU in Niedersachsen nicht in Erscheinung, auch ist kein organisatorischer Schwerpunkt erkennbar.

Programmatik

Die im DSZ-Verlag in einer Auflagenhöhe von ca. 38.000 Exemplaren erscheinende National-Zeitung (NZ) spiegelt die

⁸² Die DVU profitiert von einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel wird für die Städte Bremen und Bremerhaven getrennt gewertet. Während die DVU in Bremen lediglich 1,4 % der Stimmen erzielte, erreichte sie in Bremerhaven 7,1 %.

programmatischen Positionen der DVU wider, auch wenn es sich nicht um das offizielle Parteiorgan handelt. Im Stile eines Boulevardblattes verbreitet die Wochenzeitung fremdenfeindliche, antisemitische, antiamerikanische und revisionistische Positionen. Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen werden aufgegriffen und in einen verschwörungstheoretischen Kontext gerückt. Deutschland erscheint als das permanente Opfer fremder Mächte und Interessen. Die Autoren arbeiten mit dem Mittel der Suggestion. Ihre Artikel appellieren an die Vorurteilsstrukturen der Leserschaft, ohne die Schwelle zur Strafbarkeit zu überschreiten. Muslime, Farbige und Juden werden häufig zur Zielscheibe diskreditierender Pauschalurteile.



Die sich in ihrer inhaltlichen Aussage stereotyp wiederholenden Überschriften sollen in der Frageform den Leser in besonderem Maße zur spontanen Zustimmung verleiten. Die Artikel bringen regelmäßig die fremdenfeindliche Grundtendenz der NZ zum Ausdruck, wie die folgende Auswahl illustriert:

„Kommen Millionen Afrikaner? – So kann der Ansturm gestoppt werden“

(NZ 30/2007 vom 20.07.2007, S. 1)

„Die Invasion der Moscheen – Deutschlands heimliche Islamisierung“

(NZ 35/2007 vom 24.08.2007, S. 1)

Fremdenfeindlichkeit findet sich auch in Beiträgen, die sich mit den EU-Beitrittskandidaten befassen. Die in verschwörungstheoretischer Art und Weise abgefassten Artikel appellieren vorrangig an die fremdenfeindlichen Ressentiments der Leserschaft:

„Der Beitritt der kleinasiatischen Türkei zur Europäischen Union wäre mit einer gigantischen militärischen Ausweitung des Aufgabenbereichs verbunden und würde wohl alsbald durch einen EU-Anschluss Israels komplettiert. Da Merkel darauf besteht, alle künftigen Generationen der Deutschen hätten für Israel Verantwortung zu tragen und müssten an der Seite Israels sein, bleibt wohl oder übel das Existenzrecht Deutschlands auf der Strecke“.

(NZ 20/2007 vom 11.05.2007, S. 3)

Charakteristisch für die Berichterstattung der NZ ist ein sekundärer Antisemitismus⁸³. Die mit diesem Begriff erfasste Variante des Antisemitismus unterscheidet sich von offener und hetzerischer Judenfeindschaft durch eine Strafrechtsnormen unterlaufende verklausulierte Ausdrucksform. Die NZ nutzt sich ständig wiederholende anklägerische Kritik der israelischen Positionen, um unterschwellig antisemitische Ressentiments zu propagieren. Diese werden häufig mit anti-amerikanischen Untertönen kombiniert, um unterschwellig das Feindbild einer jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung zu verbreiten.

Im Artikel „USA im Griff der Israel-Lobby“ heißt es:
„Kein anderes Land der Welt wird von den USA und Deutschland so bedingungslos unterstützt wie Israel. Der wahre Grund dafür ist die „politische Macht der Israel-Lobby“.
 (NZ Nr. 40 vom 28.09.2007, S. 3)

„Immer mehr jüdische Zuwanderer? Was das den deutschen Steuerzahler kostet“
 (NZ Nr. 19 vom 04.05.2007, S. 2)

Zwischen antisemitischen und revisionistischen Positionen besteht ein enger Zusammenhang. Die NZ, die den Holocaust nicht bestreitet, berichtet regelmäßig über Gerichtsverfahren gegen Revisionisten wie Ernst ZÜNDEL, David IRVING oder Germar RUDOLF. Als exemplarisch für die revisionistische Grundausrichtung der NZ können folgende Passagen und Artikel angeführt werden:

„Zweiter Weltkrieg: Die wahren Ursachen – Sensationsdokumente entlasten Deutschland
 (NZ Nr. 6/ 2007 vom 02.02.2007, S.1)

„Die heldenhafte deutsche Wehrmacht wird heute in Mitteleuropa straffrei verhöhnt und geschmäht. Warum sollen die Enkel unserer Gefallenen ihren Kopf für den Imperialismus hinhalten?“
 (NZ Nr. 6/2007 vom 02.02.2007, S. 3)



⁸³ Es handelt sich um „neue Ausdruckformen des Antisemitismus, die erst nach der Massenvernichtung der Nationalsozialisten bzw. nach der Gründung des Staates Israel als Reaktion auf beide historische Ereignisse aufkamen“ (vgl. Armin Pfah-Traugber: Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte. Berlin 2002, S. 152). Rechtsextremisten knüpfen mit permanent wiederholten Vorwürfen, z. B. Israel plündere unter Ausnutzung eines deutschen Schuldkomplexes die deutschen Staatskassen, assoziativ an die tradierten antisemitischen Stereotype des „geldgierigen Juden“ und des „jüdischen Wucherers“ an, ohne einen direkten Bezug zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode herzustellen und sich damit strafbar zu machen.

„Dass jeder seriöse Historiker weiß, dass der Weg zum 01. September 1939 mit teils tragischen, teils komplizierten historischen Vorgängen gepflastert und die deutsche Seite sicher nicht alleinschuldig an der Tragödie war, interessiert die Drahtzieher dieser neuen Kampagne nicht im Allgeringsten.“

(NZ Nr. 41/ 2007 vom 05.10.2007, S. 1)

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der im 15.01.2005 zwischen den Vorsitzenden der DVU und der NPD geschlossene „Deutschland-Pakt“, der bis Ende 2009 gelten soll, sieht vor, dass DVU und NPD bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander antreten. Im Jahr 2008 kandidierte die DVU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg. 2009 tritt die DVU bei den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg sowie bei der Europawahl an. Es ist beabsichtigt, NPD-Mitglieder auf der Wahlliste der DVU kandidieren zu lassen.

Ob über das Jahr 2009 hinaus eine Fortsetzung der Wahlabsprache zu erwarten ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Nicht übersehen werden darf, dass es erhebliche Unterschiede zwischen beiden Parteien gibt: Während sich die bürgerlich auftretende DVU darauf beschränkt, Vorurteilsstrukturen aufzugreifen und zu verstärken, um hiervon bei Wahlen zu profitieren, strebt die NPD eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zur Volksgemeinschaft an. Neben persönlichen Eitelkeiten und Machtkalkül könnten diese grundsätzlichen Differenzen eine Bruchstelle des Bündnisses zwischen NPD und DVU markieren.

LINKSEXTREMISMUS

Mitglieder-Potenzial

Linksextremismus-Potenzial⁸⁴ Bundesrepublik Deutschland	2006	2007
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁸⁵	25.000	24.800
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten ⁸⁶	6.000	6.300
Summe	31.000	31.100
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	30.700	30.800

Die Linkspartei.PDS ⁸⁷ / DIE LINKE. ⁸⁸	61.300	70.943
--	--------	--------

Linksextremismus-Potenzial Niedersachsen⁸⁹	2006	2007
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	470	470
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	700	690
Summe	1.170	1.160

Die Linkspartei.PDS ⁹⁰ / DIE LINKE. ⁹¹	725	2.500 ⁹²
--	-----	---------------------

⁸⁴ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁸⁵ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der Linkspartei.PDS.

⁸⁶ In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

⁸⁷ Die Linkspartei.PDS ist wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes gesondert ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Mitglieder linksextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

⁸⁸ Bezeichnung der Partei nach der Fusion der Linkspartei.PDS mit der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) am 16. Juni.

⁸⁹ Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von ca. 2 % wie beim Bund ist verzichtet worden.

⁹⁰ Die Beobachtung der PDS wurde in Niedersachsen im Jahr 2003 begonnen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde lediglich die Kommunistische Plattform in der PDS (KPF) beobachtet. Nach der Fusion mit der WASG ist die Partei DIE LINKE. ein einheitliches Beobachtungsobjekt.

⁹¹ Bezeichnung der Partei nach der Fusion der Linkspartei.PDS mit der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) am 16. Juni.

⁹² Der Anstieg der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Aufnahme der Mitglieder der WASG.

Politisch motivierte Kriminalität⁹³ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – links

Die Erfassung der Politisch motivierten Kriminalität ist Aufgabe der Polizei. Seit dem Jahr 2001 wird die Politisch motivierte Kriminalität nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen 517 politisch motivierte Straftaten mit einem linksextremistischen Hintergrund erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr (552 Straftaten) wurden somit etwa 6 % weniger Taten registriert.

Als wesentliche Ursache dafür ist das Ausbleiben eines Castortransports im Jahr 2007 zu sehen, wodurch sich die Begehung von Straftaten durch Kernkraftgegner erheblich verringerte.

Im Jahr 2007 bildete sich ein sehr deutlicher Schwerpunkt bei der Straftatenbegehung mit der Zielrichtung Antifaschismus heraus.

Der G8-Gipfel 2007 in Mecklenburg-Vorpommern wirkte sich zwar auch in Niedersachsen im Hinblick auf die Straftatenbegehung durch Globalisierungsgegner aus, führte aber nicht zu einer bedeutenden Zunahme von schweren Straftaten. Größtenteils wurden in diesem Zusammenhang Sachbeschädigungen begangen.

Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte sank um ca. 30 % von 139 Delikten im Jahr 2006 auf 97 Delikte im Jahr 2007.

Der starke Rückgang um nahezu ein Drittel ist im Wesentlichen auch auf das Ausbleiben eines Castortransports zurückzuführen. Im Jahr 2006 wurden im Zusammenhang mit dieser Thematik 66 linksextremistische Gewaltdelikte, insbesondere Landfriedensbrüche, Körperverletzungen, Widerstandsdelikte und gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr, erfasst. Linksmotivierte Gewalttaten wurden im Jahr 2007 vorwiegend im Umfeld von Demonstrationen begangen.

Besorgniserregend ist weiterhin die hohe Zahl von Brandstiftungen. Sie lag im Jahr 2006 bei 8 Taten und stieg im Folgejahr auf 11 Taten an. Während die Brandstiftungen im Jahr 2006 hauptsächlich einen Bezug zum Castortransport aufwiesen, gehörten sie im Jahr 2007 überwiegend zu einer Brandserie auf Kraftfahrzeuge in Göttingen durch eine linksextremistische Gruppierung.

Bei den „sonstigen Straftaten“ im Bereich des Linksextremismus ist im Vergleich zum Vorjahr ein geringer, für eine Bewertung nicht signifikanter, Anstieg um etwa 1,7 % von 413 auf 420 Taten im Jahr 2007 festzustellen.

⁹³ S. Fußnote 3

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ in Niedersachsen⁹⁴

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	62	47
Brandstiftungen	8	11
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	2
Landfriedensbrüche	24	13
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	28	3
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	1	2
Erpressung	0	0
Widerstandsdelikte	16	19
Insgesamt	139	97
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	173	241
Nötigungen/Bedrohungen	11	16
Andere Straftaten	229	163
Insgesamt	413	420
Straftaten insgesamt	552	517

⁹⁴ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes (insbesondere dem Ländervergleich) weicht von diesen Zahlen ab, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Das heißt, dass Nacherfassungen/ Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden und der Zahlenbestand insoweit Änderungen unterliegt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ in der Bundesrepublik Deutschland⁹⁵

Gewalttaten:	2006	2007
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	1
Körperverletzungen	444	384
Brandstiftungen	42	51
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	2
Landfriedensbrüche	195	215
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	41	40
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	22	14
Erpressung	1	2
Widerstandsdelikte	115	124
insgesamt	862	833
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	754	1.142
Nötigungen/Bedrohungen	44	52
Andere Straftaten	709	738
insgesamt	1.507	1.932
Straftaten insgesamt	2.369	2.765

⁹⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“⁹⁶

Gewalttaten	2006	2007
Baden-Württemberg	87	46
Bayern	71	76
Berlin	130	45
Brandenburg	32	36
Bremen	30	14
Hamburg	11	49
Hessen	110	89
Mecklenburg-Vorpommern	38	120
Niedersachsen	81	97
Nordrhein-Westfalen	72	94
Rheinland-Pfalz	6	6
Saarland	1	3
Sachsen	93	84
Sachsen-Anhalt	56	20
Schleswig-Holstein	41	36
Thüringen	3	18
Gesamt	862	833

⁹⁶ Die Zahlen beruhen auf Angaben des BKA. In dieser Tabelle weicht die Zahl für Niedersachsen im Jahr 2006 von Angaben in der niedersächsischen Übersicht ab, da Niedersachsen eine so genannte lebende Statistik führt, bei der ggf. Nacherfassungen/Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden. Für das Jahr 2006 führte die Nacherfassung einer hohen Anzahl von Gewaltdelikten im Zusammenhang mit dem Castor-Transport zu dieser starken Differenz.

Einführung

Für die Ideologie des deutschen Linksextremismus sind die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen des 19. Jahrhunderts, Marxismus und Anarchismus, grundlegend. Linksextremisten greifen die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus Abhängigkeiten befreien und – insbesondere Anarchisten – jegliche Herrschaftsverhältnisse abschaffen.

Das Streben nach Gleichheit kennzeichnet den entscheidenden Unterschied zum Rechtsextremismus, der als Ideologie der Ungleichheit bezeichnet werden kann.

Kommunismus, der für die Anhänger der marxistischen Lehre die höchste Form der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt, und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Während der übersteigerte Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen individuelle Freiheitsrechte überdeckt, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisation und damit Machtstrukturen (Hierarchien) generell ab. Beide Richtungen orientieren sich an der Utopie einer klassen- oder herrschaftsfreien Ordnung, d. h. der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen („Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“), lehnen auf Zwang beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten geforderte Diktatur des Proletariats ab.

Kommunistische Gruppierungen haben sich den Sturz des bestehenden politischen Systems und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ als Ziel gesetzt. Das utopische Endziel dieser Gruppierungen ist die klassenlose kommunistische Gesellschaft. Marxistisch-leninistische Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS halten an der Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest, der die Diktatur des Proletariats folgt. Demgegenüber propagieren anarchistische Gruppierungen die Überwindung des bestehenden politischen Systems auf dem Wege massenhaften zivilen Ungehorsams⁹⁷ und vorbildhafter

⁹⁷ Ziviler Ungehorsam ist insbesondere bei den „gewaltfreien“ Anarchisten der Verstoß gegen ein Gesetz aus Gewissensgründen, wobei bewusst in Kauf genommen wird, dafür bestraft zu werden.

Selbstorganisation. Linksextremistische Organisationen stimmen darin überein, dass ein revolutionärer Umsturz das internationale Zusammenwirken revolutionärer Kräfte erfordert (Internationalismus).

Bedrohlichste Erscheinungsform des Linksextremismus für die Sicherheitsbehörden ist nach wie vor das Spektrum der so genannten Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linksextremisten.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Anhänger	2006	2007
Bund:	6.000	6.300 ⁹⁸
Niedersachsen:	700	690
Publikationen		
Bund:	INTERIM (vierzehntägig) radikal (unregelmäßig) Phase 2 (etwa vierteljährlich)	
Niedersachsen:	vers beaux temps, Hannover (etwa vierteljährlich) TABULA RASA, Hannover (etwa monatlich) göttinger Drucksache, Göttingen (wöchentlich) Alhambra, Oldenburg (monatlich) Fight back!, Braunschweig (unregelmäßig)	

Ursprünge und Ziele

Die Entstehungsgeschichte der autonomen Bewegung reicht in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, in denen die radikalen und militanten Teile der Studentenbewegung in zwei Hauptrichtungen zerfielen. Auf der einen Seite bildeten sich so genannte K-Gruppen heraus, deren Vertreter die Theorien der sozialistischen „Klassiker“ wie Marx, Engels, Lenin und Mao dogmatisch auslegten. Die Aktivitäten dieser K-Gruppen waren von der Überzeugung getragen, dass nur eine disziplinierte, zentralistisch ausgerichtete Partei als Vorhut der Arbeiterklasse das Ziel der sozialistischen Revolution verwirklichen könne. Autonome Linksextremisten ande-

⁹⁸ Darunter 5.800 Autonome.

rerseits, die sich auch als undogmatische Linke verstanden, strebten zwar wie die Vertreter der orthodoxen K-Gruppen die sozialistische Revolution an. Sie beantworteten die „Organisationsfrage“ aber ganz anders. Statt eine staatliche Ordnung herbeizuführen, sprachen sich die autonomen Linksextremisten für die Selbstorganisation des Zusammenlebens aus, eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“.

Auch heute noch ist es gemeinsames Ziel der autonomen Gruppierungen, den Staat und seine Institutionen gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Die autonome Bewegung ist nicht wie kommunistische Organisationen von einer einheitlichen Ideologie geprägt. Sie verknüpft Elemente sowohl kommunistischer als auch anarchistischer Theoretiker miteinander. Die verschiedenen Gruppen der autonomen Bewegung definieren sich vorrangig über ihren politischen militanten Aktionismus. Ihre Aktions- und Themenfelder orientieren sich dabei zu einem erheblichen Teil an aktuellen politischen Ereignissen und Problemfeldern, um den autonomen Widerstand in der Öffentlichkeit besser zu vermitteln. Mit der Veränderung der politischen Agenda haben sich auch die Aktionsfelder der autonomen Bewegung verändert. So engagieren sich deren Anhänger – wie auch in den vergangenen Jahren – insbesondere in dem Themenfeld Antifaschismus. Darüber hinaus war das Jahr 2007 geprägt durch den G8-Gipfel in Heiligendamm und die damit zusammenhängenden Diskussionen und Aktionen im Themenbereich Anti-Globalisierung. In den letzten Jahren und insbesondere nach den im Mai 2007 in mehreren Bundesländern durchgeführten Exekutivmaßnahmen des Bundeskriminalamtes (BKA) hat das Aktionsfeld Antirepression im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Verschärfung der Sicherheitsgesetze in der Bundesrepublik nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 wird als eine neue Qualität „staatlicher Repression“ wahrgenommen. Die Aktionsfelder Antirassismus und Anti-Castor stellten für die Autonomen im Jahr 2007 weiterhin keinen Schwerpunkt dar. Generell ist nach wie vor eine allgemeine Mobilisierungsschwäche in der autonomen Szene zu beobachten, die auf Ermüdungserscheinungen durch die Vielzahl der in Niedersachsen, aber auch bundesweit durchgeführten autonomen Veranstaltungen zurückzuführen ist. Zudem werden autonome Themenfelder zunehmend von demokratischen Organisationen und staatlichen Institutionen besetzt, so dass sich militante Aktionen in der Öffentlichkeit schlechter vermitteln lassen.

Nach wie vor gibt es in der autonomen Szene keine einheitliche Meinung über die von der Berliner militanten gruppe (mg)⁹⁹ angestoßene und seit 2001 anhaltende so genannte Militanzdebatte. Dabei geht es um die Frage, inwieweit Gewalt gegen Personen in der politischen Auseinandersetzung gerechtfertigt ist. Während autonome Zusammenschlüsse grundsätzlich die Ausübung von Gewalt gegen Sachen als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten, lehnen sie die Ausübung von gezielter Gewalt gegen Personen mehrheitlich ab.

Neben Brandanschlägen auf Fahrzeuge und Gebäude sowie weiteren Sachbeschädigungen führten die massiven Auseinandersetzungen der Autonomen mit der Polizei während des G8-Gipfels im Juni zu einer Debatte zur „Neube-stimmung militanter Praxis jenseits militaristischer Organisationsmodelle.“ Dabei wird erneut eine

„militante Kampagne gegen Bundeswehreinrichtungen, Zulieferbetriebe, Denkfabriken, gegen Verantwortliche in Politik, Militär und Wirtschaft“

vorgeschlagen. (INTERIM, Nr. 661 vom 27. September, S. 13ff.)

Gewalttätige Aktionen und Militanzdebatte

Die Bandbreite der Protestformen erstreckte sich neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen, Ausstellungen und der Verbreitung von themenbezogenen Flugblättern und Plakaten auch auf kämpferische Aktionen in Form von Blockaden, Störaktionen und Sachbeschädigungen, die zunehmend von Gewalt geprägt sind.

Beispielhaft ist eine Brandanschlagsserie in Göttingen zu der im Januar 2008 ein Selbstbezeichnungsschreiben (SBS) einging. Jeweils in der Nacht zum 20. Mai und 7. September wurden Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt. Am 21. Oktober deponierten unbekannte Täter einen Brandbeschleuniger auf den Vorderrädern eines teuren Fahrzeugs und entzündeten diesen, so dass erheblicher Sachschaden entstand. Im November schnitten unbekannte Täter die Stoffdächer zweier Cabrios auf und deponierten Brandsätze auf den Fahrersitzen, einen Monat später setzten sie zwei weitere Kraftfahrzeuge in Brand.

Die Ereignisse im Mai und Oktober könnten in unmittelbarem Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen der linksextremistischen Szene stehen, denn am 19. Mai demonst-

⁹⁹ Die mg trat erstmals im Sommer 2001 in Aktion, als sie an den damaligen Regierungsbeauftragten für die Entschädigung der Zwangsarbeiter, Otto Graf Lambsdorff, ein Drohschreiben schickte, dem Kleinkaliberpatronen beigelegt waren.

rierten Linksextremisten gegen den bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm und am 19. Oktober beteiligten sich Angehörige der autonomen örtlichen und überörtlichen Szene an einer Demonstration für den Erhalt „linker Freiräume“.

In die Anschlagsserie reihte sich am 2. Dezember die Inbrandsetzung eines Lastkraftwagens der Firma Coca-Cola ein. Die Art der Tatausführung und die Angriffsziele deuteten bereits auf eine Beteiligung der autonomen Szene hin. Den Taten folgte im Januar 2008 ein als authentisch eingeschätztes SBS einer bisher nicht bekannten linksextremistischen Gruppe. Textidentische Taterklärungen gingen am 15.01.2008 der Redaktion der Bild-Zeitung in Hamburg und am 16.01.2008 der Hamburger Morgenpost zu.

Die Gruppe stellt in dieser ersten Veröffentlichung ausführlich ihre politischen Zielvorstellungen dar. Sie bezieht sich auf die Brandanschläge und stellt diese in Zusammenhang mit den von Linksextremisten in jüngster Vergangenheit häufig belegten Themenfeldern „staatliche Repression“, „Überwachungsstaat“, „Militarismus“ und „Abschiebepolitik“.

Darüber hinaus erklärt sie sich solidarisch mit den zeitweise in Untersuchungshaft befindlichen mutmaßlichen Mitgliedern der militanten Gruppe (mg). In ihrem SBS kündigt die Gruppe an, auch zukünftig relevante gesellschaftliche und sozialpolitische Themen durch „militante Aktionen“ sichtbar machen zu wollen.

Ihre späte Veröffentlichung begründet sie damit, dass sowohl die Göttinger Polizei als auch die Presse den bisherigen Taten der Gruppe einen politischen Hintergrund abgesprochen haben.

Bereits in einem im November in der linksextremistischen Szenepublikation göttinger Drucksache Nr. 589 erschienenen Artikel greifen Göttinger Linksextremisten das seit 2001 bundesweit immer wieder diskutierte Thema der so genannten Militanz-Debatte unter dem Titel „Militante Praxis“ erneut auf. Dabei geht es um die Frage, inwieweit Gewalt gegen Personen in der politischen Auseinandersetzung gerechtfertigt ist. Während autonome Zusammenschlüsse die Ausübung von Gewalt gegen Sachen als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten, lehnen sie die Ausübung von gezielter Gewalt gegen Personen grundsätzlich ab. Unter bestimmten Umständen jedoch, wie z.B. bei Demonstrationen gegen Rechtsextremisten, richten sich ihre gewalttätigen Aktionen auch gegen Menschen. Insbesondere Autonomie, die die stärkste Strömung in der extremistischen Linken einnehmen, versuchen ihr politisches Ziel, selbstbestimmt und herrschaftsfrei ohne Gesetze und staatliches Gewaltmonopol zu leben, durch militante Widerstandshandlungen gegen den Repressionsapparat zu erreichen.

In ihrem ohne Nennung eines Gruppennamens nur mit „Militant!“ unterzeichneten Artikel machen die Verfasser deutlich, dass „Militante Praxis“ aus ihrer Sicht eine politische Haltung ist, die sie mit Unversöhnlichkeit und Unvereinbarkeit mit den herrschenden Verhältnissen beschreiben. Ihre Ziele, nämlich Herrschaftsfreiheit, weltweite Solidarität, globale Gerechtigkeit und ein lebenswertes Leben für Alle seien unvereinbar mit Kapitalismus und Neoliberalismus, die auf der Ausbeutung Anderer gründen. Ihnen gehe es darum, eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, sowie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken. Aus ihrer Sicht müsse „Militante Praxis“ sorgsam geplant und ausgeübt werden, vornehmlich gegen Einrichtungen der Herrschenden wie Lager, „Knäste“, Zäune oder Kameras. Grundvoraussetzung sei die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten; allerdings käme der Polizei hierbei eine besondere Bedeutung zu. Um sie auf Distanz zu halten und Grenzen zu markieren sei das Werfen mit Steinen und Molotowcocktails legitim.

Regionale Vernetzungsbemühungen der autonomen Szene

Die autonome Szene wirkt zerrissen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach dem autonomen Selbstverständnis hierarchische und repressive Strukturen prinzipiell abgelehnt werden. Auch die fehlende einheitliche ideologische Basis sowie abweichende Positionen in wesentlichen Fragen der autonomen Szene (z. B. Militanzdebatte, Antideutsche/ Antiimperialisten) erschweren ein koordiniertes Vorgehen. Wenngleich sich immer wieder anlass- und themenbezogene regionale Bündnisse und Vernetzungen bilden, ist ihr Bestand in der Regel nicht von langer Dauer.

Dies zeigte sich an dem im Jahr 2006 anlässlich der Kundgebungen von Rechtsextremisten in Göttingen gegründeten linksradikalen Bündnis, zu dem sich u. a. die linksextremistischen Göttinger Gruppierungen Antifa I Aktion & Kritik, Radical M und Gegenstrom Göttingen sowie linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen zusammengeschlossen hatten. Sie agierten in Zusammenhang mit den Protestaktionen gegen die rechtsextremistischen Veranstaltungen am 13.05. und 28.10.2006. Im Jahr 2007, in dem in Göttingen keine herausragenden Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene durchgeführt wurden, traten sie mit eigenen Aktionen nicht mehr in Erscheinung.

Ein weiteres Beispiel für die in der autonomen Szene typischen lokalen und regionalen Vernetzungsbemühungen ist der im März 2006 im westlichen Niedersachsen unter

dem Titel „Kampagne 200x – Never conform, always resist!“ gegründete Zusammenschluss autonomer Gruppierungen. Während 2006 Aktionen zu den Themenfeldern Faschismus und Rassismus mit dem Ziel, die ländliche Bevölkerung gegenüber rechtsextremistischen Strukturen und Personen zu sensibilisieren, initiiert und durchgeführt worden sind, trat die Kampagne 2007 nicht mehr wesentlich in Erscheinung. Der Aufbau einer einflussreichen Bündnisstruktur im nord-westlichen Raum Niedersachsens ist der Gruppierung nicht gelungen.

Dass sich Bündnisse auch über die Landesgrenzen hinaus gründen können, beweist das Antifaschistische Bündnis gegen Geschichtsrevisionismus durch seine Agitation gegen den von dem Rechtsextremisten Marcus WINTER angemeldeten „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf am 28. Juli¹⁰⁰. Das von acht linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppen – Antifaschistische Aktion Hannover [AAH], Offene Antifa der Uni Hannover, Antifaschistische Aktion Celle (AAC), Antifaschistische Aktion Hameln/Pyrmont, Antifa [rk¹⁰¹] Wunstorf, dem zwischenzeitlich aufgelösten Antifaschistischen Aktionsbündnis Deister (AAD), Cable Street Beat Gütersloh und Detmolder Antifa-Gruppen – getragene Bündnis erklärte in seinem im Internet veröffentlichten Antifaschistischen Positionspapier:

„Wenn wir als AntifaschistInnen gegen Nazis aktiv werden, dann steht dahinter auch immer der Kampf gegen Rassismus, ob an Stammtischen oder in Gesetzen, und gegen das kapitalistische System als Ganzes“.

20 überwiegend linksextremistisch und linksextremistisch beeinflusste Initiativen insbesondere aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unterstützten die Aufrufe des Bündnisses zur Teilnahme an den Protestkundgebungen sowohl am Tag des rechtsextremistischen Aufmarsches selbst als auch zur Vorabenddemonstration am 27. Juli.

Um die Vernetzung linksextremistischer Gruppen zu verbessern, nutzen Linksextremisten überregional bedeutsame Medien. Hier sind die bundesweit vertriebenen Publikationen INTERIM (Berlin) – das bundesweit bedeutendste Printmedium der autonomen Szene –, radikal (Berlin) und Phase 2 (Berlin/Leipzig) zu nennen. Die oft konspirativ erstellten und hauptsächlich über Info- und Buchläden verbreiteten Veröffentlichungen enthalten z. B. Veranstaltungshinweise, Demonstrationsaufrufe, ideologische Essays, Handlungsanlei-

¹⁰⁰ Vgl. S. 111 (Abschnitt Rechtsextremismus).

¹⁰¹ Einige Antifa-Gruppen fügen ihrem Namen den Zusatz [rk] bei. Dieses steht für radikale Kritik.

tungen zu militanten Aktionen sowie Selbstbezeichnungen für Anschläge.

Darüber hinaus hat das Internet in der autonomen Szene nicht zuletzt wegen der Kommunikationsmöglichkeit über Mailinglisten und Diskussionsforen als Propaganda- und Informationsinstrument eine herausragende Bedeutung.

Die Ende 2005 gegründete Linke Aktion Göttingen (L.A.G.) und die im Januar 2006 gegründete Gruppe Alerta! – Hannover in schwarz, eine Organisation ehemals einzeln agierender Aktivisten, haben sich zwischenzeitlich etabliert. Alerta! – Hannover in schwarz, die ihrer im Internet veröffentlichten Gründungserklärung zufolge die „Notwendigkeit für eine eigene Antifa-Gruppe“ mit libertärer bzw. antiautoritärer Ausrichtung sah, engagierte sich nunmehr bei Protestaktionen des Bündnisses Antimilitaristische Aktion Hannover gegen das 34. Sommerbiwak der Bundeswehr und gegen die NPd-Wahlkampfauftaktveranstaltung am 15. September, beide im hannoverschen Congress Centrum.

L.A.G., deren Gründungszweck es war, sich „selber und dann auch Andere antifaschistisch und autonom, also außerparlamentarisch zu organisieren“, verfolgt ihre politischen Zielvorstellungen im Rahmen eines wöchentlich stattfindenden Red Passion Cafes. Indem die Gruppe alternative Jugendliche unterstützt, sich zu organisieren, will sie einen Beitrag zur Stärkung alternativer Jugendkultur in Göttingen leisten. Ihr Vorhaben, in Göttingen eine neue alternative Schülerzeitung aufzubauen, zeigt ihr Interesse, „ihre Leidenschaft für linke Politik“ auch auf Jugendliche zu übertragen. Unverändert kommt die systemablehnende und revolutionäre Haltung auf ihrer Internetseite zum Ausdruck: „Für eine antifaschistische und selbstbestimmte Gesellschaft – Für die soziale Revolution“.

Ein Zusammenschluss von Gruppierungen, die in 2006/2007 unter verschiedenen Namen wie Initiative gegen Geschichtsrevisionismus, Antikapitalistische Gruppe oder Unabhängige Antifa Wunstorf durch Veranstaltungen und die Beteiligung an Demonstrationen in Erscheinung getreten sind, haben im Frühjahr 2007 beschlossen, „der politischen Funkstille im Kleinstädtchen Wunstorf endgültig ein Ende zu bereiten“. Der Zusammenschluss firmiert unter dem Namen Antifa [rk] Wunstorf und präsentiert sich seit September auch im Internet. Im Zentrum des in diesem Medium veröffentlichten Gründungspapiers steht eine nachdrückliche Kapitalismuskritik in marxistischer Manier:

„Der Kapitalismus ist und bleibt eine primitive Gesellschaftsformation, deren Kategorien nahezu alle sozialen Formen in denen sich Menschen im Kapitalismus gegenüberstehen

durchzieht und bestimmt. Der große Teil der Menschen ist dabei gezwungen seine Arbeitskraft in gegenseitiger Konkurrenz als Ware zu verkaufen. Wird die Arbeitskraft zur Schaffung von Profiten nicht benötigt, bleibt nur die Armut. ... Die profitorientierte Produktion steht über den Bedürfnissen der Menschen.“

Den Neugründungen zum Zwecke der Vernetzung standen auf der anderen Seite Auflösungen gegenüber, die auf ideologische Differenzen sowie die Unverbindlichkeit der Szene insgesamt zurückzuführen sind.

Nachdem sich die Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] bereits im Februar 2005 gespalten und neu gegründet hatte, gab sie im Oktober im Internet eine erneute Abspaltung bekannt. Als Gründe werden nicht in notwendigem Umfang aufgearbeitete inhaltliche Auseinandersetzungen genannt, die zu einer Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit führten.

Auch das seit 2005 aus verschiedenen Gruppen der Region Hannover bestehende Antifaschistische Aktionsbündnis Deister [AAD] erklärte seine Auflösung, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass deren Wirken maßgeblich zum „Zusammenbrechen der Neonaziaktivitäten im Bereich Barsinghausen“ beigetragen habe.

Die im November im Internet veröffentlichte Auflösungserklärung endet mit der bei ähnlichen Stellungnahmen schon mehrfach zum Ausdruck gebrachten Mahnung:

„Das Projekt ist beendet, nicht jedoch die politische Arbeit der Beteiligten. Unser antifaschistischer Kampf wird in neuen Zusammenschlüssen weiter gehen. Auch in Zukunft werden Staat und Neonazis kein ruhiges Hinterland vorfinden!“

Im Gegensatz zu Auflösungsklärungen der vergangenen Berichtszeiträume bewertet das [AAD] seine Trennung nicht als das Scheitern einer politischen Gruppe sondern als ein Zeichen von Stärke:

„Unsere Arbeit hat längst den ursprünglichen Rahmen überstiegen – geographisch wie inhaltlich. Von daher ist es nur folgerichtig, überholte Strukturen aufzugeben und nach neuen, unseren Erfolgen angepassten, Organisationsformen zu suchen.“

Aktionsfeld Antifaschismus

Zentrales Aktionsfeld ist der Antifaschismus-Kampf, der auch der Öffentlichkeit am besten zu vermitteln ist. Insbesondere

auf diesem Gebiet zeigen Autonome eine hohe Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Sie führen dabei in der Regel keine eigenen Veranstaltungen durch, sondern beteiligen sich an demokratischen Protestveranstaltungen und versuchen, diese für die Propagierung ihrer eigenen Ziele zu instrumentalisieren.

Als Feindbilder gelten den Autonomen nicht nur rechtsextremistische Strukturen und Personen, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland selbst. Der demokratische Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaft



werden in eine als neofaschistisch bezeichnete Tradition mit dem NS-Staat gestellt. Rechtsextremismus wird von den Autonomen als ein systemimmanentes Merkmal der deutschen Gesellschaftsordnung bewertet. Sie unterstellen dem politischen System, Rechtsextremismus bewusst zu fördern und zu instrumentalisieren. Der revolutionäre Antifaschismus richtet sich primär gegen das kapitalistische System selbst und verfolgt als Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen, die aus ihrer Sicht Faschismus und Rassismus hervorbringen, zu zerschlagen.

Beispielhaft für dieses Verständnis von Antifaschismus ist ein Anfang April im Internet veröffentlichter Beitrag der linksextremistischen [AAH], in dem die Gruppe zur Bildung eines „antikapitalistischen Blocks“ auf einer vom DGB angemeldeten Demonstration aufrief. Sie kritisiert die Maßnahmen der Unternehmer zur Senkung ihrer Produktionskosten, die zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im kapitalistischen System keine Rücksicht auf berechnete Arbeitnehmerbelange zulassen. Ihren Aufruf zum „revolutionären 1. Mai“ verbindet die [AAH] mit der Botschaft, „Schluss zu machen mit dem Kapitalismus“ auch wenn sie sich bewusst sei, dass es auch am 2. Mai „Staat, Nation und Kapital leider weiterhin geben“ werde. Dennoch zeigt sich die Gruppe kämpferisch:

„Da nichts zu tun jedoch keine Alternative sein kann und der Kapitalismus sich nicht von alleine abschaffen wird, bleibt keine andere Möglichkeit, als die radikale Position immer wieder aktiv zu vermitteln und dabei deutlich zu machen, dass ein von Menschen gemachtes System auch von Menschen wieder abgeschafft werden kann.“



Schwerpunkt des Antifaschismus-Kampfes bildeten wie schon in den vorangegangenen Jahren

von der NPD oder Angehörigen Freier Kameradschaften durchgeführte Demonstrationen, z.B. am 24. Februar und 13. Oktober in Hildesheim, am 9. Juni in Nienburg, am 14. Juli in Lüneburg, am 28. Juli in Bad Nenndorf, am 15. September in Hannover, am 6. Oktober in Salzgitter sowie am 17. November in Verden und Georgsmarienhütte.

Die im Verlauf der Demonstrationen angewendeten Protestformen wie das Halten von Redebeiträgen, Skandieren von Parolen oder Zeigen von Transparenten verliefen überwiegend friedlich. Zwar kam es vereinzelt zu Blockaden und Durchbruchversuchen der Polizeiketten, herausragende gewalttätige Aktionen (z.B. brennende Barrikaden) wurden jedoch durch verbesserte Einsatztaktiken der Polizeikräfte konsequent unterbunden.

Bei Bekanntwerden von rechtsextremistischen Veranstaltungen erfolgen nicht selten Anmeldungen von Gegendemonstrationen an öffentlichen Plätzen und Räumen, um strategisch günstige Plätze sowohl für eigene Aktionen zu belegen als auch für Rechtsextremisten zu blockieren. In der



Regel mobilisieren linksextremistische Gruppierungen über das Internet, häufig durch Einrichten von Sonderseiten, sowie durch Plakate, Flugblätter und Flyer, die zum Teil auch außerhalb Niedersachsens zur Verteilung kommen. In Informationsveranstaltungen wird umfassend über die geplanten Protestveranstaltungen aber auch den „politischen Gegner“ informiert; teilweise wurden bis zu 20 Vorbereitungsveranstaltungen durchgeführt, überwiegend in Niedersachsen aber auch in angrenzenden Bundesländern wie Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

In so genannten Warm-up-Veranstaltungen wie Konzerten oder Kundgebungen wird zum Teil bereits am Vortag auf die Protestveranstaltungen des folgenden Tages eingestimmt. In diesem Zusammenhang engagierte sich in den vergangenen zwei Jahren in Göttingen besonders die Konzertagentur fire and flames, deren Veranstaltungen mit mehreren Hundert Personen gut besucht waren und in der Regel friedlich verliefen.

An den überwiegend von demokratischen Organisationen getragenen und weitgehend störungsfrei verlaufenen Protestveranstaltungen im Berichtsjahr beteiligten sich teilweise bis zu 300 Linksextremisten, darunter Personen aus den benachbarten Bundesländern wie insbesondere Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Dabei ist die Höhe der Teilnehmerzahlen abhängig von den Mobilisierungsbemühungen linksextremistischer Gruppierungen.

Dies zeigt sich deutlich an den beiden Veranstaltungen in Hildesheim, wo keine festen linksextremistischen Organisationsstrukturen bestehen. Hier beteiligten sich im Februar etwa 300 Linksextremisten, nachdem im Vorfeld insbesondere die autonome Antifaschistische Linke International (A.L.I.) aus Göttingen mit einem eigenen Beitrag im Internet zur Beteiligung an der vom Bündnis gegen Rechts angemeldeten Gegendemonstration unter dem Motto „Naziaufmarsch verhindern“ aufgerufen hatte. Diverse linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen aus Niedersachsen, u. a. L.A.G., [AAH], Antifaschistische Aktion Braunschweig, Antifaschistische Aktion Hameln-Pyrmont, AG NordWest und das zwischenzeitlich aufgelöste [AAD] wiesen auf ihren Internetseiten auf die versammlungsrechtlichen Aktionen in Hildesheim hin. In Detmold, Hameln, Hannover, Hildesheim und Wolfsburg wurde in Vorbereitungsveranstaltungen zur Teilnahme mobilisiert.

Im Gegensatz dazu war eine Mobilisierung für den 13. Oktober in Hildesheim nicht feststellbar. Weder in Informationsveranstaltungen noch auf Plakaten oder Flugblättern wurde die Veranstaltung thematisiert. Nur vereinzelt war eine Terminnung im Internet eingestellt. Dementsprechend gering war die Zahl der linksextremistischen Demonstrationsteilnehmer, die sich ohne besondere eigene Aktionen beteiligten.

In Nienburg versuchten etwa 20 Linksextremisten über Absperrgitter hinweg, rechtsextremistische Kundgebungsteilnehmer mit Obst und Gemüse zu bewerfen. Grund für die geringe Resonanz im linksextremistischen Spektrum waren möglicherweise die Aktivitäten im Verlauf der Protestwoche gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, die traditionelle Themenfelder und aktuelle Ereignisse in den Hintergrund rücken ließen.

Erst Ende Juli gelang es dem Antifaschistischen Bündnis gegen Geschichtsrevisionismus wieder, durch rund 15 Vorbereitungsveranstaltungen in Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Personen aus dem linksextremistischen Spektrum zu Protestaktionen gegen die Demonstration der Rechtsextremisten in Bad Nenndorf zu mobilisieren. An einer Vorabendveranstaltung „Wohin sie auch kommen, wir sind schon da!“ beteiligten sich 75, am 28. Juli rund 250 Linksextremisten.

Höhere Teilnehmerzahlen, insbesondere aus überregionalen autonomen Szenen lassen sich offensichtlich nur nach intensiven Mobilisierungsmaßnahmen linksextremistischer Gruppierungen erzielen.

Auch in Zukunft ist davon auszugehen, dass sich für den Antifaschismus-Kampf eine anhaltend hohe Zahl Autono-



mer mobilisieren lässt und diese weiterhin bereit sind, militante Aktionen durchzuführen. Dafür sprechen am 28. und 29. Juli im Internetportal Indymedia veröffentlichte Einschätzungen der Schaumburger AntifaschistInnen und des Antifaschistischen Bündnisses gegen Geschichtsrevisionismus, die das „Warmlaufen“ am 27. Juli in Zusammenhang mit den Protestaktionen des folgenden Tages in Bad Nenndorf als gelungen bezeichneten, da die Teilnehmerzahl von knapp 200 Personen die Erwartungen der Organisatoren übertraf. Die aus Sicht der Linksextremisten erfolgten „Schikanen der Polizei in Form von Beleidigungen und Schlägen ...sowie die überzogenen Personalkontrollen“ wurden kritisiert. Für das nächste Mal würden andere Konzepte angestrebt, um Nazis zu stoppen, sollten nicht

Konsequenzen gegen die „beteiligten Berufsschläger“ und ein „Abrücken von derartigen Polizeitaktiken“ erkennbar werden.

Neben den friedlichen Protestformen wie der Verbreitung von Flugblättern, Plakaten, Internetaufrufen und Szenepublikationen ist das gezielte steckbriefähnliche Kenntlichmachen von Rechtsextremisten eine weitere Variante des antifaschistischen Kampfes („Outen“). Dabei veröffentlichen Linksextremisten deren persönliche Daten sowie neonazistische Aktivitäten. In mehrseitigen Flugblättern wird über führende „Persönlichkeiten der rechtsextremistischen Szene“ durch Angaben zur Person und mit Bild berichtet, um eine Sensibilisierung der Bevölkerung gegen rechtsextremistische Einflüsse zu erzielen.

„Outingaktionen“ werden aber auch in Form von Sachbeschädigungen, wie Farbschmierereien an Burschenschaftsgebäuden oder Demonstrationen vor Objekten mit rechtsextremistischen Bezügen durchgeführt.

So initiierten Linksextremisten am 26. April ein Outing in Form einer Kundgebung in Rinteln vor einem Tattoo-Studio, um auf einen dort tätigen Rechtsextremisten aufmerksam zu machen.

Im Weiteren gehören „Antifaschistische Kaffeefahrten“ zum Repertoire antifaschistisch ausgerichteter Gruppierungen. Am 19. Mai suchten 50 Personen im Rahmen einer „Antifaschistischen Kaffeefahrt im Norden“ in Tostedt ein Geschäft auf, in dem Textil- und Musikartikel der rechtsextremistischen Szene vertreiben werden. Die Teilnehmer führten Fahnen mit dem Aufdruck „Antifaschistische Aktion“ mit und skandierten Parolen gegen Rechtsextremismus.

Aktionsfeld Antirassismus

Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus hängen im ideologischen Verständnis der Autonomen unmittelbar zusammen. Die Ursache für Rassismus sehen Autonome in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft. Auch im Jahr 2007 waren Einzelaktivisten und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums in die von überwiegend nicht extremistischen Flüchtlingsinitiativen getragenen versammlungsrechtlichen Aktionen eingebunden. Im Rahmen regionaler Aktionen thematisierten sie insbesondere die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge und Migranten in „Abschiebelagern“, die sie als besonderen Ausdruck „rassistischer Politik“ betrachten.

In Oldenburg beteiligten sich am 28. Mai zwischen 450 und 500 Personen, darunter ca. 60 Angehörige der linksextremistischen Szene Oldenburgs, friedlich an einer Demonstration durch die Innenstadt unter dem Motto „grenzenloser widerstand soziale kämpfe zusammenführen“. In zahlreichen Redebeiträgen, die mehrsprachig übersetzt wurden, ist auf die Unterbringung in den Zentralen Aufnahme- und Ausländereinrichtungen hingewiesen worden. Die Demonstration stand in Zusammenhang mit mehrtägigen Aktionstagen vom 26. bis 29. Mai vor den Landesaufnahmestellen in Bramsche/Hesepe und Oldenburg/Blankenburg, zu denen ein Bündnis nichtextremistischer antirassistischer Gruppen aufgerufen hatte.

An den im Wesentlichen störungsfrei verlaufenen Kundgebungen am 8. Dezember in Langenhagen und vor der JVA Hannover, Außenstelle Langenhagen, in der zur Abschiebung vorgesehene Häftlinge untergebracht sind, beteiligten sich rund 200 Personen, darunter Angehörige der linksextremistischen Gruppen Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] und Offene Antifa der Universität Hannover. Diese hatten als Bündnispartner eines Bündnisses gegen Abschiebung bereits im Vorfeld in überwiegend in Hannover und Langenhagen durchgeführten themenbezogenen Vortragsveranstaltungen und Plakatausstellungen zur Teilnahme mobilisiert. In einer 27 Seiten umfassenden Broschüre „AUSGEGRENZT“ lautet die zentrale Forderung des Bündnisses:



*„Schließung aller Abschiebehaftanstalten und Lager!
Freie Wahl des Lebensmittelpunktes!
Entkriminalisierung irregulärer Aufenthalte!
Recht auf Bewegungsfreiheit!
Gleiche Rechte für Alle!“*

Die [AAH] begann ihren im Verlauf der Kundgebung gehaltenen Redebeitrag, den sie im Dezember auch im Internet veröffentlicht hat, mit der energischen Ankündigung, dass „der Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und die kapitalistische Verwertungslogik noch lange nicht zu Ende“ sei. Sie sei „hier“, um ihre Solidarität zu den Inhaftierten zu zeigen, denn Solidarität sei als „Waffe gegen den herrschenden rassistischen Konsens“ zu betrachten. Neben der Abschiebep Praxis kritisierte die [AAH] erweiterte Befugnisse von Geheimdiensten¹⁰² und Polizei, durch die repressives Vorgehen gegen die Menschen im eigenen Land weiterhin die Folge sei. In Niedersachsen fanden versammlungsrechtliche Aktionen zum Themenfeld Antirassismus in der Bevölkerung nur geringe Resonanz.

Linksextremistischen Initiativen gelang es wiederum nicht, Teilnehmer über den betroffenen Personenkreis der Flüchtlinge und Aktivisten hinaus zu mobilisieren. Dies zeigt, dass im Gegensatz zum Thema Antifaschismus antirassistisch motivierte Aktionen weitaus weniger mobilisierend in der autonomen Szene wirken und sich nicht so gut in der Öffentlichkeit vermitteln lassen.

Aktionsfeld Antimilitarismus

Der Bereich Antimilitarismus ist bisher kein Hauptaktionsfeld aber dennoch ein wichtiger Anknüpfungspunkt linksextremistischer Agitation und Aktion. Linksextremisten zielen mit ihren antimilitaristischen Protesten und Aktionen über den eigentlichen Demonstrationsanlass hinaus auf die Überwindung des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und Abschaffung jeglicher Herrschaftsstrukturen.

Neben der im Wesentlichen von Nicht-Extremisten getragenen so genannten „Anti-Kriegs-Bewegung“ bzw. „Friedensbewegung“ reklamieren aber auch Autonome – unter ausdrücklicher Einbeziehung für sie typischer militanter Aktionen – das Thema Antimilitarismus für sich.

Kennzeichnend dafür sind Proteste und Aktionen der autonomen Szene u. a. gegen das in Hannover jährlich stattfindende „Sommerbiwak“. Am 13. Juli veranstaltete das zu

¹⁰² Im Sprachgebrauch der linksextremistischen Szene sind damit alle verdeckt ermittelnden Sicherheitsorgane gemeint.

diesem Zweck formierte Bündnis Antimilitaristische Aktion Hannover unter dem Motto „Kein Frieden mit der Bundeswehr! Keine Feier mit der 1. Panzerdivision!“ eine Protestkundgebung gegen das traditionelle Sommerfest der Bundeswehr mit etwa 6500 Gästen aus Politik und Wirtschaft. An der weitgehend störungsfrei verlaufenden Protestkundgebung beteiligten sich etwa 200 Teilnehmer, die zur Hälfte dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen waren. Im Laufe der Kundgebung hielten die Demonstranten den anreisenden Gästen Transparente mit Bildern von Kriegsoptionen entgegen und skandierten Parolen wie: „Schande, Schande, Mörderbande“, „Blut, Blut, Blut an euren Händen“ und „Bundeswehr ist Folter, Bundeswehr ist Mord, Wehrkraftzersetzung jetzt sofort“.



Nach Auffassung des Bündnisses, an dem zahlreiche links-extremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen beteiligt sind, handele es sich bei der 1. Panzerdivision um den Kern der Interventionstruppen der Bundeswehr, die für „friedenserzwingende Einsätze, also Angriffskriege“, weltweit einsetzbar sei.

In ihrem Internetaufruf bezeichnet sich das Bündnis

„...als Teil der weltweiten Widerstandsbewegungen, die sich über Seattle, Genua, Prag ...entwickelt haben. Gemeinsam mit der Friedens- und Antikriegsbewegung, ...der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und für die internationale Solidaritätsbewegung – kämpfen wir in diesen Bewegungen gegen Sozialabbau, Aufrüstung und Krieg weltweit.“

Am 28. November fand das traditionelle Adventskonzert des Heeresmusikkorps der 1. Panzerdivision in der Marktkirche in Hannover statt. Im Vorfeld propagierte die Rote Aktion Kornstraße [RAK] über Flyer die Veranstaltung zu stören. Das Motto des Aufrufs lautete:



„Skandal! Gotteskrieger spielen in der Marktkirche. Diese Verbrüderung von Bundeswehr und Christenpack soll nicht ungestört bleiben!“

Ca. 30 Personen des autonomen Spektrums hatten sich unter die Besucher des Konzertes gemischt und störten die Veranstaltung, indem sie Parolen wie „Soldaten sind Mörder“, „Blut an euren Händen“ riefen und ein Transparent direkt

vor dem Altar der Kirche ausrollten. Nach vehementer Weigerung, das Gebäude zu verlassen, wurden die Störer durch polizeiliche Einsatzkräfte unter Anwendung unmittelbaren Zwanges aus der Kirche gedrängt.

Auch Informationsveranstaltungen der Bundeswehr, insbesondere in Arbeitsagenturen, werden in letzter Zeit von antimilitaristischen Protesten begleitet. So fanden sich am 27. September im Rahmen einer dreitägigen Werbeveranstaltung der Bundeswehr auf dem Marktplatz in Lüneburg einige Personen des linken Spektrums u. a. mit dem auch im Internet veröffentlichten Aufruf:

„Bundeswehr-Reklame unerwünscht. Kein Platz dem deutschen Militarismus! Kriege blockieren, sabotieren und desertieren!“

zu einer friedlichen Protestaktion ein.

Der Bereich Antimilitarismus wird weiterhin ein Thema, wenn auch in untergeordneter Position, für niedersächsische Linksextremisten bleiben. Allerdings wird auf die Mobilisierungsstärke immer die aktuelle politische Lage einen entscheidenden Einfluss haben. Auch außenpolitische Entscheidungen, wie ein möglicher Einsatz der Bundeswehr oder die finanzielle und logistische Unterstützung von Bündnispartnern, spielen dabei eine Rolle.

Aktionsfeld Antirepression



Aufruf zu einer Demonstration am 15.12. in Hamburg

Das Aktionsfeld Antirepression hat in den letzten Jahren im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Verschärfung der Sicherheitsgesetze nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 wird daher als eine neue Qualität „staatlicher

Repression“ wahrgenommen. Der permanente Ausbau des „Überwachungsstaates“ und die repressive Wirkung der dabei eingesetzten neuen Technologien, wie Gen- und biometrische Datenbanken oder die Kameraüberwachung öffentlicher Plätze hat zu einer spürbaren Sensibilisierung und dem Bedürfnis geführt, seinem „Groll auf das System“ Luft zu machen.

Für konfliktträchtige Veranstaltungen, bei denen polizeiliche „Schikanen“ zu erwarten sind, werden häufig so genannte Ermittlungsausschüsse als zentrale Sammel- und Koordinationsstellen für alle Informationen über repressive Maßnahmen eingesetzt.

Die am 9. Mai in mehreren Bundesländern durchgeführten Exekutivmaßnahmen des Bundeskriminalamtes (BKA) gegen mutmaßliche Angehörige der militanten Gruppe (mg) bzw. gegen die mutmaßlichen Initiatoren einer im Juli 2005 begonnenen „militanten Kampagne“ gegen das G8-Treffen im Juni in Heiligendamm lösten im linksextremistisch beeinflussten globalisierungskritischen Spektrum spontane Straßenproteste und militante Aktionen aus.

Am Abend des 9. Mai versammelten sich daher ca. 200 Personen der autonomen Szene mit aggressiver Grundstimmung zu einer spontanen Demonstration in der Göttinger Innenstadt. Beim Versuch der Einsatzkräfte, den Abmarsch des Zuges zu verhindern, kam es zu kleineren Rangeleien mit der Polizei. In Hannover fanden an zwei verschiedenen Orten im Stadtgebiet friedlich verlaufende Spontandemonstrationen der autonomen Szene statt. Insgesamt waren ca. 130 Personen beteiligt.

Die Täter wollen mit Resonanzstraftaten (Nachfolge- und/oder Trittbretttaten) offenkundig sowohl Solidarität mit den von den Durchsuchungsmaßnahmen Betroffenen als auch nach wie vor bestehende Handlungsfähigkeit demonstrieren. Bemerkenswert sind auch die militanten Reaktionen im Ausland, die zeigen, dass derartige Gipfeltreffen wie das G8-Treffen weit über die nationalen linksextremistischen Szenen hinaus von Bedeutung sind.

Der sich in der Anti-G8-Mobilisierung darstellende linksextremistische Zusammenschluss AVANTI – Projekt undogmatische Linke formulierte mit seiner im Internet veröffentlichten Einschätzung den Grundtenor derartiger Solidaritätsbekundungen:

„Die Aktion des BKA hat mit normalen Ermittlungen nichts zu tun, sondern dient illegitimen politischen Zielen: Der G8-Protest soll in der Öffentlichkeit als terroristisch diffamiert werden, GipfelkritikerInnen sollen eingeschüchtert werden und die interne Kommunikation der Bewegung soll behindert und ausgespäht werden.“

An der für den 31. Dezember durch einen Autonomen angemeldeten Demonstration in Hannover nahmen ca. 150 - 180 Personen des autonomen Spektrums teil. Das zu diesem Zweck formierte „Silvesterdemobündnis Hannover - gegen Repression und Vorratsdatenspeicherung“ stellte die Veranstaltung auf einem Mobilisierungsplakat unter das Motto:

*„Außer Kontrolle!
Überwachungsstaat abknallen!“*



Nach Auffassung des Bündnisses handelt es sich bei der dem Anti-Terror-Kampf dienenden gesetzlichen Normierung zur erweiterten Datensicherstellung um „eine Aufrüstung des Repressionsapparates zur Aufrechterhaltung und Absicherung ökonomischer Machtverhältnisse“. Der Verlauf der Demonstration eskalierte frühzeitig durch das Umwerfen von Baustellenabsperungen und veranlasste den Versammlungsleiter, diese bereits nach ca. 45 Minuten für beendet zu erklären. Nach der Auflösung wurden polizeiliche Einsatzkräfte von Personengruppen mit Flaschen, Knallkörpern und Pflastersteinen beworfen. Es kam zu Sachbeschädigungen (Glasbruch) an diversen PKW und einer Bankfiliale. Insgesamt wurden elf Personen wegen Landfriedensbruchs festgenommen.

Das Themenfeld Antirepression dürfte für das Jahr 2008 einen umfangreichen Anteil an etwaigen Protesten der links-extremistischen Szene einnehmen.

Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus mit dem Schwerpunkt des G8-Gipfels in Heiligendamm

In den letzten Jahren hat sich weltweit eine heterogene Anti-Globalisierungsbewegung entwickelt, deren Proteste sich gegen die Gipfelkonferenzen der Europäischen Union (EU), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO), des Nordatlantikvertrages (NATO) sowie insbesondere gegen die Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8-Gipfel) als Verkörperung der „Macht des globalen Kapitalismus“ richten. Neben demokratischen Organisationen nutzten Linksextremisten das Aktionsfeld Anti-Globalisierung als Plattform ihres Widerstands. Gewalttätige Gruppierungen der internationalen Protestbewegung, die eine kleine Minderheit darstellen, nutzten die zunächst friedlichen Proteste wiederholt zur planmäßigen Straßenmilitanz.

Das Thema Anti-Globalisierung, das für die Autonomen bisher und weiterhin keinen Schwerpunkt darstellt, hat durch die internationale Protestbewegung gegen die G8-Gipfel neuen Auftrieb erhalten. Im Hinblick auf das im Juni 2007 durchgeführte G8-Gipfeltreffen begann das linksextremistische Spektrum bereits seit Mitte 2005 mit einer breiten, zunächst aber noch sehr unstrukturierten, Mobilisierung. Diese frühzeitige Fokussierung auf den deutschen Standort ist auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass sich der G8-Gipfel im August 2006 in St. Petersburg aufgrund der restriktiven russischen Einreisebestimmungen und des scharfen Einschreitens der Sicherheitskräfte nicht öffentlichkeitswirksam stören ließ.

Zur Vorbereitung von konkreten Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 initiierte die Interventionistische Linke (IL)¹⁰³ ein möglichst breites „Gesamtbündnis“ um die Mobilisierungspotenziale „linker, linksradikaler, trotzkistischer, kirchlicher, parteinaher und gewerkschaftlicher Gruppen“ zu bündeln. Im Gegensatz zu dem aufgrund seiner angestrebten Breite eher gemäßigt ausgerichteten „Gesamtbündnis“ plante Dissent! (plus X)¹⁰⁴ eine „linksradikale“ Widerstandsvernetzung von vorwiegend Autonomen aus verschiedenen Städten. Im Januar formierte sich aus drei linksextremistischen Gruppierungen das Hannover Bündnis gegen G8 unter dem Motto:

„Keine Macht der G8 ! Make G8 history !“

Das Bündnis propagierte mit einer Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Schwerpunkten seine Kritik an der G8:

„Die G8 steht für die Herrschaft des vermeintlich alternativen globalen Kapitalismus. Dabei ist den G8-Staaten zwangsläufig daran gelegen, ihre Stellung als starke Wirtschaftsmächte zu erhalten. Kapitalismus bedeutet immer Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung – egal, ob neoliberal oder sozialistisch.“

Inhaltlich beschäftigen sich die Veranstaltungen mit Profitinteressen und Privatisierung, der Migrationsproblematik, dem Krieg gegen den Terror („die G8 als Befreier und Heilsbringer“) und militärischer Interventionen am Beispiel Libanon. Weitere Interessengruppen und Bündnisse mit linksextremistisch-motivierter Ausrichtung bildeten sich in Göttingen, Lüneburg/Uelzen, Oldenburg, Osnabrück und dem Wendland.

Der Beginn der „Aktionswoche“ gegen das G8-Treffen in Heiligendamm wurde überschattet durch die Militanz der Autonomen. An der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock unter dem

Weitersagen! Weitersagen! Weitersagen! Weitersagen! Weitersagen! Weitersagen! Weitersagen!

Gegen die Kriminalisierung des G8 Widerstandes!



Solidarität mit den Betroffenen der Razzien! Einstellung aller Verfahren!
Gegen eine Spaltung in „guten“ und „bösen“ Protest! Wandelt Wut in Widerstand! G8 abschalten! Antirepressionsdemo:

Samstag, 19. Mai 2007 | 12 Uhr | Kröpcke
aktuelle Infos: www.g8-hannover.tk

¹⁰³ Die IL ist ein bundesweiter Diskussions-, Aktions- bzw. Projektzusammenhang von linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen und Einzelpersonen. Ausgangspunkt für die IL war ein zwangloses Beratungstreffen im Nachgang zu Aktionen gegen den EU-Gipfel 1999 in Köln. Inhaltsgebend war das gemeinsame Bedürfnis, die gefühlte Stimm- und Bedeutungslosigkeit der Linken in Deutschland zu überwinden.

¹⁰⁴ Das anarchistisch beeinflusste Netzwerk Dissent! (plus X) wurde im Jahr 2003 von ehemaligen Umweltaktivisten, Mitgliedern von Antikriegsbewegungen und antikapitalistischen Gruppen in Großbritannien ins Leben gerufen. Das Netzwerk sieht keine Mitgliedschaften vor. Es dient zur Kommunikation und Koordination von Aktionen zwischen lokalen Widerstandsgruppen gegen die jährlichen G8-Gipfel weltweit.

Motto „Eine andere Welt ist möglich“ beteiligten sich etwa 30.000 Personen (Veranstalter: 80.000).

Innerhalb eines der zwei Demonstrationzüge durch die Rostocker Innenstadt bildeten etwa 2.000 militante Autonome einen weitgehend geschlossen wirkenden „Schwarzen Block“. Aus diesem heraus kam es bereits im Zugverlauf zu ersten massiven Verletzungen und Sachbeschädigungen durch das Werfen von Steinen, Flaschen und Molotow-Cocktails. Durch Störereinwirkung wurden insgesamt 421 Polizeibeamte verletzt, einige schwer. Militante Linksextremisten werteten die Ausschreitungen in Rostock als „Erfolg“; die militanten Aktionen seien „ein unmissverständliches Zeichen vieler internationaler Aktivisten“ gewesen. Während die Organisatoren der Großdemonstration das von der Polizei praktizierte Deeskalationskonzept ausdrücklich lobten und sich gleichzeitig von den „Randalierern“ distanzierten, räumte die zum Bündnis Interventionistische Linke (IL) gehörende Antifaschistische Linke Berlin (ALB) in einer Presseerklärung ein, dass es sich bei den „militanten Angriffe(n) auf die Polizei“ um „zielgerichtete Aktionen“ gehandelt habe. Nach den Aktionsplanungen des Vorbereitungskreises Aktionstag Rostock-Laage war beabsichtigt, am 6. Juni mit „mehreren Tausend Teilnehmern“ den Militärflughafen Rostock-Laage zu blockieren, um eine „reibungslose Ankunft der GipfelteilnehmerInnen“ zu be- bzw. verhindern. Tatsächlich kam es lediglich auf der Autobahn in Höhe der Anschlussstelle Rostock-Laage zu einer mit einem Bus und mehreren Fahrzeugen errichteten Blockade, an der etwa 100 Personen beteiligt waren. Die Blockade wurde von der Polizei zügig beendet, alle Beteiligten wurden in Gewahrsam genommen. Im Verlauf des 7. Juni beteiligten sich wieder mehrere tausend Demonstranten – zumeist friedlich – an Blockaden. Allerdings musste eine von der Polizei eingerichtete Kontrollstelle in Hinter Bollhagen wegen des Zulaufs von in der Spitze bis zu 3.500 Aktivisten vorübergehend geschlossen werden. Dort eingesetzte Polizeibeamte wurden massiv angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein. Auch am zweiten Blockadetag gelangten einzelne Demonstranten mittels der so genannten Fünf-Finger-Taktik¹⁰⁵ bis unmittelbar an die technische Sperranlage, wo sie von der Polizei abgedrängt wurden.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel wurden am 8. Juni mit einer Abschlusskundgebung im Rostocker Stadthafen offiziell für beendet erklärt. An der Veranstaltung unter dem Motto „Den Protest gegen ungerechte Globalisierung in die Welt

¹⁰⁵ Aufsplitten von größeren Gruppen in kleine, fünfköpfige Einheiten zum Umgehen von Polizeikräften im weitläufigen Gelände.

tragen, denn eine andere Welt ist möglich!“ nahmen nach Polizeiangaben etwa 5.000 Personen friedlich teil.

Von den von der Polizei durchgeführten Identitätsfeststellungen und Ingewahrsamnahmen waren Personen aus Niedersachsen in hohem Maße betroffen.

Tenor aus allen Mobilisierungsströmungen war der Wille, die jetzt gefundenen Kompromisse für eine verstärkte Zusammenarbeit gegen das gesellschaftliche System zu nutzen und für die weitere Arbeit auszubauen. Ob allerdings andere, weniger medienwirksame Themenfelder ein ähnliches Engagement hervorrufen werden, bleibt abzuwarten.

Widerstand gegen Atomenergie und Castortransporte

Für Linksextremisten ist der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie seit mehr als 30 Jahren ein Themenschwerpunkt ihres militanten Widerstandes. Dieses politische Aktionsfeld hat allerdings in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, so dass sich Linksextremisten über die Grenzen Niedersachsens hinaus nur noch in geringem Maße für Widerstandsaktionen mobilisieren lassen. Das liegt zum einen daran, dass andere linksextremistische Themen wie Antifaschismus, der Abbau von Sozialleistungen und die zunehmende Prekarisierung¹⁰⁶ von Arbeits- und Lebensbedingungen den Bereich Kernenergie überlagern. Zum anderen haben Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen bereits im Jahr 2000 den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2021 vereinbart. Dadurch geriet die linksextremistische Protestbewegung in ein Legitimationsdilemma, das den zunehmenden Bedeutungsverlust des Aktionsfeldes verstärkte.

Von den auf eine systemüberwindende Zielsetzung ausgerichteten linksextremistischen Aktivitäten gegen Atomenergie und Castortransporte ist der Protest demokratischer Organisationen zu unterscheiden, der den überwiegenden Teil des Widerstandes ausmacht.

Linksextremistische Atomenergiegegner zielen mit ihren Protesten über den eigentlichen Demonstrationsanlass hinaus auf die Überwindung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Die Anlässe für ihr Handeln sind nicht ausschließlich auf die Durchführung von Castortransporten beschränkt. Kennzeichnend dafür sind u. a. Aktionen und Veröffentlichungen der autonomen Szene im Vorfeld des diesjährigen G8-Gipfels. Am 29. April fand in Heiligendamm eine von Anti-Atom-Initia-



¹⁰⁶ Prozess der relativen Zunahme von schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen in der nichtselbstständigen Erwerbsarbeit.

tiven und Kritikerinnen und Kritikern des G8-Gipfels angemeldete Demonstration gegen Atompolitik unter dem Motto „Hinterm Zaun liegt der Strand – G8 stilllegen“ statt. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung linksextremistischer Anti-Atom-Gegner geht auch aus einem im Internet veröffentlichten Beitrag hervor:

„Für einen Teil der Anti-AKW-Bewegung war und ist ihr Widerstand auch ein Kampf gegen das herrschende System. Deshalb ist es uns wichtig, unseren Widerstand auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm sichtbar zu machen ... Die gemeinsame Aktion wird uns auch für die folgenden sozialen Kämpfe stärken und vernetzen ... Ein großer Teil der Anti-Akw-Bewegung kritisiert nicht nur die Atomindustrie, sondern auch das kapitalistische Wirtschaftssystem.“
(veröffentlicht auf der Internetseite des Netzwerkes dissent-netzwerk.org am 18.04.2007)

Auch in einem veröffentlichten Beitrag in der Zeitschrift *anti atom* aktuell zum G8-Gipfel wird Widerstand gegen das bestehende politische System propagiert:

„...Das Thema Energie und gerade auch die Entwicklung und Rolle der Atomenergie stehen in engem Zusammenhang zur neoliberalen kapitalistischen Globalisierung ... Im Vordergrund steht ... die Etablierung einer globalen Wachstumsstrategie, die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Ausbeutung und Herrschaft weltweit ... Viele sahen schon früh im Widerstand gegen Atomanlagen auch einen Kampf gegen das herrschende System. Für uns ist dies nach wie vor so. Deshalb ist es uns wichtig, unseren Widerstand auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm sichtbar zu machen.“
(*anti-atom-aktuell* Nr. 179 vom April 2007, S. 14 – 16)

Am 9. Mai und 5. September hat die Firma Nuclear-Service GmbH für Prüfungszwecke Transporte leerer Castor-Transportbehälter, ausgehend von Le Hague über Aachen nach Gorleben durchgeführt. Die örtliche, in erster Linie demokratische Protestszene konnte kurzfristig einige Personen mobilisieren und den Transport sowohl an der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg als auch den Straßen-transport zwischen der Umladestation Dannenberg und dem Zwischenlager Gorleben mit kleineren Blockaden behindern.

Auch wenn das Aktionsfeld Anti-Kernenergie für die autonome Szene insgesamt an Bedeutung verloren hat, zeigen sowohl diese Aktionen als auch die anhaltenden politischen Diskussionen über die Zukunft der Atompolitik, insbesondere über die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke sowie

über Endlagerkonzepte, dass die Castor-Transporte weiterhin von symbolischer Bedeutung für den politischen Kampf militanter Linksextremisten bleiben.

Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, wie sich die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen Szene bei dem im Jahr 2008 zu erwartenden Castortransport entwickeln wird.

DIE LINKE.¹⁰⁷

Vorsitzende

Bund: Lothar BISKY und Oskar LAFONTAINE

Niedersachsen: Kreszentia FLAUGER und
Dr. Diether DEHM

Sitz

Bund: Berlin

Niedersachsen: Hannover

Mitglieder	2006	2007
------------	------	------

Bund:	61.270	70.943
-------	--------	--------

Niedersachsen:	725	2.500
----------------	-----	-------

Ergebnis Landtagswahl

am 27.01.2008: 243.361 Stimmen (= 7,1 %), 11 Sitze im
Landtag (davon 1 Sitz für die DKP)

Publikationen

Bund: DISPUT (monatlich)

Mitteilungen der Kommunistischen
Plattform (monatlich)

Niedersachsen: Linkes Forum – DIE LINKE. Landesinfo
Niedersachsen (mehrmals jährlich)
daneben Publikationen der Kreisver-
bände

Die Linkspartei.PDS profitiert von der Zusammenarbeit mit der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Bis zu dieser Zusammenarbeit konnte die SED-Nachfolgepartei in den alten Bundesländern jedoch als gescheitert bezeichnet werden.

¹⁰⁷ Die 1989 zunächst als SED-PDS aus der ostdeutschen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hat sich im Juli 2005 in Die Linkspartei.PDS, Kurzbezeichnung „Die Linke“, umbenannt.

DIE LINKE.

Am 16. Juni fand in Berlin der Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. statt. Die insgesamt 796 Delegierten der Linkspartei.PDS und WASG stimmten der Fusion beider Parteien bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen zu. Damit trat der Verschmelzungsvertrag in Kraft, wonach die Fusion beider Parteien nach den Regeln des Umwandlungsgesetzes durch Übertragung des Vermögens der WASG als Ganzes auf die Linkspartei.PDS vollzogen wurde. Im Gegenzug gewährt die Linkspartei.PDS den WASG-Angehörigen die Mitgliedsrechte. DIE LINKE. zählt nun rund 72.000 Mitglieder (ca. 60.500 der Linkspartei.PDS und ca. 11.500 der WASG) und ist damit die drittgrößte bundesweite Partei.

Im Ergebnis der Fusion bleibt die Linkspartei.PDS als Organisation bestehen; sie wird nicht aufgelöst. Die Partei hat lediglich am 16. Juni erneut ihren Namen in DIE LINKE. geändert und neue Mitglieder, die der WASG, aufgenommen.

In den „Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ vom 10.12.2006, einem Gründungsdokument der Partei DIE LINKE., sind überwiegend Positionen enthalten, teilweise sogar wortgleich, wie sie seit Jahren von der Linkspartei.PDS in ihren programmatischen Papieren vertreten werden.

In dem neuen Eckpunktepapier findet der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ eine stärkere Berücksichtigung. Dieser Begriff ist aber nur scheinbar mit unserer bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Im besonderen Maße nicht damit kompatibel sind die angestrebten Ziele der Entprivatisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche (Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“) im Zusammenhang mit der Überwindung des Kapitalismus sowie die Bekenntnisse zu den Theorien von Karl Marx. Das Grundlagenpapier führt Grundlinien der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie fort, auch wenn deren typische Terminologie vermieden wird. Darin werden zur Charakterisierung der neuen Partei Eigenschaften aufgezählt, die – zum Teil wortgleich – dem Parteiprogramm der PDS vom Oktober 2003 entnommen sind. Danach strebt die Partei ein über die Grenzen der Gesellschaftsordnung hinausgehendes System an. Sie hält es für erforderlich, die „gegebenen Verhältnisse“, d. h. die „kapitalistische Gesellschaft“ bzw. die für „Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung“ ursächlichen „Macht- und Eigentumsverhältnisse“ zu überwinden¹⁰⁸.

¹⁰⁸ Programm der PDS, S. 2 ff., S. 21 f.

So heißt es in der Anlage zu einem Strategiepapier der niedersächsischen DIE LINKE. vom August:

„Zum anderen muss sie [Sozialistische Wirtschaftspolitik, d. V.] dafür sorgen, dass wirtschaftliche Macht begrenzt und, wo vorhanden, demokratisch kontrolliert wird. Bei aller Entschiedenheit, mit der wir diese doppelte Reformpolitik betreiben, handeln wir im Wissen, dass die genannten Ziele vollständig und umfassend nicht im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise verwirklicht werden können. Dazu brauchen wir einen Systemwechsel hin zu einer neuen Form des Wirtschaftens, die den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus entspricht.“

Die in der Linkspartei.PDS entstandenen offen extremistischen Zusammenschlüsse, darunter die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistische Forum und der Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog, bestehen unverändert fort. Auch diese Zusammenschlüsse verstärken die Notwendigkeit, die gesamte Partei weiterhin durch den Verfassungsschutz zu beobachten. Sie werden von der Parteispitze nicht nur geduldet, sondern als wichtiger Bestandteil der Partei angesehen. Sie erhalten per Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung; zumindest die KPF ist weiterhin im Vorstand vertreten.

Insofern ist keine politische Neuausrichtung der Partei DIE LINKE. festzustellen; es besteht eine politische Kontinuität zur Linkspartei.PDS. Nach wie vor werden deren grundsätzliche Wert- und Zielvorstellungen verteidigt. Es verfestigt sich der Eindruck, dass alle Bemühungen darauf abzielten, mit der Partei DIE LINKE. eine ideologisch und programmatisch nur in möglichst geringem Maße veränderte Linkspartei.PDS fortzuführen und Inhalten der WASG nur rein subsidiäre Bedeutung beizumessen.

Die bundesweit rund 1.500 Mitglieder zählende KPF sieht sich weiterhin innerhalb der Partei in der Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und beansprucht für sich, die kommunistische Identität der Partei zu wahren. Die KPF spricht mit ihren ideologischen Vorstellungen vor allem die überalterte, in DDR-Nostalgie verhaftete Parteibasis im Osten an. Sie versteht sich als kommunistisches Korrektiv und versucht, Reformbestrebungen hin zu einer „Sozialdemokratisierung“ der Mutterpartei entschieden entgegenzuwirken. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der KPF.

Ein weiterer Anhaltspunkt für linksextremistische Bestrebungen liegt in der Tatsache, dass bundesweit offen extremistische Zusammenschlüsse wie die KPF und das Mar-



Logo der KPF

xistische Forum (MF) auch zukünftig nach der Fusion mit der WASG politisch wirken können. So heißt es in dem im Dezember 2005 verabschiedeten Kooperationsabkommen, dass in der

„pluralistischen Partei ... alle Menschen einen Platz haben [sollen], die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen“.

Ferner existiert seit Februar 2003 mit dem Geraer Dialog/ Sozialistischer Dialog ein weiterer bundesweiter Zusammenschluss dogmatischer Parteilinker, der sich seitdem zu einem Sammelbecken extremistischer Kräfte in der Partei entwickelt hat.

Verstärkung erhielt die Partei durch die Gruppierung Linksruck, die im September in einer Pressemitteilung ihre Auflösung bekannt gab. Dazu heißt es u. a.:

„Mit der Fusion von WASG und Linkspartei ist eine linke Alternative zur Sozialdemokratie entstanden. Die SPD hat sich von ihrem Anspruch, Interessenvertretung der Lohnabhängigen zu sein, immer weiter entfernt ...

Das Eingreifen in das öffentliche politische Geschehen als eigenständige Organisation wurde in dem Maße unbedeutender, wie der erfolgreiche Aufbau der neuen Linken voranschritt. Die Aktivisten von Linksruck brachten sich in die neue pluralistische Linke mit ihren Erfahrungen und Positionen ein. Nach der erfolgreichen Gründung der neuen Partei zieht auch Linksruck die Konsequenz und löst sich als separate Mitgliedsorganisation auf.“

Die Gruppierung Linksruck, eine von ca. 20 trotzkistischen¹⁰⁹ Gruppen und Zirkeln in der Bundesrepublik, strebte den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei unter Führung von Arbeiterräten¹¹⁰ an.

Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus strebte Linksruck eine Systemüberwindung mittels einer von der Arbeiterklasse getragenen Revolution an. Ein Auszug aus den politischen Grundsätzen, verdeutlicht dieses Anliegen:

„Der wirkliche Sozialismus wird nicht das Ergebnis von Parlamentsabstimmungen sein, sondern kann nur durch die selbst-

¹⁰⁹ Trotzkismus ist eine marxistische Strömung, die nach dem russischen Kommunisten Leo Davidowitsch Bronstein - genannt Trotzki - (1879-1940) benannt wurde. Trotzki, nach Lenin vermutlich der bedeutendste bolschewistische Funktionär während der russischen Oktoberrevolution 1917, rang nach Lenins Tod um dessen Nachfolge, war am Ende jedoch Stalin unterlegen.

¹¹⁰ Nach dem Modell Trotzki's sollten Räte („Sowjets“) die Herrschaft der Arbeiterklasse sichern.

bewußte Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden.“

(Fehler aus dem Original übernommen)

(Politische Grundsätze von Linksruck, veröffentlicht auf der Internetseite von Linksruck, Ausdruck vom 21.11.2006)

Im Gegensatz zu Stalins Modell der Errichtung des „Sozialismus in einem Land“, zeichnet sich Trotzki's Theorie von der „permanenten Revolution“ durch einen ausgeprägten internationalistischen Charakter aus. Eine einmal begonnene Revolution müsse beständig auf nationalem und internationalem Gebiet bis zum weltweiten Sieg der Arbeiterklasse fortgesetzt werden. Auch diese Strategie kam in den politischen Grundsätzen deutlich zum Ausdruck:

„Das Scheitern der russischen Revolution mit der Machtübernahme Stalins hat ebenfalls bewiesen, dass eine sozialistische Revolution nicht isoliert in einem Land erfolgreich sein kann. Der Kapitalismus ist ein internationales System, das nur international besiegt werden kann. Der Kampf findet darum nicht zwischen Ländergrenzen, sondern zwischen Klassengrenzen statt. Darum unterstützen wir als Internationalisten Arbeiterkämpfe in aller Welt ebenso wie Bewegungen zur nationalen Befreiung unterdrückter Völker.“

Als Vertreter einer klassisch anti-imperialistischen Argumentationslinie bekannte sich Linksruck vorbehaltlos auch zum „palästinensischen Befreiungskampf“.

In Niedersachsen bildete Hannover den Aktionsschwerpunkt der Gruppierung. Dort agierte sie vor allem in Bündnissen. Charakteristisch für Linksruck ist auch die von trotzkistischen Gruppen zeitweise angewendete Taktik des Entrismus, das heißt der konspirativen Infiltration demokratischer Parteien und Organisationen mit dem Ziel, diese von innen auszuhöhlen und zu desorganisieren.

Mit dem Abflauen der Antikriegsbewegung verschob sich der Schwerpunkt der Aktivitäten von Linksruck. Die taktisch äußerst flexible Organisation erhob den Kampf gegen Sozialabbau zum beherrschenden Thema.

Trotz der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie unterstützte Linksruck die Etablierung einer neuen Linkspartei. In der erst im Jahr 2005 gegründeten nichtextremistischen WASG glaubte Linksruck ein geeignetes Operationsfeld für die Verbreitung ihrer politischen Ziele unter Nutzung der Taktik des Entrismus gefunden zu haben.

Der Internationalismus ist weiterhin ein fester Programmpunkt der Partei DIE LINKE. Unter anderem unterhält sie durch ihre Zugehörigkeit zur Partei der Europäischen Linken enge Kontakte zu kommunistischen Parteien. Einen heraus-

ragenden Stellenwert nimmt die Solidarität mit Staaten wie Kuba und Venezuela ein, die durch eine autoritär-sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gekennzeichnet sind.

Solange die Partei DIE LINKE. an ihrem grundlegend systemüberwindenden Ansatz festhält und in ihren Reihen offenen linksextremistisch wirkende Zusammenhänge wie die KPF und das MF duldet, die über einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Ausrichtung der Partei verfügen, erscheint das Bekenntnis zum Grundgesetz nicht überzeugend. Angesichts der inhaltlichen Nähe der „Programmatischen Eckpunkte“ zum geltenden Parteiprogramm der Partei DIE LINKE. war eine programmatische Neuausrichtung einer neu zu bildenden Partei seinerzeit nicht zu erwarten. Vielmehr bestätigte der Zusammenschluss beider Parteien eher eine Übernahme der WASG durch die Linkspartei.PDS, die dazu dienen soll, deren Schwächen in den westdeutschen Bundesländern auszugleichen.

Setzte sich auf Bundesebene der seit 1992 andauernde Mitgliederrückgang der Partei bislang fort (2002: 78.000 Personen, 2006: 61.270 Personen), so konnte durch den Zusammenschluss mit der WASG die Mitgliederzahl schlagartig auf 72.000 erhöht werden. Aber nicht nur die Erhöhung der Mitgliederzahl war für die Linkspartei.PDS von existenzieller Bedeutung, auch das im Vergleich zur Linkspartei.PDS erheblich geringere Durchschnittsalter der WASG-Mitglieder bewahrt die SED-Nachfolgepartei vor einem altersbedingten Mitgliederschwind.

Nachdem in Niedersachsen der Mitgliederbestand der Linkspartei.PDS zwischenzeitlich auf 725 Personen zurückgegangen war, stieg er im Jahr 2007 bedingt durch die Fusion auf 2.500 Personen an.

Am 8./9. September hat die neue Partei DIE LINKE. beim Landesparteitag in Hannover den Landesverband Niedersachsen gegründet und sich auf den Wahlkampf für die Landtagswahl 2008 eingestimmt. Zugleich bestimmten die rund 200 Delegierten ihre neue Parteispitze. Zu den Landesvorsitzenden wurden mit großer Mehrheit der 57 Jahre alte Bundestagsabgeordnete Dr. Diether DEHM und die 41-jährige Kreszentia FLAUGER, die bei der Landtagswahl am 27.01.2008 in Niedersachsen als Spitzenkandidatin angetreten ist, gewählt.

Auch der Landessatzung haben die Delegierten bei nur drei Gegenstimmen ganz deutlich zugestimmt.

Bei der Landtagswahl am 27.01.2008 erhielt die Partei DIE LINKE. mit 243.361 Stimmen 7,1 % der Zweitstimmen. Sie ist deshalb mit 11 Sitzen im Niedersächsischen Landtag vertreten.

Aufgrund der gemeinsamen Landesliste mit der DKP ist auch diese verfassungsfeindliche Partei durch Christel WEGNER

(sie kandidierte auf Listenplatz 9) im Landtag vertreten. Der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE. Manfred SOHN war 20 Jahre als Funktionär für die DKP aktiv. Der Landesvorsitzende DEHM betonte in einem Grußwort am 29. Januar im Freizeitheim Hannover-Linden: „Ich bin froh, dass Kommunisten unter uns sind.“

Der der Partei DIE LINKE. nahe stehende Jugendverband [‘solid] – die sozialistische Jugend, der Name steht für sozialistisch, links und demokratisch, verfolgt als ein zentrales Anliegen den Kampf für eine Gesellschaft, in der die Selbstbestimmung und Freiheit des Menschen und nicht die Profitmaximierung als grundlegendes Ziel angesehen wird:

„Erst durch den Umsturz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (Anmerkung: die als Ursache aller gesellschaftlichen Missstände betrachtet werden) wird es möglich sein, die Probleme, die in der Gesellschaft bestehen, nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu lösen.“
(Aussage auf der Bundesdelegiertenkonferenz im März 2000 in Magdeburg)

Basisgruppen existieren u. a. in Hannover, Braunschweig und Emden.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Vorsitzende

Bund: Heinz STEHR
Niedersachsen: Detlef FRICKE

Sitz

Bund: Essen
Niedersachsen: Hannover

Mitglieder	2006	2007
Bund:	4.200	4.200
Niedersachsen:	400	380

Ergebnis Landtagswahl

am 27.01.2008: 1 Mandat durch gemeinsame Liste mit der Partei DIE LINKE.

Publikationen

Bund: Unsere Zeit (wöchentlich, Auflage 7.000)
Marxistische Blätter (zweimonatlich, Auflage etwa 2.500)

Niedersachsen: Hannoversches VolksBlatt
Die Rote Spindel (Nordhorn/Lingen)
Pulverturm (Oldenburg)

Betriebszeitungen:

Roter Käfer (VW, Braunschweig)
KarlOS (Karmann, Osnabrück)
Roter Bully (VW Nutzfahrzeuge, Hannover)



Die 1968 gegründete DKP steht in der Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Bis zum politischen Umbruch in den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas ordnete sich die DKP vorbehaltlos den ideologischen und politischen Vorgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPDsU) und der SED unter, von der sie auch finanziell weitgehend abhängig war. Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland befindet sich die Partei in einer Identitäts- und Orientierungskrise, die an einem beträchtlichen Mitgliederverlust von ca. 40.000 Mitgliedern in den achtziger Jahren auf gegenwärtig weniger als 4.200 Parteiangehörige abzulesen ist. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der

Mitglieder wird sich diese Entwicklung der DKP fortsetzen. Deutlich wird die Orientierungskrise auch daran, dass die im Juni 2000 beschlossene Erarbeitung eines neuen Partei-programms¹¹¹ nach jahrelangem Richtungskampf zwischen Reformern und Anhängern eines orthodoxen Kurses erst im April 2006 beendet wurde.

Von besonderer Bedeutung für die niedersächsische DKP in 2007 war die Herangehensweise an die Landtagswahl am 27.01.2008.

Der Bezirksvorstand¹¹² der DKP Niedersachsen hatte nach kontroverser Diskussion beschlossen, nicht mit einer eigenen Liste an der Landtagswahl teilzunehmen. Stattdessen erklärt er seine Bereitschaft, auf der Liste der Partei DIE LINKE. mitzuarbeiten und für diese Liste zu werben. Dieser Beschluss signalisiert einmal mehr, dass die Erkenntnis der eigenen Schwäche auch bei den Entscheidungsträgern der Partei angekommen ist und entsprechende Kompromisse zur Folge hat. Der DKP-Bezirksvorsitzende Detlef FRICKE gab in einem Interview in der Wochenzeitung Unsere Zeit (UZ), dem Zentralorgan der DKP, unmissverständlich zu, dass ein Ende der politischen Stagnation für die DKP derzeit (noch) nicht in Sicht ist und auch eine Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE. nicht die Aufgabe der eigenen Positionen manifestiert:

„Ob wir uns aufgeben oder nicht, hängt aber nicht davon ab, ob wir auf dem Stimmzettel stehen oder nicht. Es hängt von unserer Programmatik ab, und da stehen wir mit unserem Parteiprogramm gut dar. Es hängt von unserer Stärke in den Betrieben und Verwaltungen ab, da ist einiges zu tun. Und es hängt davon ab, ob wir nah genug dran sind am Leben und in den Bewegungen zu sehen sind oder nicht, auch da besteht massiver Bedarf.

Wer – wie ich – häufiger an Versammlungen der Partei ‚Die Linke.‘ teilnimmt, weiß schon, weshalb er in der DKP bleibt.

Unser Schwerpunkt liegt weiterhin bei der Betonung des außerparlamentarischen Kampfes, weil sich ohne diesen auch im Parlament nichts bewegen wird.“

(Fehler aus dem Original übernommen)

(UZ Nr. 37, S. 2 vom 14. September)

In seinem Beschluss bekräftigt der Bezirksvorstand daher auch folgerichtig, dass trotz der bestehenden Übereinstimmungen bei tagespolitischen Forderungen mit der Partei

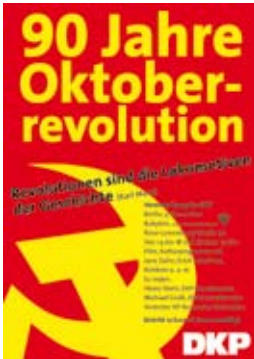
¹¹¹ Das vorherige Programm wurde 1978 verabschiedet.

¹¹² Bezirksvorstand bedeutet im Sprachgebrauch der DKP Landesvorstand.

DIE LINKE. Differenzen bei der Kernfrage existieren, innerhalb derer die „Bändigung“ des Kapitalismus möglich ist:

„Ohne die Überwindung dieser Grenzen, ohne eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Systems wird jede Politik in die Profitlogik, in der wir uns heute befinden, zurückfallen. Hierzu steht die DKP; hierzu hat sie Visionen ... und wir wissen, dass ohne eine revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis möglich ist.“

(Internetseite der DKP Niedersachsen, Ausdruck vom 18.09.2007)



Am 3./4. November wurde das DKP-Mitglied Christel WEGNER in Hannover auf Platz 9 der Landesliste der Partei DIE LINKE. gewählt. Aufgrund des erzielten Wahlergebnisses ist die DKP durch WEGNER im Niedersächsischen Landtag vertreten.

Um dem Eindruck von Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Eintretens für die soziale Lage der Arbeiterklasse und deren Verbesserung zu widersprechen, führt die DKP gezielt Beispiele aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes auf, die die grundlegenden Unterschiede zwischen DKP und der NPD belegen sollen:

„An dieses Unternehmerparadies sollten wir denken, wenn die NPD sich zum Fürsprecher der Arbeiter aufschwingen will. Die Nazis sind damals und heute eine verlogene Schlägerbande, die von Kapitalisten für den ‚Notfall‘ in Reserve gehalten wird.“

(UZ Nr. 34, S. 12 vom 24. August)

Die DKP appelliert auch an die Bundestagsabgeordneten, ein NPD-Verbotsverfahren zu unterstützen.

Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und der Assoziation Marxistischer StudentInnen

Die DKP praktiziert weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit der ideologisch gleich gerichteten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die zwar formell ungebunden ist, von der DKP aber als parteieigene Jugendorganisation betrachtet wird. Die wie die DKP seit 1968 bestehende SDAJ versteht sich laut ihrer Internetseite als Interessenvertreterin der „arbeitenden und lernenden Jugend“, die sich „nicht mit den Zuständen in dieser Republik und der neuen Weltordnung abfinden will.“

Auf ihrem 18. Bundeskongress am 17. und 18. März in Hannover beschloss die SDAJ ein Jugendaktionsprogramm

mit dem Titel „Zeit sich zu wehren“. Hierzu führte der Bundesvorsitzende Michael GRÜß aus:

„Allein zu sagen, dass es eines revolutionären Bruchs bedarf, kostet nicht viel. Entscheidend sei, der arbeitenden und lernenden Jugend eine Antwort darauf zu geben, wie man handelt und was konkret zu tun ist, um den Imperialismus zu bekämpfen und zu überwinden.“

(UZ Nr. 12, S. 5 vom 23. März)

Wegen des zunehmenden Alters der Aktivisten und der rückläufigen Mitgliederzahl der DKP, wird dem „ungelösten Problem der Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in die Partei und ihre Strukturen“ mit zahlreichen Veranstaltungen zum 40. Gründungsjahrestag ihrer Nachwuchsorganisation, der SDAJ, entgegen getreten. Auch die marxistische Bildungsarbeit durch Seminare und Lehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, der DKP-Schulungseinrichtung, und weitere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sollen forciert werden. Die Aussichten, durch diese Maßnahmen neue Mitglieder zu gewinnen, sind eher bescheiden. Die Schlussformel eines Arbeitspapiers der DKP:

„Mit diesen Zielstellungen und mit neuen Mitgliedern wollen wir die DKP als handlungsfähige marxistische Partei der Arbeiterklasse entwickeln und stärken.“

(UZ Nr. 40, S. 7 vom 5. Oktober)

ist daher als Utopie zu betrachten.

Die niedersächsische SDAJ hat Ortsgruppen in Braunschweig, Delmenhorst, Hannover und Nordhorn.

Ebenfalls zur Nachwuchsgewinnung nutzt die DKP die ihr nahe stehende Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS), die sich selbst als die einzige bundesweite marxistische Studentenorganisation sieht. Die systemüberwindende Zielrichtung propagiert die AMS wie folgt:

„Die AMS organisiert die Studenten im Kampf für ihre Rechte. Unser Ziel ist die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus, um eine neue, gerechte, sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Die AMS setzt sich dafür ein, dass die Studierenden Seite an Seite mit der Arbeiterbewegung für den Sozialismus streiten.“

(Internetseite der AMS, Ausdruck vom 2.11.2007)

In Niedersachsen bestehen AMS-Gruppen an den Hochschulen in Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Vorsitzender:	Stefan ENGEL	
Sitz:	Gelsenkirchen	
Mitglieder	2006	2007
Bund:	2.300	2.300
Niedersachsen:	15	15
Publikationen:	Rote Fahne (wöchentlich, Auflage etwa 7.500 Exemplare) Der Revolutionäre Weg	

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund hervorgegangene MLPD bekennt sich uneingeschränkt zu den von ihr fundamentalistisch interpretierten Theorien von Marx, Engels, Lenin, Mao Tsetung und Stalin. Abweichungen von der Reinheit dieser Lehren werden als Verrat am Sozialismus bekämpft. Als solchen Verrat betrachtet die MLPD etwa die 1956 vom sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow eingeleitete „Taufwetterpolitik“, die mit den Verbrechen Stalins abrechnete. Auch in dem „real existierenden Sozialismus“ der ehemaligen DDR sieht die MLPD ihrem Parteiprogramm zufolge eine „Lebenslüge“ und eine „Täuschung der Volksmassen“.

In ihrem u. a. im Internet veröffentlichten Parteiprogramm vom Januar 2000 führt die MLPD aus:

„Die MLPD führt einen entschiedenen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus und erzieht die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten im Geist des wissenschaftlichen Sozialismus.“

Seit Jahren ist keine Veränderung in der ideologischen und strategischen Ausrichtung der MLPD erkennbar. Sowohl aus ihrem Parteiprogramm als auch aus ihren organisationspolitischen Grundsätzen¹¹³ geht ihr Ziel hervor, das bestehende politische System der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden und durch ein kommunistisches zu ersetzen. In ihrer noch heute gültigen Parteitagsresolution vom Dezember 1999 beschreibt sie den Weg zum Kommunismus wie folgt:

¹¹³ Zentralkomitee der MLPD (Hrsg.): Statut der MLPD, Stuttgart, [August] 1982.



„Der Sozialismus stellt eine Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus dar. Zur Erreichung ihrer kommunistischen Ziele organisiert die Arbeiterklasse mit der Diktatur des Proletariats den Klassenkampf im Sozialismus und praktiziert den proletarischen Internationalismus.“
(„Resolution des VI. Parteitags der MLPD zur Vorbereitung des neuen Aufschwungs im Kampf für den Sozialismus!“, veröffentlicht auf der Internetseite der MLPD)

Nach eigenem Bekunden ist

„die MLPD eine Partei der Selbstbefreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sie will kein Heilsbringer sein, sondern hat sich das Ziel gesetzt, die Arbeiterklasse zur Selbstbefreiung zu erziehen. Es gibt nur einen Weg zur Revolution zu kommen: Die Gewinnung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse.“
(Stefan ENGEL in seiner Rede zum 25. Geburtstagsfest der MLPD am 20. Juni)

Weiter führt der Vorsitzende ENGEL in seiner Rede aus:

„Natürlich ist die MLPD nicht zuletzt eine Partei des Sozialismus und Kommunismus ... Wir streben eine gesellschaftliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse an. Das ist übrigens der wesentliche Gehalt der proletarischen Revolution.“

Ungeachtet ihres Strebens nach Masseneinfluss verharret die MLPD in einer randständigen Situation. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen trat die Partei im Jahr 2007 kaum in Erscheinung. Sie setzte zwar ihre Montagsdemonstrationen fort, diese wurden in der Bevölkerung jedoch weiterhin kaum beachtet.

Die Partei, die einschließlich ihres Jugendverbandes in über 450 Städten in Deutschland vertreten sein will, verfügt in Niedersachsen derzeit über Strukturen in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Wilhelmshaven und Wolfsburg. Um auch die „Jugend der Arbeiterklasse“ für den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen, unterhält die Partei die 1992 aus den Vorläuferorganisationen Arbeiterjugendverband/ Marxisten-Leninisten und Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband hervorgegangene Jugendorganisation REBELL. Zu dessen Leitungsmitgliedern gehört der Wilhelmshavener Hannes VON PENTZ. Die MLPD erwartet von den Parteimitgliedern des Jugendverbandes eine marxistisch-leninistische Erziehungsarbeit.

Neben dem Jugendverband REBELL und dessen Kinderorganisation ROTFÜCHSE verfügt die MLPD mit dem Frauenverband COURAGE und der auf Internationalismusarbeit ausgerichteten Solidarität International über weitere Vorfeldorganisationen.

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation (FAU/IAA)

Die 1977 gegründete FAU/IAA versteht sich als eine Gewerkschaft, die sich im „weltweiten Kampf der AnarchosyndikalistInnen“¹¹⁴ der Internationalen ArbeiterInnen Assoziation mit Sitz in Spanien angeschlossen hat. Ihr unmittelbares Ziel ist der Aufbau revolutionärer Gewerkschaften und militanter Betriebsgruppen. Dazu agiert sie in Form so genannter direkter Aktionen wie z. B. Fabriksbesetzungen, Sabotage und Streiks.

Ihre anarchistische Ausrichtung veranschaulicht die FAU/IAA in jeder Ausgabe ihrer in Hannover herausgegebenen Zeitung Direkte Aktion (DA), die zweimonatlich bundesweit in einer Auflagenhöhe von etwa 6.000 Exemplaren erscheint:



„Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel. Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie z. B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.“

Gegenwärtig existieren bundesweit 44 Orts- und so genannte Branchengruppen, die sich einmal jährlich zu einem Kongress treffen, um Fragen der Gesamtorganisation zu diskutieren. Wichtige Entscheidungen treffen die Mitglieder durch Urabstimmungen. Da die FAU/IAA hierarchische Strukturen ablehnt, hat sie keine hauptamtlichen Funktionäre. In Niedersachsen bestehen Ortsgruppen (Lokalförderationen) in Hannover und Göttingen. Der beabsichtigte Aufbau einer Ortsgruppe in Oldenburg verlief bislang erfolglos. Nur fünf Jahre nach ihrer Gründung im Jahre 2002 erklärte die FAU Osnabrück den „Weg des Anarchosyndikalismus für sich als beendet“ und gab mit ihrer Auflösung auch die

¹¹⁴ Unter Anarchosyndikalismus versteht man eine gewerkschaftliche Organisation, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Ziel ist es, das bestehende Staatssystem revolutionär zu überwinden und durch ein klassen- und staatenloses System zu ersetzen.

Neugründung einer Gruppe mit Namen „Analyse & Praxis“ bekannt.

Im Hinblick auf die Hochzeiten der anarchosyndikalistischen Bewegung in den 1920er Jahren, als der Vorläufer, die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD)¹¹⁵ etwa 150.000 Mitglieder hatte, erkennt die FAU Osnabrück desillusioniert an:

„... dass wir mit dem Anarchosyndikalismus kein Revolutionskonzept in der Tasche hatten, dem sich die Leute nur anzuschließen hätten. Wir wissen, dass wir viel nachdenken müssen, um die heutige Wirklichkeit zu verstehen. Trotzdem bleiben wir Revolutionäre und bewahren uns mit unserer neuen Gruppe einen eigenen Zusammenhang, um gemeinsam das Bestehende zu analysieren und praktisch, in aufklärerischer Absicht, in stattfindende Kämpfe zu intervenieren.“
(Internetseite der FAU Osnabrück, Ausdruck vom Mai 2007)

Selbstkritisch und ohne Beschönigungen durchleuchtet die FAU Osnabrück ihr Bestreben, dem sozialrevolutionären Anspruch der 1977 gegründeten FAU gerecht zu werden, um die Veränderung der gesellschaftlichen Zustände durch die Verbreitung der anarchosyndikalistischen Idee voran zu bringen. Resignierend wird konstatiert:

„Trotz unserem Engagement und etlichen Aktionsaufrufen war es nicht gelungen, betroffene Erwerbslose zu einer Beteiligung zu motivieren. Weder am Agenturschluss (02.01.05) noch an der FAU bestand von dieser Seite ein größeres Interesse. An ein Erwerbslosensyndikat war nicht zu denken. Im Sozialbündnis blieben wir gegenüber Parteien und DGB isoliert und traten schließlich aus.“
(Internetseite der FAU Osnabrück, Ausdruck vom Mai 2007)

Obwohl es der FAU gelang, mit medienwirksamen Aktionen, wie z.B. der Besetzung des CDU-Stadtbüros und des Osnabrücker Schlosses als Protest gegen Studiengebühren und Bildungsabbau, Aufmerksamkeit zu erzielen, gelang es aufgrund der zahlenmäßigen Schwäche nicht, eine ernstzunehmende gewerkschaftliche Alternative darzustellen. Ebenso erfolglos blieben die Bemühungen, durch neue Mitglieder mehr gesellschaftspolitische Akzeptanz zu erzielen. Die Vereinigung der Arbeiterklasse scheiterte,

¹¹⁵ Die FAUD entstand am 15.09.1919 durch Umbenennung aus der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG). Sie war bis zu ihrer Auflösung 1933 die wichtigste Organisation des deutschen Anarchosyndikalismus. Als Statut der FAUD verstand sich die „Prinzipienerklärung des Syndikalismus“ des deutschen Publizisten und Anarchisten Rudolf Rocker (1873 – 1958).

„...nicht zuletzt an den bestehenden Denk- und Bewusstseinsformen, denen die Einzelnen unterworfen sind und die sie selbst aufrechterhalten, und versandete in der konsumorientierten und unkritischen Vereinzelung.“

Im Jahr 2007 setzte sich die FAU/IAA wie im Vorjahr mit den gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Neoliberalismus und der „Hartz IV“-Gesetze auseinander.

Die Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB) der FAU versuchte, eine Betriebsgruppe in der Klinikum Wahrendorff GmbH aufzubauen. Mit einer Flugblattaktion im Mai wandte sich die GGB an die Beschäftigten im Klinikum Wahrendorff mit dem Aufruf, ihre Rechte als „ArbeitnehmerInnen“ wahrzunehmen und sich miteinander zu solidarisieren. Ein Ziel sollte es sein, sich in einer kämpferischen Betriebsgruppe zusammenzuschließen. Die Flugblätter wurden zeitgleich in den Klinikbereichen Ilten und Köthenwald (Stadt Sehnde) verteilt. Unterstützung erhielt die GGB dabei von „KollegInnen“ anderer Branchengewerkschaften¹¹⁶ der FAU Hannover. Nach Auffassung der GGB versucht das Klinikum Wahrendorff die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit durch Abmahnungen und außerordentliche Kündigungen von Betriebsratsmitgliedern zu unterbinden.

Die GGB betrachtet sich als klassenkämpferische Gewerkschaft, die nach eigener Aussage einen sozialpartnerschaftlichen Kurs ablehnt und sich nicht als „Konkurrenz zu Ver.di“ sieht, sondern als Alternative.

Neben der gewerkschaftlichen Arbeit engagiert sich die FAU auch immer mehr im Kampf gegen Rechtsextremismus wie z.B. beim Wahlkampfauftakt der NPD am 15. September

in Hannover. Mit einem eigenen Aufruf appellierte die FAU Hannover¹¹⁷ zur Teilnahme an den Demonstrationen und Aktionen gegen die NPD mit dem Motto: „Gegen Kapitalismus ohne Notausgang – Nie wieder Faschismus“.

Im Dezember arrangierte der Arbeitskreis Religionskritik der FAU in Hannover in Zusammenarbeit mit der Bewegung Graswurzelrevolution Gruppe Hannover¹¹⁸ eine Veranstaltungsreihe zur Darstellung der Zusammenhänge zwischen Religionen und gesellschaftspolitischen Herrschaftsverhältnissen unter dem Motto: „Kein Gen, Kein Gott, Kein Vaterland“.



¹¹⁶ Neben der GGB gehören drei weitere Branchengewerkschaft zur Lokalförderung der FAU Hannover. Das Allgemeine Syndikat (AS), das Bildungssyndikat (BSY) und das tiermedizinische Syndikat (TMS).

¹¹⁷ <http://www.fau.org/ortsgruppen/hannover/art>

¹¹⁸ Nach eigener Darstellung handelt es sich um einen seit über 20 Jahren bestehenden Zusammenschluss gewaltfreier, anarchistischer Gruppen.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle: Göttingen		
Mitglieder	2006	2007
Bund:	4.300	4.300
Niedersachsen:	600	600
Publikation:	Die Rote Hilfe (vierteljährlich, Auflage 5.000)	

Der Ursprung der RH geht auf die in der Weimarer Republik gegründete und von der KPD dominierte Rote Hilfe Deutschland (RHD) zurück, der bis zu einer Million Mitglieder angehörten. Nach der Zerschlagung der Organisation durch die Nationalsozialisten wurde die RHD von der linksextremistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten 1975 wieder gegründet.

Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen „staatliche Repression“, indem sie Rechtshilfe gewährt, Szeneangehörigen Anwälte vermittelt, Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen leistet und im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die so genannten politischen Gefangenen betreut, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Strafandrohungen sollen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren. Die RH versteht sich nicht als karitative Rechtsschutzversicherung. Vielmehr soll sie ihrer Selbstdarstellung zufolge als Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke betrachtet werden. Die RH äußert sich in ihren Stellungnahmen ausschließlich zum Thema Repression, wobei sie mit ihrer Kritik auch auf das bestehende System der Bundesrepublik Deutschland zielt. So sei die „staatliche Repression“ Ausdruck des Selbsthaltungsprinzips der herrschenden Ordnung.

Die Mitglieder der RH, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren, entscheiden über Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit durch eine von ihnen gewählte Bundesdelegiertenversammlung. Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und themenspezifische Spendenaktionen; so verwaltet z. B. die Göttinger Ortsgruppe ein „Castor-Konto“, da der Bereich der Antiatomkraftbewegung den Schwerpunkt ihrer Unterstützungsarbeit darstellt. Darüber hinaus unterhält die RH weitere Spendenkonten für von staatlichen Sanktionen betroffene Antifaschisten.



Die seit 1986 als eingetragener Verein fungierende Organisation ist in einen Bundesvorstand, selbstständige Ortsgruppen sowie Kontaktstellen gegliedert. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Göttingen, Hameln, Hannover und Osnabrück. In Göttingen sind die Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der bundesweit erscheinenden Vereinszeitschrift Die Rote Hilfe ansässig.

Der Zeitschrift kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie berichtet über den Stand von Strafverfahren und schildert Fälle, in denen Beschuldigte bei Strafverfahren Unterstützung von der RH erhalten haben. Sonstige politische Schriften und Rechtshilfebroschüren werden über den Literaturvertrieb der RH in Kiel veröffentlicht.

Neben ihren Unterstützungsleistungen stellt die RH so genannte Ermittlungsausschüsse zu besonderen Veranstaltungen bereit. Laut einer Darstellung auf der Internetseite der RH besteht die Aufgabe der Ermittlungsausschüsse darin, sich um Festgenommene zu kümmern und Rechtsanwälte zu vermitteln.

Aber auch nach Veranstaltungen bietet die RH Interessierten und Betroffenen ihre Unterstützung an. So organisierte die RH Göttingen im Juni eine G8-Repressions-Nachbereitungsveranstaltung an der Aktive der Ortsgruppe und ein Rechtsanwalt über „staatliche Repressionen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel“ informierten und berieten.

Nach dem Betätigungsverbot für die PKK gründeten die RH und die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland 1996 gemeinsam den Rechtshilfefonds AZADI. Er unterstützt als eingetragener Verein nach den gleichen Prinzipien wie die RH Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht sind, in Ermittlungsverfahren, vor Gericht und im Gefängnis.

„Antirevisionistische“ Publikationen

RotFuchs

Der RotFuchs – Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland wurde im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost als politisch theoretische Monatsschrift mit marxistisch-leninistischem Profil gegründet. Die regelmäßig 32 Seiten umfassende Zeitschrift kritisierte die „reformistische“ Entwicklung der DKP und entwickelte sich zu einer Konkurrenz für die DKP-Parteizeitung UZ. Nach parteiinternen Streitigkeiten trennte sich die Redaktion im Juni 2001

von der DKP und gründete als „parteionabhängiges Blatt mit unveränderter Orientierung“ am 27.07.2001 den RotFuchs-Förderverein e.V. (RotFuchs e.V.). Nach eigenen Angaben zählt der Förderverein mehr als 1500¹¹⁹ Mitglieder, die in 24 Regionalgruppen organisiert sind, und ca. 14.000 ständige Leser. Die auch über das Internet abrufbare Zeitschrift wird im Postversand in 27 Ländern verteilt und besitzt auch in Niedersachsen einen erheblichen Verbreitungsgrad.



Der sich als revolutionäre Zeitschrift verstehende RotFuchs lehnt einen „modernen Reformsozialismus“ strikt ab. Dieser agiere im Rahmen des bestehenden Systems und sei bereits Teil des Kapitalismus. Seine Wortführer seien unwiderruflich in der „imperialistischen BRD“ angekommen und bezeichneten die Wiedervereinigung als „Wende“. Tatsächlich habe es sich um einen „Sieg der Konterrevolution“ gehandelt. Zum gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskurs mit der Fragestellung: „Was ist links in unseren Tagen?“ beschreibt der Chefredakteur, Klaus STEINIGER¹²⁰, die Schwierigkeiten der ideologischen Verortung besonders auch im Hinblick auf die „Koalitionsopportunisten“ der Partei DIE LINKE.:

„Natürlich gibt es auf dem linken Flügel nicht nur gradlinige Marxisten. Politisch aktiv sind auch nicht wenige autonome Linke aller Art, von denen viele durchaus Standpunkte vertreten, von denen wir Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch ganz oder teilweise zustimmen können. Wer unter der Linken einen schwammigen Allerweltsbrei versteht, in den jede beliebige Zutat hineingerührt werden darf, tut der Sache keinen guten Dienst.“
(RotFuchs, Nr. 108, März 2007, S. 1)

Die Monatsschrift RotFuchs hält auch nach wie vor unbeirrt an ihrer DDR-Nostalgie fest und bedauert das Ende des politischen Systems der DDR mit markiger Wortwahl, wobei die eigentlichen Verursacher und Förderer der „zerstörerischen Gegenrevolution“ in Moskau zu suchen sind:

„Die Annexion der DDR durch die BRD und die damit verbundene Zerschlagung ihrer staatlichen Strukturen sowie die Rückverwandlung des gesellschaftlichen Eigentums in privat-

¹¹⁹ RotFuchs, Nr. 109, Februar 2007, S. 1

¹²⁰ Klaus STEINIGER, geboren 1932 in Berlin, war Staatsanwalt, Bürgermeister, Fernsehjournalist und im Außenministerium der DDR tätig, von 1967 bis 1991 war er Redakteur und Auslandskorrespondent beim Neuen Deutschland. Seit 1998 ist er Chefredakteur der Zeitschrift RotFuchs.

kapitalistisches Eigentum waren zweifellos Akte einer Konterrevolution. Sie stellte eine frühere Gesellschaftsformation wieder her und beseitigte ein fortgeschritteneres soziales und politisches System. Den Ausschlag aber gab der Wegfall des äußeren Schutzschildes durch die von der verräterischen Gorbatschow-Clique und dem verbrecherischen Jelzin-Clan vollzogene konterrevolutionäre Liquidierung der UdSSR, die auch das Aus der Staaten des Warschauer Vertrages bedeutete.“

(RotFuchs, Nr. 112, Mai 2007, S. 1)

Unter der Überschrift „Die Europa-Lüge“ wird das Zusammenwirken im Rahmen der europäischen Integration auf plastische Weise diffamiert und der deutsche Beitrag in einen unakzeptablen, geschichtlichen Kontext gestellt:

„In Wirklichkeit handelt es sich jedoch darum, daß der bereits wieder übermächtige und übermütige deutsche Imperialismus handfeste eigene Interessen verfolgt: Er will das von ihm im Zweiten Weltkrieg angestrebte, aber nicht erreichte Ziel – die Vorherrschaft in Europa – diesmal mit ‚friedlichen Mitteln‘ anvisieren ... Die angeblich so wacker voranschreitende ‚Integration‘ ist in erster Linie ein Konzept der politischen Gewährsleute des deutschen Kapitals, sich im Bunde mit und in Konkurrenz zu der Atommacht Frankreich schwächere ‚Partner‘ zu unterwerfen und deren Staaten Schritt für Schritt aufzulösen.“

(Fehler aus dem Original übernommen)

(RotFuchs, Nr. 117, Oktober 2007, S. 1)

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung/"RTC")	
Mitglieder:	2006	2007
Bund:	5.000-6.000	5.000-6.000
Niedersachsen:	ca. 550	ca. 550
Publikationen:	„Freiheit“, „Impact“, „The Auditor“, „Dianetik Post“, „Free Mind“, „International Scientology News“, „Advance“ u. a.	
Teilorgani- sationen:	In Deutschland zehn „Kirchen“ („Orgs“ ¹²¹), darunter drei „Celebrity Centres“ ¹²² , und zwölf „Mis- sionen“ ¹²³ , u. a. in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart.	

Geschichte der SO

Der amerikanische Buch-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911-1986) veröffentlichte 1950 sein Buch mit dem Titel „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ und legte damit den Grundstein der Scientology-Organisation (SO). Er entwickelte eine Selbsthilfemethode, die „ungenutztes geistiges Potential“ freisetzen und „wahre Fähigkeiten“ verwirklichen sollte. Zur Umsetzung gründete er zunächst in den USA „Dianetik-Zentren“, um einen neuen Menschen mit scientologischer Prägung zu schaffen. Bereits 1954 gründete HUBBARD die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles. Er hoffte, damit seine Organisation gegen staatliche Eingriffe abzusichern. Nach HUBBARDs Ansicht war die Gesellschaft in ihrer modernen Erscheinungsform zum Untergang verurteilt. Sein Ziel war es, die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt zu erlangen.

¹²¹ Interne SO-Abkürzung für Organisation.

¹²² SO-Betreuungsstelle für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - Schauspieler, Musiker etc.

¹²³ Eine von der SO in ihrer Größe nicht näher definierte Anlaufstelle.

Die „Scientology-Kirche“ scheint sich – aus rein taktischen Gründen, nicht aus innerer Überzeugung – nur dort als Religion darzustellen, wo sie sich finanzielle, insbesondere steuerliche Vorteile davon verspricht. Im arabischen Kulturraum, wo sich die SO keine Vorteile von der Darstellung als Religion erhoffen kann, werden dagegen Hinweise auf ein „religiöses“ Selbstverständnis strikt vermieden.

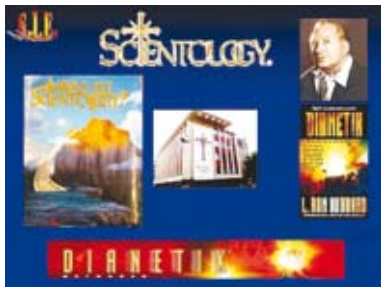
Zielsetzung und verfassungsfeindliche Bestrebungen

Die Ideologie der SO stützt sich ausschließlich auf die Schriften von HUBBARD, die nach eigenen Aussagen der Organisation unveränderliche Gültigkeit besitzen. HUBBARDS programmatische Äußerungen werden in den so genannten „policy letters“ (Richtlinienbriefen) den Mitgliedern und Mitarbeitern als verbindliche Orientierung vorgegeben.

Scientology sieht sich selbst als eine „Erlösungsreligion“, deren Anliegen „die Errettung aller Menschen auf dem einzig wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit“ ist. Die Bestrebungen der SO sind darauf ausgerichtet, ein allein an scientologischen Wertvorstellungen orientiertes totalitäres Herrschaftssystem durch Expansion in alle Bereiche des staatlichen Lebens durchzusetzen. Dieses Ziel will die SO mittels ihrer Technologie¹²⁴, deren Kernstück das so genannte Auditing (eine Verhörmethode zur Bewusstseins- und Verhaltenskontrolle) ist, erreichen.

Bereits in seinem grundlegenden Buch „Dianetik“ hatte HUBBARD auf die politische Relevanz und die Reichweite seiner Lehre und Technik hingewiesen. Mit der Entwicklung seiner totalitären „Admintech“ (Technologie), die in elf

Bänden niedergelegt ist, hat HUBBARD ein sozialtechnisches Instrumentarium geschaffen, um Gruppen gefügig zu machen. Die neue scientologische „wahre Demokratie“ soll die derzeitigen Demokratien ersetzen, die von Scientologen als Produkt einer aberrierten, d. h. von der Vernunft abweichenden, geisteskranken Gesellschaft angesehen werden. Alle gesellschaftlichen Probleme sollen dadurch gelöst werden, dass zunächst die politischen Meinungsführer und dann die Bevölkerung „geklärt“ werden, so dass die Gesellschaft



¹²⁴ Mit Hilfe der das System Scientology tragenden Techniklehre soll ein Mensch wissenschaftlich nachvollziehbar die „Handhabung des Lebens“ lernen können. Diese Technik geht davon aus, dass jeder Mensch wie eine Maschine zu bedienen ist. Der durch die scientologischen Verfahren zu erzeugende neue Mensch, der Scientologe, ist nach HUBBARD ein „Produkt“, das durch spezielle Übungen vom noch unvollkommenen bis zum vollkommenen Produkt gebracht werden muss.

schließlich nur noch aus den so genannten Nichtaberrierten, den „Clears“, besteht. Gleichzeitig soll die Technologie zur Organisation aller gesellschaftlichen Gruppen und Regierungen weltweit Verwendung finden.

Die auf den Schriften ihres Gründers L. Ron HUBBARD beruhende Ideologie besitzt innerhalb der Organisation unveränderliche Gültigkeit. Die Schriften und Aktivitäten der SO enthalten tatsächliche Anhaltspunkte, dass die SO die bestehende demokratische und rechtsstaatliche Ordnung durch die Etablierung einer Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen ersetzen und lenkenden Einfluss auf Regierungen ausüben will.

Zentrale Bedeutung haben seine „Richtlinienbriefe“ (Hubbard Communication Office Policy Letter = HCOPL), deren Vorgaben und Aussagen für scientologische Ziele nach wie vor neu aufgelegt und vertrieben werden. Ein Eindruck zu der scientologischen Zielsetzung ergibt sich aus dem 2004 erschienenen Flugblatt „Die Zeiten müssen sich ändern“, in dem HUBBARD wie folgt zitiert wird:

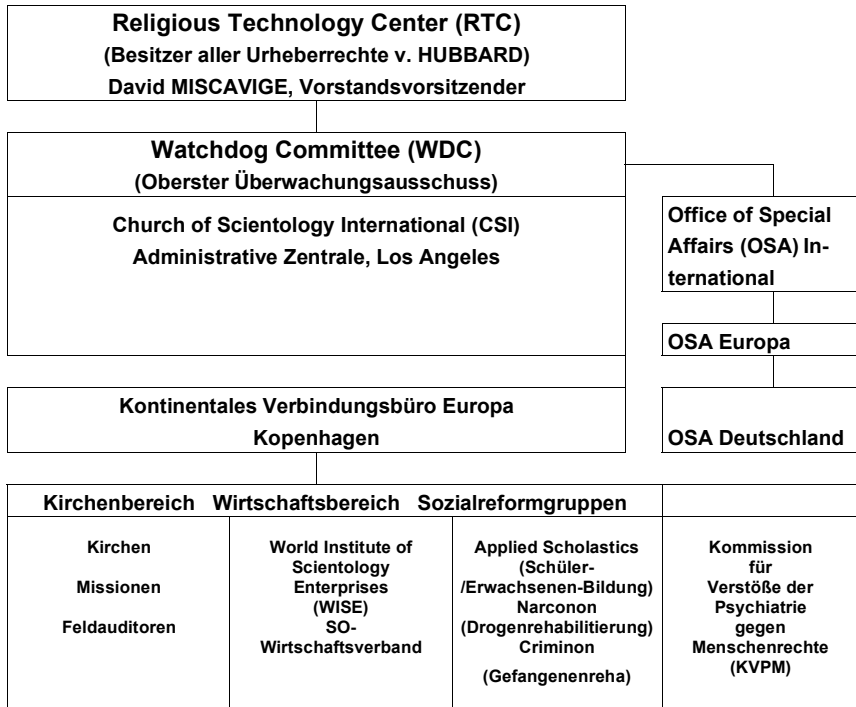
„Heute balancieren wir als Kultur am Rande der Zerstörung. Ob die Zerstörung mit einem dramatischen Knall, durch politische Aufstände oder in einem schrittweise sozialen Verfall erfolgt, ist nebensächlich. Sie wird kommen. ... Wir sind die einzige Gruppe auf der Erde, die tatsächlich über eine funktionierende Lösung verfügt. ... Wir dürfen es nicht zulassen, dass uns irgendwelche Repressalien seitens Regierungen, Kampagnen von unfähigen Heilern, die selbst bereits versagt haben, oder irgendwelche angedrohten Verhöhnungen oder Bestrafungen im Wege stehen. ... Die Zeiten müssen sich ändern. Und wir, die Scientologen, sind diejenigen, die sie verändern.“

Organisation

Die SO ist eine weltweit aktive, streng hierarchisch strukturierte Organisation mit einer Vielzahl von Unter- und Nebenorganisationen, die der Durchsetzung der SO-Technologie, der Aufrechterhaltung von Machtstrukturen innerhalb der Organisation sowie der Geldbeschaffung dienen. Unter der Leitung von David MISCAVIGE wird die Gesamtorganisation zusammen mit der obersten Zentrale, der „Church of Scientology International“ (CSI), über die jeweiligen „Kontinentalen Verbindungsbüros“ (Continental Liaison Office) gesteuert, das sich für Europa in Kopenhagen befindet. Von dort aus werden die nationalen Niederlassungen kontrolliert. Aufgabe des internationalen Managements ist es u. a., für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln.



Die wichtigsten Organisationseinheiten der SO ¹²⁵, ¹²⁶



Weitere erwähnenswerte Organisationseinheiten sind die „Sea Organization“ (Sea Org), eine mit besonderen Kontrollbefugnissen ausgestattete Einrichtung, die in allen Organisationsteilen der SO Schlüsselpositionen besetzt, die „International Association of Scientologist“ (IAS), ein weltweiter Verbund von Scientologen, der über Spenden und Beiträge kostspielige Kampagnen der SO finanziert, die „Association for better Living and Education“ (ABLE), eine Vereinigung verschiedener Gruppierungen, die in der Drogen- und Gefangenenrehabilitierung sowie im Bildungsbereich aktiv sind und die „Citizens Commission on Human Rights“ (CCHR), in Deutschland bekannt unter dem Namen „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM).

¹²⁵ „Office of Special Affairs“ (OSA): Stelle für Rechtsangelegenheiten, Public Relations und organisationseigener Geheimdienst

¹²⁶ „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE): Einrichtung, die die scientologische Technologie in die Geschäftswelt hineinragen und Wirtschaftsunternehmen kontrollieren soll.

Scientology in Deutschland und Niedersachsen

Die Basis des SO-Organisationsgefüges bilden die Scientology-Zentren. In Deutschland gibt es zehn „Kirchen“ (Orgs), von denen sich drei als „Celebrity-Centren“ bezeichnen, und zwölf „Missionen“, denen nach Schätzung der Verfassungsschutzbehörden ca. 5.000 bis 6.000 Mitglieder zuzuordnen sind. Die Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die Scientology Kirche Deutschland e. V. mit Sitz in München.

Am 13. Januar eröffnete die SO medienwirksam ihre neuen Räumlichkeiten in Berlin. Die Wahl fiel dabei auf ein sechsstöckiges Gebäude mit rund 4.000 Quadratmetern Bürofläche in einem der vornehmeren Bezirke Berlins, in Charlottenburg. An der Eröffnungsfeier nahmen insgesamt ca. 1.500 Anhänger der Organisation aus verschiedenen Ländern teil. Nach Angaben der SO sei der Zeitpunkt für diese Einrichtung deshalb so wichtig, da Berlin auf dem besten Wege sei, sich zu einem der wichtigsten kulturellen Zentren Europas zu entwickeln.

Mit der Einrichtung eines Zentrums in Berlin bleibt die zentral aus den USA gesteuerte SO ihrer Linie treu, Europa im Sinne ihrer Ideologie zu missionieren und näher an die Machtzentren zu rücken. Durch die Schaffung einer räumlichen Nähe und Präsenz verspricht sich die SO, bei den politischen Entscheidungsträgern an Einfluss zu gewinnen. In einem auf dem SO-Expansionsgipfel 2006 verteilten Werbepapier hieß es,

„... um unsere planetarischen Rettungskampagnen in Anwendung zu bringen, müssen wir die obersten Ebenen der deutschen Regierung in Berlin erreichen. Die Berliner Zentrale ist dafür verantwortlich, die nötigen Zufahrtstraßen in das deutsche Parlament zu bauen, um unsere Lösungen tatsächlich eingearbeitet zu bekommen in die gesamte deutsche Gesellschaft.“

Im Sommer erschienen Neuausgaben zahlreicher Standardwerke und Grundlagenbücher des SO-Gründers HUBBARD. Diese Standardwerke enthalten keine nennenswerten Veränderungen bzw. keine Änderungen in der ideologischen Substanz. Vielmehr bekräftigt die SO durch diese Publikationen ihre verfassungsfeindliche Programmatik und dokumentiert ideologische Erstarrung. Die Äußerungen der SO gegenüber ihren Mitgliedern, dass die „neuen Bücher“ das Verstehen und Lernen gravierend verbessern würden, sind – von dem Umstand abgesehen, dass die Glossare erweitert wurden

– kaum nachvollziehbar. Mit den Neuausgaben dürfte die Organisation lediglich wieder ihre finanziellen Interessen verfolgen.

In Niedersachsen ist die SO mit einer Org in Hannover vertreten. Im Sommer 2006 wurde medienwirksam eine Mission in Oldenburg eröffnet. Die Räumlichkeiten in der Oldenburger Fußgängerzone wurden jedoch 2007 wieder aufgegeben. Neben diesen zentralen SO-Anlaufstellen unterhielt die SO bis 30. Juni noch eine Niederlassung des eigenen Buchverlages „New Era“ in Seevetal, der in Deutschland die einzelnen Orgs und Mitglieder mit scientologischen Druckschriften, Video- und Tonmaterial belieferte. Die Niederlassung wurde aufgelöst, der Service für die Mitglieder erfolgt jetzt durch „New Era International“ mit Europasitz in Kopenhagen.

Im Frühjahr und Sommer machte die Org Hannover Schlagzeilen, in dem sie ankündigte, dass sie für sich im Zentrum der Landeshauptstadt ein repräsentatives Gebäude mit etwa 5.000 Quadratmetern Bürofläche suche. Bei der Immobilienauswahl orientierte man sich an der neu errichteten Org in Berlin. Die Expansionspläne der SO in Hannover wurden bisher nicht umgesetzt.

Die niedersächsischen SO-Einrichtungen bilden auf Bundesebene keine regionalen Schwerpunkte in Bezug auf das Gesamtgefüge der Organisation. Von den weiterhin etwa 200 Personen, die mehr oder weniger regelmäßig die Org Hannover nutzen, können seit Jahren konstant 20 Scientologen als feste Mitarbeiter angesehen werden.

Die Hauptaktivitäten der niedersächsischen Scientologen bildeten zumeist Infostände in der Innenstadt von Hannover sowie in anderen Orten Niedersachsens. An den Infoständen werden Publikationen des SO-Gründers HUBBARD und Werbeproschüren diverser SO-Unterorganisationen ausgelegt. Außerdem wird der so genannte E-Meter werbewirksam vorgeführt, ein Gerät zur Messung des Hautwiderstandes, eine Art Lügendetektor, mit einer für SO spezifischen Interpretation.

In dem Bereich der Schülernachhilfe und Erwachsenenbildung versuchte die SO mit ihren Unterorganisationen „Applied Scholastics“ (ApS), „Zentrum für individuelles und effektives Lernen“ (ZIEL) und „Ziel Concept“ Einfluss auf das nach Ansicht der SO reformbedürftige Bildungssystem zu nehmen. Bei der ApS handelt es sich um eine Unter- bzw. Tarnorganisation der SO mit ihrem Hauptsitz in Los Angeles. In Deutschland ist die „Applied Scholastics Germany“ mit einem zentralen Büro in Garbsen vertreten. ApS ist in Deutschland diejenige Stelle, bei der Scientologen u. a. Unterlagen für ihre Lizenzbewerbungen erhalten können.

Lizenzen werden von „Applied Scholastics International“ (USA) nur an die Mitglieder vergeben, die einen Kurs über die Lerntechnologie absolviert und gezeigt haben, dass sie diese Methodik „korrekt“ anwenden und lehren können. Bei den „SO-Nachhilfe-Angeboten“ in Niedersachsen handelt es sich nicht um Schulen, Institute oder Zentren, sondern um Einzelpersonen, die ihre Nachhilfe-Angebote an ihren Wohnanschriften offerieren. Die SO folgt mit der Expandierung auf dem Nachhilfe-Unterricht-Markt den aktuellen Zielvorgaben der SO-Zentrale in den USA. Diese dienen, wie alle Aktivitäten der SO, ausschließlich der Mitgliederrekrutierung und Gewinnmaximierung des Unternehmens.

Eine Inanspruchnahme der Schülernachhilfe oder Erwachsenenbildung durch die Lizenznehmer aus Niedersachsen wurde bisher nicht festgestellt.

Seit Frühjahr 2006 haben zwei bekannte Scientologen einen Sendeplatz bei dem Bürgerradio „ZuSa“, das im Bereich Heide, Elbmarsch und dem Wendland zu empfangen ist. Mit der Sendereihe „Neue Impulse“ präsentieren die beiden bekennenden Scientologen jeden zweiten Montag in der Zeit von 11.00 bis 12.00 Uhr Beiträge über Menschenrechte und interpretieren anhand von Beispielen ihre Bedeutung.

Hinweistelefon

Für Hinweise steht im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Verfassungsschutzabteilung, weiterhin der Telefonanschluss mit der Nummer 0511/6709-393 zur Verfügung.

SPIONAGEABWEHR

Einführung

Wie in den Vorjahren hat Deutschland auch 2007 seine Bedeutung als Operationsgebiet für ausländische Geheimdienste¹²⁷ nicht verloren. Die Erwartung, dass die verstärkte Zusammenarbeit ehemals verfeindeter Staaten bei der Bekämpfung des internationalen Extremismus und Terrorismus ein deutliches Nachlassen der Spionageaktivitäten gegen unser Land mit sich bringen würde, hat sich nicht bestätigt. Als Standort bedeutender Unternehmen der Spitzentechnologie, aber auch aufgrund seiner geopolitischen Lage, seiner Rolle innerhalb der Europäischen Union und der NATO bietet Deutschland lohnende Aufklärungsziele für fremde Geheimdienste. Dazu zählen traditionell die Dienste der russischen Föderation, zunehmend aber auch die der Volksrepublik China sowie einiger Länder des Nahen und Mittleren Ostens. Neben den klassischen Aufklärungszielen Politik, Militär, Rüstungsindustrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gewinnt die Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Gegnerschaft zu ihren Regierungen im Heimatland stehen, an Bedeutung.

Besondere Wachsamkeit gilt nicht nur dem Schutz klassischer Aufklärungsziele, sondern ebenso dem Erkennen und Verhindern einer wachsenden illegalen Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Um ihre politischen Absichten durchsetzen zu können, bemühen sich die so genannten Krisenländer, in den Besitz von nuklearen, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Da sie in der Regel nicht über das notwendige Know-how zur Entwicklung und Herstellung dieser Waffen verfügen, versuchen sie, sich notwendiges Wissen, Ausgangsprodukte und Güter illegal zu beschaffen. Die Verbreitung derartiger Technologien stellt weltweit eines der größten Sicherheitsrisikos dar.

¹²⁷ Als Geheimdienste werden hier staatliche Organisationen fremder Mächte verstanden, die nicht nur politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich oder militärisch bedeutsame Nachrichten beschaffen und für ihre Auftraggeber auswerten, sondern auch aktive Handlungen zur Störung oder Beeinflussung „politischer Gegner“ im In- und Ausland vornehmen. Dabei streben sie ein Höchstmaß an Geheimhaltung an. Die Verfassungsschutzbehörden verstehen sich als Nachrichtendienste. Sie sind gesetzlich auf die Beschaffung und Auswertung von Informationen beschränkt. Im Gegensatz zu Geheimdiensten unterliegen sie der Kontrolle durch unabhängige Instanzen und unterrichten die Öffentlichkeit über wesentliche Ergebnisse ihrer Arbeit.

Geheimdienste der Russischen Föderation

Die russische Staatsführung sieht trotz der guten politischen Beziehungen zur Bundesrepublik keine Veranlassung, auf eine Aufklärung Deutschlands mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu verzichten. Traditionell gehören hierzu Aufklärungsfelder wie Politik, Wirtschaft, Militär, Wissenschaft und Forschung. Die politische Informationsbeschaffung steht jedoch unverändert im Vordergrund. So besteht unter anderem ein permanentes Interesse an Informationen über die Entwicklung der Europäischen Union und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das politische Gesamtgefüge in Europa. Dabei spielen die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation (RF) mit ihren Legalresidenturen¹²⁸ seit jeher eine tragende Rolle. Über die dort unter diplomatischer Abdeckung getarnten hauptamtlichen Mitarbeiter der Geheimdienste verfügen die russischen Dienste in Deutschland über feste Stützpunkte, aus denen heraus im Operationsgebiet geheimdienstliche Aktivitäten jeglicher Art erfolgen können, angefangen bei offener Informationsgewinnung bis hin zur geheimen Agentenführung.

Die von dem Inlandsgeheimdienst FSB¹²⁹ und den zivilen und militärischen Auslandsgeheimdiensten SWR¹³⁰ und GRU¹³¹ sowohl offen als auch geheim beschafften Informationen sollen der russischen Regierung helfen, frühzeitig politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklungen und Veränderungen in der Bundesrepublik zu erkennen und zu bewerten, um bei Bedarf unmittelbar reagieren und Einfluss nehmen zu können.

¹²⁸ Stützpunkt eines fremden Geheimdienstes in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung seines Landes im Gastland.

¹²⁹ FSB = Federalnaja Slushba Besopasnosti

¹³⁰ SWR = Slushba Wneschnej Raswedkij

¹³¹ GRU = Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenije

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

	SWR Slushba Wneschnej Reswedkij	GRU Glawnoje Reswedywatelnoje Uprawlenije	FSB Federalnaja Slushba Besopasnosti
Aufgaben	Zivile Auslands- aufklärung	Militärische Auslands- aufklärung	Ziviler + Militärischer Abwehrdienst mit ziviler Aufklärungs- komponente
Leiter	Generaloberst Sergej Nikolajewitsch LEBEDEW	Generaloberst Walentin Wladimirowitsch KORABELNIKOW	Minister Nikolaj Platonowitsch PATRUSCHEW

Darstellung aus dem Verfassungsschutzbericht 2005, Innenministerium Baden-Württemberg

Durch eine stete Zunahme der Aufgaben und die Ausweitung seiner Befugnisse hat sich der FSB zum größten und mächtigsten Nachrichtendienst der RF entwickelt. Zielpersonen des FSB sind vor allem Ausländer, die sich regelmäßig in Russland aufhalten. Dazu gehören insbesondere Angehörige diplomatischer Vertretungen und Geschäftsreisende, aber auch das Personal von Hilfsorganisationen oder deutschstämmige Aussiedler. Diese ausländischen Staatsangehörigen müssen stets damit rechnen, vom FSB überwacht, in nachrichtendienstliche Sachverhalte verstrickt und als Agenten angeworben zu werden. Von ihnen werden beispielsweise Informationen erwartet, die der russischen Politik Informationen oder der russischen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt verschaffen. Der FSB ist im wirtschaftlichen Bereich gesetzlich verpflichtet, im Interesse der Sicherheit Russlands und zur Erhöhung des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzials Aufklärungsarbeit zur Gewinnung entsprechender Informationen zu betreiben. Ganz konkret versucht der FSB russischen Geschäftsleuten im Konkurrenzkampf mit ausländischen Unternehmen behilflich zu sein. Hierzu gehört die Beschaffung von Informationen über Preisstrategien und Bilanzen führender Konkurrenzunternehmen auf dem Weltmarkt sowie von Forschungs- und Entwicklungsdaten über Zukunftsprodukte anderer Wettbewerber im Ausland. Dabei beschränkt der FSB seine Aktivitäten nach neuesten Erkenntnissen nicht mehr nur

auf das eigene Hoheitsgebiet. Unter dem Deckmantel der Spionageabwehr versucht der FSB, auch in anderen Zielreichen Auslandsaufklärung zu betreiben. Dazu gehört das Interesse an Informationen über die Arbeitsweise und Interessenschwerpunkte westlicher Nachrichtendienste oder die Informationsbeschaffung über politische und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in anderen Ländern.

Zielpersonen werden vor einer nachrichtendienstlichen Ansprache intensiv überprüft. Dabei wird gezielt nach persönlichen Angriffspunkten gesucht. So werden bei Anwerbungsversuchen etwa kleine Ungenauigkeiten im Visumantrag, Ordnungswidrigkeiten oder geringfügige Verletzungen der Zollbestimmungen aufgebauscht und als Straftat bezeichnet, wobei man den Zielpersonen mit rigiden staatlichen Maßnahmen droht.

Über die gesetzliche Verpflichtung aller russischen Internetanbieter, dem FSB ungehinderten Zugriff auf den Datenverkehr zu ermöglichen und die Anweisung an die Telefongesellschaften, dem FSB permanenten Zugang zu Informationen über Kunden und deren Telefonverkehr zu gewähren, erhält der FSB nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, entsprechende Kontakte und deren Inhalte nachrichtendienstlich auszuforschen. Gefährdet sind hierbei insbesondere ausländische Geschäftsreisende und Besucher, die bei der Nutzung dieser Medien ins Blickfeld des FSB geraten und perspektivisch mit nachrichtendienstlicher Zielrichtung problemlos überwacht werden können.

Der Auslandsgeheimdienst SWR ist mittlerweile nicht nur für die Auslandsaufklärung in den Bereichen Politik, Ökonomie sowie Wissenschaft und Technologie zuständig, sondern wirkt auch bei der Bekämpfung der Proliferation und des internationalen Terrorismus mit.

Er besetzt in den russischen Auslandsvertretungen einen Großteil der Tarndienstposten, deren Anzahl in Deutschland auf unverändert hohem Niveau liegt und im europäischen Vergleich sogar eine Überrepräsentanz aufweist. Damit wird der Stellenwert Deutschlands als Aufklärungsziel der RF unterstrichen. Die Umstrukturierung der Dienste hat auch beim SWR zur Übernahme weiterer Aufgaben – u. a. im Bereich Fernmeldeaufklärung – und über Aufstockung durch entsprechendes Fachpersonal zu einer Gesamtstärke von mehr als 13.000 Mitarbeitern geführt.

Die GRU als militärischer Auslandsgeheimdienst der RF ist nach Auflösung der Sowjetunion nahezu unverändert geblieben und bildet ein unverzichtbares Element in der staatlichen Sicherheitsstruktur der RF. Mit seinem Leiter Armeegeneral Walentin Korabelnikow und ca. 12.000 Mitarbeitern erhält die GRU ihre Aufträge durch den russischen General-

stab und ist direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt. Die Beschaffungsaufträge der GRU erfolgen traditionell aus der Moskauer Zentrale und als unverzichtbare Beschaffungsplattform aus den Legalresidenturen im Operationsgebiet, in denen sie den vermutlich größten Anteil der Tarndienstposten besetzt halten. Die Aufklärungsaktivitäten der GRU in Deutschland erstrecken sich mit Zielvorgaben wie Bundeswehr, Nato-Streitkräfte und militärisch nutzbare Technologie auf das gesamte militärische Spektrum.

Die Aufklärungsaktivitäten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste der übrigen Mitgliedsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten spielen im Operationsgebiet Deutschland eine eher unbedeutende Rolle. Diese haben ihren Aufgabenschwerpunkt überwiegend im eigenen Land im Bereich der inneren Sicherheit und der Spionageabwehr.

Exekutivfall nach Ermittlungen des Verfassungsschutzes vor dem Hintergrund einer geheimdienstlichen Agententätigkeit

Der niedersächsische Verfassungsschutz bearbeitete über längere Zeit u. a. einen Fall, der Ende März 2007 seinen Abschluss in einer Exekutivmaßnahme der Bundesanwaltschaft wegen Verdachts einer geheimdienstlichen Agententätigkeit i.S.d. § 99 StGB fand.

Hintergrund hiesiger Fallbearbeitung war die Anbindung eines im Ruhestand befindlichen Lehrers aus einer Kleinstadt im Bereich der Heide. Der Rentner stand über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg in engem Kontakt zu Angehörigen eines Geheimdienstes aus dem Bereich des Nahen/Mittleren Ostens. Nachdem durch Angehörige des Geheimdienstes ein freundschaftliches Verhältnis zu dem Rentner aufgebaut war, wurde an ihn ein „europaweiter Informationsbedarf“ herangetragen.

Im weiteren Verlauf der „Bekanntschaft“ recherchierte der Agent dann zumeist in offen zugänglichen Quellen und lieferte regelmäßig Informationen, die zum Teil auch ohne Auftrag eigeninitiativ erarbeitet wurden.

Chinesische Geheimdienste

War in den ersten drei Jahrzehnten der am 1.10.1949 gegründeten Volksrepublik (VR) China das Herrschaftssystem auf eine totale Kontrolle des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und privaten Lebens ausgerichtet, begann die politische Führung Chinas Ende 1978 mit einer „Politik der offenen Tür“. Ihre bis dahin nach sowjetischem Vorbild aufgebaute zentral gelenkte Planwirtschaft hat seitdem und insbesondere mit Beginn der umfassenden Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen im Jahre 1992 gewaltige Veränderungen mit sich gebracht. So sind seit der Verfassungsänderung vom März 1999 neben Kollektiveigentum auch Privateigentum wichtige Bestandteile der „sozialistischen Marktwirtschaft“. Allerdings betrafen die bisherigen Veränderungen fast ausschließlich nur den wirtschaftlichen Bereich. Die VR China stellt nach wie vor ein autoritäres Einparteien-System unter der Führung der Kommunistischen Partei (KP) dar. Die KP besitzt praktisch unbeschränkte Entscheidungs- und Eingriffsbefugnisse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft und kontrolliert über ihr Kadersystem sämtliche Führungspositionen in Regierung und Militär. Politische Reformen waren auch vom 17. Parteitag¹³² der KP Chinas, der vom 15. bis 21. Oktober in Peking durchgeführt wurde, nicht zu erwarten. Bereits im Vorfeld hatte der Parteitagssprecher den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei bekräftigt. China müsse seinen eigenen Weg gehen und an der „korrekten politischen Ausrichtung“ festhalten.

Spätestens seit dem Beitritt zur World Trade Organisation (WTO) im Jahr 2001 und dem im selben Jahr gestarteten Fünf-Jahres-Programm zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik (Strategie „Aufschwung des Landes durch Wissenschaft und Bildung“) hat eine neue Phase der Wirtschaftsexpansion begonnen. Auch der im März 2006 verabschiedete neue Fünf-Jahres-Plan¹³³ sieht als Schwerpunkt die besonders

¹³² Der Parteitag findet statutengemäß alle fünf Jahre statt und ist das wichtigste politische Ereignis in China. Auf ihm werden die politischen Leitlinien für das Land festgelegt und die oberste Führung gewählt. Der 17. Parteitag war der erste Parteikongress, bei dem Hu Jintao, der 2002 von seinem Vorgänger Jiang Zemin den Posten des Generalsekretärs der Partei und 2003 auch das Amt des Staatsoberhauptes übernommen hatte, Regie führte.

¹³³ Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 11. Fünf-Jahres-Planes (China Development Forum 2006) soll Chinas Bildungsminister Zhou Ji am 19.03.2006 betont haben, dass China weiterhin an der Bildungsreform festhalten und noch mehr junge Menschen beim Auslandsstudium unterstützen werde. In Zukunft werde China nicht nur die Anzahl chinesischer Studierender im Ausland erhöhen, sondern auch auf die Qualität des Auslandsstudiums chinesischer Studierender besonders großen Wert legen. Einer Statistik des Bildungsministeriums zufolge sollen beinahe 620.000 chinesische Studenten im Ausland studieren. (Artikel „China fördert Auslandsstudien“, 21. März 2006-www.china.org.cn/german/227134.htm).

geförderte Innovationswirtschaft und -technologie, mit deren Hilfe China sich aus seiner Rolle als „Werkbank der Welt“ verabschieden will. Chinas Abwendung von einem quantitativen hin zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum wird durch die Verabschiedung eines neuen „Lenkungskataloges für Auslandsinvestitionen“¹³⁴ unterstrichen.

Bis zum Jahre 2010 soll die Volkswirtschaft in ein „Marktwirtschaftssystem sozialistischer Prägung“, also die bisherigen staatseigenen Unternehmen angeblich ohne weitere Lenkung durch einen autoritären Staatsapparat in eine moderne gesellschaftliche Form überführt werden. Im Ergebnis geht es um den Sprung zur nächsten Entwicklungsstufe der chinesischen Volkswirtschaft mit dem Ziel, den Anschluss an die führenden Industrienationen zu erreichen.

Westliche Wirtschaftsexperten sind übereinstimmend der Auffassung, dass dieses ehrgeizige Ziel nur mit massivem Transfer von Spitzentechnologie aus den hoch entwickelten Industriestaaten zu erreichen ist. Dazu bedient sich China weltweit seiner Nachrichten- und Sicherheitsdienste und betreibt (auch in Deutschland) eine immer intensivere nachrichtendienstliche Aufklärung einschließlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Quellen. Es besteht ein permanentes Interesse an wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Informationen. Aber auch die klassischen Aufklärungsbereiche der Spionage stehen im Zielspektrum der chinesischen Dienste. So haben die Dienste die Aufgabe, die chinesische Staatsführung möglichst frühzeitig mit Informationen zu versorgen, die für Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik von Bedeutung sind.

Eine weitere Aufgabe der chinesischen Nachrichtendienste ist die Überwachung und die Beeinflussung der außerhalb Chinas lebenden oder vorübergehend aufhältlichen Landsleute. Hierzu zählen insbesondere diejenigen Personen, die dem politischen System ihres Heimatlandes kritisch gegenüberstehen (so genannte Oppositionelle) und in der Regel in zahlreichen Vereinen organisiert sind. Namentlich handelt es sich hauptsächlich um die in China am 22.07.1999 verbotene buddhistisch-taoistische Falun-Gong-Bewegung sowie um die nach „Selbstbestimmung“ strebenden islamischen Uiguren,

¹³⁴ Der neue Lenkungskatalog vom 31.10.2007 („Catalogue for the Guidance of Foreign Investment Industries“) trat am 1.12.2007 in Kraft und ersetzte die Vorgängerversion aus dem Jahre 2004. Während die Vorgängerversion im Wesentlichen ein Leitfadensystem durch grob gefächerte Industriesektoren war, in denen ausländische Investitionen entweder erwünscht, beschränkt oder verboten waren, ist die Neufassung vor allem bei den Angaben hinsichtlich der erwünschten Technologien und Produkte merklich detaillierter geworden. Erwünscht sind künftig vor allem Projekte, die neue Technologien und Produktions-Know-how ins Land bringen, die bisher noch nicht oder nicht ausreichend vertreten sind.

deren Heimat die ölreiche autonome Region der nationalen Minderheit Xinjiang im Nordwesten Chinas ist.

Die methodische Arbeitsweise der chinesischen Nachrichtendienste besteht bevorzugt in der offenen Informationsabschöpfung auf breiter Front. Genutzt werden vorrangig eigene sprachlich ausgebildete Landsleute, die im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit vielfältige Kontakte zu deutschen Dienststellen und Ministerien unterhalten oder Veranstaltungen in den sie interessierenden Bereichen besuchen, um mit den dort vertretenen Zielgruppen Kontakte zu knüpfen. Hierbei wird eine Politik des „langen Atems“ verbunden mit einer „Offensive des Lächelns“ betrieben, indem die Beziehungen zu nachrichtendienstlich interessanten Personen regelrecht kultiviert werden. Wiederholte Einladungen zum Essen, gemeinsamer Besuch kultureller Veranstaltungen, Empfänge in der Botschaft bis hin zu Einladungen nach China inklusive der Kostenübernahme vermitteln das Bemühen, eine „Freundschaftsbeziehung“ aufzubauen. Dabei lassen die verdeckt arbeitenden Nachrichtendienstangehörigen ihre wahren Absichten nicht erkennen.

Eine weitere Informationsabschöpfung erfolgt durch in Deutschland ständig oder vorübergehend lebende Chinesen¹³⁵, die als hoch qualifizierte Mitarbeiter bei bedeutenden deutschen Firmen, in wissenschaftlichen Instituten oder als postgraduierte Studenten¹³⁶ tätig sind. Diese Personen werden von den diplomatischen Vertretungen oder anderen staatlichen Stellen Chinas unter Anspielung auf das nationale Bewusstsein bzw. „zum Dienst am Vaterland“ dazu angehalten, die erworbenen Kenntnisse der Entwicklung Chinas zur Verfügung zu stellen.

Seit Mitte 2003 werden auch elektronische Angriffe mit mutmaßlich chinesischem Ursprung gegen Regierungsstellen und Wirtschaftsunternehmen beobachtet. Die mittels E-Mail durchgeführten Angriffe verwenden eine angehängte Schadsoftware (so genannte Trojaner) in der Weise, dass die so infizierten Rechner sowohl ausgespäht als auch verändert (sabotiert) werden können.

Wichtigster Träger der nachrichtendienstlichen Aufklärung ist mit mehr als 800.000 Mitarbeitern das Ministerium für

¹³⁵ Am 31.12.2006 waren in Niedersachsen fast ca. 5.500 chinesische Staatsangehörige erfasst, wobei der Anteil der chinesischen Studenten bei 55% lag. (Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen). Deutsche Staatsangehörige chinesischer Herkunft sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

¹³⁶ Als „Postgraduierte“ bezeichnet man diejenigen Studenten, die bereits über einen Hochschulabschluss verfügen und in einem Aufbaustudium mit Ziel Master oder der Promotion an einer Universität eingeschrieben sind.

Staatssicherheit (MSS)¹³⁷ als ziviler Inlands- und Auslandsdienst. Aufgabe des MSS ist „die Wahrung der Sicherheit des Staates“. Es ist als Inlandsdienst für die Verhinderung von Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und der Interessen des Staates, für die Wahrung der Sicherheit des Staates und der politischen Stabilität der Gesellschaft, für die Gewährleistung des Aufbaus des Sozialismus und Erziehung der chinesischen Bürger zu Patriotismus sowie zum Schutz der Staatsgeheimnisse zuständig. Darüber hinaus nimmt es als Auslandsdienst klassische Aufklärungsaktivitäten außerhalb der VR China wahr. Es ist davon auszugehen, dass ausländische Besucher, vorrangig Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Wissenschaft, in China einer umfassenden Überwachung unterliegen und in Hotels und Konferenzräumen auch abgehört werden.

Auch der wachsende Informationsfluss aus dem Ausland wird in China überwacht. So sind alle Nachrichten verboten, „die Chinas staatliche Sicherheit, Ansehen und Interessen gefährden“. Die amtliche Nachrichtenagentur XINHUA wurde zur obersten Kontrollinstanz erhoben, die den Zustrom ausländischer Nachrichten genehmigen und verwalten muss. Es sind unter anderem solche Informationen nicht erlaubt, die nach Einschätzung chinesischer Behörden die „wirtschaftliche und soziale Ordnung stören“, „die soziale Stabilität gefährden“, einzelne Personen „beleidigen“ oder „die Sozialethik untergraben“. Auch von ausländischen Online-Anbietern wie Google, Microsoft und Yahoo wird die staatliche Zensur für das chinesische Internet als Teil der regulatorischen Bedingungen akzeptiert.

Außer vom MSS werden in China nachrichtendienstliche Aufgaben auch noch vom Ministerium für öffentliche Sicherheit (MÖS¹³⁸) und vom militärischen Nachrichtendienst (MID) wahrgenommen.

Beim MID handelt es sich um die 2. Hauptverwaltung des Generalstabes der Volksbefreiungsarmee. Die vom MID im Ausland eingesetzten Agenten sind häufig bei den Militärattachés an den chinesischen diplomatischen Vertretungen als so genannte Legalresidenturen angesiedelt. Das Interesse der Militärabteilung ist auf die Beschaffung von Informationen aus den Bereichen Bundeswehr, Rüstung und Nachrichtentechnik sowie auf die Abschöpfung von fachkundigen Wissensträgern gerichtet.

¹³⁷ MSS = Ministry for State Security. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao hat am 30. August überraschend den bisherigen Leiter des MSS, Minister Xu Yongyue, von seinem Posten abberufen. Zum neuen Leiter des Ministeriums wurde sein bisheriger Stellvertreter Geng Huichang ernannt.

¹³⁸ Für die öffentliche Sicherheit des ganzen Landes zuständige Abteilung des Staatsrats und das höchste Führungs- und Kommandoorgan der Volkspolizei.

Die Botschaften und Konsulate bieten ebenso wie Presseagenturen den nachrichtendienstlich Tätigen eine gute Basis, von dort aus ihren Aufträgen nachzugehen, weil das Interesse an bestimmten Informationen durch die offizielle Funktion kaschiert wird.

Proliferation

Nach wie vor bildet die Bekämpfung der Proliferation, darunter ist die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und die zu ihrer Ausbringung notwendigen Trägersysteme über den Kreis der fünf klassischen Atommächte hinaus zu verstehen, einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt der niedersächsischen Spionageabwehr.

Wesentliches Merkmal der Proliferation ist, dass sie nicht von einer einzelnen kriminellen Person oder Gruppe betrieben wird, sondern von so genannten proliferationsrelevanten Staaten wie Iran, Nordkorea, Pakistan und Syrien unter Einbeziehung ihrer Nachrichtendienste.

Da einsatzfähige ABC-Waffen- und Trägersysteme nicht komplett auf dem Weltmarkt zu beschaffen sind, richtet sich das Streben der genannten Länder auf den Erwerb von Produkten, die den Fortbestand und die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen Waffenbestände sichern und die es ermöglichen, neue Waffensysteme zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei solche Ausfuhrprodukte, die als so genannte Dual-use-Güter sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich Anwendung finden können.

Ziel der Bemühungen ist aber auch der Erwerb von Wissen, um die von ihnen betriebenen Programme zum Besitz und zur eigenen Herstellung von Massenvernichtungswaffen weiter fortsetzen zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland als eine der führenden Industrienationen der Welt und damit bevorzugtes Ziel proliferationsrelevanter Beschaffungsbemühungen versucht dem durch eine restriktive Exportkontrolle entgegen zu wirken. Trotzdem ergeben sich für die deutschen Sicherheitsbehörden bei der Proliferationsbekämpfung erhebliche Schwierigkeiten. Durch den Einsatz von Tarnfirmen/-organisationen sowie durch falsche Angaben über die Ware selbst, ihrem tatsächlichen Bestimmungsort und -zweck ist es oftmals sehr schwierig, nachrichtendienstlich gesteuerte Beschaffungsaktivitäten als solche zu erkennen.



Der niedersächsische Verfassungsschutz versucht seiner Aufgabe bei der Proliferationsbekämpfung durch Ermittlungen und Sensibilisierungsgespräche in entsprechenden niedersächsischen Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen gerecht zu werden.

Dieses hat auch zu einer Reihe von Hinweisen und zumindest in einem Fall zu einem konkreten Erfolg wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsrecht geführt.

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Gem. § 98 StGB kann ein Gericht von einer Strafe absehen oder nach seinem Ermessen mildern, wenn ein Täter u. a. sein Wissen einer Dienststelle offenbart. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Verfassungsschutzabteilung, Postfach 44 20, 30044 Hannover, Tel. 0511/6709-0, zu wenden.

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ

Geheimschutz

Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand oder lebenswichtige Interessen, die Sicherheit oder die Interessen des Bundes oder eines Landes gefährden können, müssen geheim gehalten und als Verschlusssache (VS) vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Je nach Schutzbedürftigkeit erfolgt eine Einstufung der VS in unterschiedliche Geheimhaltungsgrade (VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, VS-VERTRAULICH, GEHEIM oder STRENG GEHEIM), wobei der Schutz durch vorbeugende und wirkungsvolle Maßnahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes erzielt wird.

VS ab dem Geheimhaltungsgrad VS-VERTRAULICH dürfen nur Personen zugänglich sein, die sich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen haben. Dieses zentrale Instrument des personellen Geheimschutzes ist in Niedersachsen im Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (Nds. SÜG) geregelt. Die in diesem Gesetz vorgeschriebenen Überprüfungsverfahren stellen sicher, dass nur Personen, deren Zuverlässigkeit festgestellt worden ist, eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben. Zuständig für die Einleitung

einer Sicherheitsüberprüfung ist die jeweilige Beschäftigungsdienststelle; die Verfassungsschutzbehörde wirkt bei der Durchführung der Überprüfung mit. Im Jahr 2007 hat die Verfassungsschutzbehörde als mitwirkende Behörde insgesamt 539 Sicherheitsüberprüfungen (2006: 542) bearbeitet.

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von VS in schriftlicher oder elektronischer Form. In der Verschlusssachenanweisung (VSA) sowie ergänzenden Richtlinien ist geregelt, wie als VS eingestuftes Schriftgut sicher bearbeitet, verwahrt und verwaltet wird.

Die Verfassungsschutzbehörde wirkt gemäß § 60 Abs. 1 VSA bei der Durchführung der VSA und der sie ergänzenden Richtlinien mit und berät die Dienststellen des Landes. Beratungsschwerpunkte sind die Einrichtung und der Betrieb von besonders gesicherten Aktensicherungsräumen oder Stahlschränken (VS-Verwargelasse), in denen VS unter Beachtung baulicher, mechanischer, elektronischer und organisatorischer Sicherheitsvorkehrungen aufbewahrt werden können. Dabei ist festgestellt worden, dass die Anzahl der verschlusssachenverwaltenden Dienststellen weiterhin rückläufig ist, da das Aufkommen an VS zunehmend geringer wird und Altbestände konsequent vernichtet werden.

Ein weiterer Beratungsschwerpunkt betrifft den personellen Geheimschutz. Neben individuellen Beratungsgesprächen mit Geheimschutzbeauftragten oder VS-Verwaltern an deren Arbeitsplätzen werden Schulungen für Geheimschutzbeauftragte niedersächsischer Behörden durchgeführt, in denen Grundlagen des personellen und materiellen Geheimschutzes vermittelt werden.

Geheimschutz findet nicht nur in Behörden statt, sondern auch in Unternehmen, die im Auftrag des Staates mit VS umgehen und demzufolge die Regelungen des personellen und materiellen Geheimschutzes beachten müssen. Geheimschutzbetreute Unternehmen sind z. B. Kernkraftwerke oder Betriebe der Rüstungsindustrie.

Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz

Der Wirtschaftsschutz hat seine wichtige Position in der Netzwerkarbeit gegen Wirtschaftsspionage auch 2007 unterstrichen. Von diesem Dienstleistungsbereich werden weit über 400 Firmen betreut und täglich Anfragen nach Beratungen und Vorträge aus der Wirtschaft bearbeitet. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die enge Zusammenarbeit mit der Spionageabwehr, wobei der Wirtschaftsschutz von den aktuellen Erkenntnissen dieses Bereichs profitiert und die neusten In-

formationen zu Spionage und Proliferation in angemessener Form an die Wirtschaft weiterreichen kann. Aber auch die Spionageabwehr partizipiert von der Arbeit des Wirtschaftsschutzes, indem verschiedene Hinweise zu Sicherheitsvorfällen bewertet bzw. bearbeitet worden sind.

Die Statistik für den Wirtschaftsschutz weist ca. 90 Firmenberatungen und fast 60 Vorträge bei verschiedensten Adressaten auf. Darüber hinaus kam es zu einer Vielzahl von Kontakten mit Behörden, Verbänden und anderen Einrichtungen, die allesamt in der Sicherheitsstruktur gegen Wirtschaftsspionage wichtige Bindeglieder darstellen. Daneben wurden durch den Wirtschaftsschutz etwa 30 Sicherheitsüberprüfungen nach dem Nds. SÜG durchgeführt, da dem Bereich auch die Aufgaben im Geheimschutz in der Wirtschaft obliegen.

Exemplarisch für die Tätigkeit des Wirtschaftsschutzes im Berichtsjahr waren folgende Projekte:

Stand auf der Hannover Messe 2007

Erstmals war der Wirtschaftsschutz mit einem Stand auf der Hannover Messe vertreten, die überwiegend von Vertretern der Industrie aus dem In- und Ausland besucht wird. Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen offerierte die niedersächsische Behörde unter dem Motto „Verfassungsschutz gegen Wirtschaftsspionage“ ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot. Die interessierten Besucher brachten häufig schon eine Sensibilität für Sicherheitsfragen mit, so dass gezielte Problemstellungen und konkrete Fallkonstellationen erörtert wurden. Die Beratungsschwerpunkte bildeten der Schutz vor Ausspähung bei der Nutzung von Informationstechnologie, die so genannte Innentäterproblematik und mögliche Sicherheitslücken bei der Auslagerung von Geschäftsbereichen (Outsourcing). Aufgrund der positiven Resonanz auf das Angebot wird eine regelmäßige Teilnahme an der Hannover Messe erwogen.

Unternehmer-Kontaktmesse: b2d (Business to Dialog)

Am 21. und 22. Juni fand zum zweiten Mal die „b2d – Business to Dialog“ im hannoverschen Congress Centrum statt. Die zweitgrößte der zehn in Deutschland etablierten regionalen Dialogmessen mit 220 Ausstellern aus der Region Hannover hatte zum Ziel, durch die Netzwerkbildung Aufträge aus der Region für die Region zu generieren. Der Verfassungsschutz erzielte mit seinem Beratungsangebot zum Thema Wirtschaftsspionage und Know-how-Schutz große

Resonanz. Daneben wurde der Kontakt zu bereits betreuten Unternehmen vor Ort intensiviert.

Sechste Wirtschaftsschutztagung des Verfassungsschutzes

Im Juni fand die diesjährige Wirtschaftsschutztagung statt, die zugleich Sicherheitsforum der Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftskriminalität war. Innenminister Uwe Schünemann konnte mehr als 100 Teilnehmer, die vorwiegend zum Kreis der vom Wirtschaftsschutz betreuten niedersächsischen Unternehmen gehören, zu der Veranstaltung begrüßen.

Die ausgebuchte Tagung stand unter dem Leitgedanken „Geschäftsreisen ins Ausland – Ein Risiko für Unternehmer?“. Neben den aktuellen Informationen zu Wirtschaftsspionage und Wirtschaftsschutz wurde den Zuhörern ein vielfältiges Tagungsprogramm geboten.

Der Vortrag „IT-Sicherheit auf Geschäftsreisen“ endete mit einer Livedemonstration zur Steganografie¹³⁹, die aufzeigte, wie einfach vertrauliche Daten in einer Bilddatei versteckt und wieder sichtbar gemacht werden können.

Große Aufmerksamkeit schenkten die Teilnehmer auch den Ausführungen eines Mitarbeiters der Beratergruppe des BKA über Entführungen, Geiselnahmen und Erpressung von Geschäftsreisenden im Ausland sowie dem Leiter der Konzernsicherheit eines Global Players, der über seine Erfahrungen im Ausland berichtete.



Sicherheitsvorfälle

Dem Wirtschaftsschutz ist auch 2007 wieder eine Vielzahl von Sicherheitsvorfällen in Unternehmen bekannt geworden, von denen zwei Beispiele dargestellt werden, die über eine mögliche Gefährdung von Firmen aufklären sollen. Sie zeigen aber auch, dass es nach wie vor nicht unerhebliche Sicherheitslücken in den Unternehmen gibt:

Versuchte Ausforschung eines deutschen Technikers chinesischer Herkunft in der VR China

Ein aus China stammender Deutscher besuchte Anfang des Jahres seine Familie in China. Bereits wenige Tage nach seiner Ankunft in der VR China wurde er über den Telefonanschluss eines Familienangehörigen vom Inspektionsbüro

¹³⁹ Methode zur Verschlüsselung von Nachrichten durch Verstecken der Information in Texten und Bildern. (Online-Wörterbuch WAHRIG Rechtschreibung, Auskunft vom 18.02.2008)

(vergleichbar dem Werkschutz) seines früheren chinesischen Arbeitgebers angerufen und um ein Treffen im Büro des Betriebes gebeten. Dort empfingen ihn zwei Personen, die sich als Mitarbeiter des „Amtes für Nationale Sicherheit“ vorstellten, und die ihn in ein außerhalb des Firmengeländes gelegenes Restaurant führten. Eine weitere „vorgesetzte“ Person befragte den Mann zunächst zu seinem Lebenslauf, zu seiner Familie und zu seiner derzeitigen Lebenssituation in der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend wurde er zu in Deutschland lebenden Chinesen und zu seinem deutschen Arbeitgeber befragt, wobei erhebliches Interesse an technischen Produktdetails und an betriebsinternen Geschäftsabläufen bestand. Man hat ihn darauf hingewiesen, dass sein Wissen für die VR China wichtig sein könne. Er wurde aufgefordert, Geschäftsbeziehungen zwischen seinem deutschen Arbeitgeber und chinesischen Firmen einzuleiten, um dadurch für (angeblich) beide Seiten lukrative Geschäftsabschlüsse zu ermöglichen. Der Deutsche habe seinen Gesprächspartner höflich, aber bestimmt und unmissverständlich darauf hingewiesen, dass er an weiteren Kontakten irgendwelcher Art kein Interesse habe. Nach seiner Rückkehr aus China offenbarte er sich seinem Arbeitgeber. Dabei handelt es sich um ein deutsches Unternehmen, das zu den Branchenführern zählt. Es arbeitet zur Entwicklung innovativer Software-Produkte mit Wissenschaftlern diverser Forschungseinrichtungen zusammen und ist insbesondere wegen seiner Aufträge für die bundesdeutsche Marine geheimschutzbetreut.

Laptop-Diebstahl aus dem Forschung-/Entwicklung-Bereich eines Hochtechnologieunternehmens

Der Vorfall fand bei dem weltweiten Koordinator Entwicklung eines niedersächsischen Hochtechnologieunternehmens statt, in dessen Büro der Laptop gestohlen wurde. Der Laptop ist in dem abgeschlossenen Gebäude der Entwicklungsabteilung gestohlen worden und hat sich dort in einer Docking-Station befunden. Auf der Festplatte waren hochwertige Informationen gespeichert. Insgesamt ließ das vorhandene Spurenbild den Verdacht zu, dass die Tat zumindest mit Unterstützung eines Insiders stattgefunden hat.

Nach Hinweisen von Firmenmitarbeitern ist es nicht unwahrscheinlich, dass in diesem Fall ein gezieltes Vorgehen für eine Know-how-Beschaffung gegeben ist, zumal in dem Gebäudekomplex andere Wertgegenstände, z. B. hochwertige elektronische Geräte, außer Acht gelassen worden sind und die

Umstände des Diebstahls geeignet waren, von einer Informationsbeschaffung abzulenken. Zurzeit verdient das Hochtechnologieunternehmen mit dem gegenwärtigen Stand der Technik viel Geld. Dabei spielt auch ein Joint Venture in China eine große Rolle, aber es ist auch bekannt, dass die Chinesen um eigene Produktionskapazitäten bemüht sind. Auch vor diesem Hintergrund kann der Diebstahl des Laptops mit dem gespeicherten Know-how eine Bedeutung haben.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN

Neuorganisation

Mit dem Gesetz zur Neuorganisation des Verfassungsschutzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 319) ist das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz mit Wirkung vom 1. August aufgelöst worden. Neue Verfassungsschutzbehörde ist das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Fachministerium). Das Fachministerium unterhält eine gesonderte Abteilung (Verfassungsschutzabteilung), die allein die der Verfassungsschutzbehörde nach dem Verfassungsschutzgesetz und anderen Rechtsvorschriften obliegenden Aufgaben wahrnimmt. Diese Abteilung wird durch einen Verfassungsschutzpräsidenten geleitet.

Mit der Integration der Aufgaben des Verfassungsschutzes in eine Abteilung im Fachministerium wurden Schnittstellenproblematiken, die durch die Aufgabenerledigung im nachgeordneten Landesamt für Verfassungsschutz und die Aufsichtstätigkeit im damaligen Ministerium für Inneres und Sport entstanden waren, beseitigt und die Aufgabenerledigung dadurch optimiert. Die Informationswege wurden durch die Neuorganisation verkürzt. Synergieeffekte, die durch eine Verschlinkung der Aufgabenorganisation erzielt wurden, konnten zur Unterstützung der fachlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes genutzt werden.

Beschäftigte

Im Haushaltsplan 2007 waren für die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde wie im Vorjahr 244 Stellen ausgewiesen. Durch Personalverstärkungen stieg diese Zahl bis zum Ablauf des Berichtszeitraums auf 251.

Das Beschäftigungsvolumen, die Grundlage für die Berechnung der Personalkosten für die in der Verfassungsschutzbehörde Beschäftigten, betrug im Haushaltsjahr 2007 230,07 Vollzeiteneinheiten (VZE). Für das Haushaltsjahr 2008 wurde es auf 248,47 VZE festgesetzt.

Haushalt

Im Haushalt der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde waren im Haushaltsjahr 2007 für Personalausgaben 9.972.000 EUR (2006: 10.069.000 EUR) und für Sachausgaben 2.846.000 EUR (2006: 2.535.000 EUR) veranschlagt. Damit ergab sich

ein Ausgabevolumen von 12.818.000 EUR, das sich durch die finanziellen Auswirkungen der Personalverstärkungen zum Ende des Jahres 2007 um ca. 600.000 EUR erhöhte.

Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes

Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Sicherheit des Bundes und der Länder nimmt der Verfassungsschutz neben seinem Beobachtungs- und Aufklärungsauftrag auch gesetzlich geregelte Mitwirkungspflichten gegenüber anderen Behörden wahr (§ 1 Satz 2 Nr. 4 NVerfSchG). Im Rahmen dieser Mitwirkung wird überprüft, ob den Verfassungsschutzbehörden zu bestimmten, von der anfragenden Behörde näher bezeichneten Personen Erkenntnisse vorliegen, die bei den Entscheidungen der anfragenden Behörden eine sicherheitsbezogene Relevanz entfalten.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 33.198 solcher Mitwirkungsanfragen an den Niedersächsischen Verfassungsschutz gerichtet. Die anfragestärksten Prüfungsbereiche stellten wie im Vorjahr die Beteiligungen bei Einbürgerungen (11.838 Anfragen) und Aufenthaltstiteln (6.150) sowie Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz (8.259), dem Atomgesetz (4.798) und dem Sprengstoffgesetz (658) dar. Zu den Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes zählen des Weiteren Anfragen nach dem Waffengesetz, Häftlingshilfegesetz, Ordensgesetz, Hafensicherheitsgesetz, der Bewachungsverordnung und der Überfall- und Einbruchmelderichtlinie sowie zur Dolmetscherdatei des LKA NI.

Übermittlungen sicherheitsrelevanter Erkenntnisse erfolgten im Jahr 2007 in weniger als einem Prozent der Fälle.

Eine zusätzliche Mitwirkungsaufgabe stellte sich anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sowie des G8-Gipfels 2007 vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm. Vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage kam den Sicherheitsmaßnahmen bei den in Deutschland durchgeführten europaweiten und internationalen Treffen, Tagungen und Konferenzen eine besondere Bedeutung zu. So wurden u. a. Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Rahmen der Akkreditierungen durchgeführt, bei denen die Verfassungsschutzbehörden mitgewirkt haben. Der zu akkreditierende Personenkreis umfasste nationale und internationale Pressevertreter, Hotelmitarbeiter sowie Mitarbeiter eingesetzter Dienstleistungsunternehmen. Die Überprüfung der Akkreditierungsbewerber erfolgte auf der Grundlage der persönlichen schriftlichen Einwilligung der Betroffenen und umfasste eine Anfrage bei Polizei und Verfassungsschutz.

Projektorganisation Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen (GIAZ – Niedersachsen)

Mit dem zum 10.01.2005 eingerichteten Projekt „Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen“ (GIAZ – Niedersachsen) wurde die behördenübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Auswertung und Analyse in den wichtigsten Bereichen der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung projektbezogen optimiert. In einem ganzheitlichen Ansatz, der das effektive Zusammenwirken von Polizei und Verfassungsschutz umfasst, sind der schnelle Austausch, die umfassende Analyse und Bewertung aller verfügbaren Informationen bei sehr kurzen Kommunikationswegen entscheidende Voraussetzung für die effektive Beobachtung und Bekämpfung dieser Phänomenbereiche.

Zu den Aufgaben des GIAZ – Niedersachsen gehören die Zusammenführung, Analyse und Bewertung von polizeilichen und nachrichtendienstlichen Informationen aus den Themenfeldern

- Internationaler Terrorismus und Extremismus, soweit er den internationalen Terrorismus unterstützt, insbesondere islamistischer Extremismus,
- Rechtsextremismus und
- Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

mittels einer gemeinsamen Datei. Zudem werden im GIAZ – Niedersachsen aussagekräftige Lagebilder erstellt, neue Analyseprojekte initiiert und operative Maßnahmen, die von Polizei und Verfassungsschutz in jeweils eigener Zuständigkeit durchgeführt werden, koordiniert.

Einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung stellt der Aufgabenschwerpunkt „Brennpunkte des Islamismus in Niedersachsen“ des GIAZ – Niedersachsen dar. Ziel dieses Projektes sind die weitere Aufhellung islamistischer Strukturen und das frühzeitige Erkennen von Schlüsselfiguren der islamistischen Szene. Die analytische Betrachtung soll Aufschluss geben über Anzahl, Verteilung und Zuordnung islamistischer Brennpunkte in Niedersachsen sowie Erkenntnisse zu Objekten liefern, in denen Radikalisierung und Rekrutierung für den Islamismus und insbesondere den islamistischen Terrorismus vorhanden ist.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat eine Analyse des GIAZ – Niedersachsen zu dem Ergebnis geführt, dass derzeit in Niedersachsen keine Strukturen und organisierten Vernetzungen zwischen subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten

(in erster Linie rechtsextremistischen Skinheads) einerseits und Hooligans und Rockern andererseits existieren. Es sind lediglich Einzelfälle von Überschneidungen konstatiert worden. Darüber hinaus fertigte das GLAZ – Niedersachsen ein „Gemeinsames Lagebild des Staats- und Verfassungsschutzes zum Rechtsextremismus im Bereich der norddeutschen Küstenländer“.

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Der niedersächsische Verfassungsschutz gewinnt die zur Erfüllung seiner Aufgaben relevanten Informationen überwiegend aus offen zugänglichen Quellen. Darüber hinaus werden – im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – nachrichtendienstliche Mittel zur Informationsbeschaffung eingesetzt. Nach § 6 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) darf der Verfassungsschutz zur Beschaffung der erforderlichen Informationen die hier abschließend aufgeführten nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen, soweit dies für die Erkenntnisgewinnung unverzichtbar ist. Vor dem Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Bestrebungen ausgehenden Gefahren, ggf. die Konspiration oder Gewaltbereitschaft einer Organisation, den Einsatz dieser Mittel erfordern und durch welche Mittel die hiervon Betroffenen in ihren vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten belastet werden (Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs).

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beinhaltet im Berichtszeitraum im Wesentlichen den Einsatz von Vertrauensleuten und sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie zeitlich befristete Observationen.

Von den nachrichtendienstlichen Mitteln nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz - G10) wurde während des Berichtszeitraums vom Verfassungsschutz nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenen Maße Gebrauch gemacht. Die Anzahl der G10-Maßnahmen bewegte sich im einstelligen Bereich.

Die dem Verfassungsschutz durch die Neufassung des NVerfSchG im Jahr 2004 eingeräumten erweiterten Auskunftsbefugnisse gegenüber Kreditinstituten, Luftfahrtunternehmen und Erbringern von Post- oder Telekommunikationsdienstleistungen sind nach § 5a NVerfSchG an hohe rechtliche Voraussetzungen gebunden und lehnen sich im Bereich Post- und Telekommunikationsdienstleistungen an das Prüf-

verfahren einer G10-Maßnahme an. Von diesen Befugnissen hat der Verfassungsschutz aus Gründen der Verhältnismäßigkeit zurückhaltend Gebrauch gemacht.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Verfassungsschutz ist – wie die anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auch – gesetzlich befugt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien zu speichern. Das NVerfSchG und detaillierte Dienstvorschriften schreiben bestimmte Speichervoraussetzungen sowie Regelungen zur Sperrung und Löschung der Daten vor. Deren Beachtung unterliegt insbesondere der Kontrolle durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) und den im Verfassungsschutz bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Aufgrund der in Art. 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gemäß § 6 BVerfSchG eine gemeinsame beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingerichtete Datenbank, das so genannte Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS). Alle teilnehmenden Behörden dürfen dort nach Maßgabe der jeweiligen eigenen rechtlichen Befugnisse personenbezogene Daten einstellen sowie auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus dem so genannten Aktenfundstellensystem, das NADIS darstellt, werden jedoch nur der Name der gespeicherten Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z. B. Wohnanschrift, Staatsangehörigkeit, Kraftfahrzeug sowie die speichernde Behörde und deren nach einem einheitlichen Aktenplan vergebenen Aktenzeichen ersichtlich. Nicht gespeichert ist der Inhalt der jeweiligen Information, die Anlass zur Vergabe des Aktenzeichens gewesen ist.

Benötigt eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung die Informationen einer anderen Verfassungsschutzbehörde über eine gespeicherte Person, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege bei ihr an. Der Informationsübermittlung ist eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Bedeutsam ist, dass sich die im NADIS gespeicherten personenbezogenen Daten nur teilweise auf Personen beziehen, die verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) entfaltet haben. Im NADIS werden vielmehr auch Angaben

zu Personen erfasst, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom Niedersächsischen Verfassungsschutz waren am 31.12.2007 folgende personenbezogene NADIS-Speicherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen
18.425 (10.694)
- im Zusammenhang mit originären Aufgaben des Verfassungsschutzes im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr
7.710 (7.407)

Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

Im Jahr 2007 wurden 68 Auskunftersuchen (2006: 50) gemäß § 13 NVerfSchG abschließend bearbeitet. In 44 Fällen hatte der Verfassungsschutz keine Erkenntnisse gespeichert. Einer Anfragenden wurde der ihrer Erfassung zugrunde liegende Sachverhalt uneingeschränkt mitgeteilt. In 19 Fällen wurde den Auskunftssuchenden der ihrer Erfassung zugrunde liegende Sachverhalt eingeschränkt mitgeteilt und im Übrigen gemäß § 13 Abs. 2 NVerfSchG an den LfD verwiesen. In einem Fall konnten die dem Verfassungsschutz vorliegenden Erkenntnisse nicht mitgeteilt werden. Auch in diesem Fall wurde an den LfD verwiesen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde

Gemäß § 3 Abs. 4 NVerfSchG klärt die Verfassungsschutzbehörde die Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten auf. Zu den zusammenfassenden Berichten zählt insbesondere der Niedersächsische Verfassungsschutzbericht. Des Weiteren wurde im August die zweite, komplett überarbeitete und aktualisierte Auflage der Broschüre „Neonazistische Kameradschaften – Rechtsextremistische Skinheads – Rechtsextremistische Musik“ herausgegeben.

Zentrale Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes sind die Information der Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kon-

trolle des Verfassungsschutzes, die Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten. Der informierte Bürger soll in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Insoweit erfüllt die Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Extremismus. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes zielt – über die bloße Wissensvermittlung hinaus – auch darauf ab, sich unsere fundamentalen Verfassungsprinzipien bewusst zu machen. Die politische Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Gegenpositionen setzt die Kenntnis extremistischer Bestrebungen voraus.

Die Bürger- und Presseanfragen an die Verfassungsschutzbehörde spiegeln thematisch alle Arbeitsfelder des Verfassungsschutzes wider. Den Schwerpunkt bildeten dabei neben Anfragen zu islamistischen Organisationen vor allem der Informationsbedarf über rechtsextremistische Strukturen in Niedersachsen. Dabei wird häufig eine Einschätzung erbeten, ob beschriebene Phänomene als extremistisch zu werten sind.

Erscheinungsformen darzustellen, Hintergründe zu analysieren, Multiplikatoren, Schüler und Eltern zu sensibilisieren und auch auf Möglichkeiten des Zurückdrängens extremistischer Positionen einzugehen, steht bei den zielgruppenorientierten Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt. Wie in den Vorjahren wurden mehrfach Besuchergruppen in das Dienstgebäude des Verfassungsschutzes eingeladen. Darüber hinaus informierte der Verfassungsschutz fortlaufend an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Niedersachsen schwerpunktmäßig über den Rechtsextremismus, insbesondere über Werbestrategien rechtsextremistischer Organisationen, die zunehmend auf junge Menschen zugeschnitten sind.

Mit dem Konzept der Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus für kommunale Mandatsträger sowie Entscheidungsträger in den Verwaltungen bietet die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration im Rahmen der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit ein neues Informationsangebot, um über aktuelle rechtsextremistische Bestrebungen aufzuklären. An den vier Auftaktveranstaltungen in Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Braunschweig nahmen jeweils mehr als 150 kommunale Mandatsträger teil. In den zahlreich nachgefragten, anschließenden örtlichen Beratungsveranstaltungen in den Kommunen werden konkrete

Unterstützungsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten vorgestellt. Dazu zählt etwa neben der regionalen Lagedarstellung ein Argumentationstraining gegen rechtsextremistische Rhetorik oder eine Beratung, wie einem Anmietversuch eines Veranstaltungssaales, etwa zur Durchführung einer Konzertveranstaltung, entgegengewirkt werden kann.

Die landesweite Fortbildungsreihe, die die Verfassungsschutzbehörde seit 2005 in Stade, Hameln, Walsrode, Osna-brück, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung und der Landesschulbehörde für Lehrkräfte durchführt, ist 2007 mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Celle, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Salzgitter und Wilhelmshaven sowie Anfang 2008 in Wolfsburg weitergeführt worden. Insgesamt wurden fast 1.200 Lehrkräfte von Referenten des Verfassungsschutzes über die Gefahren des Rechtsextremismus informiert; Erfahrungsberichte von Lehrern ergänzten die Veranstaltungen. Die Qualifizierungsreihe, die auch dazu beitragen soll, dass die Schulen Projekttag und schulinterne Lehrerfortbildungen gegen den Rechtsextremismus initiieren und nachhaltig verankern, wird auch in den nächsten Jahren mit weiteren Veranstaltungsreihen fortgesetzt.

Aufgrund der in den Lehrerfortbildungen festgestellten großen Nachfrage nach Arbeitsunterlagen zum Thema Rechtsextremismus, entwickelte die Verfassungsschutzabteilung eine CD-ROM, die neben den Tafeln der Wanderausstellung umfassendes Material zu allen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus enthält. Zentraler Bestandteil der Informations-CD sind rechtsextremistische Primärtexte, die mit Hintergrundinformationen und Interpretationshinweisen angeboten werden. Rechtsextremistische Musikbeispiele sind mit Texten und Kurzprofilen der Bands für Unterrichtszwecke zusammengestellt. 1.000 Exemplare der vom Niedersächsischen Kultusministerium finanziell geförderten und bereits in zweiter Auflage erschienenen CD wurden bereits als Unterrichtsmaterial an niedersächsische Lehrkräfte verteilt. Sie wird weiterhin, insbesondere im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung, Multiplikatoren für deren jeweilige Bildungseinrichtung angeboten.

Die von der Verfassungsschutzbehörde konzipierte Ausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“ ist ein weiteres Mittel zur Aufklärung und soll eine Hilfe bei der aktiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darstellen. Sie schärft das Pro-



blembewusstsein, indem sie grundlegende Informationen über rechtsextremistische Erscheinungsformen und Werbemethoden vermittelt. Dieses Wissen ist die Voraussetzung für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und kann maßgeblich dazu beitragen, dass Rechtsextremisten mit ihren menschenverachtenden Hassbotschaften das Denken vor allem junger Menschen nicht negativ beeinflussen. Im Mittelpunkt der durch die Stiftung Niedersachsen geförderten Ausstellung stehen Beispiele rechtsextremistischer Musik. Die Besucher werden mit Liedtexten konfrontiert, die in schlimmster Weise gegen Minderheiten hetzen und Juden, Farbige, Homosexuelle, Obdachlose und Behinderte als minderwertige Randgruppen darstellen. Weil die volksverhetzende, fremdenfeindliche und zu Gewalttaten aufrufende Musik auf emoti-

onale Wirkung zielt und Tabus bricht, ist sie für Jugendliche verführerisch. Die Ausstellung soll den verstärkten Bemühungen von Rechtsextremisten, Jugendliche zu werben, entgegenwirken. Neben der Präsentation von Musikbeispielen sind ein Film, zahlreiche Informationstafeln und Anschauungsmaterialien Bestandteil der Präsentation. Das Konzept der Ausstellung sieht eine fachkundige Führung insbesondere von Schulklassen durch Verfassungsschutzmitarbeiter vor. So sind mittlerweile in Aurich, Bersenbrück, Braunschweig, Buchholz, Celle, Cloppenburg, Delmenhorst, Dörverden, Garbsen, Emden, Gifhorn, Hannover, Herzberg, Hildesheim, Munster, Osnabrück, Osterode, Papenburg, Stade, Syke, Walsrode, Wildeshausen, Wolfenbüttel und Wunstorf nahezu 18.000 Schüler in ca. 200 Führungen durch die Ausstellung geführt worden. Darüber hinaus wurde die Ausstellung im Rahmen einer Fachtagung des Verfassungsschutzes in Oldenburg und auf dem Deutschen Präventionstag in Nürnberg präsentiert. Insgesamt konnte der Verfassungsschutz fast 20.000 Besucher verzeichnen. Nach der Aktualisierung und teilweisen Überarbeitung, bei der die Anregungen und Vorschläge der Ausstellungsbesucher eingeflossen sind, wurde die Wanderausstellung am 26.03.2008 in Hildesheim wieder eröffnet. Für das Jahr 2008 ist sie komplett ausgebaut, Terminwünsche für 2009 liegen bereits vor.

Die komplett überarbeitete Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen – Probleme und Perspektiven der Integration“ wurde am 26. November in Braunschweig eröffnet. Die 31 Tafeln umfassende Ausstellung beleuchtet das Thema

der Integration von Musliminnen und Muslimen in Niedersachsen aus der Sicht der Integrationsbeauftragten, des Sports, des Landespräventionsrates aber auch der Polizei und des Verfassungsschutzes. Sie gibt einen Überblick über integrationshemmende und integrationsfördernde Aspekte. Die Ausstellung wirbt dafür, die gesellschaftlichen, aber auch die individuellen Anstrengungen für eine bessere Integration zu intensivieren. Die Wanderausstellung kann landesweit von interessierten Kommunen und Institutionen angefordert werden.



Der Verfassungsschutz ist im Fachbeirat der Clearingstelle Prävention von Rechtsextremismus des Landespräventionsrates (LPR) vertreten, die die verschiedenen Aktivitäten im Zusammenhang mit Aufklärungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen vernetzen soll. Durch die Arbeit der Clearingstelle soll rechtsextremen Orientierungen – vor allem bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – vorgebeugt werden. Die Mitgliedschaft im Fachbeirat stellt sicher, dass die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde mit den übrigen in Niedersachsen initiierten regionalen Präventionsaktivitäten abgestimmt werden.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Programms „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde beim Landespräventionsrat die Landeskoordinierungsstelle für Niedersachsen eingerichtet. Hier existiert ein Beratungsnetzwerk aus Expertinnen und Experten, aus dessen Mitte anlassbezogen, unmittelbar und zeitlich befristet Mobile Interventionsteams gebildet werden, die in einer krisenhaften Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund kompetent beraten. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist auch in diesem Expertenpool vertreten.

Nicht alle Erkenntnisse des Verfassungsschutzes können öffentlich dargestellt werden. Der Schutz der Informanten oder gesetzliche Verbote der Informationsweitergabe an Dritte können einer Veröffentlichung entgegenstehen. Aber zahlreiche Informationen zur Arbeit des Verfassungsschutzes und zu seinen Beobachtungsbereichen sind öffentlich darstellbar. Damit liefert der Verfassungsschutz einen Beitrag zur Ausgestaltung des Prinzips der wehrhaften Demokratie.

Der informierte Bürger ist der beste Garant für die Lebendigkeit unserer Demokratie und für die Abwehr verfassungsfeindlicher Organisationen. Der Verfassungsschutz steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens durch seine Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Wünsche zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen können per Post (Büttnerstraße 28, 30165 Hannover), telefonisch (0511/6709-217), per Fax (0511/6709-380) oder per E-Mail (oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de) an das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Abteilung Verfassungsschutz, gerichtet werden. Informationen zur Wanderausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“, wie aktuelle Ausstellungsorte, Termine für Führungen, Voraussetzungen für die Präsentation usw. erhalten Sie unter der Telefonnummer 0511/6709-569 oder der o. a. E-Mail-Adresse. Für Informationen zur Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen – Probleme und Perspektiven der Integration“ wenden Sie sich bitte an die Telefonnummer 0511/6709-510 oder per E-Mail gleichfalls an oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de.

Die weiterhin unter Federführung der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde im Internet eingestellte und komplett neu erarbeitete gemeinsame Präsentation der nord-deutschen Verfassungsschutzbehörden

www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de

stellt die Situation des Rechtsextremismus für ganz Norddeutschland dar. Neben ideologischen Begriffserklärungen und grundlegenden Erläuterungen über rechtsextremistische Erscheinungsformen finden sich auch Antworten auf die Frage „Was kann ich tun?“ und weiterführende Links für den Bereich der Prävention. Die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten bietet den beteiligten Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus länderübergreifend umgehend online darzustellen.

Die Verfassungsschutzabteilung informiert umfassend unter der Adresse

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

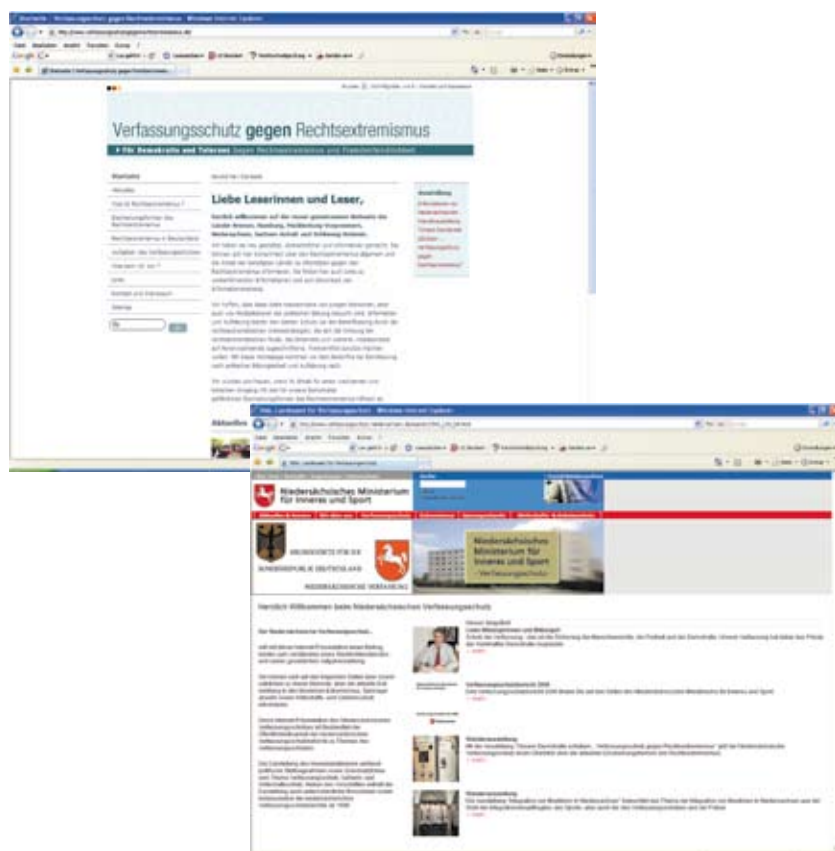
über Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes und aktuelle Entwicklungen des politischen Extremismus sowie der Spionageabwehr mit der Schwerpunktsetzung auf Niedersachsen.

Die Internet-Seiten des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration

www.mi.niedersachsen.de

(Themen \ Innere Sicherheit)

umfassen insbesondere politische Stellungnahmen sowie Grundsätzliches zum Verfassungs- und Geheimschutz. Auch die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre sowie die Broschüre „Neonazistische Kameradschaften – Rechtsextremistische Skinheads – Rechtsextremistische Musik“ sind dort veröffentlicht.



ANHANG

Definition der Arbeitsbegriffe

Ausländerextremismus

Unter diesem Arbeitsbegriff werden von den Verfassungsschutzbehörden alle politisch bestimmten Bestrebungen von Ausländern zusammengefasst, wenn und soweit diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 1. Alternative NVerfSchG), indem sie darauf ausgehen, z. B. eine Paralelordnung zu errichten;
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 2. Alternative), indem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden;
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1, Ziffer 3) oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein. Er stellt immer das zusammenfassende Ergebnis einer Bewertung anhand der dargestellten Tatbestandsmerkmale dar. Der Arbeitsbegriff vermag deshalb begrifflich die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes für dieses Beobachtungsfeld selbst nicht zu begründen.

Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch (extremus lat.: äußerst). Verfassungsfeindlich oder extremistisch sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Organisationen, die erkennbar solche extremistischen Bestrebungen verfolgen, werden von den Verfassungsschutzbehörden als verfassungsfeindlich bewertet.

Islamistischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung“ und Politisierung „ursprünglicher“ islamischer Werte und Glaubensinhalte (islamischer Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld sind islamistische Organisationen, die das islamische „Religionsgesetz“ (Scharia) verabsolutiert und als politische Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland entweder

- politisch bestimmte Aktivitäten gegen die fdGO richten,
- durch Anwendung von Gewalt bzw. darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange Deutschlands gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die Träger dieser Bestrebungen in Deutschland werden als islamistische Extremisten bezeichnet. Durch diese Begriffsbildung wird der Islam als Religion von seiner islamistischen Übersteigerung getrennt und gleichzeitig der islamistische Extremist von dem Islamisten, der in seinem Denken der ideologischen Zielvorstellung einer Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch den Islam anhängt, sie aber nicht aktiv wie der islamistische Extremist oder gewaltsam wie der islamistische Terrorist ins Werk setzt.

Die Zuordnung zum Extremismusbegriff dient auch der Ausräumung einer weiteren begrifflichen Unschärfe der Bezeichnung „Islamist“. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Islam wurde früher - vergleichbar der Begriffsbildung Romanistik und Romanist - als Islamistik bezeichnet und entsprechend tätige Wissenschaftler als Islamisten.

Linksextremismus

Mit dem Arbeitsbegriff werden die linksextremistischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen von deutschen Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre tragenden Grundsätze richten. Für Linksextremisten vielfach kennzeichnend ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur „revolutionären Gewalt“, obgleich sie tagespolitisch auf „legale“ Kampfformen setzen.

Rechtsextremismus

Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen bezeichnet, die auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung in Deutschland von deutschen Personenzusammenschlüssen

ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.
 Rechtsextremistischem Denken liegt vielfach die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde.

Rechts- bzw. Linksradikalismus

Bis 1974 wurden die Begriffe Extremismus sowie „Radikalismus“ bzw. „Rechts- oder Linksradikalismus“ von den Verfassungsschutzbehörden nebeneinander als Synonyme zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet. Der Radikalismusbegriff wird seitdem von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr für verfassungsfeindliche Bestrebungen benutzt, da er in der politischen Tradition der Aufklärung positiv besetzt ist und im Rechtssinne nur der Extremismusbegriff „der Tatsache Rechnung (trägt), dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine ... 'radikale', das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind ,extremistisch' und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den ... Grundbestand unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung richten.“ (Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums 1974, S. 4).

Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch den Terminus „rechts- bzw. linksradikal“ verwenden, werden damit in Abgrenzung zu dem verfassungsfeindlichen Rechts- bzw. Linksextremismus politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.

Spionage

Staatlich gesteuerte Ausspähungsaktivitäten durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst erfüllen den Straftatbestand der Spionage nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch. Die Beobachtung und Abwehr dieser Spionage ist eine gesetzliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dazu gehört grundsätzlich nicht der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zwischen konkurrierenden Unternehmen, der nach §§ 17 ff. des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb strafbar ist.

Terrorismus

Terrorismus ist eine Form des politischen Extremismus, der die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates mittels systematischer, massiver Gewaltanwendung zum Ziel hat. Kennzeichen des Terrorismus ist eine nachhaltige Anschlagstaktik durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen. Terroristische Gruppen erhoffen sich

von ihren Aktionen eine massenmobilisierende und ggf. revolutionierende Wirkung. Der demokratische Rechtsstaat soll damit destabilisiert und schließlich durch ein undemokratisches Regime ersetzt werden.

Verfassungsfeindliche/

extremistische Bestrebungen

Als verfassungsfeindlich oder extremistisch werden politische Bestrebungen (Aktivitäten) bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine andere Ordnung zu ersetzen. Verfassungsfeinde oder Extremisten wenden sich mittelbar oder unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, d.h. gegen die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte (wie insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sowie weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der Gewaltenteilung, die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. zur Definition der fdGO BVerfGE Bd. 2, S. 12 sowie zur Definition verfassungsfeindlicher Bestrebungen § 4 NVerfSchG).

**Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen/
Verfassungswidrigkeit**

Die Innenminister des Bundes und der Länder dürfen nach dem Vereinsrecht das Verbot einer Vereinigung aussprechen, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, wenn sich diese nachweislich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet“ (§ 3 Vereinsgesetz).

Mit dem rechtskräftigen Vereinsverbot ist festgestellt, dass die verfassungsfeindliche bzw. extremistische Organisation verfassungswidrig ist.

Auf Antrag der Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat kann bei einer politischen Partei allein das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit feststellen (Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz; § 13 Nr. 2, § 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei wird deren Auflösung insgesamt (oder eines selbständigen Teils der Partei) sowie das Verbot, Ersatzorganisationen zu schaffen, vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Solange verfassungsfeindliche Parteien und sonstigen Organisationen nicht verboten sind, dürfen sie sich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei betätigen.

N e u b e k a n n t m a c h u n g

des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Vom 19. November 2007

Aufgrund des Artikels 9 des Gesetzes zur Neuorganisation des Verfassungsschutzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 319) wird nachstehend der Wortlaut des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 3. November 1992 (Nds. GVBl. S. 283) in der nunmehr geltenden Fassung unter Berücksichtigung

der Neubekanntmachung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 30. März 2004 (Nds. GVBl. S. 117) und
des Artikels 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 319)

bekannt gemacht.

Hannover, den 19. November 2007

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

S c h ü n e m a n n

Minister

G e s e t z
über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen
(Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz – NVerfSchG –)
in der Fassung vom 19. November 2007

zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Mai 2008 (Nds. GVBl. S. 126)

I n h a l t s ü b e r s i c h t

Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes
- § 2 Zuständigkeit
- § 3 Aufgaben
- § 3 a - aufgehoben -
- § 4 Begriffsbestimmungen

Zweiter Abschnitt
Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

- § 5 Allgemeine Befugnisse
- § 5 a Besondere Auskunftspflichten
- § 6 Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln
- § 7 Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene
- § 8 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 9 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
von Minderjährigen
- § 10 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten
in Dateien
- § 11 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten
in Akten
- § 12 Dateibeschreibungen

Dritter Abschnitt
Auskunft

- § 13 Auskunft an Betroffene

Vierter Abschnitt
Informationsübermittlung

- § 14 Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten
- § 15 Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörde

- § 16 Registereinsicht
- § 17 Übermittlung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde
- § 18 Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes
- § 19 Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit
- § 20 Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz
- § 21 Pflichten der empfangenden Stelle
- § 22 Nachberichtspflicht

Fünfter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

- § 23 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- § 24 Zusammensetzung
- § 25 Kontrollrechte des Ausschusses
- § 26 Verfahrensweise
- § 27 Hilfe vonseiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

- § 28 Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes
- § 29 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz
- § 30 Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes
- § 31 Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen
- § 32 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes

¹Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

²Er erfüllt diesen Auftrag durch

1. die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1,
2. die Unterrichtung der Landesregierung und die Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Bestrebungen und Tätigkeiten,
3. die Wahrnehmung der in diesem Gesetz geregelten sonstigen Mitwirkungsaufgaben sowie
4. den in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Informationsaustausch mit anderen Stellen.

§ 2

Zuständigkeit

(1) ¹Verfassungsschutzbehörde ist das für Inneres zuständige Ministerium (Fachministerium). ²Das Fachministerium unterhält eine gesonderte Abteilung (Verfassungsschutzabteilung), die allein die der Verfassungsschutzbehörde nach diesem Gesetz und anderen Rechtsvorschriften obliegenden Aufgaben wahrnimmt.

(2) ¹Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Lande Niedersachsen nur im Einvernehmen mit der Verfassungsschutzbehörde tätig werden. ²Ihre Befugnisse bestimmen sich dabei nach den Vorschriften dieses Gesetzes. ³Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf im Land Niedersachsen nur im Benehmen mit der Verfassungsschutzbehörde tätig werden (§ 5 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes).

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf andere Verfassungsschutzbehörden nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist.

§ 3

Aufgaben

(1) ¹Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet

sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind.

²Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter bestimmt die Objekte, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 planmäßig zu beobachten und aufzuklären sind (Beobachtungsobjekte). ³§ 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes ist regelmäßig zu überprüfen. ⁵Sie ist aufzuheben, wenn die Voraussetzung des § 5 Abs. 1 Satz 2 entfallen ist. ⁶Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes bedarf der Zustimmung der Fachministerin oder des Fachministers oder der Vertreterin oder des Vertreters.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet die zuständigen Stellen über Art und Ausmaß von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1. ²Die Unterrichtung soll die zuständigen Stellen in die Lage versetzen, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen nach Maßgabe des Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(4) ¹Die Verfassungsschutzbehörde klärt die Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 auf.

²Hierzu gehört ein jährlicher Verfassungsschutzbericht, in dem auch die Summe der Haushaltsmittel sowie die Gesamtzahl der in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen nach Stellen und Beschäftigungsvolumen darzustellen sind. ³Ferner sind in dem Bericht allgemein die Einholung von Auskünften nach § 5 a, die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel, die Auskunftersuchen nach § 13 und die Strukturdaten der von der Verfassungsschutzbehörde in Dateien im Sinne des § 6 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes gespeicherten Personendatensätze darzustellen.

§ 3 a
- aufgehoben -

§ 4
Begriffsbestimmungen

(1) ¹Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss. ²Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. ³Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihnen gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung: solche, die darauf gerichtet sind, einen der in Absatz 3 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

(3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

(4) Eine Gefährdung auswärtiger Belange im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 liegt nur dann vor, wenn die Gewalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewendet oder vorbereitet wird und sie sich gegen die politische Ordnung oder Einrichtungen anderer Staaten richtet oder richten soll.

(5) Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist die Anwendung körperlichen Zwanges gegen Personen und die gewalttätige Einwirkung auf Sachen.

(6) Sammlung von personenbezogenen Daten ist das Erheben im Sinne des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

Zweiter Abschnitt

Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

§ 5

Allgemeine Befugnisse

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben und weiter verarbeiten, soweit dieses Gesetz oder andere Rechtsvorschriften nicht besondere Regelungen treffen. ²Voraussetzung für die Sammlung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen, den Verdacht einer der in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten rechtfertigen.

(2) ¹Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit deren Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben, es sei denn, dass die Erhebung für Zwecke des Verfassungsschutzes nicht bekannt werden darf. ²Die Betroffenen sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen.

(3) Ist zum Zwecke der Sammlung von Informationen die Weitergabe personenbezogener Daten unerlässlich, so dürfen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nur im unvermeidbaren Umfang beeinträchtigt werden.

(4) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht zu. ²Sie darf die Polizei nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist, auch nicht im Wege der Amtshilfe.

(5) ¹Die Verfassungsschutzbehörde ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden. ²Bei der Sammlung und Verarbeitung von Informationen hat sie von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. ³Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5a Besondere Auskunftspflichten

(1) ¹Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Verlangen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen zu erteilen. ²Auskünfte dürfen nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung eingeholt werden, dass diese zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 erforderlich sind und dass tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Schutzgüter vorliegen.

(2) ¹Luftfahrtunternehmen sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Verlangen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs zu erteilen. ²Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder daran mitwirken, sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Verlangen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs zu erteilen. ²Auskünfte dürfen nur im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 und unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes eingeholt werden.

(4) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Verlangen unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten zu erteilen. ²Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. ³Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und die zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. ⁴Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennungen sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der von der Kundin oder dem Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienstleistungen,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(5) ¹Auskünfte nach den Absätzen 1 bis 4 dürfen nur auf schriftlichen Antrag der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertreterin oder des Vertreters eingeholt werden. ²Über den Antrag entscheidet die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter. ³Die Entscheidung bedarf der Zustimmung der nach § 2 Abs. 1 des Nieder-

sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) bestehenden Kommission (G 10-Kommission). ⁴Bei Gefahr im Verzug kann die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter anordnen, dass die Entscheidung vor der Zustimmung der Kommission vollzogen wird. ⁵In diesem Fall ist die nachträgliche Zustimmung unverzüglich einzuholen.

(6) ¹Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung gemäß Absatz 5 Satz 3 sowie aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften nach den Absätzen 1 bis 4. ²§ 4 Abs. 2 Nds. AG G 10 ist entsprechend anzuwenden. ³Entscheidungen über Auskünfte, die die G 10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter unverzüglich aufzuheben. ⁴Wird die nachträgliche Zustimmung im Fall des Absatzes 5 Satz 4 versagt, so ist die Anordnung aufzuheben und die aufgrund der Anordnung erhobenen Daten sind unverzüglich zu löschen. ⁵Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen weder den Betroffenen noch Dritten vom Auskunftgeber mitgeteilt werden.

(7) ¹Das Fachministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes über die Durchführung der Absätze 1 bis 4; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben. ²Der Ausschuss erstattet dem Landtag jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgründe der Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 4.

(8) Das Fachministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich über die nach den Absätzen 1 bis 4 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

(9) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 3 bis 6 eingeschränkt.

§ 6

Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere zur heimlichen Erhebung personenbezogener Daten, nur folgende nachrichtendienstliche Mittel anwenden:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen, vorbehaltlich Satz 2;
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten;
3. Observationen;
4. Bildaufzeichnungen;

5. verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
6. heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
7. heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel;
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen;
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden) mit Ausnahme solcher beruflicher Angaben, die sich auf die in Satz 2 genannten Personen beziehen;
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes;
12. technische Mittel, mit denen zur Ermittlung des Standortes und zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschaltete Mobilfunkendeinrichtungen zur Datenabsendung an eine Stelle außerhalb des Telekommunikationsnetzes veranlasst werden.

²Personen, die berechtigt sind, in Strafsachen aus beruflichen Gründen das Zeugnis zu verweigern (§§ 53 und 53 a der Strafprozessordnung), darf die Verfassungsschutzbehörde nicht von sich aus nach Satz 1 Nr. 1 zur Beschaffung von Informationen über Sachverhalte in Anspruch nehmen, auf die sich ihr Zeugnisverweigerungsrecht bezieht.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 dürfen nur angewendet werden, wenn

1. sich ihr Einsatz gegen Personenzusammenschlüsse, in ihnen oder für sie tätige Personen oder gegen Einzelpersonen richtet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 vorliegen,
2. sich ihr Einsatz gegen Personen richtet, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für eine der in Nummer 1 genannten Personen bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben,
3. ihr Einsatz gegen andere als die in den Nummern 1 und 2 genannten Personen unumgänglich ist, um Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder über Bestrebungen zu gewinnen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 3 genannten Schutzgüter wenden,
4. durch sie die zur Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Quellen in den in Nummer 1 genannten Personenzusammenschlüssen gewonnen oder überprüft werden können oder
5. dies zum Schutz der in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen, der Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzabteilung und der Quellen der Verfassungsschutzbehörde vor Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder vor sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht erforderlich ist.

(3) ¹Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes ist zulässig, wenn die Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes vorliegen und die Erforschung des Sachverhaltes auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ²Er darf nur in Wohnungen der verdächtigen Person erfolgen. ³In Wohnungen anderer Personen ist der Einsatz von Mitteln nach Satz 1 nur zulässig, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass die verdächtige Person sich darin aufhält. ⁴In Wohnungen von gemäß § 53 Abs. 1 der Strafprozessordnung zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten sind Maßnahmen nach Satz 1 nur zulässig, wenn die oder der zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigte selbst die verdächtige Person ist.

(4) ¹Maßnahmen nach Absatz 3 Satz 1 bedürfen der richterlichen Anordnung. ²Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Verfassungsschutzbehörde ihren Sitz hat. ³Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. ⁴Verlängerungen um jeweils höchstens drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen für die Anordnung fortbestehen. ⁵Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. ⁶Gegen eine Entscheidung durch welche der Antrag der Verfassungsschutzbehörde abgelehnt wird, steht dieser die Beschwerde zu. ⁷Bei Gefahr im Verzuge kann die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter die Anordnung treffen; die richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. ⁸Der Vollzug der Anordnung erfolgt unter der Aufsicht einer oder eines in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. ⁹Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.

(5) ¹Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes ist auch zulässig, soweit dieser Einsatz zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen unerlässlich ist. ²Verdeckte Einsätze nach Satz 1 bedürfen der Anordnung durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder durch die Vertreterin oder den Vertreter.

(6) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 3 bis 5 eingeschränkt.

(7) ¹Technische Mittel gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 12 darf die Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 4 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes einsetzen. ²Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn ohne die Ermittlung die Erreichung des Zwecks der Überwachungsmaßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ³Personenbezogene Daten Dritter dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Satz 1 unvermeidbar ist. ⁴Sie unterliegen einem absoluten Ver-

wendungsverbot und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen. ⁵§ 5 a Abs. 5 bis 7 gilt entsprechend. ⁶Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(8) ¹Bei der Anwendung der Mittel nach Absatz 1 dürfen keine Straftaten begangen werden. ²Es dürfen nur folgende Straftatbestände verwirklicht werden:

1. § 84 Abs. 2, § 85 Abs. 2, § 86 Abs. 1, §§ 86 a, 98, 99, 129 a, 129 b Abs. 1 Satz 1, soweit er auf § 129 a verweist, §§ 267, 271 und 273 des Strafgesetzbuchs,
2. §§ 23, 27 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 Buchst. b und c und § 28 des Versammlungsgesetzes sowie
3. § 20 des Vereinsgesetzes.

³Dabei darf weder auf die Gründung einer strafbaren Vereinigung hingewirkt noch eine steuernde Einflussnahme auf sie ausgeübt werden. ⁴Erlaubt sind nur solche Handlungen, die unter besonderer Beachtung des Übermaßverbots unumgänglich sind.

(9) ¹Eine Informationsbeschaffung mit den Mitteln nach Absatz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch ein Ersuchen nach § 15 Abs. 3 gewonnen werden kann. ²Die Anwendung eines Mittels nach Absatz 1 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen, insbesondere nicht außer Verhältnis zu der Gefahr, die von der jeweiligen Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 ausgeht oder ausgehen kann. ³Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(10) ¹Der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, das in seiner Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommt, bedarf der Anordnung durch die Fachministerin oder den Fachminister oder die Vertreterin oder den Vertreter. ²Von einer Maßnahme nach Satz 1, Absatz 3 oder 5 ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes in der nächsten nach der Anordnung stattfindenden Sitzung zu unterrichten.

(11) ¹Tarnpapiere und Tarnkennzeichen dürfen auch zu dem in Absatz 2 Nr. 5 genannten Zweck hergestellt und verwendet werden. ²Die Behörden des Landes, der Gemeinden und der Landkreise sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 10) zu leisten.

(12) ¹Die näheren Voraussetzungen für die Anwendung der Mittel nach Absatz 1 und die Zuständigkeit für ihre Anordnung sind in Dienstvorschriften des

Fachministeriums umfassend zu regeln. ²Vor Erlass solcher Dienstvorschriften ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes rechtzeitig zu unterrichten.

§ 7

Weiterverarbeitung; Mitteilung an Betroffene

(1) Die durch Maßnahmen nach den §§ 5 a und 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur nach Maßgabe des § 4 des Artikel 10-Gesetzes weiterverarbeitet werden.

(2) ¹Die mit Mitteln nach § 6 Abs. 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für den Zweck weiter verarbeitet werden, zu dem sie erhoben worden sind. ²Eine Verarbeitung für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn das zur Erhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen. ³Für personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach § 6 Abs. 3 und durch solche Maßnahmen nach § 6 Abs. 1 erhoben wurden, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, gilt § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend.

(3) ¹Die durch Maßnahmen nach § 6 Abs. 5 erhobenen Daten dürfen außer zu den dort genannten Zwecken nur zur Strafverfolgung oder zur Abwehr erheblicher Gefahren verwertet werden. ²Die Verwertung bedarf der richterlichen Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. ³§ 6 Abs. 4 Sätze 2 und 5 bis 7 gilt entsprechend. ⁴Wird die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nicht nachträglich richterlich bestätigt, so sind die erhobenen Daten unverzüglich zu löschen. ⁵§ 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel 10-Gesetzes gilt entsprechend.

(4) ¹Die Verfassungsschutzbehörde hat die in den Absätzen 1, 2 Satz 3 und Absatz 3 bezeichneten Maßnahmen den Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme ausgeschlossen werden kann. ²Kann eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme zu diesem Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, so ist die Mitteilung vorzunehmen, sobald diese Voraussetzung gegeben ist. ³Wurden personenbezogene Daten übermittelt, so erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. ⁴Einer Mitteilung bedarf es endgültig nicht, wenn

1. die Voraussetzung aus Satz 1 auch fünf Jahre nach Einstellung der Maßnahme noch nicht eingetreten ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten wird und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

⁵Bei den in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen stellt die G 10-Kommission das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 4 fest; § 4 Abs. 5 und 6 Nds. AG G 10 findet entsprechende Anwendung. ⁶Bei den übrigen Maßnahmen unterrichtet

das Fachministerium den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes innerhalb von sechs Monaten nach Einstellung über die Mitteilung an die Betroffenen oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen.

⁷Der Ausschuss ist auch über die nach Satz 4 unterbliebenen Mitteilungen zu unterrichten.

§ 8

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass die betroffene Person an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 beteiligt ist, und dies für die Beobachtung der Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist,
2. dies für die Erforschung und Bewertung gewalttätiger Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erforderlich ist oder
3. dies zur Schaffung nachrichtendienstlicher Zugänge zu Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist.

²In Akten dürfen über Satz 1 Nr. 2 hinaus personenbezogene Daten auch gespeichert, verändert und genutzt werden, wenn dies sonst zur Erforschung und Bewertung von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten dürfen nur dann in Dateien gespeichert werden, wenn sie aus Akten ersichtlich sind.

(3) Die Speicherung von personenbezogenen Daten aus der engeren Persönlichkeitsphäre in Dateien ist unzulässig.

(4) Die Verfassungsschutzbehörde hat die Speicherdauer auf das für ihre Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

§ 9

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf unter den Voraussetzungen des § 8 Daten über das Verhalten Minderjähriger aus der Zeit vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Akten, die zu ihrer Person geführt werden, nur speichern, verändern oder nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die betroffene Person eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. ²In Dateien dürfen Daten über das Verhalten Minderjähriger nur gespeichert, verändert oder genutzt werden, wenn

1. die oder der Minderjährige zu dem Zeitpunkt, auf den sich die Daten beziehen, das 14. Lebensjahr bereits vollendet hatte und
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 bestehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbe-reitungshandlungen verfolgt wird.

(2) ¹Die nach Absatz 1 über Personen vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung zu löschen, es sei denn, dass weitere Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind. ²Die nach Absatz 1 über Personen nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung auf die Erforderlichkeit einer weiteren Speicherung zu überprüfen. ³Sie sind spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind.

§ 10

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien

(1) Die Verfassungsschutzbehörde hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; sie hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn

1. ihre Speicherung unzulässig war oder
2. ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

²Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden. ³In diesem Fall sind die Daten zu sperren. ⁴Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen weiterverarbeitet werden.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder zu sperren sind. ²Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind spätestens zehn Jahre, über Bestrebungen nach Nr. 3 oder 4 spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten Speicherung einer Information über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 zu löschen.

(4) ¹In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 und des Absatzes 3 Satz 2 tritt an die Stelle der Löschung der personenbezogenen Daten durch die Verfassungsschutzbehörde die Abgabe an das Landesarchiv. ²Die Nutzung archivierter

Daten durch die Verfassungsschutzbehörde ist ausgeschlossen, solange diese nicht allgemein zugänglich sind.

(5) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke oder zur Verfolgung von Straftaten nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz weiterverarbeitet werden.

§ 11

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten

(1) Stellt die Verfassungsschutzbehörde fest, dass in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind, oder wird ihre Richtigkeit von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken.

(2) ¹Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, gilt § 10 Abs. 2 und 3 entsprechend. ²Im Übrigen hat die Verfassungsschutzbehörde personenbezogene Daten zu sperren, wenn sie bei der Einzelfallbearbeitung feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden, und die Daten für die künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. ³Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr weiterverarbeitet werden. ⁴Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(3) ¹Sind Akten der Verfassungsschutzbehörde für ihre Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich, so tritt an die Stelle ihrer Vernichtung die Abgabe an das Landesarchiv. ²Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, oder andere Akten, die personenbezogene Daten enthalten, gilt § 10 Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

§ 12

Dateibesreibungen

(1) ¹Für jede Datei bei der Verfassungsschutzbehörde sind in einer Dateibescheinigung festzulegen:

1. die Bezeichnung der Datei,
2. der Zweck der Datei,
3. Inhalt, Umfang, Voraussetzungen und Rechtsgrundlage der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
5. die nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen,
6. bei automatisierten Verfahren die Betriebsart des Verfahrens, die Art der Geräte, die Stellen, bei denen sie aufgestellt sind, sowie das Verfahren zur Übermittlung, Sperrung, Löschung und Auskunftserteilung.

²Satz 1 gilt nicht für Dateien, die aus ausschließlich verarbeitungstechnischen Gründen vorübergehend vorgehalten werden.

(2) Vor dem Erlass einer Dateibeschreibung ist die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz anzuhören.

(3) ¹Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. ²In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(4) In der Dateibeschreibung über personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

Dritter Abschnitt

Auskunft

§ 13

Auskunft an Betroffene

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde erteilt Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten. ²Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen. ³Über Daten aus Akten, die nicht zur Person der Betroffenen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die Daten, namentlich auf Grund von Angaben der Betroffenen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. ⁴Die Verfassungsschutzbehörde bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) ¹Die Auskunftserteilung kann nur abgelehnt werden, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der berechtigten Interessen von Dritten geheimgehalten werden müssen oder
3. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde zu befürchten ist.

²Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung unter Abwägung der in Satz 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Interessen mit dem Interesse der antragstellenden Person an der Auskunftserteilung. ³Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung kann eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter damit beauftragen, ebenfalls Entscheidungen nach Satz 1 zu treffen.

(3) ¹Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. ²Die Gründe der Ablehnung sind aktenkundig zu machen. ³Wird der antragstellenden Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. ⁴Ferner ist sie darauf hinzuweisen, dass sie sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. ⁵Der oder dem Landesbeauftragten ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen. ⁶Stellt die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter fest, dass durch die Erteilung der Auskunft nach Satz 5 die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde, so darf die Auskunft nur der oder dem Landesbeauftragten persönlich erteilt werden. ⁷Mitteilungen der oder des Landesbeauftragten an die antragstellende Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Verfassungsschutzbehörde zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Mitteilung zustimmt.

Vierter Abschnitt Informationsübermittlung

§ 14 Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten

Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnitts um die Übermittlung personenbezogener Daten ersucht, so dürfen nur solche Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde oder Stelle bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

§ 15 Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörde

(1) Die Behörden des Landes, insbesondere die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden, sowie die der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus die Verfassungsschutzbehörde über die ihnen bekannt gewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden sowie die Ausländerbehörden übermitteln darüber hinaus von sich aus der Verfassungsschutzbehörde auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich ist.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben die in Absatz 1 genannten Stellen um Übermittlung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. ²Die Ersuchen sind aktenkundig zu machen.

(4) ¹Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100 a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Absätzen 1 bis 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. ²Auf die der Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung.

(5) ¹Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund anderer strafprozessualer Zwangsmaßnahmen (§§ 94 bis 100, 100 c bis 111 p, 163 e und 163 f der Strafprozessordnung) bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bestehen. ²Die nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zur Erforschung solcher Bestrebungen oder Tätigkeiten genutzt werden.

§ 16

Registereinsicht

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Gewinnung von Informationen über gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder über Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 die von öffentlichen Stellen geführten Register, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei, einsehen.

(2) ¹Die Einsichtnahme ist nur zulässig, wenn

1. eine Übermittlung der Daten durch die registerführende Stelle den Zweck der Maßnahme gefährden würde oder
2. die betroffene Person durch eine anderweitige Informationsgewinnung unverhältnismäßig beeinträchtigt würde.

²Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn ihr eine gesetzliche Geheimhaltungsvorschrift oder eine Pflicht zur Wahrung von Berufsgeheimnissen entgegensteht.

(3) Die Einsichtnahme ordnet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter an.

(4) ¹Die durch Einsichtnahme in Register gewonnenen Informationen dürfen nur zu den in Absatz 1 genannten Zwecken verwendet werden. ²Gespeicherte

Informationen sind zu löschen und Unterlagen zu vernichten, sobald sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(5) ¹Über jede Einsichtnahme ist ein gesonderter Nachweis zu führen, aus dem ihr Zweck, das eingesehene Register und die registerführende Stelle sowie die Namen der Betroffenen hervorgehen, deren Daten für eine weitere Verarbeitung erforderlich sind. ²Diese Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Anfertigung folgt, zu vernichten.

§ 17

Übermittlung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist oder der Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung benötigt. ²Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. ³Die empfangende Behörde darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Dienststellen der alliierten Streitkräfte übermitteln, soweit dies im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 3 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) erforderlich ist. ²Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist. ²Eine Übermittlung darf auch erfolgen, wenn sie

1. zum Schutz von Leib oder Leben erforderlich ist oder
2. zur Erfüllung eigener Aufgaben, insbesondere in Fällen grenzüberschreitender Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde, unumgänglich ist

und im Empfängerland gleichwertige Datenschutzregelungen gelten.

³Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen, insbesondere deren Schutz vor einer rechtsstaatswidrigen Verfolgung, entgegenstehen. ⁴Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung

ist völkerrechtlich geboten. ⁵Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. ⁶Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. ⁷Sie ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen.

(4) ¹Personenbezogene Daten dürfen an einzelne Personen oder an andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen (§ 1 Abs. 4 und 5 des Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes) erforderlich ist und die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter der Übermittlung zugestimmt hat. ²Die Verfassungsschutzbehörde führt über jede Übermittlung personenbezogener Daten nach Satz 1 einen gesonderten Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen. ³Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Anfertigung folgt, zu vernichten. ⁴Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. ⁵Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen. ⁶Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch die Verfassungsschutzbehörde mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist. ⁷Die Zustimmung nach Satz 1 und das Führen eines Nachweises nach Satz 2 sind nicht erforderlich, wenn personenbezogene Daten durch die Verfassungsschutzbehörde zum Zweck von Datenerhebungen an andere Stellen übermittelt werden.

§ 18

Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeibehörden von sich aus die ihr bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von folgenden Straftaten erforderlich ist:

1. die in § 74 a Abs. 1 und § 120 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten,
2. Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielrichtung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation anzunehmen ist, dass sie sich gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Polizeibehörden dürfen zur Verhinderung von Straftaten nach Absatz 1 die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

§ 19

Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit

Bei der Aufklärung der Öffentlichkeit einschließlich der Medien über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 dürfen personenbezogene Daten nur bekannt gegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis der Darstellung, insbesondere von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen, erforderlich ist und das Interesse der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegt.

§ 20

Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. die Informationen zu löschen sind,
2. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass die Informationen für die empfangende Stelle nicht erforderlich sind,
3. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen, insbesondere ihres Bezuges zu der engeren Persönlichkeitssphäre der betroffenen Person, und der Umstände ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person das Interesse der Allgemeinheit an der Übermittlung überwiegt,
4. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder
5. besondere Regelungen in Rechtsvorschriften, in Standesrichtlinien oder Verpflichtungen zur Wahrung besonderer Amtsgeheimnisse der Übermittlung entgegenstehen.

(2) Personenbezogene Daten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 9 erfüllt sind.

(3) ¹Personenbezogene Daten Minderjähriger über ihr Verhalten vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden. ²Dasselbe gilt für Informationen über Personenzusammenschlüsse, deren Mitglieder überwiegend Minderjährige sind, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 21

Pflichten der empfangenden Stelle

¹Die empfangende Stelle prüft, ob die ihr nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. ²Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, so hat sie die entsprechenden Unterlagen zu vernichten und gespeicherte Daten zu löschen. ³Die Vernichtung und die Löschung können unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 22

Nachberichtspflicht

¹Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist. ²Werden personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung gesperrt, so ist dies der empfangenden Stelle unter Angabe der Gründe, die zu der Sperrung geführt haben, unverzüglich mitzuteilen.

Fünfter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle

§ 23

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Die parlamentarische Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes übt unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner sonstigen Ausschüsse ein besonderer, vom Landtag gebildeter Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aus.

§ 24

Zusammensetzung

(1) ¹Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes soll aus mindestens sieben Abgeordneten des Landtages bestehen. ²Mitglieder der Landesregierung können dem Ausschuss nicht angehören.

(2) ¹Jede Fraktion erhält mindestens einen Sitz. ²Die Verteilung aller Sitze bestimmt sich nach der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages.

§ 25 Kontrollrechte des Ausschusses

(1) Das Fachministerium ist verpflichtet, den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umfassend über seine Tätigkeit als Verfassungsschutzbehörde im allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(2) Der Ausschuss hat das Recht, Auskunftspersonen anzuhören, wenn mindestens ein Fünftel der Ausschussmitglieder dies verlangt.

(3) Das Fachministerium kann das Anhörungsverlangen nach Absatz 2 in entsprechender Anwendung des Artikels 24 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung ablehnen; die Gründe sind dem Ausschuss darzulegen.

(4) ¹Die in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen dürfen in dienstlichen Angelegenheiten Eingaben an den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes richten. ²Solche Eingaben und die Verhandlungen des Ausschusses über sie sind vertraulich im Sinne der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages.

§ 26 Verfahrensweise

(1) ¹Für die Verhandlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages. ²Jedoch bedarf ein Beschluss, durch welchen die Vertraulichkeit von Akten oder sonstigen Unterlagen oder von Verhandlungen des Ausschusses aufgehoben wird, einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder. ³Ist zu einem solchen Beschluss das Einvernehmen der Landesregierung erforderlich und weigert diese sich, es zu erteilen, so hat sie die Gründe dafür vor dem Ausschuss darzulegen. ⁴Dient die Vertraulichkeit dem Schutz von Informationen, deren Geheimhaltung in die Verantwortung einer Behörde des Bundes oder eines anderen Landes fällt, so bedarf die Aufhebung der Vertraulichkeit des Einvernehmens dieser Behörde.

(2) ¹Der Ausschuss gibt sich für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nds. AG G 10 eine besondere Geschäftsordnung. ²Zu deren Geheimchutzregelungen ist die Landesregierung zu hören. ³Die Geschäftsordnung bedarf der Bestätigung durch den Landtag.

(3) Der Ausschuss berichtet dem Landtag in der Mitte und am Ende jeder Wahlperiode über seine Tätigkeit.

(4) Der Ausschuss übt seine Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag den Ausschuss nach § 24 neu gebildet hat.

§ 27

Hilfe vonseiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

(1) ¹Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hat auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde zu überprüfen. ²Die Befugnisse der oder des Landesbeauftragten richten sich nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

(2) Wird die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz nach § 13 Abs. 3 tätig, so kann sie oder er den Ausschuss von sich aus unterrichten, wenn sich Beanstandungen ergeben, eine Mitteilung an die betroffene Person aber aus Geheimhaltungsgründen unterbleiben muss.

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 28

Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 durch die Verfassungsschutzbehörde finden die Vorschriften des § 4 Abs. 1 sowie der §§ 9 bis 17 a des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

§ 29

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz*)

§ 30

Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes*)

§ 31

Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen*)

§ 32

Inkrafttreten**)

(2) Gleichzeitig tritt das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz vom 12. Juli 1976 (Nds. GVBl. S. 181), geändert durch Gesetz vom 24. März 1980 (Nds. GVBl. S. 67), außer Kraft.

* Diese Vorschrift des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 3. November 1992 (Nds. GVBl. S. 283) wird hier nicht abgedruckt.

** Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 3. November 1992 (Nds. GVBl. S. 283). Der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den in der Bekanntmachung vom 30. März 2004 (Nds. GVBl. S. 117) und den in der vorangestellten Bekanntmachung näher bezeichneten Gesetzen. (1) Dieses Gesetz tritt 14 Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

[AAC]	Antifaschistische Aktion Celle	BAK	Bundeskriminalamt
[AAD]	Antifaschistisches Aktions- bündnis Deister	BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
[AAH]	Antifaschistische Aktion Hannover	B & H	Blood & Honour
AAI	Ansar al-Islam	CCHR	Citizens Commission on Human Rights
ABLE	Association for better Living and Education	CDK	Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa („Civata Demo- kratik Kurdistan“)
ADHF	Föderation für demokra- tische Rechte in Deutschland e.V.	CH	Collegium Humanum – Aka- demie für Umwelt und Lebensschutz e.V.
ADHK	Konföderation für demokra- tische Rechte in Europa	CHP	Castle Hill Publishers (Druck- verlag in Großbritannien)
ALB	Antifaschistische Linke Berlin	CSD	Continental Liaison Office
A.L.I.	Antifaschistische Linke International	CSI	Church of Scientology Inter- national
AMGT	Vereinigung der Neuen Weltsicht e.V.	DA	Deutsche Akademie
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen	DABK	Ostanatolisches Gebietsko- mittee
AN	Autonome Nationalisten	Dev Sol	Devrimci Sol
ANF	Firat News Agency (prokur- dische Nachrichtenagentur)	DHKC	Revolutionäre Volksbefrei- ungsfront
ANS	Autonome Nationalisten Soltau	DHKP	Revolutionäre Volksbefrei- ungspartei
ANS/NA	Autonome Nationalsozia- listen/Nationale Aktivisten	DHKP-C	Revolutionäre Volksbefrei- ungspartei-Front (KARATAS- Flügel)
ApS	Applied Scholastics Deutschland	DK	Deutsches Kolleg
ATF	Deutsche Türk-Föderation	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.	DRP	Deutsche Reichspartei
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	DSZ- Verlag	DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag
BfV	Bundesamt für Verfassungs- schutz	DVU	Deutsche Volksunion

EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.	GSPC	Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf in Algerien
EU	Europäische Union	G10	Artikel 10-Gesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof (Sitz in Luxemburg)	HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	HCOPL	Hubbard Communication Office Policy Letter
FAUD	Freie Arbeiter-Union Deutschlands	HMI	Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e.V.
FAU/IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation	HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
fdGO	freiheitliche demokratische Grundordnung	HPG	Volksverteidigungseinheiten
FIOE	Föderation der Islamischen Organisation in Europa	HSN	Hammerskin-Nation
FIS	Islamische Heilsfront	HuT	Hizb ut-Tahrir al-Islami
FSB	Russischer Inlandsnachrichtendienst („Federalnaja Slushba Besopasnosti“)	IAS	International Association of Scientologist
FZ-Verlag	FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH	IBP	Islamischer Bund Palästina
GdF	Gemeinschaft deutscher Frauen	IBU	Islamische Bewegung Usbekistan
GGB	Gewerkschaft Gesundheitsberufe	ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln
GIAZ	Projekt „Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen“	IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
GIMF	Global Islamic Media Front	IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.	IJU	Islamische Jihad Union
GRU	Russischer militärischer Nachrichtendienst („Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenije“)	IL	Interventionistische Linke
		IZA	Islamisches Zentrum Aachen
		IZH	Islamisches Zentrum Hamburg
		IZM	Islamisches Zentrum München
		IWF	Internationaler Währungsfonds
		JN	Junge Nationaldemokraten

KADEK	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans	MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
KCK	Zusammenschluss der Kommunen Kurdistans („Koma Civaken Kurdistan“)	MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
KKK	Konföderation der kurdischen Gemeinschaften („Koma Komalen Kurdistan“)	MÖS	Ministerium für öffentliche Sicherheit, China
KON-KURD	Konföderation der kurdischen Vereine in Europa	MSS	Ministerium für Staatssicherheit, China
KONGRA GEL	Volkskongress Kurdistans	NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem
KP	Kommunistische Partei	NL	Nationale Liste
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	NLA	National Liberation Army (Nationale Befreiungsarmee)
KPF	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE.	NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrag)
KRM	Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland	NOS	Nationale Offensive Schaumburg
KVPM	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
L.A.G.	Linke Aktion Göttingen	NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
LfD	Landesbeauftragter für den Datenschutz	NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz	NVerfSchG	Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz
LTTE	Befreiungstiger von Tamil Eelam („Liberation Tigers of Tamil Eelam“)	NZ	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung
MB	Muslimbruderschaft	N & E	Nation & Europa – Deutsche Monatshefte
MEK	Volksmodjahedin Iran-Organisation	OSA	Office of Special Affairs
MF	Marxistisches Forum	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
mg	militante gruppe	PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
MID	Chinesischer militärischer Nachrichtendienst	PMK	Politisch motivierte Kriminalität
MKP	Maoistische Kommunistische Partei	[RAK]	Rote Aktion Kornstraße

REP	Die Republikaner	VffG	Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung
RF	Russische Föderation	VG	Verwaltungsgericht
RH	Rote Hilfe e.V.	VR	Volksrepublik
RHD	Rote Hilfe Deutschland	VRBHV	Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten
[rk]	radikale kritik	VS	Verschlusssache
RTC	Religious Technology Center	VSA	Verschlusssachenanweisung
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	WASG	Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative
SHARP	Skinheads Against Racial Prejudice	WDC	Watchdog Committee
SO	Scientology-Organisation	WISE	World Institute of Scientology Enterprises
SRP	Sozialistische Reichspartei	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
SWR	Russischer Dienst für Auslandsaufklärung („Slushba Wneschnej Raswedkij“)	WTSLtd.	Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited
TAYAD-Komitee	Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei	YEK	Union der Yeziden aus Kurdistan
TCC	Tamil Coordination Committee	YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
THKP-C	Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke (YAGAN-Flügel)	YHK	Union der Juristen Kurdistans
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee	YMK	Union der kurdischen Lehrer
TJ	Tablighi Jama'at	YRK	Union der Journalisten Kurdistans
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten	ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland
TYO	Tamil Youth Organization e.V.	ZOG	Zionist Occupied Government
UELAM	Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.		
UMSO	Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V.		
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon		
UZ	Unsere Zeit		

STICHWORTVERZEICHNIS

A

- Adelaide Institute • 90
- Adler-Versand • 99
- AG Wiking • siehe Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven
- AHLRICH, Nicolas • 112
- AKIF, Muhammad Mahdi • 27
- Aktionsbüro Norddeutschland • 105, 107, 121
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) • 92
- Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven (AG Wiking) • 79, 108, 112
- al-Banna, Hasan • 17, 26
- al-Qaida • 19-21, 23, 33
- AL-RASCHTA, Ata Abu • 34
- AL-SHAFI, Abu Abdullah • 33
- AL-ZAWAHIRI, Aiman • 23
- Alhambra • 145
- Anarchismus • 144
- Ansar al-Islam • 23, 33
- Antideutsche/Antiimperialisten • 149
- Antifa I Aktion & Kritik • 149
- Antifa [rk] Wunstorf • 151
- Antifaschismus • 140, 146, **152f.**, 155, 157f., 165
- Antifaschistische Aktion Braunschweig • 155
- Antifaschistische Aktion Celle • 150
- Antifaschistische Aktion Hameln/Pyrmont • 150, 155
- Antifaschistische Aktion Hannover • 150, 152, 157
- Antifaschistische Linke International (A.L.I.) • 155
- Antifaschistisches Aktionsbündnis Deister • 150
- Antimilitarismus • 158, 160
- Antirassismus • 146, **157f.**
- Antisemitismus (Begriff) • 75f.
- APFEL, Holger • 123, 131
- Applied Scholastics Deutschland (ApS) • 190, 192f.
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • siehe Volkskongress Kurdistans
- Arisches Reich Productions • 98
- Armee der Unterstützer der Sunniten • siehe Jaish Ansar al-Sunna
- Artikel 10-Gesetz • 213, 233-236, 238f., 244
- ASSEM, Shaker • 36f.
- Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) • 176f.
- ATALAY, Mustafa • 59
- Atomenergie (Proteste gegen die –) • 165f.
- Autonome • 2, 63, 139, **145-151**, 153, 155, 157-159, 161-166, 185, 212
- Autonome Nationalisten • 107, **114f.**
- AYDAR, Zübeyir • 47, 49, 56
- AZ-ZARQAWI, Abu Musab • 20, 23, 33

B

- Bataillon 500 • 95
- BEHRENS, Matthias • 112
- BIN LADIN, Usama • 1, 23, 33f.
- BISKY, Lothar • 167
- Blitzkrieg • 95
- Blood & Honour (B & H) • 92, 94, 116
- BÖRM, Manfred • 129
- BOLOURCHI, Masoumeh • 64
- BORDIN, Norman • 123, 133
- BÜHRIG, Dennis • 110-113
- Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim • 108f.
- Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg • 112

C

- Carpe Diem • 110
- Castle Hill Publishers • 87
- CASTOR-Transport (Aktionen gegen den –) • 140, 143, 146, 165-167, 183
- Cherusker • 99-101
- Civil Disorder • 110
- COHRS, Ernst-Otto • 89
- Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (CH) • 87
- COURAGE • 180
- Criminon • 190
- Cyber-Terrorismus • 23

D

- DAMMANN, Adolf • 78, 129, 130
- DEHM, Dr. Diether • 167, 172f.
- DEHOUST, Peter • 84
- Der Bismarck-Deutsche • siehe Deutsche Freiheitsbewegung e.V.
- Der Revolutionäre Weg • 178
- Der Versand • 99
- Deutsche Akademie • 85
- Deutsche Freiheitsbewegung e.V. • 90
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 144, 174
- Deutsche Stimme • 120, 124, 126, 128f., 133
- Deutsche Studiengemeinschaft • 85
- Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 24
- Deutsche Volksunion (DVU) • 134
- Deutsche Wochen-Zeitung • siehe National-Zeitung
- Deutsches Kolleg (DK) • 85
- Deutsches Rechtsbüro • 85
- Deutschland-Pakt • 121, 126, 138
- Devrimci Sol (Dev Sol) • 24, 57f.
- DIE LINKE. • 139, 167-169, 171-176, 185
- Die Linkspartei.PDS • siehe DIE LINKE.

Die Republikaner (REP) • 70
Die Rote Spindel • 174
DISPUT • 167
Dissent! • 163, 166
DONALDSON, Ian Stuart • 94
Dschihad/Dschihadismus • siehe Jihad
DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) • 135

E

EIGENFELD, Ulrich • 78, 120, 128f.
Einherjer • 96
EL-ATTAR, Issam • 28
EL-ZAYAT, Ibrahim • 28, 39f.
ENGEL, Stefan • 178f.
En-Nahda • 29
Entrismus • 171
ERBAKAN, Mehmet Sabri • 39
ERBAKAN, Necmettin • 38
Ethnopluralismus • 76, 83
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 38-40
Explizit • 34, 37

F

Fanzines • 92, 95
FAURISSON, Robert • 89
FAYE, Guillaume • 83f.
Fight Back! • 145
FLAUGER, Kreszentia • 167, 172
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) • 61
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) • 50-52, 54f.
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e.V. (ADHF) • 61
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation (FAU/IAA) • 180-182
Freie Nationalisten • 104, 107, 109, 111
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) • 92, 104, 116
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) • siehe Volkskongress Kurdistan
Fremdenfeindlichkeit (Begriff) • 75f., 92, 97, 136
FREY, Dr. Gerhard • 134f.
FRICKE, Detlef • 174f.
Front Records • 99
FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) • 135

G

GANSEL, Jürgen • 126
Gegenstrom Göttingen • 149
Geheimschutz • 204-206, 208, 221, 249
Gemeinschaft deutscher Frauen (GdF) • 109

Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD) • 169f.
 Geschichtsrevisionismus • 76, **86**, 150f., 155f.
 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) • 84f., 129
 GHAEMMAGHAMI, Hosseini • 44
 GIESE, Daniel • 100
 Global Islamic Media Front (GIMF) • 23
 Globalisierung (Proteste gegen die –) • **105**, 110, 140, 146, 159, **162**, 164, 166
 göttinger Drucksache • 145, 148
 GRAF, Jürgen • 89
 G8 • 2, **62**, 110, 127, 130, 140, **146-148**, 155, **161-166**, 184, 211

H

HAMAS • siehe Islamische Widerstandsbewegung
 HAMDAN, Usama • 27
 Hammerskins • 94
 Hannoversches VolksBlatt • 174
 HAVERBECK-WETZEL, Ursula • 89
 Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V. • 116
 Heimdall-Versand • 100
 HEISE, Thorsten • 92, 101, 104, 109
 Heisenhof • 81f.
 HELLMUND, Klaus • 112
 Heß, Rudolf (Gedenkaktionen für –) • 113, 119, 123
 Hilafet Devleti • siehe Kalifatsstaat
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) • 77, 118f.
 Hizb Allah • 40, **45f.**
 Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT) • 17, **34**
 Holocaust (Leugnung/Relativierung) • **76**, 84, **86-90**, 110, 119, 137
 HONSIK, Gerd • 87-89
 HUBBARD, Lafayette Ron • 187-192

I

In Tyrannos • 100
 INTERIM • **145**, 147, 150
 International Association of Scientologists (IAS) • 190
 Interventionistische Linke (IL) • 163f.
 IRVING, David • 89, 137
 Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) • 36
 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) • 25, **28**, 39
 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) • 18, 29, **37-41**
 Islamische Heilsfront (FIS) • 28
 Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS) • 29
 Islamischer Bund Palästina (IBP) • 28
 Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 28
 Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) • 44
 Islamisches Zentrum München (IZM) • 28
 Islamismus (Begriff) • 2, **17-19**, 21, 25, 27, **44**, 83, 212, 223

J

Jaish Ansar al-Sunna • 33
Jihad/Jihadismus • 1, **18-21**, 33
Junge Nationaldemokraten (JN) • 109, 112, 125, **133f.**
Jungsturm • 95

K

Kalifatsstaat (vormals ICCB) • 39, **41-43**
KALKAN, Duran • 56
Kameradschaft 73 Celle • 79, 108, 110f.
KAPLAN, Cemaleddin • 42
KAPLAN, Metin • 41-43
KARAHAN, Yavuz Celik • 37, 39
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 60, 62
KIZILKAYA, Ali • 39
KOMALEN CIWAN • **51-53**, 55
Kommando Freisler • 101
Kommando Ost • 95
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM) • 190
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) • 75, 174, 183
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF) • 139, **169**, 172
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) • 61f.
Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) • 61, 63
Konföderation der kurdischen Gemeinschaften (KKK) • 50
Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) • 50, 55
Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK) • 50
KREBS, Pierre • 83f.
KREKAR, Mullah • 33f.

L

Landser • 99
LAUCK, Gary Rex • 90
Legion of Thor • 96
Leibstandarte • 98
LEUCHTER, Fred A. • 87
Leuchter-Report • 87
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 24, **67-69**
Linkes Forum • 167
Linksextremismus (Begriff) • 1, 2, 139f., **144**, **223**
Linksruck • 170f.
LSI • siehe Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen

M

MAHLER, Horst • 36, **89f.**
Maoistische Kommunistische Partei (MKP) • 60f.
Marxismus • 60, 144, 170
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 60f.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 178-180

Marxistische Blätter • 174

Marxistisches Forum (MF) • 170, 172

Max H8te • 99

Mazlum-Dogan-Festival • 51

MEENEN, Uwe • 85

militante gruppe (mg) • 147f., 161

Militanzdebatte • 147-149

Milli Gazete • 41

MISCAVIGE, David • 187, 189f.

MOLLAU, Andreas • 77f., 84f., 88, 108, 110, 112f., 129f., 132

MÜLLER, Annett (früher MOECK) • 101

MÜLLER, Michael • 101

MÜLLER, Ursula • 118

Multiplex-Musica • 99

Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV) • 39

Muslimbruderschaft • 17, 25, 27-29, 40

MyVideo • 103

N

Nachrichten der HNG • 118f.

NAHTZ, Joachim • 111

Narconon • 190

NASRALLAH, Hassan • 45

Nation & Europa (N & E) • 84

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 2, 36, 70f., 77-82, 84f., 88f., 92, 101-103, 105-113, 115, 120-133, 138, 151, 154, 176, 182

Nationale Befreiungsarmee (NLA) • 65

Nationale Liste (NL) • 104, 116

Nationale Offensive Schaumburg • 111

National Liberation Army • siehe Nationale Befreiungsarmee

Nationalismus • 76

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) • 90

National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ) • 134f.

Neoliberalismus (Protest gegen den –) • 149, 162, 182

Neonazismus (Begriff) • 77

Neonazistische Kameradschaften • 77-80, 92, 103f., 108, 215, 221

Neue Rechte • 83

Newroz-Feier/Newroz-Fest • 51, 53

Niedersachsen-Spiegel • 120

Nordfront • 99f.

Nordwind • 94

Nordic Flame • 99

NS-Kampfruf • 90

O

OBERLERCHER, Reinhold • 85
ÖCALAN, Abdullah • 24, **47-54**
Offene Antifa der Uni Hannover • 150, 157
Offensiv-Records • 99
Office of Special Affairs (OSA) • 190
Oidoxie • 102
Oil-Skin • 94
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) • 60f.
ÖZDOGAN, Hassan • 39f.
Özgür Politika • siehe Yeni Özgür Politika

P

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) • siehe DIE LINKE.
PASTÖRS, Udo • 124f., 131
PC Records • 99
PDS • siehe DIE LINKE.
Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität • 145, 150
PKK • siehe Volkskongress Kurdistan
Politisch motivierte Kriminalität • **12-15, 71-74, 140-143**
PRABHAKARAN, Velupillai • 67, 69
PREUSS, Friedrich • 129, 132
Projekt Aaskereia • 96
Proliferation • 197, **203-206**
Pulverturm • 174

R

Race War • 99
radikal • 31, 42, 44-46, 55, 92, 121, 144f., 149f., 153, 163, 212, **224**
RADJAVI, Maryam • 65f.
RADJAVI, Massoud • 64f.
Ragnarök • 99
Ratatösk • 92
Rassismus (Begriff) • **75-77**, 97, 150, 153, 157f.
REBELL (MLPD-Jugendverband) • 179f.
Recht und Wahrheit • 90
Rechtsextremismus (Begriff) • 1, 2, 70, **75-138**, 212f., 216-220, **223**
Redical M • 149
Redskins • 94
Reichsbewegung • siehe Reichsbürgerbewegung
Reichsbürgerbewegung • 89
Reichswehr • 95
Religious Technology Center (RTC) • 190
REP • siehe Die Republikaner
Revisionismus • siehe Geschichtsrevisionismus
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front, KARATAS-Flügel (DHKP-C) • 57-59
RICHTER, Karl • 84

RIEFLING, Dieter • 109f., 112f.
 RIEFLING, Ricarda • 109
 RIEGER, Jürgen • 81f., 121
 Ring Nationaler Frauen (RNF) • 121
 ROCHOW, Stefan • 133
 ROEDER, Manfred • 88f.
 Rote Aktion Kornstraße [RAK] • 159
 Rote Fahne • 178
 Rote Hilfe e.V. (RH) • 183f.
 RotFuchs • 184-186
 Rotfüchse • 180
 RUDOLF, Germar • 87, 89, 137
 Rudolf-Gutachten • 87

S

Salafismus • 19f.
 Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf in Algerien (GSPC) • 20
 Scharia • 10, 18, 25, 35, 38, 223
 SCHAUB, Bernhard • 87, 89
 Schutzbund für das Deutsche Volk • 85
 SCHWAB, Jürgen • 85
 Schwarzer Block • 107, 114, 164
 Scientology-Organisation • 187-193
 Sea Organization • 190
 Sense of Pride • 110
 SHARP-Skins • 94
 Sigil • 96
 Skalinger • 97
 Skinhead-Konzerte • 102, 104
 Skinheads • 70, 91-95, 100, 104, 107, 116f., 121, 213, 215, 221
 Skinheads Against Racial Prejudice (SHARP) • siehe SHARP-Skins
 Sleipnir • 96
 Snevern Jungs • 79, 108, 112
 SOFU, Yusuf Ibrahim • 42
 Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD-Komitee) • 58f.
 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 176f.
 Sozialistische Reichspartei (SRP) • 75, 120
 Stahlgewitter • 89f.
 STEHR, Heinz • 174
 STEINIGER, Klaus • 185
 Stimme der Vergeltung • 97
 Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen (LSI) • 87, 89
 STOLZ, Sylvia • 88
 Streetwear Tostedt • 99

T

- TABULA RASA • 145
- Tablighi Jama'at (TJ) • 18, 30
- Tamil Coordination Committee (TCC) • 69
- Terrorismus • 1, 12, 18-20, 23, 31, 194, 197, **212**, 215, **224**
- Thiazi Forum • 102
- THOBEN, Frederick • 89f.
- Tietjen, Wilhelm • 81
- TITTMANN, Siegfried • 135
- Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 61, 63
- Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • 24, **60-63**
- Türkische Volksbefreiungspartei-Front, YAGAN-Flügel (THKP-C) • 57f.

U

- Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) • 29
- Union der Journalisten Kurdistans (YRK) • 51
- Union der Juristen Kurdistans (YHK) • 51
- Union der kurdischen Lehrer (YMK) • 51
- Union der Yeziden aus Kurdistan (YKK) • 51
- Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 29
- Unsere Musik.de • 99
- Unsere Zeit (UZ) • 174f.

V

- VAKISAN • 67
- Valhalla Patriots • 96
- Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) • 39, **42**
- Verbote neonazistischer Vereinigungen • 116
- Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) • **87**, 89
- Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) • 37-39
- vers beaux temps • 145
- Violence • 91, **95**
- VOIGT, Udo • 36, 110, **120**, 123, 125, 128f., 131, 133
- Volksfront von rechts • 80, 107f., 121, 130
- Volksgemeinschaft • **76**, 78, 106, 122, 138
- Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) • 12, 24, **47-56**
- Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 24, **64-67**
- Volksverteidigungseinheiten (HPG) • **49f.**, 55f.

W

- WALENDY, Udo • 89
- Watchdog Committee (WDC) • 190
- WB Versand • 99, 101
- Weisse Wölfe • 95

Werwolf Records • 98f.
WIEGRÄFE, Dieter • 134
Wiking-Jugend e.V. (WJ) • 116
Wikinger Versand • 99
Wikinger-Forum • 102
Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd. • 81
WINTER, Marcus • 150
Wirtschaftsschutz • 204-209
Wirtschaftsspionage • 205-207
WORCH, Christian • **104**, 109, 112f., **130**
World Institute of Scientology Enterprises (WISE) • 190
WULFF, Thomas • 104, 113

Y

Yeni Özgür Politika • **47**, 55
YILDIRIM, Binali • 63
Youtube • 80, 103

Z

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • 27, 39
ZÜNDEL, Ernst • 88f., 137
Zusammenschluss der Kommunen Kurdistans (KCK, vormals KKK) • 50
ZYSK, Anja • 121

ORTSVERZEICHNIS

(Niedersachsen)

Bad Lauterberg • 132
Bad Nenndorf • 111, 150, 154-156
Bovenden • 99
Bramsche-Hesepe • 157
Braunschweig • 2, 19f., 30, 40, 42f., 66, 91, 93, 95, 99, 129-131, 145, 155, 173f.,
177, 179, 184, 216-218
Buchholz i.d.N. • 218
Burgdorf • 134
Burhafa • 109
Celle • 1, 23, 66, 79, 108, 110-112, 150, 217f.
Cloppenburg • 218
Cuxhaven • 97
Dannenberg • 166
Delmenhorst • 81, 177, 218
Diekhöfen • 99
Dörverden • 81, 218
Emden • 173, 218
Emsland • 102, 130, 132
Esens • 113
Essel • 113
Garbsen • 192, 218
Gifhorn • 130, 218
Gorleben • 166
Goslar • 130, 132
Göttingen • 30, 43, 63, 66f., 69, 101, 130-132, 140, 145, 147, 149, 151, 154f., 163,
177, 179f., 183f., 217
Grafschaft Bentheim • 130
Grauen • 109
Groß Berßen • 102
Georgsmarienhütte • 1, 23, 113, 132, 154
Hameln • 66, 150, 155, 184, 217
Hannover • 9, 30-32, 43, 46, 51f., 54-56, 59, 61, 63, 66f., 69, 80, 91, 93, 99-101,
109, 112, 115, 120, 130-132, 145, 150-152, 154f., 157-159, 161, 163, 167,
171-174, 176f., 179f., 182, 184, 187, 192, 204, 206, 216-218, 220, 226
Harburg • 63, 132
Harz • 108
Helmstedt • 130, 132
Herzberg • 108, 218
Hildesheim • 79, 91, 108f., 112f., 154f., 217f.
Hollenstedt • 99
Lingen • 59, 174
Lüneburg • 66, 91, 108, 110f., 120, 129-131, 154, 160, 163, 166, 216f.
Meppen • 99
Münster • 218

Neuenkirchen • 109
Nordhorn • 102, 174, 177
Northeim • 91
Oldenburg • 51, 66f., 109, 128-130, 132, 145, 157, 163, 174, 177, 180, 192, 216-218
Osnabrück • 30, 40, 43, 46, 51, 99f., 130, 132, 163, 174, 177, 180f., 184, 217f.
Osterholz-Scharmbeck • 115
Ostrhauderfehn • 99
Papenburg • 218
Peine • 51
Rotenburg • 109, 112, 134
Salzgitter • 51, 69, 91, 102, 130, 132, 154, 217
Scharzfeld • 108, 129
Schaumburg • 111, 156
Schneeverdingen • 79, 91, 108, 112
Seesen • 99
Seevetal • 99, 132, 192
Soltau • 91, 108, 115
Soltau-Fallingb. • 78, 109, 113
Stade • 78, 130f., 217f.
Syke • 218
Tostedt • 91, 99, 156
Uelzen • 46, 91, 163
Vechta • 110, 113, 127, 129f., 132
Verden • 109, 112, 134, 154
Walsrode • 19, 108, 217f.
Wendland • 163, 193
Weser-Ems • 94
Wildeshausen • 218
Wilhelmshaven • 79, 108, 112, 130f., 179, 217
Wittmund • 108f., 128
Wolfenbüttel • 130, 132, 218
Wolfsburg • 2, 19, 112, 130f., 155, 179, 217
Wunstorf • 150f., 218